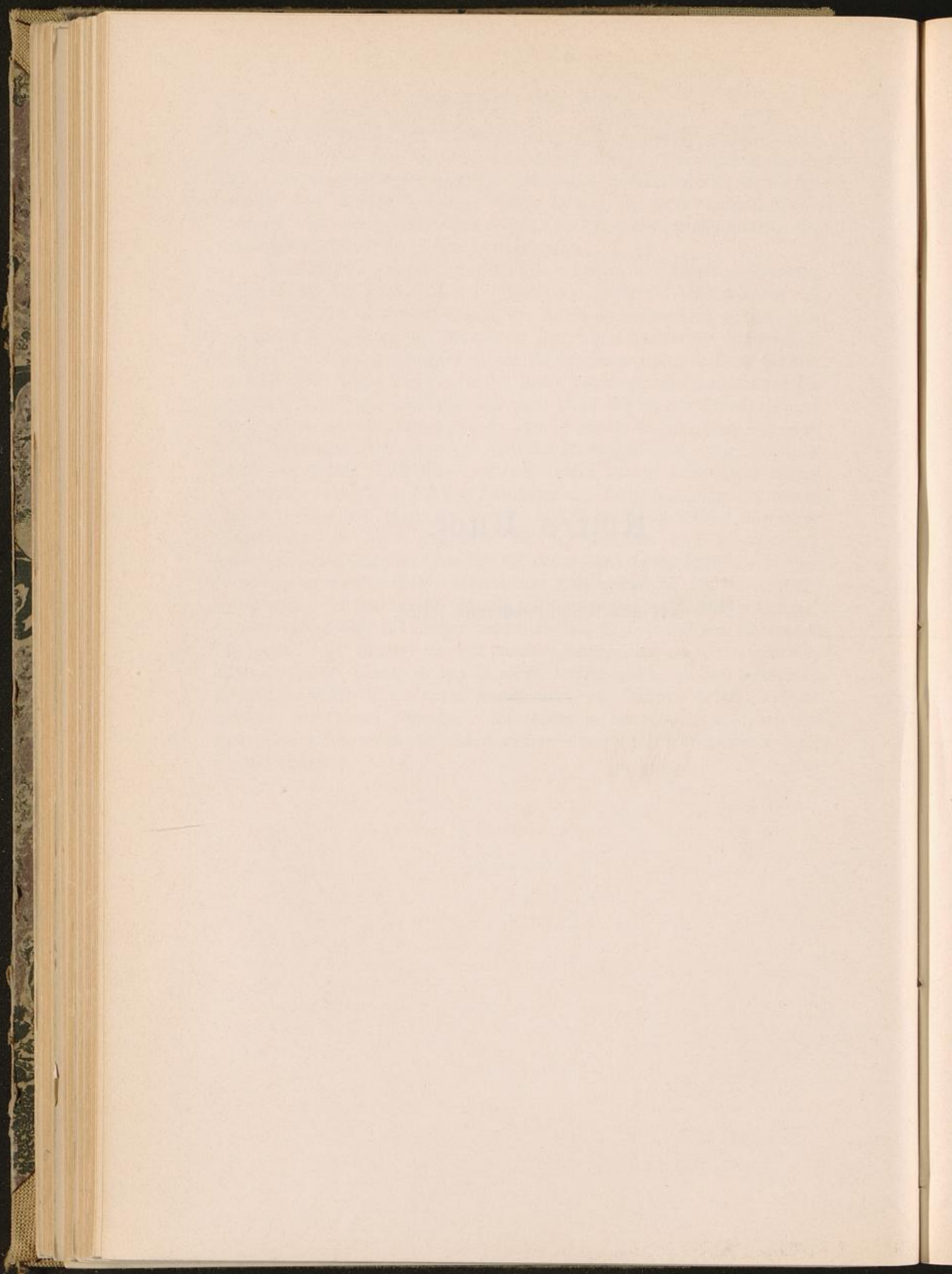


# Achtes Buch.

Der niedersächsisch-dänische Krieg.

---

Salomon'sche Buchhandlung Cassel



## Erster Abschnitt.

### Deutscher Krieg und europäische Verwickelungen (1623—1625).

In dem Verlauf des deutschen Krieges, den wir betrachten, ist der Ausgang des Jahres 1622 durch eine verhängnisvolle Wendung bezeichnet: unversehens wurde damals der Schauplatz der Kämpfe vom Südwesten nach dem Nordwesten des Reichs verlegt. Was diese Verschiebung für den Fortgang des Krieges selber bedeutete, wird die Entwicklung der Ereignisse lehren. Fragen wir aber zunächst nach den unmittelbaren Ursachen derselben, so werden wir abermals auf die Unternehmungen Mansfelds geführt.

Zuerst war es der Zug Mansfelds vom Elfaß nach der Maas und von da in die spanischen Niederlande, welcher das Haupt der Liga bewogen hatte, am 31. August 1622 den Feldmarschall Grafen Anholt mit einer Truppenabteilung nach dem Norden zu senden, um vor allem die Stifter Trier, Köln und Lüttich gegen Angriffe Mansfelds zu schützen, daneben auch einer etwaigen Aufforderung Spinolas oder Cordubas zu gemeinsamererspaltung der Mansfeldischen Truppen zu folgen.<sup>1)</sup> Demgemäß war Anholt aus der Pfalz durch Trierer und Lütticher Gebiet nach den spanischen Niederlanden gezogen, wo er denn auch zeitig genug ankam, um Spinolas Rückzug von Bergen-op-Zoom decken zu helfen,<sup>2)</sup> hierauf aber in der Nähe von Maastricht Quartier nahm. Allein Mansfeld sorgte dafür, daß ihm keine längere Rast gegönnt wurde. Als nämlich der Monat Oktober zu Ende ging, ließ Mansfelds dreimonatliche Bestallung bei den Generalstaaten ab, und wiederum mußte er sich nach einem neuen Zahl- und Kriegsherrn umsehen. In dieser Verlegenheit kamen ihm, da die Generalstaaten gerade nicht beisammen waren, die Stände der Provinz Holland mit dem Be-

<sup>1)</sup> Weiskamp, Das Heer der Liga in Westfalen S. 31 N. 2, vgl. S. 73.

<sup>2)</sup> Rhevenhüller IX S. 1745. An den Kämpfen um Bergen-op-Zoom nahm Anholt keinen Anteil mehr: Villermont, Mansfeld II S. 110. Nach Spinolas Rückzug findet er sich noch am 25. Okt. in Herderen bei Maastricht. (Weiskamp S. 110.)

Ritter, Deutsche Geschichte 1555—1648. III.

schluß entgegen, ihm vorläufig eine farge Abfindung von 25—30 000 Gulden monatlich zu bewilligen, durch deren Angebot Prinz Moriz nebst dem Staats- und Admiralitätsrat ihn bis auf weitere, damals von England erhoffte Entschließungen „an der Hand halten“ sollte.<sup>1)</sup> Für Mansfeld war das schon genug, um seine kleine Armee beisammen zu halten; nur mußte er sich, da die vereinigten Niederlande sich vor der Beherbergung seiner Kotten bedankten, nach anderweitigen Quartieren umsehen.

Maßgebend bei der Wahl derselben war der Umstand, daß die beiden in den Niederlanden kriegenden Mächte sich für Angriff und Verteidigung dadurch zu stärken gesucht hatten, daß sie durch Besetzung wichtiger Plätze in den deutschen Nachbarlanden ihr eigenes Gebiet und das des Feindes mit einem Gürtel von Außenwerken umzogen (II S. 199, 407 fg., 417). Weit aus hatten dabei die Spanier vor den Generalstaaten den Vorsprung gewonnen. Am Rhein beherrschten sie die kurkölnische Festung Rheinberg und die klevische Festung Wesel, von da hatten sie nach Westen hin neuerdings (S. 164) die Hand auf Jülich gelegt, während im Osten ihre Besatzungen in Grol, Oldenzaal und Lingen unausgesetzt die östlichen Grenzlande des Feindes gefährdeten. Dagegen hatten die Staaten am Niederrhein nur die Plätze Emmerich, Rees und Mörz besetzt, und als in Westfalen die vom Halberstädter genommenen Städte Soest und Lippstadt (S. 155) ihnen übergeben wurden, konnten sie es nicht hindern, daß Soest im Mai 1622, Lippstadt im Oktober 1623 von einer spanischen Truppenabteilung wieder genommen wurde. Nur eine Position der Generalstaaten außerhalb ihrer Lande war einzig in ihrer Art: das war diejenige, die sie durch Besetzung von Emden und Leer in Ostfriesland gewonnen hatten (II 411). Im Sinne der Staaten war die gewaltthätige Besetzung dieser Emshäfen eine Maßregel gewesen, durch die sie dem Feinde zuvorkamen. Sie hatten sehen müssen, wie die spanisch-niederländische Admiralität von Dünkirchen aus durch eine kleine Zahl eigener Schiffe und einen Schwarm von Kaperschiffen, die sie autorisierte, einen sehr wirksamen Krieg gegen ihre Schifffahrt und Fischerei eröffnete (II 24); ihre Sorge ging nun dahin, daß die Spanier, wie sie zu Lande in weitem Bogen ihre Grenzen umstellt hatten, also auch zur See, und zwar zunächst an der Emsmündung, einen Hafen an der entgegengesetzten Flanke ihres Gebietes gewinnen möchten; und gerade seit dem Wiederausbruch des Krieges war diese Sorge um so höher gestiegen, je größer die Anstrengungen der Spanier waren, den kleinen, aber zerstörenden Krieg zur See, den sie von Dünkirchen, von Ostende und von den spanischen Häfen aus führten, noch weiter auszudehnen, und je mehr der ostfriesische Graf Enno durch sein Drängen auf die Räumung von Emden und Leer ihren alten Verdacht, daß er mit Spanien in geheimem Einvernehmen stehe, bestärkte.

Mit diesen Verhältnissen wohl bekannt, suchte nun Mansfeld seine Quartiere in einem Gebiet jenseits der niederländischen Grenzen, wo er seine Truppen als eine vorgeschobene Schutzwehr der Staaten ausgeben konnte. Er handelte dabei

<sup>1)</sup> Resolution der holländ. Staaten 1622 Okt. 25. (S. 160, 163.) Weiteres bei Kigema I S. 131.

ohne offenen Auftrag der Staaten, aber in stillem Einverständnis mit dem Prinzen Moriz und anderen Leitern der Regierung. Indem er sein Heer, das — wohl etwas reichlich — auf 3000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter angegeben wird,<sup>1)</sup> bei der Schenkenschanze sammelte, schien er zunächst ins Klevische zu wollen, dann aber zog er in den letzten Tagen des Oktober mit dem Fußvolk die Jiffel abwärts, um von Deventer auf die Ems, dann diesen Strom abwärts auf die Kemter des münsterschen Niederstiftes und weiter auf Ostfriesland loszugehen. Seine Reiterei folgte ihm durch den nordwestlichen Saum des münsterschen Oberstiftes. Auf dem Boden des Reichs angelangt, begann er dann sofort, sich in einem großen Teil des münsterschen Unterstiftes und in der Grafschaft Ostfriesland in seiner Weise einzurichten: er besetzte alle festen Plätze, legte seine übrigen Truppen aufs platte Land in Quartier und hielt den in Esens überfallenen Grafen Enno in strenger Haft. Dann wurde unter Benutzung der Steuerregister auf die Bewohner eine regelmäßige Kontribution zur Unterhaltung der Truppen umgelegt und daneben den Räubereien und der Bestialität der jetzt fast noch mehr als früher verwilderten Söldner die gewohnte Rücksicht gewährt. Im Raube ging Mansfeld selber voran, indem er sich ein Kapital von 150000 Thalern, das zur Erbabsindung der mit dem Fürsten Gundaker von Lichtenstein verheirateten Schwester des ostfriesischen Grafen bestimmt war, ohne weiteres aneignete. Sofort aber benutzte er auch den Ertrag seiner Räuberei zu dem Versuch, durch Werbungen, die er weit und breit anstellen ließ, seine plündernden Rotten auf die Zahl einer leistungsfähigen Feldarmee zu bringen.

In wessen Dienst diese Feldarmee treten würde, wußte kein Mensch zu sagen. Jedenfalls war es ein neues Zeichen verwegener Pläne, daß sich im Januar 1623 der Administrator Christian von Halberstadt bei Mansfeld einstellte. Der hatte seine in Holland ihm gegönnte Rast unter anderem benutzt, um sich von einer bei Fleurus erlittenen Verwundung, infolge deren ihm der linke Unterarm abgenommen werden mußte, zu erholen; jetzt erheischte er wieder seinen Anteil an den bevorstehenden Abenteuern, und Mansfeld konnte sein Anfechten um so weniger zurückweisen, da es von den Generalstaaten unterstützt wurde.<sup>2)</sup> So nahm er denn den vorigen Genossen seiner Abenteuer als Generallieutenant zur Seite, gab ihm aber auch sofort den Auftrag, mit einem Teil der Armee, besonders Kavallerie, gegen die Weserlinie vorzurücken. Ohne Zögern ging denn auch Christian vor: in den letzten Tagen des Januar und der ersten Hälfte des Februar überzog er die dem braunschweigischen Hause gehörigen Grafschaften Diepholz und Hoya und besetzte in der Grafschaft Schaumburg die Stadt Minteln. Ein Streit, in den er sich dann mit Mansfeld verwickelte, gab ihm Anlaß, seine Truppen von denen des ersteren zu trennen und auf eigene Hand zu vermehren.

So standen denn nunmehr zwei kleine Heere in Norddeutschland, das eine in Ostfriesland, das andere an den Grenzen des niederfächsischen Kreises. Die

<sup>1)</sup> Capellen I S. 110, vgl. S. 106. Nizema (I 131) gibt die Kavallerie auf nur 3000 Mann an.

<sup>2)</sup> In einem noch vom Haag, 1622 Nov. 1, ausgegebenen Werbepatent auf 2000 Mann zu Fuß und 500 Pferde beruft er sich auf eine „Kommission“ der Staaten, „etliche Regimenten“ zu werben. (Original im Münchener St.A., bair. Abt. 425/7.)

nächste Folge dieses Einbruches war aber, daß nun auch die katholischen Streitkräfte sich in größeren Massen nach dem Norden zogen. Zuerst war es wieder der ligistische Feldmarschall Anholt, der mit seinem Truppencorps von der Maas zum Schutze Münsters und der angrenzenden Stiftslande berufen wurde. Am 11. November war er bereits in Necklinghausen, von dort legte er sein Hauptquartier nach Wolbeck und verteilte die ihm unterstellten Truppen über die nördlichen Gebiete des münsterschen Oberstiftes und weiter ins Stift Paderborn und Herzogtum Westfalen. Auf dem Fuße folgte ihm mit seinen aus der Pfalz nach den Niederlanden geführten Truppen Gonzalo de Corduba. Der ging bei Kaiserswerth über den Rhein,<sup>1)</sup> fand sich am 22. November in Hattingen an der Ruhr und breitete nun seine Truppen in der Grafschaft Mark und dem Herzogtum Berg aus. Weiter aufwärts im Reich kam selbst das große Ligaheer in Bewegung. Wohl blieb die Hauptmasse desselben südlich vom Main, wo jetzt auch die Gebiete des Herzogs von Württemberg und der Reichsstädte Heilbronn und Hall mit ihren Quartieren bedacht wurden; aber Tilly selber hatte sein Hauptquartier in die Wetterau vorgeschoben: hier lagerte er in Assenheim, und wie ernst es mit dieser nach Norden genommenen Richtung war, erkannte man, als in den ersten Tagen des Februar 1623 der Kaiser den förmlichen Auftrag an Tilly ergehen ließ, Mansfeld und seinem Anhang entgegenzutreten, womit das Recht ungehinderten Durchzugs durch die Lande der Reichsstände verbunden sein sollte.

Denn wohlgemerkt, wenn Maximilian als Haupt der Liga das Heer derselben zur Verteidigung von Bundeslanden, wie noch jüngst zum Schutze der Kölner und Trierer Gebiete, selbständig in Bewegung setzte, so hielt er doch darauf, daß für Unternehmungen, die über den nächsten Bundeszweck hinausgingen, die kaiserliche Autorität deckend vortrat. Darum hatte er sich für den Angriff gegen die Oberpfalz, dann gegen die Rheinpfalz besondere kaiserliche Aufträge erteilen lassen (S. 132, 149), und in demselben Sinn mußte jetzt der Kaiser zur Bekriegung Mansfelds im nördlichen Deutschland zuerst — es war zu Anfang Dezember 1622 — dem Grafen von Anholt, dann dem General des Ligaheeres seine besondere Vollmacht erteilen.<sup>2)</sup> Die Truppen und die Offiziere dieser Armee konnten nach wie vor sowohl als kaiserliche wie als ligistische Krieger auftreten, nur daß die wirkliche Leitung in den Händen Maximilians war und blieb.

Leider vermochte jedoch der vornehme Name der katholischen Kriegsherrn — des Kaisers und des bairischen Kurfürsten, des spanischen Königs und der Infantin Isabella — es nicht zu hindern, daß ihre nach Norddeutschland vorgeschobenen Streitkräfte in ähnlicher Weise verwahrlost waren, wie die Rotten Mansfelds. Die sechs Infanterieregimenter, welche Corduba befehligte, waren auf einen Bestand zwischen 250 und 800 Mann, die 33 Reitercompagnien, die er führte, waren unter den Bestand von je 40 Mann gesunken, und nur zum Teil waren sie noch mit Waffen versehen.<sup>3)</sup> Nicht viel anders stellten sich die

<sup>1)</sup> Vgl. das falsch eingereichte Stück in den Doc. inéditos 54 S. 254.

<sup>2)</sup> Erlasse des Kaisers vom 7. Dez. 1622 und 5. Febr. 1623. (Westkamp S. 141, 180.)

<sup>3)</sup> Vgl. die Berichte in den Doc. inéditos 54 S. 343, 254.

Abgänge in dem Truppcorps Anholts; behauptete doch im Oktober 1622 der Oberst de Fours, sein Kavallerieregiment zähle nur noch 200 Reiter, die übel bewehrt und beritten seien.<sup>1)</sup> Hand in Hand mit diesem Uebel ging dann das zweite, nämlich das Ausbleiben der Soldzahlung. Um zu leben, mußten auch diese Truppen Kontributionen auf Stadt und Land legen, vornehmlich in Naturalien, daneben auch in Geld. Für die Lande, welche sie beschützen sollten, wurden sie daher, zumal bei dem auch im münsterischen Land noch weithin herrschenden Protestantismus, ein Gegenstand ähnlichen Abscheus wie die Mansfelder Banden. Unter ihnen selber aber brachen bei dem Wechsel von Not und Ausschweifung Krankheiten aus, welche die Ausfälle der Zahl noch stetig vergrößerten.

Die bittere Folge dieser Verwahrlosung war, daß die katholischen Truppen zu einer kriegerischen Aktion sich ebensowenig im Stande fühlten, wie ihre Gegner. Vorläufig waren beide Teile zur Thatenlosigkeit verurteilt. — Aber während dieser selben Zeit der militärischen Ermattung brach in der deutschen und mehr noch in der europäischen Politik ein neues, unheimliches Leben hervor. Es traten Gegensätze und Entwürfe zu Tage, die mitten in einer hochgespannten Lage neue Katastrophen ankündigten und der zeitweiligen Waffenruhe ein furchtbares Ende zu machen drohten. Wir müssen dem Gang dieser politischen Bewegung, wie sie zunächst in Verhandlungen und Verträgen sich äußerte, folgen. Beginnen werden wir dabei mit Streitigkeiten und Umtrieben, die sich jenseits der Grenzen des Reiches, einerseits im Westen, anderseits im Osten, anspannen.

Unter den großen Nachbarmächten des Reiches hatte bisher keine auf den Krieg so wenig eingewirkt, wie Frankreich. Es lag dies zum Teil daran, daß die Kräfte der Regierung sich im Kampf mit den einheimischen Faktionen und den Hugenotten aufrieben, zum Teil aber auch an den extremen Bestrebungen, die den Anfang des Krieges in Deutschland bezeichneten. Denn bei allem Verlangen nach Minderung der österreichischen Macht konnte doch eine Umwälzung, kraft deren die Lande des deutschen Hauses Oesterreich unter protestantische Fürstenmächte ausgeteilt wären, der französischen Staatsleitung unmöglich gefallen. So war denn auch diese Regierung, als sie unmittelbar vor der Entscheidung am Weißen Berg einen Versuch der Vermittelung zwischen Ferdinand und seinen Gegnern unternahm (S. 94), gegenüber den Böhmen wie den Ungarn für die Erhaltung der österreichischen Monarchie eingetreten. Aber dieses Wohlwollen für den Kaiser begann sich zu wenden, sobald die Böhmen besiegt waren, und nun, da der Krieg ins Reich gespielt wurde, es sich nicht mehr um die Erhaltung, sondern um ein gewaltiges Emporsteigen der vereinigten Mächte, Spaniens und Oesterreichs, handelte. Auch während der Neutralität hatte man in Frankreich die stolzen Ueberlieferungen der Politik Heinrichs IV. nicht vergessen. Man faßte den von diesem Monarchen erworbenen und seinen Nachfolgern vermachten Einfluß in dem Schlagworte „Schiedsrichter der Christenheit“<sup>2)</sup> zusammen; und in Erinnerung daran hatte sich die Regierung bei ihrer

<sup>1)</sup> Westkamp S. 131.

<sup>2)</sup> Arbitre de la Chrétienté. Der Ausdruck (mit unwesentlichen Modifikationen) wird unter Heinrich IV. gebraucht von Herffen (Briefe und Akten II n. 198 Anm. 2), von G. Savoyen

vermittelnden Haltung damit geschmeichelt, daß sie die Wage des Gleichgewichts zwischen den christlichen Mächten in der Hand halte. Aber eben diese schiedsrichterliche Autorität, das mußte sie sich jetzt sagen, wurde ihr entzogen, wenn die beiden vereinigten Mächte das Ziel erreichten, dem sie zustrebten.<sup>1)</sup> So trat denn die alte Spannung zwischen Frankreich und dem Hause Oesterreich wieder hervor und erreichte allmählich einen solchen Grad, daß ein einziger neuer Uebergriff, besonders wenn er Frankreich in seiner eigentlichen Machtsphäre traf, genügen konnte, um den Bruch herbeizuführen.

Dieser neue Uebergriff erfolgte in einem Gebiet, in welchem seit den Tagen, da die spanische Herrschaft in Italien begründet wurde, französischer und spanisch-österreichischer Einfluß miteinander rangen, nämlich in den Alpenlanden, dort, wo als führende Mächte die Schweizer Eidgenossenschaft und ihr östlicher Nachbar, die Föderativrepublik der drei rhätischen Bünde, hervortraten. Zwei Vorteile hatten diese Lande den benachbarten Staaten zu bieten: einmal die Erlaubnis, im Fall der Kriegsnot Truppen bei ihnen anzuwerben, sodann für denselben Fall die Gewährung des Durchzugs und die Sperrung desselben für den Gegner. Wie es nun galt, beide Einräumungen sich vertragsmäßig zu sichern, hatte Frankreich seinem Nebenbuhler einen starken Vorsprung abgewonnen. Sowohl mit der Eidgenossenschaft, wie den rhätischen Bünden stand es in einem jenen Zwecken entsprechenden festen Vertragsverhältnis, welches im Anschluß an ältere Verbindungen im Jahr 1564 genau geregelt, im Jahr 1602 erneuert und bis über die Lebenszeit Ludwigs XIII. hinaus erstreckt war. Spanien dagegen hatte nur ein im Jahre 1587 geschlossenes, im Jahre 1604 erneuertes Bündnis mit sieben katholischen Orten der Eidgenossenschaft erreicht, während die Bündner seinen Werbungen widerstanden. Gerade durchs Land der Bündner wurde aber ein wohl gesichertes Durchzugsrecht für die Spanier um so wichtiger, je enger ihr Zusammenschluß mit dem Hause Oesterreich wurde, und je mehr dieser Zusammenschluß in gemeinsamem Krieg erprobt wurde; denn dies Land war das verbindende Mittelglied zwischen dem spanischen Herzogtum Mailand und der österreichischen Grafschaft Tirol. Demgemäß wurden die Werbungen der Spanier bei den Bündnern seit dem Jahre 1616 mit verstärkter Dringlichkeit aufgenommen, allerdings gleichzeitig dadurch erschwert, daß in doppelter Konkurrenz mit den spanischen und französischen Interessen auch die Republik Venedig ein besonderes Bündnis für sich erstrebte. Was indes mitten in dieser Verwirrung den Spaniern schließlich vorwärts half, das war der gewaltthätige und grausame Faktionsgeist, der das demokratische Staatswesen der Bündner beherrschte, und der Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten, der in das Faktionsstreiben eindrang.

In dem Hin- und Herwogen dieser inneren Kämpfe nämlich war neben einer französischen und venetianischen auch eine spanische Partei erstarkt. Ihre Führer stiegen bald empor, bald wurden sie niedergeworfen und verfolgt, um

(a. a. D. n. 301 S. 563 B. 17 v. u.) Er findet sich wieder in dem Gutachten von Angoulême und seinen Mitgesandten vom Frühjahr 1621. (Ambassade S. 361.)

<sup>1)</sup> Puijseur an Angoulême 2c., 1621 März 4. (Ambassade S. 537.)



dann als rachedürstende Verbannte in Mailand und Tirol Schutz zu suchen. Auf ihrer Seite fanden sich zum Teil die Katholiken, welche als unansehnliche Minderheit im Zehntgerichtsbund, in stärkerer Zahl im Gotteshausbund, als erdrückende Mehrheit im Grauen Bunde sich fanden und daneben eine ganz besondere Stellung in den drei Bündnen unterthänigen Landschaften einnahmen. Unter den letzteren war die wichtigste das Veltlin mit der östlich anstoßenden Grafschaft Bormio und der westlich angrenzenden Grafschaft Chiavenna. Hier war die Bevölkerung zum weitaus größten Teil katholisch. Von altem Abscheu erfüllt gegen das habgierige und brutale Regiment der herrschenden Bauernrepublik, mußte sie neuerdings auch zusehen, wie die Machthaber gegen die katholische Kirche, ihre Geistlichen und Mönche, da sie als Parteigänger Spaniens galten, mancherlei Bedrückungen verübten. Darüber erwuchs ein Haß, der endlich den spanischen Wünschen in schrecklicher Weise entgegenkam.

Einer jener vielen Verbannten, Jakob Robustello, der im Veltlin großen Einfluß besaß, zettelte unter dem Schutz des Mailänder Statthalters, des Herzogs von Feria, zwischen Veltlinern und Ausgewiesenen eine Verschwörung zur Abwerfung der Bündener Herrschaft und zur Rache an den Verfolgern an. Am 19. Juli 1620 brachen die bewaffneten Bänden dieser Verschworenen in Tirano ein, mit der Losung, daß alle Lutheraner totzuschlagen seien. Und so sicher hatten nun Verabredung und lang genährter Rachedurst ihnen vorgearbeitet, daß in allgemeiner Erhebung und einem viertägigen, durch die Gemeinden des Veltlins hindurchgehenden Morden an die 350 Protestanten erschlagen wurden. Natürlich brach darauf ein Krieg aus. Die Bündner, unterstützt von Berner und Züricher Hülfsstruppen, suchten die Aufständischen zu unterwerfen, aber schon im August mußten sie bei Tirano vor einer spanischen Truppenabteilung, welche dem Robustello zur Hülfe zog, die Flucht ergreifen, nachdem vorher auch von Tirol aus eine Kommission des Erzherzogs Leopold im Münsterthal erschienen war und hier, begleitet von einem anderen Haufen rückkehrender Verbannter, die Huldigung eingenommen hatte. Im Fortgang des Krieges griffen dann der Mailänder Statthalter und der österreichische Erzherzog tiefer und tiefer ein. Seit Oktober 1621 rückten größere Truppenmassen vor: von Mailand, um das Veltlin nebst Bormio und Chiavenna vollends von den alten Herren loszureißen, von Tirol, um die Bündner im eigenen Lande, im Engadin und im Prättigau, heimzusuchen. Aber zugleich trat auf spanischer wie österreichischer Seite neben der Losung, daß man die katholische Religion schützen wolle, auch die Begierde nach Machterweiterung offen hervor. Und wie nun die Bündner trotz tapferer Gegenwehr am Ende doch der Uebermacht der Gegner und der eigenen Zwietracht unterlagen, mußten sie schließlich gewähren, was die Sieger verlangten. Im Januar 1622 schlossen der Graue Bund und der Gotteshausbund mit den Bevollmächtigten Spaniens und des Erzherzogs Leopold — des letzteren als Regenten der vorderösterreichischen Lande — einen Vertrag zu Mailand, in dem sie den Zehntgerichtsbund dem Erzherzog Leopold preisgaben und der Herrschaft übers Veltlin und Bormio, die jetzt von spanischen Besatzungen beschützt und beherrscht waren, entsagten. Zugleich wurde dem König von Spanien das Recht gewährt, zur Verteidigung seiner und der österreichischen Lande, Truppen durch

die Bündener Lande zu führen und Söldner bis zu 6000 Mann zu werben. Streitkräften, welche offen oder heimlich gegen Spanien oder Desterreich bestimmt waren, sollte der Durchzug verwehrt werden. Noch einmal versuchten dann die Männer des Zehntgerichtslandes eine heldenmütige Gegenwehr gegen die österreichische Herrschaft. Aber im September desselben Jahres mußten sie, sowie die Einwohner des Unterengadin in einem von der Eidgenossenschaft vermittelten Vertrag sich als Unterthanen des Erzherzogs Leopold erkennen.

Zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges hatten somit auch Spanien und Desterreich eine Eroberung gemacht. Wie aber kam es, daß sich dieselbe fast ohne allen Widerstand der rivalisierenden Mächte vollzog? Innerhalb der benachbarten Schweizer Eidgenossenschaft hatten, wie erwähnt, Bern und Zürich den Bündnern anfangs Hülfe geleistet, aber darüber wachte alsbald der Zwiespalt zwischen den katholischen und protestantischen Orten auf und bewirkte, daß die Eidgenossenschaft unthätig blieb. Der andere Nachbar im Süden, die Republik Venedig, sah mit Schrecken, wie die Umklammerung ihres Landgebietes durch österreichische und spanische Provinzen infolge der Unterwerfung der Bündner um vieles fester wurde; aber auch ihren Versuch, bei Beginn des Krieges den Bündnern mit Truppen beizustehen, machte der Herzog von Feria baldigst rückgängig, indem er ein Truppencorps an die venetianische Grenze legte.<sup>1)</sup> So blieb nur noch eine Macht übrig, welche den Fortschritten der Spanier und Desterreicher entgegentreten konnte, nämlich Frankreich. Und gewiß, wie an Frankreich die Hülferufe Venedigs und des jetzt wieder gegen die fortschreitende Knechtung Italiens seine Stimme erhebenden Herzogs von Savoyen ergingen, mußte die dortige Regierung sich sagen, daß bei ruhiger Sinnahme der spanisch-österreichischen Erfolge das von Heinrich IV. errungene Ansehen sowohl unter den italienischen Mächten als in der Schweizer Eidgenossenschaft und den rätischen Bündnen ebenso tief niedergehen, wie die Macht Spaniens steigen mußte. In diesem Sinne zögerte denn auch Ludwig nicht, dem spanischen Gesandten zu erklären, daß Frankreich eine Herrschaft Spaniens im Weltlin nicht dulden könne.<sup>2)</sup> Vorübergehend — es waren die Tage, da Philipp III. starb und sein Sohn in die Regierung eintrat, da zugleich der Neuausbruch des niederländischen Krieges bevorstand — schien dieser Ernst die spanische Regierung zu erschrecken. Es kam dahin, daß in einem Vertrag, welchen die Regierung Philipps IV. am 25. April 1621 mit dem französischen Bevollmächtigten Bassompierre zu Madrid abschloß, der Versuch gemacht wurde, die politische Machtfrage aus dem Weltliner Streithandel auszufondern und nur die Aufhebung der seit 1617 im Weltlin eingeführten Beeinträchtigungen der katholischen Kirche als Frucht des Aufstandes festzuhalten. Aber dieser Vertrag trat wegen der Weigerung der katholischen Schweizer Orte, die ihnen angebotene Garantie zu übernehmen, nicht in Kraft, und da nun vollends Frankreich, wie schon erwähnt (S. 164), gerade damals in die Wirren eines neuen Hugenottenkrieges gezogen wurde, schritten Spanien und Desterreich ohne weitere Rücksicht zu jener Unterwerfung der Bünde vor.

<sup>1)</sup> Bericht Gueffiers, 1620 Aug. 17. (Siri V S. 181.)

<sup>2)</sup> Ludwig XIII an Billiers, 1620 Okt. 12. (Siri V S. 235.)

Dieses Vorgehen jedoch sollte verhängnisvoll werden für das Verhältnis zwischen Frankreich und Spanien. Am 12. Oktober 1622 wurde der Hugenottenkrieg durch das Edikt von Montpellier beendet. Einen Monat später begrüßte Ludwig XIII. in Avignon den von ihm eingeladenen Herzog Karl Emanuel, um nun sofort in Verhandlungen, an denen sich der venetianische Gesandte als dritter beteiligte, die Bündener Frage in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Die Frucht der Besprechungen war ein zu Paris am 7. Februar 1623 zwischen Frankreich und den Bevollmächtigten von Venedig und Savoyen abgeschlossenes Bündnis zur Rückführung der politischen Verhältnisse der drei Bünde auf den früheren Stand. Schon im April sollten zu diesem Zweck drei Heere im Gesamtbetrag von 33—38000 Mann zu Fuß und 7000 Reitern<sup>1)</sup> aufgebracht werden: eine Bestimmung, deren Schärfe allerdings durch den Zusatz, daß die Verwendung dieser Streitkräfte durch weiter zu treffende Vereinbarung festzusetzen sei, gemäßigt, aber auch durch die Verbindung des ganzen Unternehmens mit den im Gang befindlichen Kriegswirren verschärft wurde. Es wird zweckmäßig sein, so hieß es in letzterer Beziehung, die Sache der Generalstaaten zu fördern und die Verwickelungen in Deutschland zu benutzen. Im Hinblick auf Deutschland gedachte man des Grafen von Mansfeld, und dies um so mehr, da er, überall nach Kriegs- und Zahlherren ausschauend, sich beeilt hatte, auch dem französischen König seinen Dienst anzutragen.<sup>2)</sup> Um den Preis von 300000 Ecus, die alsbald in Nürnberg oder Venedig hinterlegt werden sollten, beschloß man also, den Mietlingsgeneral zu einer von ihm selbst zu genehmigenden Diverſion — natürlich gegen Spanien oder allenfalls auch gegen Oesterreich — zu gewinnen. Zur Verhandlung mit ihm gingen denn auch bald nachher zwei Agenten nach dem Haag ab.<sup>3)</sup>

Hiermit war der Anfang zu den feindlichen Verbindungen Frankreichs gegen Spanien und Oesterreich gemacht. Allerdings eine rasche Entwicklung war diesem Anfang nicht beschieden. Noch fehlte in Frankreich eine starke Regierung; selbst die relative Einheit in der Leitung der Geschäfte war seit dem im Dezember 1621 erfolgten Tode des Herzogs von Luynes verschwunden. Das zwiespältige Conseil, das von jetzt ab den König beriet, wurde durch die dreifache Furcht, welche die Faktionen, die Macht Spaniens und die Zerrüttung der Finanzen ihm einflößten, gelähmt. Allein der Vorteil, der dem Hause Oesterreich aus dieser Halbheit entsprang, ward doch wieder durch eine andere Gefahr aufgewogen, die sich gleichzeitig im fernen Osten erhob.

Als Bethlen Gabor im Januar 1622 seinen nur als Waffenstillstand gemeinten Frieden mit dem Kaiser schloß, wurde er von der Ueberzeugung geleitet, daß er nur mit einer kriegerischen Verbindung antiösterreichischer Mächte zur Seite den Krieg bestehen könne. Man hätte hiernach voraussetzen dürfen, daß er nunmehr abwarten werde, bis eine derartige Verbindung in den gewaltsam schwankenden Verhältnissen der europäischen Mächte sich wieder gebildet haben

<sup>1)</sup> Das Reiterkontingent Frankreichs beträgt nach dem Text bei Siri (V S. 448) 3000 Mann, nach dem bei Leonard (nach ihm Dumont V, 2 S. 417) nur 2000 Mann.

<sup>2)</sup> Langerak an die Staaten, 1623 Febr. 10. (Capellen I S. 156.)

<sup>3)</sup> Bauffe und Montereau. Ihre Ankunft meldet Carleton 1623 März 27. (Roe S. 187.)

werde. Lag es nun aber an dem Uebelwollen der kaiserlichen Regierung, das ihm in den Verhandlungen über die Ausführung des Friedens entgegentrat, oder an dem Erstarren einer ihm feindlichen Partei im ungarischen Reichstag, das er bei längerem Stillsitzen befürchten mußte, lag es anderseits an den Aufreizungen von Männern, wie dem Grafen Thurn und Herzog von Jägerndorf, oder auch an der Rastlosigkeit von Bethlens Natur? — genug, der Friede war erst ein halbes Jahr in Kraft, als Bethlen die Initiative ergriff, um ein neues kriegerisches Bündnis gegen den Kaiser ins Leben zu rufen. Zu Anfang des Monats September<sup>1)</sup> erschien zu diesem Zweck sein Gesandter, dem sich der Graf Matthias von Thurn als freiwilliger Vertreter der böhmischen Rebellen und Friedrichs V. angeschlossen hatte, am Hof des Sultans, und anderthalb Monat später fand sich ein zweiter Gesandter im Haag bei Friedrich V. ein. Dem Sultan wurde der Plan eines gewaltigen Kriegs zur Rückführung Bethlens auf den ungarischen, Friedrichs auf den böhmischen Thron und zur Herstellung der zwischen den rebellischen Landen Ferdinands geschlossenen Konföderation, oder auch zur völligen Eroberung und Aufteilung der österreichischen Lande vorgelegt: hierzu sollten die Türken ihre kriegerische Hülfe gewähren. Dem Pfalzgrafen wurden die Verhandlungen mit den Türken mitgeteilt: er sollte das Unternehmen fürs erste dadurch unterstützen, daß er bei den befreundeten Mächten Geld herauskug. Im Fortgang dieser Bemühungen brachte Bethlen den Sultan, welcher durch Beendigung eines Krieges mit Polen freie Hand gewonnen hatte, in der That zu der Zusage, daß die Paschas und die Truppen in Ungarn und Bosnien zu seiner Unterstützung und zur Unterordnung unter seinen Befehl angewiesen werden sollten. Als nächster Zweck wurde dabei die Wiedergewinnung der ungarischen Krone für Bethlen, als weiteres Ziel die Herstellung Friedrichs auf dem böhmischen Thron, wenn er dazu helfen wolle, ins Auge gefaßt.

Anfang Mai 1623 reisten Bethlens Gesandte mit diesem Bescheid zurück. In demselben Monat war aber auch Friedrich V. bereits über ihre Erfolge unterrichtet: durch Briefe des Grafen Thurn aus Konstantinopel und des Herzogs von Jägerndorf aus Kaschau,<sup>2)</sup> ja durch zwei Schreiben des Sultans, das eine an ihn, Friedrich, selber, das andere an den Prinzen von Oranien.<sup>3)</sup> Allerdings zeigten auch diese Berichte, daß Bethlen vom Pfalzgrafen jetzt mehr als vor sechs Monaten verlangte. Er rechnete auf seine kriegerische Mitwirkung, so zwar, daß sie beide mit gesammelten Streitkräften gleichzeitig losbrächen und schließlich in den böhmischen Kronlanden sich die Hände reichten. „Alles,“ so schrieb Jägerndorf an den flüchtigen Böhmenkönig, „beruht nur allein darauf, daß Guer Königl. Maj. Armee nach Böhmen oder dero Kron inforporierten Ländern sich begeben.“

<sup>1)</sup> Ueber eine noch frühere Gesandtschaft, die bis ins Frühjahr 1622 zurückgeht und als Vorläufer der späteren zu betrachten ist, berichtet Jägerndorf an Friedrich V., 1622 April 18. (Münchener St.A., pfälz. Abt. 122/3.)

<sup>2)</sup> Camerarius an Rusbordf, 1623 Mai 20. (Söttl III S. 180.) Die Schreiben Jägerndorfs vom 20. März und 14. April (a. St.?) im Münchener St.A., pfälz. Abt. 122/3.

<sup>3)</sup> Erwähnt in einem Schreiben Thurns an Friedrich V., 1623 April 12/22 (a. a. D.). Vgl. auch Roe an Calvert, April 15, Mai 12. (S. 141, 147.)

So waren die Lande jenseits der West- und der Ostgrenze des Reiches von kriegerischen Zurüstungen und kriegerischen Entwürfen erfüllt. Diese Bewegung aber schien sich in drohender Weise auch in das Innere des Reiches fortzupflanzen. Noch voll von der frischen Erbitterung über die Belehnung Baierns mit der pfälzischen Kur waren da in der vierten Märzwoche des Jahres 1623 die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg in Annaberg zusammengekommen.<sup>1)</sup> Indem nun die beiderseitigen Räte über die Frage, wie die Angelegenheit der Kur zur Befriedigung der Protestanten zu regeln sei, verhandelten, wagten sich die Brandenburger — an ihrer Spitze stand jener Adam von Schwarzenberg (II 401), den Georg Wilhelm von Cleve nach Berlin gezogen, zu seinem Hofmeister und zum Präsidenten des geheimen Rates gemacht hatte<sup>2)</sup> — mit dem Vorschlage vor, daß die protestantischen Stände nach Reichskreisen, zunächst im ober-, niedersächsischen und fränkischen Kreis, eine „Verfassung“ aufrichten sollten nach dem Vorbild der katholischen Liga, und mit dem Zweck, „den Frieden zu erhalten und die Justiz zu befördern“: auf diesem Weg, so erläuterten sie ihre Meinung weiter, werde hoffentlich „die Restitution des Pfalzgrafen nicht unmöglich sein.“ Sie wiesen Sachsen auf das ruhmreiche Beispiel des Kurfürsten Moriz, und deuteten unter anderem auf die Beförderung ihrer Absichten durch einen bewaffneten Vorstoß Bethlen Gabor's und durch die Armee Mansfeld's. Nun fanden die Sachsen allerdings diesen Antrag übereilt. Aber nachdem der Fürst, der nächst Sachsen der angesehenste unter den protestantischen Ständen war, ihn einmal vorgebracht hatte, lag es da nicht nahe, daß er weiter auf gefinnungsverwandte Kreise, und von diesen wieder zurück auf die widerstrebenden Sachsen wirkte? Es lag um so näher, da in den beiden hier vornehmlich in Betracht kommenden Gruppen, unter den ehemaligen Unierten und unter den niedersächsischen Ständen, jene Erregung, welche bei Ankündigung der bevorstehenden Uebertragung der pfälzischen Kur hervorgebrochen war (S. 177), inzwischen noch zugenommen hatte, und da eben jetzt die niedersächsischen Stände sich genötigt sahen, die Waffen zur Hand zu nehmen.

Wegen der an die Grenzen Niedersachsens herandrängenden Streitkräfte, Mansfeld's und Halberstadt's auf der einen, der Ligisten und Spanier auf der anderen Seite, trat nämlich am 5. Februar 1623 ein niedersächsischer Kreistag in Braunschweig zusammen. Wie von Anfang des Krieges an, fanden sich die Stände auch jetzt zwischen entgegengesetzten Antrieben. Von protestantischer Seite traf Halberstadt ihre eigensten Sorgen, indem er ihnen die Gefahr einer Invasion des Ligaherrees zur Wegnahme ihrer Stifter darstellte; von katholischer Seite appellierte man nicht vergeblich an ihre Aengstlichkeit, indem man sie warnte, sich mit Feinden des Kaisers und Reiches, wie Mansfeld und Halberstadt, einzulassen. In dieser Not suchte die Versammlung einen Ausweg, der

<sup>1)</sup> Protokoll der Konferenzen, 1623 März 21—24. (Dresdener St.A., 8102, 7.)

<sup>2)</sup> Er äußerte sich nichts weniger als kaiserfreundlich. Die in der Sitzung vom 22. März von den Brandenburgern gemachte Bemerkung: mit einer (von Sachsen vorgeschlagenen) kaiserlichen Versicherung zu Gunsten des Eintritts der Kinder und Agnaten in ihre Kurrechte nach Maximilians Ableben bekäme man nur „ein Papier und wenig Wachs“ (a. a. O. f. 247), war zuerst schon von Schwarzenberg am vorigen Tag „in discursu“ gemacht (f. 244).

ihrer doppelten Furcht vor einer Herausforderung des Kaisers und vor einer von der Ligaarmee ins Werk zu setzenden katholischen Reaktion entsprach. Sie beschloß, den Kreis gegen Durchzüge und Einbrüche von allen Seiten zu schließen und zu dem Zweck das neunfache Truppencontingent nach dem Matrikularanschlag nicht nur bereit zu halten, sondern auch aufzustellen: am 2. März sollte diese Kreisarmee zu einer Generalmusterung zusammengeführt werden.

Was nun bei Ausführung dieses Beschlusses zunächst hervortrat, das war die von allen Aktionsversuchen der Kreise unzertrennliche Erbärmlichkeit. Statt einer Armee von rund 9700 Mann zu Fuß und 3000 Reitern<sup>1)</sup> hatte man am letzten April erst etwas weniger als 2800 Infanteristen und etwas mehr als 1400 Reiter beisammen. Indes noch größeren Anlaß zu Sorgen mußte die Frage geben, ob der Kreis, nachdem er einmal gerüstet hatte, eine freie Stellung zwischen den sich bekämpfenden Gegnern werde behaupten können. Und hier war es die Verschlagenheit des Halberstädters, welche alsbald eine erste und vorläufige Entscheidung herbeiführte. Kein Fürst war durch seinen Anmarsch in größere Bedrängnis geraten, als Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig; denn einerseits waren gerade dessen Fürstentümer Calenberg und Wolfenbüttel in erster Linie bedroht, andererseits sah Friedrich Ulrich in dem Halberstädter den eigenen Bruder, er sah in ihm, da er selbst kinderlos war, seinen mutmaßlichen Nachfolger und am Ende auch den Vertreter von politischen Bestrebungen, die auch er, soweit er sich die Mühe des Nachdenkens gab, im Grunde billigte.

So zugleich bedroht und angelockt, beraten von seiner Mutter und deren Bruder, dem König von Dänemark, ließ er sich zu dem Versuch bestimmen, sich mit dem Bruder auszugleichen, ohne sich mit dem Kaiser zu verfeinden. Am 24. Februar 1623 schloß er also mit Christian einen Vertrag, in dem letzterer erklärte, sich von Mansfeld und der Sache Friedrichs V. loszusagen und durch Dänemarks Vermittelung seine Ausöhnung mit dem Kaiser suchen zu wollen, der Herzog Friedrich Ulrich dagegen sich verpflichtete, den Bruder auf drei Monate unter Zahlung von 100000 Thalern in seinen Dienst zu nehmen, und zwar zum Schutz der Braunschweiger und Halberstädter Lande, in denen ihm zugleich Quartiere einzuräumen waren. Infolge dieses Vertrages zog dann Christian ins Calenbergische und ins Halberstädtische; mit einem Schlag stand er mitten im niedersächsischen Kreis, der sich eben zu seiner Abwehr bewaffnete.

Friedrich Ulrich scheint bei Abschluß des Vertrages keinen anderen Gedanken gehabt zu haben, als aus seiner augenblicklichen Notlage herauszukommen. Aber weiter gingen die Berechnungen Christians. In seinem Munde war die Erklärung des Uebergangs von Friedrich V. zu Ferdinand II. eine Lüge, die ihm zunächst Geld und gute Quartiere verschaffte, dann aber und vor allem die Festsetzung in rein protestantischen Gebieten ermöglichte, in denen sich weitere sowohl politische wie militärische Entwürfe anspinnen ließen. Und wohin gleich seine nächsten militärischen Entwürfe zielten, das erkannte man, als der niedersächsische Kreis sofort noch andere kriegerische Gäste erhielt.

Von jenen drei weimarschen Herzögen, die für Friedrich V. in den Krieg

<sup>1)</sup> Dpel I S. 390. Für das Folgende v. d. Decken I S. 325, 326.

gezogen waren (S. 143), hatten zwei unter Mansfeld bei Fleurus gekämpft; der eine, Friedrich, war gefallen, der andere aber, Herzog Wilhelm, erschien im Herbst des Jahres 1622 plötzlich in seiner Heimat, nicht etwa um sich zu verbergen, sondern um sofort neue Truppenwerbungen zu beginnen und neue politische Umtriebe in Gang zu bringen. In der phantastischen Weise, nach der er früher seinen „Orden der Beständigkeit“ (S. 144) betrieben hatte, ging er jetzt, seit Oktober 1622, Reichsstädte, Grafen und Ritterschaft im fränkischen Kreise, daneben auch böhmische Flüchtlinge und einige kleine Fürsten<sup>1)</sup> an, um sie für einen Bund zwischen „Patrioten hohen, mittleren und niederen Standes“ zu gewinnen. Als Ziele des Bundes wurden angegeben: gleiche Freiheit protestantischer wie katholischer Religionsübung, Sicherung der deutschen Libertät und des deutschen Rechtes, Restitution der Beraubten. Die Hauptsache jedoch war, daß die Beitretenden Geld zusteuerten, und eine „starke Armee“ ins Feld gestellt werden sollte, ferner daß Herzog Wilhelm sich bereits am 15. Dezember 1622 an Friedrich V. und den Prinzen Moriz wandte, mit dem Gesuch, sein Unternehmen zu unterstützen und die Unterstützung Englands und der Staaten zu erwirken.<sup>2)</sup> Große Erfolge scheint er mit diesen politischen Verhandlungen nicht gehabt zu haben. Wir erfahren nur, daß der kleine Fürst Ludwig von Anhalt-Köthen ihm einen Zuschuß von 35 000 Thalern bewilligte,<sup>3)</sup> und dürfen allenfalls vermuten, daß die drohende Erregung unter dem oberpfälzischen und fränkischen Adel und den böhmischen Verfolgten, von der damals die bairische Regierung einen gelegentlichen schrecklichen Ausbruch fürchtete, durch diese Umtriebe gesteigert wurde. Aber die etwaigen Erfolge vorwegnehmend, schritt Wilhelm sofort zur Anwerbung einiger Regimenter zu Fuß und einiger Reitercompagnien; und wie es sich nun darum handelte, diese Truppenmacht vorläufig unterzubringen und zu ernähren, kam auch er — es war im Januar 1623 — auf den Gedanken, eine Bestallung beim niedersächsischen Kreis zu suchen, allerdings, wie es in seinem Vertrag mit Ludwig von Anhalt ausdrücklich hervorgehoben wurde, nur für die Zeit der Not und ohne den wahren Zweck der Truppe aus dem Auge zu lassen.

Um dieselbe Zeit und, wie es scheint, unabhängig voneinander, nahmen also der Weimarer und der Halberstädter den niedersächsischen Kreis als Lagerplatz in Aussicht. Da kam es denn leicht zu dem zweiten Schritt, daß die

<sup>1)</sup> Fränk. Städte und Ritterschaft: Archiv für sächsische Geschichte XI S. 41, 42. „Die Grafen“ als zu gewinnende Mitglieder werden genannt in einer Aufzeichnung vom 29. Dez. 1622. (Münchener St. A., bair. Abt. 425/7.) Ich denke, daß die fränkischen Grafen gemeint sind. Böhmisches Exulanten: Instruktion für Dr. P. Müller an Friedrich V., 1622 Dez. 15 (a. a. D.). Von Fürsten werden gewonnen: Pfalzgraf Ludwig Philipp (Archiv für sächsische Geschichte XI S. 75) und J. Ludwig von Anhalt-Köthen (Vertrag Wilhelms mit ihm, 1623 Jan. 27. Münchener St. A. a. a. D.) — Entwurf der Bundesakte, 1622 Okt. 17/27, im Münchener St. A. a. a. D. Nach inkorrekter Vorlage im Archiv f. sächs. Geschichte XI S. 66.

<sup>2)</sup> Die oben angeführte Instruktion für Müller an Friedrich V. Instruktion für Jakob Scherle an Prinz Moriz und Graf Ernst Kasimir von Nassau, Dez. 12. (Hurter IX 283. Archiv für sächsische Geschichte XI S. 41.)

<sup>3)</sup> Nicht 350 000 Thaler, wie Hurter (IX S. 283; nach ihm Oppl I S. 396) angibt. Vgl. den eben angeführten Vertrag vom 27. Januar 1623.

beiden Fürsten, als alte Genossen in Krieg und Politik, sich um die Zeit, da der Halberstädter seinen Scheinvertrag mit Herzog Friedrich Ulrich abschloß,<sup>1)</sup> miteinander beredeten und im niedersächsischen Kreis gemeinsame Sache zu machen beschloßen. Bei seinem Einmarsch in den Kreis folgten dem Administrator Christian vier Infanterieregimenter und nahe an zwanzig Reitercompagnien;<sup>2)</sup> neben diesen führte nun, noch im Monat März, der Herzog Wilhelm an die 4000 Mann zu Fuß und zu Roß<sup>3)</sup> in denselben Kreis, und bereits am 29. März konnte er seinem Bruder Johann Ernst ein Patent mitteilen, kraft dessen der Administrator die Weimarer Truppen in seine Armee einreichte und den Herzog unter seinen Oberbefehl stellte. Natürlich ließen beide sich's fortan angelegen sein, ihre Truppen durch weitere Werbungen zu verstärken. Vor allem aber ließen sie von der Hoffnung nicht ab, den niedersächsischen Kreisständen, wie sie ihnen ihre Gegenwart aufgezwungen hatten, schließlich auch noch ihr Bündnis aufzuzwingen. Indes hier behauptete die alte Weisheit, es mit keinem zu verderben, noch immer die Oberhand; den Ständen versagte ebensowohl die Kraft, die Eindringlinge herauszuwerfen, wie der Mut, mit dem Kaiser zu brechen. Und so mußte Halberstadt sich zunächst damit begnügen, wenigstens in der Nachbarschaft des Kreises, nämlich in Hessen-Kassel, eine Verbindung zu gewinnen, die von Bedeutung werden konnte.

Unter dem doppelten Druck der herannahenden Entscheidung des Marburger Erbstreites (S. 190) und der von dem benachbarten Ligaheer drohenden Gefahr, hatte Landgraf Moriz sich zu einem neuen Versuch seines halb offenen, halb verdeckten, stets aber ohnmächtigen Ringens gegen die Fortschritte der katholischen Waffen aufgerafft. Als das Jahr 1623 anbrach, sah er voraus, daß mit dem kommenden Frühjahr das Hauptheer der Liga sich nach Norddeutschland, zunächst gegen Halberstadt und Mansfeld, bewegen werde, und er erwartete von einer derartigen Veränderung des Kriegsschauplatzes eine ähnliche Erhebung der katholischen Macht in Norddeutschland, wie sie sich in Süddeutschland vollzogen hatte. Dieser Gefahr wollte er entgegentreten durch die Schließung seiner Lande gegen den Durchzug von Tillys Armee; und so ging er ans Werk, seine geringen Streitkräfte wieder zu verstärken und den alten Kampf gegen die Aengstlichkeit und die Sparsamkeit seiner Landstände wieder aufzunehmen; im Frühjahr hatte er denn auch neben einiger Reiterei und vier sehr mangelhaft bewaffneten Regimentern seiner Landmiliz zwei geworbene Infanterieregimenter beisammen.<sup>4)</sup> Konnte er aber daran denken, mit diesen Streitkräften dem Heere Tillys ent-

<sup>1)</sup> Zehn Tage vor dem Calenberger Vertrag, am 4/14. Febr. 1623, finden sich „die Herzöge von Weimar“ bei Christians Bruder in Wolfenbüttel (Opel I S. 411); drei Wochen nach dem Vertrag bezieht sich Christian auf eine mündliche Abrede mit G. Wilhelm über die Aufnahme seiner Truppen ins Halberstädtische. (1623 März 18. Röse, Herzog Bernhard I S. 394.)

<sup>2)</sup> Archiv des histor. Vereins für Niedersachsen, 1845 S. 66 Anm. Opel, I S. 420, gibt sechs Infanterieregimenter an, von denen aber das sechste vermutlich nur auf dem Papier gestanden habe, ferner 23 Comp. Reiter.

<sup>3)</sup> Opel I S. 422. Ueber die Bestallung vgl. Röse S. 339 Anm. 42.

<sup>4)</sup> Unter Landgraf Wilhelm und Niedesfel als Obersten (Kommel VII S. 535 Anm. 472). Dazu kam bis Juli das Regiment des Obersten Lippe (über ihn Kommet VII S. 540) „und ein neues beinahe vollständiges Regiment“ (S. 555 Anm.).



gegenzutreten? Das war eine Verlegenheit, in welche nun wieder Christian von Halberstadt eingriff. Im März oder April<sup>1)</sup> ließ er dem Landgrafen melden, daß er seine Lande gegen einen Einbruch der Ligaruppen entsetzen werde. Landgraf Moriz war nicht in der Lage, ein solches Anerbieten abzulehnen, und so gewann der Administrator den Vorteil, seine Verbindungen auf Hessen und die dortigen Streitkräfte auszudehnen.

Allein über diesen Vorteil hinweg mußte der Halberstädter es immer als wichtigste Frage im Auge behalten, ob er die Mitwirkung der niedersächsischen Stände und dann etwa, wenn diese einen kräftigen Entschluß wagten, auch diejenige der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen zu gewinnen vermöchte. Hier nun war seine Hoffnung von Anfang an auch auf den Monarchen gerichtet, der kraft seines Anteils am Herzogtum Holstein einen Fuß im niedersächsischen Kreis hatte, kraft seiner Macht aber zugleich den festen Rückhalt für die schwankenden Mitglieder dieses Kreises abgeben konnte, nämlich auf den König von Dänemark. Nun wissen wir ja, daß Christian IV. seit dem Angriff auf die Pfalz sich mit dem Gedanken trug, den Fortschritten des Kaisers entgegenzutreten, allein wir haben auch gesehen, wie die Zurückhaltung der deutschen Reichsstände, besonders derjenigen des niedersächsischen Kreises, seine Gedanken nicht zur That werden ließ. Gerade jetzt jedoch sah der König durch die steigende Macht des Kaisers und der Liga sich an einer besonders empfindlichen Stelle gereizt. Am 22. März 1623 starb jener Administrator Philipp Siegmund von Berden und Osnabrück. Ohne Schwierigkeit trat darauf Christians IV. Sohn Friedrich in dem ersteren der beiden Stifter, wo er Koadjutor war, an die Stelle des Verstorbenen, und insofern konnte sich der dänische König damals sagen, daß er eine Frucht seiner früheren Bemühungen davontrug. Aber er hatte, wie bemerkt (S. 193), sein Verlangen auch auf Osnabrück gerichtet, und hier traten ihm umgekehrt die Erfolge der katholischen Unterhandlungen und der katholischen Waffen entgegen. Unter dem Druck der ins Stift eingerückten, von Wiedenbrück, Quakenbrück und Börden her drohenden Truppen Anholts wählte das Kapitel, nachdem es vorher die nicht ordinierten Domherren ausgeschlossen hatte, den Cardinal Friedrich von Hohenzollern zum Bischof, einen Bruder des Grafen Johann, der Großhofmeister des bairischen Kurfürsten und Präsident seines geheimen Rates war, einen Verwandten jenes Johann Georg, der am kaiserlichen Hof zu den einflussreichsten und zugleich am strengsten katholischen Staatsmännern gehörte. Am 19. Juni erklärte er die Annahme der Wahl. Gewiß war es nun nicht ohne Zusammenhang mit diesen Vorgängen, wenn König Christian, nachdem er anfänglich die Hilfsgesuche des Halberstädters abgewiesen hatte, seit Ende März aus seiner Zurückhaltung um einen Schritt heraustrat. Nicht zwar dem improvisierten General, wohl aber dem Pfalzgrafen Friedrich V. gegenüber erklärte er sich am 29. März auf die Werbung eines pfälzischen Abgesandten, des Achaz von Dohna, bereit, die Kurfürsten von Sachsen und

<sup>1)</sup> Die Mitteilung mußte dem Landgrafen, der sich auf einer Reise nach Dessau, Züsterbog und Wolfenbüttel befand, nachgeschickt werden, wurde von ihm den Räten nach Kassel übersandt und von diesen am 18/28. April begutachtet. (Kommel VII S. 539.)

Brandenburg zum Eintreten für Friedrich V. und für die religiöse und politische Freiheit im Reich zu ermahnen: an ihm, so bemerkte er dem Gesandten, solle es nicht mangeln.<sup>1)</sup> Es war eine Wendung, welche je nach ihrer weiteren Entwicklung sehr viel und sehr wenig bedeuten konnte.

Jedenfalls aber war die Gesamtlage der Dinge in Deutschland dazu angethan, den Kaiser und seine Verbündeten mit schweren Sorgen zu erfüllen. Mit den Waffen in der Hand standen ihnen im Norden des Reiches Mansfeld und Halberstadt entgegen; mit wachsendem Mißtrauen und steigender Entfremdung traten ihnen allerwärts die protestantischen Stände gegenüber, und durch die verschiedenen Kreise der letzteren ging der Gedanke hindurch, von grollender Unthätigkeit zum Abschluß kampfbereiter Bündnisse vorzuschreiten. Und mit diesen deutschen Bewegungen gingen nun die drohenden Zurüstungen jenseits der Ost- und Westgrenze des Reiches parallel; die Mächte, welche hier einen Angriff gegen Oesterreich und Spanien planten, suchten bereits ihre Aktion mit derjenigen der deutschen Gegner beider Häuser zu verbinden. Es war ein Gewirre von kriegerischen Verhandlungen und Anschlägen, weit umfassend und langsam fortschreitend, gleich einer zähen und trägen Bergmasse, die in Bewegung gerät, ohne daß man voraussagen kann, ob sie sich wieder setzen oder unter einem mächtigen Anstoß sich zerstörend herabwälzen wird. Eben auf den mächtigen Anstoß, welcher den Aengstlichen Mut gab und die Getrennten zusammenführte, waren denn auch alle jene gespannt, die eine neue Katastrophe wünschten oder fürchteten. Niemand jedoch suchte ihn sehnlicher herbeizuführen, als jene kleine Regierung, welcher der flüchtige Friedrich V. den Namen gab.

Der eigentliche Vertreter dieser Regierung war seit Anfang 1623, da er von seiner gesandtschaftlichen Thätigkeit im niedersächsischen Kreis zurückgekehrt war,<sup>2)</sup> und vollends seit dem Mai desselben Jahres, da der Großhofmeister Albrecht von Solms starb,<sup>3)</sup> Ludwig Camerarius. Er allein hielt sich seit dem angegebenen Zeitpunkt ziemlich stetig am Hofe Friedrichs V. auf, während andere treu gebliebene Räte, wie der seit Ende 1622<sup>4)</sup> am englischen Hof für seinen Herrn thätige Johann von Rusdorf, entweder gar nicht oder nur vorübergehend im Haag erschienen.<sup>5)</sup> Freilich mußte auch des Camerarius Einfluß in großen Fragen vor zwei wichtigeren Personen zurückstehen: dem Prinzen Moriz von Dranien, der dem flüchtigen Böhmenkönig mit der Vertraulichkeit eines Verwandten zur Seite stand und im Sinne der Unversöhnlichkeit und des Kampfes auf ihn einwirkte, und dem englischen Gesandten Carleton, der die schwierige Aufgabe hatte, zwischen den kriegerischen Antrieben des Draniers und den friedlichen

<sup>1)</sup> Christian IV. an Friedrich V., 1623 März 29. (Münchener St.N., pfälz. Abt. 121/3.)  
Camerarius an Rusdorf, 1623 April 26. (Collectio Cam. 25.)

<sup>2)</sup> Anzeige seiner am folgenden Tage erfolgenden Abreise von Bremen 1622 Dez. 18. (Söltl III S. 174.)

<sup>3)</sup> Camerarius an Rusdorf, 1623 Mai 17. (Coll. Cam. 25.)

<sup>4)</sup> Vgl. meine Untersuchungen über die pfälzische Politik. (Histor. Zeitschrift, N. F. 38 S. 412 Anm. 2.) Sein eigentlicher Eintritt als Agent Friedrichs V. am englischen Hof erfolgte im April 1623. (Cuhn, Mém. de Rusdorf I S. 3, 9.)

<sup>5)</sup> Bolrat von Plessen wurde Erzieher der Söhne Friedrichs V. und dadurch den politischen Geschäften mehr entzogen.

Bemühungen seines eigenen Herrn zu vermitteln. In dem Charakter der Politik nun, welche die pfälzische Regierung damals verfolgte, schien sich die alte Leichtfertigkeit mit der verzweifeltsten Stimmung der Verbannten zu verbinden. Friedrich und seine Ratgeber hatten die Empfindung, daß nur ein großer Umsturz bestehender Staaten und Staatenverbindungen ihnen wieder aufhelfen konnte, und die Gebrechlichkeit, die sie an ihrem eigenen Machtgebäude erfahren hatten, setzten sie auch bei fester gegründeten Staaten und Staatensystemen voraus. In diesem Sinne versuchten sie in die damaligen kriegerischen Kombinationen einzugreifen.

Mit einer ähnlichen Vielgeschäftigkeit, wie nach dem Ausbruch des böhmischen Aufstandes, wußten sie sich überall in den politischen Verhandlungen geltend zu machen. Als Bethlen Gabor und neben ihm der Graf Thurn ihre kriegerischen Vorbereitungen im Haag gemeldet hatten, beeilte sich Friedrich, erst mit Thurn, dann mit Bethlen in eifrigen Briefwechsel zu treten,<sup>1)</sup> und zum größeren Nachdruck fertigte er im Februar 1623 den Burggrafen Ahas von Dohna zu einer Gesandtschaftsreise ab, die in Dänemark und bei verschiedenen norddeutschen Fürsten begann und am Hofe Bethlens enden sollte. Auf die Kunde sodann, daß die antispansische Wendung der französischen Politik auch der pfälzischen Sache zu gute kommen könnte, reiste Andreas Paul im Mai 1623 mit Hülfsge suchen Friedrichs V. an den französischen Hof,<sup>2)</sup> während anderseits wieder Beziehungen zu Mansfeld und Halberstadt von den Tagen ab bestanden, da sich beide neuerdings nach dem Reich gewandt hatten. Die Absicht der Pfälzer bei all diesen Bemühungen ging auf eine vereinte und gewaltige Offensive: dem Kaiser sollten Ungarn und die böhmischen Lande, dem Kurfürsten Maximilian sollte die Pfalz wieder entrisen, — und wo möglich beide Herrscher noch in ihren deutsch-österreichischen und bairischen Landen heimgesucht werden; mindestens vier Armeen sollten zu diesem Zweck zusammenwirken: eine unter Bethlen Gabor, zwei unter Halberstadt und Mansfeld, eine vierte unter Friedrich V. Das Geld dazu hatten die gewonnenen oder noch zu gewinnenden Mächte beizusteuern, und zwar allen voran der König Jakob. Von England verlangte man monatlich 20 000 Pfund Sterling, um damit die Kosten der Armee Friedrichs — wie es scheint war sie auf 10—16 000 Mann berechnet — zu bestreiten.<sup>3)</sup> Das Vorgehen Englands und dann der durch England ermöglichte Auszug Friedrichs V. an der Spitze einer Armee, das sollte eben auch der große Anstoß sein, der die noch

<sup>1)</sup> Dem Gr. Thurn zählt er am 6. April 1623 fünf vom 29. Oktober 1622 bis zum 6. März 1623 an ihn abgegangene Schreiben auf (Münchener St. A., pfälz. Abtl. 122/3), ebenso dem H. Jägerndorf am 28. Nov. 1623 sechs an Bethlen abgegangene Schreiben vom 21. Mai bis 15. Aug. (a. a. D.).

<sup>2)</sup> Camerarius an Rusdorf, 1623 April: ex Gallia magna nobis spes fit. — Mai 23: über die „Occasion“ in Frankreich berichtet beiliegendes Schreiben Börstels. Ungebuld Friedrichs, daß Paul endlich aus London eintreffe zur Reise nach Frankreich. — Juni 16: die Ergebnisse von Pauls Verhandlungen in Frankreich werden erwartet. (Coll. Cam. 25.)

<sup>3)</sup> Den Antrag als *ci-devant* proposé erwähnt Rusdorf 1623 Mai 4 (Mém. I S. 21), Camerarius schreibt am 28. März: wenn Friedrich „nur die 20 m. Pfd. monatlich haben möchte“ u. s. w. (an Rusdorf, Coll. Cam. 25); den Mindestbetrag einer für Friedrich zu stellenden Armee gibt Rusdorf (Mai 4, S. 29) auf 10 000 Mann an. Camerarius setzt sie (an Rusdorf, April 26) auf 16 000 Mann.

Schwankenden vorantrieb und all jene kriegerischen Vorbereitungen in und außer dem Reich in einen ungeheuren Kriegsbrand ausbrechen ließ. „Wenn der englische König nur wollte,“ schrieb Camerarius (28. März), „so könnte man etwas Großes thun.“

Aber in demselben Augenblicke, da die Dinge auf diese Spitze kamen, zeigte sich's, daß allerdings das Gewölk feindlicher Ansprüche und kriegerischer Pläne in verderbendrohender Weise sich verdichtete und ausbreitete, daß aber zu einem großen allgemeinen Kriege die Dinge noch keineswegs reif waren. Denn wie antwortete Jakob I. auf die Zumutung, den europäischen Krieg zu entfesseln? Es ist schon erwähnt, wie er im Sommer 1622 die Heiratsverhandlungen mit Spanien durch die Sendung eines außerordentlichen Bevollmächtigten voranzutreiben suchte (S. 167). Jetzt, im Frühjahr 1623, wurde die protestantische Welt durch die noch erstaunlichere Nachricht erregt, daß der Prinz von Wales persönlich, insolge einer früher mit dem spanischen Gesandten, Grafen Gondomar, getroffenen Abrede<sup>1)</sup> und nach der dem König Jakob hinterher abgerungenen Zustimmung,<sup>2)</sup> am 17. März mit dem allmächtigen Günstling seines Vaters, dem Herzog von Buckingham, in Madrid eingetroffen sei, um die Verhandlungen mit vollem Nachdruck zur Entscheidung zu führen. Wohl lag am Tage, daß das hiermit ergriffene Mittel zu einer Krisis führen mußte: entweder zum wirklichen Abschluß des englisch-spanischen Bündnisses oder zu einem gewaltsamen Umschlag der geduldigen Freundschaftswerbungen; aber schwerlich hätte man das Mittel ergriffen, wenn nicht das Vertrauen auf einen guten Ausgang vorgewaltet hätte. Und eben dieses Vertrauen führte alsbald noch eine zweite Freundschaftsbezeigung Englands gegen das Haus Oesterreich herbei. Einen Monat nach jener Abkunft, welche Frankenthal in die Hände der Spanier gab (S. 167), und im unmittelbaren Anschluß an ihren Inhalt, wurde in London am 1. Mai 1623 zwischen Jakob I., der zugleich im Namen Friedrichs V. handelte, und der Infantin Isabella, die zugleich mit kaiserlicher Vollmacht versehen war, zum Zweck der in Aussicht genommenen Friedensverhandlung der Waffenstillstand vereinbart, an dem man in Brüssel vergebens gearbeitet hatte. Fünfzehn Monate sollte er dauern, und nicht genug, daß während seiner Dauer alle Feindseligkeiten zwischen beiden Teilen und ihren Bundesgenossen, einschließlich sogar der bloßen Truppenwerbungen, untersagt wurden, es wurde auch der König von England und der Pfalzgraf noch besonders verpflichtet, sich aller Bündnisse mit solchen, welche im Reich oder in den Landen der Vertrag schließenden Mächte und ihrer Bundesgenossen Feindseligkeiten verübten, zu enthalten.

Dieser Vertrag konnte als die eigentliche Antwort Jakobs I. auf die kriegerischen Anträge der Pfälzer angesehen werden. Natürlich wurde er dem Pfalzgrafen mitgeteilt, mit dem Ansinnen, die Ratifikation zu erteilen und bei den in Aussicht genommenen Friedensverhandlungen sein Geschick wehrlos in die Hände seines weisen Schwiegervaters zu legen. Erst nach langem Widerstand,

<sup>1)</sup> Gardiner IV S. 369 fg.

<sup>2)</sup> Gardiner V S. 2 fg.

am 26. August, ließ sich Friedrich V. diese Ratifikation entwinden, aber die sofortige Folge der Haltung Englands war, daß alle Freunde des Pfälzers, welche die Waffen noch nicht zu ergreifen gewagt hatten, jetzt erst recht die Hand davon ließen, und daß auch jene französisch-italienische Liga in ihren Bedenklichkeiten gegen ein gewaltames Eingreifen im Veltlin bestärkt wurde; diejenigen aber, welche bereits im Felde standen, oder im Begriffe waren, ins Feld zu ziehen, d. h. Mansfeld, Halberstadt und Bethlen Gabor, sahen sich nunmehr isoliert; nur durch ungewöhnliche Schlaubeit oder Verwegenheit konnten sie sich aus ihrer ausgefetzten Lage herausziehen. Sehen wir nun, wie sich dabei zunächst Mansfeld und Halberstadt benahmen.

Als Mansfeld und Christian nach der Schlacht von Fleurus im Haag erschienen und sich bewußt waren, wie sehr sie die öffentliche Aufmerksamkeit erregten, ging der erstere in einem schmucklosen grauen Hut umher, mit dem Bemerkten, er werde keinen Hut mit reichen Schnüren wieder aufsetzen, bis er Fortune gemacht habe: es war der Abenteurer, der sein Glück im großen Stile machen will. Anders der junge Christian; der stolzierte in einem Hut umher, an dem er einen der Gemahlin Friedrichs V., der lebensfrohen Elisabeth abgewonnenen Handschuh gesteckt hatte, mit der Losung, daß die Herstellung der schönen Frau in ihren früheren Glanz das Ziel seiner Kämpfe sei: es war der verwilderte, aber von raffiniertem Eigennutz freie Kaufbold, der sich doch auch einer phantastischen Schwärmerei zugänglich erwies.<sup>1)</sup> Elisabeth selber freute sich an dieser Huldigung: nur mir zuliebe, sagte sie stolz, hat er sich in unseren Kampf eingelassen.<sup>2)</sup> Allerdings, wenn sie gewußt hätte, in welchen Formen er im Kreise seiner wüsten Gefellen diese Verehrung äußerte, so würde selbst ihr derber Geschmack sich aufgelehnt haben.<sup>3)</sup> Aber die Hauptsache bei dieser verschiedenen Art Mansfelds und des Halberstädters war, daß dem letzteren eine unverfälschte Feindschaft gegen den Kaiser und seine geistlichen Verbündeten und eine ebenso unverfälschte Freundschaft für das pfälzische Haus einen geraden Weg des Vorgehens anwiesen, daß dagegen Mansfeld durch seinen persönlichen Ehrgeiz auf verschlungenen Pfaden umhergeführt wurde.

Von den ersten Tagen seiner Festsetzung in Ostfriesland hatte Mansfeld wieder sein Netz von entgegengesetzten Verhandlungen angesponnen: am Hofe Jakobs I. that er sich nach den Mittel um für einen Zug gegen die pfälzischen und bairischen Lande; den Generalstaaten wollte er gegen das nötige Geld eine gewaltige Armee zur Führung ihres eigenen Krieges bereit stellen,<sup>4)</sup> und die

<sup>1)</sup> Aubery, Mémoires S. 259 fg., 262.

<sup>2)</sup> An Roe, 1622 Aug. 19. (Roe, Negotiations S. 94.)

<sup>3)</sup> Am 19. Juli 1623 machte er „bei der Tafel“ einer „großen Cholera“ Lust, wobei Jakob I. als „der alte Hofenscheißer, der alte englische Bettstuffer“, „der größte Cujon der Welt“ bezeichnet wurde, dann von seiner Tochter gesagt ward, daß sie „mehr wert ist in ihrem Extrem“ als der Vater. Von den deutschen Fürsten hieß es: „ich excuse die Deutsche Cujons nicht — Prinzen nenne sie niemand in meinem Gehör —, aber der Lumpe (Jakob I.) hat sie dazu alle perducirt.“ — Auch die Infantin Isabella erhielt ihr Teil als Nonne und alte Bettel. (Heinrich v. d. Tauber an Joh. Kasp. Streif, Sekretär Friedrichs V., 1623 Juli 21. Münchener St. A., bair. Abt. 359/73.)

<sup>4)</sup> Capellen I S. 145. Villermont II S. 139.

Brüsseler Regierung, gelegentlich auch den Kaiser und den Kurfürsten Maximilian, fand er abermals erbärmlich genug, sich in neue Verhandlungen über seine Erkaufung einzulassen. Den verhältnismäßig festesten Punkt in diesem gemeinen Treiben boten indes die fortgehenden (S. 233) Verhandlungen über seinen Eintritt in den Dienst der französisch-italienischen Liga. Hier kam es in der That zu einer im Monat Juni im Haag getroffenen Vereinbarung: die von Mansfeld zu stellende Armee wurde auf 24—25 000 Mann, das Mietgeld auf 60 000 Ecus monatlich gesetzt, zahlbar vom Tage des Aufbruchs. Die Diverſion, die man im Pariser Vertrag in Aussicht genommen hatte, scheint jetzt dahin bestimmt worden zu sein, daß der Armee als nächstes Ziel die Franche Comté<sup>1)</sup> angewiesen wurde. Besonders wichtig aber, vielleicht gar für Mansfeld die wichtigste Sägung des ganzen Vertrags, war ein Artikel, nach welchem ihm zwei Monatsſolde voraus entrichtet werden ſollten. In der That bekam er dieselben auch, wenigstens teilweise, ausbezahlt.<sup>2)</sup>

Für Friedrich V. war dies Abkommen insofern ein neuer Schlag, als ihm damit die Aussicht auf die Verwendung der Mansfeldischen Armee für seine Zwecke durchkreuzt wurde. Ueberhaupt jedoch konnte man zweifeln, ob Frankreich bei dem ganzen Handel mehr bezweckte als eine Sicherung der Mansfeldischen Dienste auf alle Fälle. Denn, wie schon bemerkt, der Entschluß, gegen Spanien Gewalt zu brauchen, wollte in der Liga nicht recht zum Durchbruche kommen, am wenigsten am französischen Hof. Und wie nun die päpstliche Diplomatie seit dem Regierungsantritt Gregors XV. eifrig bestrebt war, einen Vergleich zwischen Frankreich und Spanien herbeizuführen, war es ihr im Jahr 1622 gelungen, den Entwurf eines vorläufigen Vertrags zwischen beiden Mächten festzustellen, kraft dessen die spanischen Besatzungen im Veltlin, in Bormio und Chiavenna bis zum vollen Ausgleich der über die Bündener Angelegenheiten entstandenen Streitigkeiten durch päpstliche Truppen ersetzt werden sollten. Mit verdächtigem Eifer wurde diese Auskunft von spanischer Seite ergriffen, so zwar, daß unter der Voraussetzung der Genehmigung des Vertrages durch Frankreich die Ueberweisung der besetzten Plätze, besonders der von den Spaniern aufgeführten Forts, an päpstliche Truppen im Jahr 1623 wirklich erfolgte. Indes schon ein bei dieser Uebergabe gemachter Vorbehalt, daß nämlich der Papst die Forts an Spanien zurückzustellen habe, wenn es ihm nicht gelinge, den Frieden in Italien gegen Störungen zu sichern, ferner der Umstand, daß alle anderen von Spanien und Oesterreich in der bündnerischen Republik erlangten Vorteile einstweilen

<sup>1)</sup> Die „Borgogna di Fiandra,“ sagt Gondi in seinem Bericht vom 20. Juni 1623 (Siri V S. 511), während Carleton (Juni 26, Roe S. 161) wohl mißverständlich the duchy of Burgundy nennt. Opel spricht (I S. 485, vgl. S. 488 Z. 15) von einer „Diverſion nach der Bourgogne“ (!), und gleich hinterher (S. 488 Z. 17/18) von einem Zug „in die Graffschaft“.

<sup>2)</sup> Ueber die Zahlung der auf Venedig fallenden Quote der zwei Monatsſolde (zusammen 40 000 Ecus) vgl. die Schreiben der Signorie 1623 Juli 5, Aug. 10. (Zwiedineck, Politik Venedigs II S. 179. Im Widerspruch mit diesem Schreiben die Angabe des Verf. im Text S. 15, Venedig habe „zwei Meſaten von je 50 000 Dukaten gezahlt“.) Wie die Angabe Mansfelds bei Opel I S. 490 über 60 000 von Frankreich, 140 000 von Venedig gezahlte Ecus zu verstehen ist, vermag ich nicht zu ſagen. Die auf Frankreich fallende Quote der zwei Monatsſolde belief ſich übrigens gerade auf 60 000 Ecus.

unberührt fortbestanden, machten für Frankreich den Wert dieses Vertrages sehr zweifelhaft. Trotzdem war die Aussicht, dem Krieg mit Spanien zu entgehen, den damaligen Lenkern des französischen Staates zu lockend, um ihr zu entsagen. In schwankenden Verhandlungen erklärten sie sich also einverstanden mit dem Vertrag im allgemeinen, stellten Bedingungen im besonderen und ließen sich am Ende, wenige Wochen nach jenem Abkommen mit Mansfeld, zu zwei Maßregeln tatsächlicher Nachgiebigkeit herbei: Mansfeld erhielt die Weisung, mit seinem Aufbruche noch zu warten, und die unter dem Herzog von Angoulême an die favoyische Grenze vorgeschobenen Truppen wurden bis über Lyon zurückgenommen.<sup>1)</sup> Für Mansfeld hatte dies die Folge, daß er sich in die vorige Ungewißheit über die Verwendung seiner Armee zurückgeworfen sah.

Während er aber auch jetzt fortfuhr, zu rechnen und zu unterhandeln, hatte sich der Administrator Christian in einen verzweifelten Kampf geworfen. Der hatte in seiner verwegenen vorgeschobenen Stellung in jene Botschaften Bethlens, die im Mai dem Pfalzgrafen Friedrich zukamen und die Forderung eines gleichzeitigen Vormarsches von Bethlen und Friedrichs Streitkräften gegen die böhmischen Kronlande überbrachten (S. 234), Einsicht erhalten. Und da solche Vorschläge bei dem armen Böhmenkönig ihr Ziel verfehlten, so griff er sie für seinen Teil auf. Noch im Monat Mai<sup>2)</sup> schickte er einen Abgeordneten an Bethlen und nahm hier dessen Zusage, nach dem Reisen der Fourage mit seiner Hauptarmee gegen die mährische und schlesische Grenze loszubrechen, entgegen, wogegen er sich verpflichtete „seinen Weg nach Schlesien zu nehmen, und zwar, wenn nicht gegen Ende, aufs längste zu Anfang des Monats Juli“ (nach altem Stil). Mit gleicher Spannung schaute nun der Halberstädter nach dem Fortgang von Bethlens Rüstungen aus, und Bethlen nach dem endlichen Aufbruche des Halberstädters. Endlich, am 22. August, ging von dem Herzog von Jägerndorf die Nachricht ab — sie war an Friedrich V. gerichtet —, daß Bethlen am 24. August mit seinem Heer von Karlsburg (Weissenburg) auf Kaschau, von da weiter auf Mähren ziehen werde. Am 29. September meldete derselbe bereits von Kaschau aus: Bethlens Armee sowohl, wie die der Türken sei im Fortzug begriffen. „Seiner Zusage und der Abrede nach“ gedenke er nach Mähren und Schlesien zu ziehen, „und mit des Braunschweigs Kriegsvolk sich zu konjungieren.“

<sup>1)</sup> Ueber die erste Maßregel (Mansfeld soll *soprasedere*) vgl. Siro V S. 513, über die zweite vgl. S. 519 (nach einem Schreiben Ludovicos vom 6. Juli). Vgl. Gondi, 1623 Okt. 20. S. 532. — Damit zu verbinden die Notiz bei Oppl I S. 491.

<sup>2)</sup> A. von Dohna berichtet am 15. Juni von einem nicht angegebenen Orte (am 30. Mai datiert er vom *litus Baltici maris*; am 2. Juni soll er in Köln an der Spree, dann bei dem am 4/14. Juli geschlossenen R.T. zu Lüneburg sein [Oppl I S. 497, 461]; am 19. August schreibt er von den *finis Silesiae*): *der gentilhomme de Prusse que le duc Chrestien d. B. avoit envoyé en Hongrie sei zurückgekehrt.* (Münchener St.N., pfälz. Abt. 122/3.) Ueber die Rückkehr desselben berichtet Camerarius am 10. Juli. (Coll. Cam. 25.) — Ueber seine Verrichtungen und die weiteren Folgen geben ferner Aufschluß: Dohna an Bethlen, 1623 Aug. 19, Jägerndorf an Friedrich V., Aug. 12/22, Sept. 19/29; Friedrich V. an Bethlen, Juli 7. Bethlens Aufträge an einen Abgeordneten zur Rechtfertigung des Waffenstillstandes vom 20. Nov. 1623. (Münchener St.N. a. a. D.) Vgl. Archiv f. österr. Gesch. 55 S. 432.

Aber für Christian kam diese Botschaft zu spät. In der Zeit, die bis zu Bethlens Aufbruch verlief, war ein Stärkerer über ihn gekommen.

Ausgerüstet mit dem kaiserlichen Auftrag, Mansfeld und seinem Anhang entgegenzutreten, stand, wie oben erwähnt ist, der General der Ligaarmee seit dem Winter 1623 in Assenheim, nördlich des Mains. Was ihn hier in seiner beobachtenden Stellung lange Zeit festbannte, das waren einerseits die Ausöhnungsverhandlungen, welche Christian, dem Calenberger Vertrag entsprechend, durch den dänischen König und seinen Bruder Friedrich Ulrich mit dem Kaiser führen ließ, und bei denen er selber nur Zeitgewinn erstrebte; vor allem aber war es die alte Schwierigkeit, die Mittel zu finden, um das mit Ablauf des Jahres regelmäßig zerrüttete Heer zu ergänzen, neu zu ordnen und vor allem zu bezahlen. Wohl nur allmählich brachte man die Bundesarmee wieder auf den Stand von leiblich geordneten Truppenkörpern mit einer Gesamtziffer von 20 000 Mann zu Fuß und 8000 Reitern; aber die Gelder, welche in der ersten Hälfte des Jahres 1623 aus den Bundesbeiträgen eingegangen waren, reichten nach der Angabe Maximilians noch nicht für einen vollen Monatssold aus.<sup>1)</sup> Natürlich war bei solchen Verhältnissen auf eine rasche Beweglichkeit der Armee nicht zu rechnen. Auch das lähmte den Mut der Führung, daß die österreichischen Truppen inzwischen von dem Ligaheer großen Theils abgezogen waren: die ohnehin so dürftigen Streitkräfte Oesterreichs waren eben anderweitig und über ihr Vermögen in Anspruch genommen, vor allem zur Unterwerfung der Bündner und zur Besetzung Böhmens, Oesterreichs und der ungarischen Grenze. Indes die Thatkraft des Kurfürsten Maximilian ließ die Unthätigkeit doch nicht über den Monat Mai hinaus andauern.

Was Maximilian während der ersten fünf Monate des Jahres 1623 vornehmlich befürchtete, war die Vereinigung von Mansfelds und Halberstadts Banden an der Linie der Weser und Werra, dann ein Vorstoß derselben gegen Würzburg und Bamberg, und von da etwa ein Angriff gegen Böhmen oder gegen die Oberpfalz und Baiern.<sup>2)</sup> Hiernach galt es zunächst, die Pässe im Fulda- und Werragebiet zu sperren; und zu dieser Aufgabe brach endlich am 27. Mai<sup>3)</sup> der General Tilly auf. Die Armee, die er mit sich zu führen vermochte, belief sich nur auf etwas über 13 000 Mann Infanterie und 4000 Reiter,<sup>4)</sup> da der übrige Theil des Ligaheeres zu Besatzungen in Oberdeutschland und zur Bildung des kleinen Corps von Anholt verwandt war. Zunächst ging nun der Zug auf Hersfeld, wo Tilly am 30. Mai einzog, um hier drei Wochen lang sein Hauptquartier zu nehmen. Gleich dieses Beginn seiner Bewegungen enthielt eine Herausforderung des Landgrafen Moriz; denn die gefürstete Abtei Hersfeld

<sup>1)</sup> Instruktion für Leuter an die Bundesstände, 1623 Juli 12. (Münchener St.N., Akta betr. den 30jähr. Krieg 91.)

<sup>2)</sup> Maximilian an Ferdinand II., 1623 Febr. 1, 24. (Berl. Bibl. Ms. Germ. 4° n. 454.) — Derselben Instruktion für Leuter und des Kaisers Antwort vom 27. März. (Surter IX 273.) Derselbe an den Kaiser, Mai 25. (Stuttgarter Archiv 112/5 fasc. 2.)

<sup>3)</sup> Dieses Datum in Tillys Brief an Corduba bei Köse I S. 395. Ein ähnlicher Brief Tillys an Lintelo, den Rommel (VII S. 538 Anm.) zum 27. März stellt, wird ebenfalls vom 27. Mai sein.

<sup>4)</sup> Heilmann II 1 S. 162.



war die vornehmste Beute, welche aus den geistlichen Gebieten dem Hause Hessen zugefallen war, und seit dem Jahre 1617 gebot hier als Administrator des Landgrafen ältester Sohn Wilhelm. Aber in den nächstfolgenden Wochen sollte der Landgraf noch andere Herausforderungen erfahren. Abteilungen des Tillyschen Heeres wurden alsbald in sein eigentliches Land, in Orten abwärts an der Fulda und besonders in den Plätzen an der Berra, die den Uebergang ins Eichsfeld beherrschten, eingelegt. Was aber wurde dabei aus des Landgrafen kriegerischen Vorbereitungen? Ein hier und da von Milizen, Werbetruppen und Bürger-schaften versuchter Widerstand war kaum nennenswert; die Stände, besonders die Ritterschaft, wollten von einem Bruch mit dem Kaiser so wenig wie früher etwas wissen, und der Landgraf selber, statt die kriegerischen Maßregeln persönlich zu betreiben, war einmal wieder auf eine diplomatische Reise, in den ober- und niedersächsischen Kreis, gegangen, um zu erfahren, daß man dort ebenso wenig Mut hatte, wie in dem Kreis seiner Landstände. Auch der wilde Halberstädter dachte nicht daran, sein Wort von der Entsetzung Hessens wahr zu machen; unbeweglich blieb er vielmehr in seinem Stift, mit der Fortsetzung seiner Rüstungen und seinen großen, zunächst auf Schlessien weisenden Entwürfen beschäftigt.

Indem nun aber Tilly die Berralinie besetzte, kam er zugleich den Grenzen des niedersächsischen Kreises nahe, jenes Reichsteiles, der wider Willen dem Halberstädter seine feste Stellung eingeräumt hatte. Sollte er nun geduldig an den Grenzen des Kreises stehen bleiben, der weiteren Entwürfe und unerwarteten Schachzüge Christians und Mansfelds gewärtig? Wieder war es Maximilian von Baiern, der hier auf Klärung der Lage drang. In der fortdauernden Sorge, daß die beiden Abenteurer sich doch noch verbinden möchten, und in der neu sich regenden Furcht, daß der niedersächsische Kreis im stillen mit dem Halberstädter einverstanden sein könnte, stellte er dem Heer die Aufgabe, den Halberstädter, bevor er sich mit Mansfeld vereinigen könne, „aus dem Weg zu räumen“, <sup>1)</sup> dem Kaiser aber machte er bereits am 2. Mai den Vorschlag, den niedersächsischen Kreis durch eine besondere Gesandtschaft vor die Wahl zu stellen, entweder die Armee Christians zu zersprengen oder in offenen Gegensatz zum Kaiser zu treten. <sup>2)</sup> Immer jedoch hielt er sich dabei auf jener Verhaltenslinie, nach welcher die Verantwortung für das politische wie das militärische Vorgehen nicht ihm, sondern dem Kaiser zufiel, und Tilly kraft besonderen kaiserlichen Auftrags sich gegen Mansfeld und dessen Anhang, zu dem eben Christian gerechnet wurde, in Bewegung zu setzen hatte (S. 228). Und so, wie Maximilian es wollte, erfolgten denn auch die weiteren Schritte.

Nach der Mitte des Monats Juni verlegte Tilly sein Hauptquartier einige Meilen weiter nach Norden, nach Eschwege, und ließ sich zugleich mit einem kaiserlichen Befehl zum eventuellen Einmarsch in den niedersächsischen Kreis versehen. In den ersten Tagen des Monats Juli sodann trat vor den niedersächsischen Kreistag zu Lüneburg der kaiserliche Gesandte von der Neck und stellte in seiner Werbung, deren Sinn noch durch ein gleichzeitig eingehendes Schreiben

<sup>1)</sup> So in dem Schreiben an den Kaiser vom 25. Mai.

<sup>2)</sup> Maximilian an den Kaiser, 1623 Mai 2. (Berliner Bibl. a. a. D.)

des Kaisers erläutert wurde, ein wahres Ultimatum: bis zum 8. Juli sollten die Stände eine befriedigende Entschliebung ausstellen entweder über die sofortige Abdankung von Christians Armee oder über die Vereinigung ihrer Streitkräfte mit denjenigen Tillys zur Zerspaltung dieser Armee. Damit sah sich denn sowohl der Kreis wie der Halberstädter vor die Notwendigkeit einer klaren Entscheidung gedrängt. Wenn nun die zeitgenössischen Angaben über die Stärke, auf die Christian inzwischen seine Armee gebracht hatte, zuverlässig wären — er soll acht Infanterieregimenter mit 20 000 Mann, 56 Cornets Reiter nebst einer Abteilung Dragoner mit mehr als 6000 Mann unter seinen Fahnen gehabt haben —, so würde er an Zahl dem heranziehenden Tilly weit überlegen gewesen sein, und da fragt es sich denn, weshalb er nicht sofort seine Entscheidung in dem Sinne traf, daß er dem heranziehenden Gegner auswich und, um sein dem Bethlen Gabor gegebenes Wort einzulösen, den kühnen Zug nach Schlessien unternahm? Indes, es wird in Betracht zu ziehen sein, daß die in runden Zahlen gemachten Angaben über die Stärke der einzelnen Truppenkörper seiner Armee wohl stark übertrieben waren,<sup>1)</sup> daß ferner die Bewaffnung der Truppen, da erst noch im Juni, nicht ohne Beihülfe der Generalstaaten, eine größere Waffenlieferung in Amsterdam erlangt wurde,<sup>2)</sup> langsam vor sich ging. Vor Juli wird das Heer überhaupt nicht aktionsfähig gewesen sein. Wenn aber auch dann der Administrator weiter zögerte, so mag die Haltung des oberfächsischen Kreises, durch den er ja beim Zug auf Schlessien hindurchmarschieren mußte, auf ihn eingewirkt haben. Auch dieser nämlich hatte auf einer am 10. Mai geschlossenen Versammlung die Aufstellung einer Armee im sechsfachen Betrag des gewöhnlichen Anschlags beschlossen, zum Schutz des Kreises, also vor allem zur Abwehr widerrechtlicher Durchzüge, und jedenfalls war es von der kurfächsischen Regierung zu gewärtigen, daß sie demgemäß den Banden des Halberstädters nach Kräften in den Weg treten werde. Vollends ausschlaggebend war aber am Ende wohl der Umstand, daß im Sinne Christians die Vorbedingung für den Antritt des Zuges nach Schlessien nicht bloß die Zusage, sondern der wirkliche Anmarsch Bethlens sein sollte: hätte Bethlen, statt am Ende des Monats Oktober, bereits im Juni mit einem starken Heer an der Grenze Mährens gestanden, vielleicht würde dann auch Christian sich den Weg nach Schlessien zu bahnen versucht haben. Aber nun stand Tilly an dem Saum des niedersächsischen Kreises, ehe von dem Aufbruche Bethlens die Rede war. Da fiel denn zuerst das Projekt der schlesischen Expedition lautlos zu Boden. Gedachte Christian statt dessen, den erprobten Scharen Tillys zur Entscheidung der Waffen entgegenzugehen? Auf den ersten Blick konnte es so scheinen, da er in den letzten Tagen des Monats Juni aus dem Stift Halberstadt ausbrach und sich westwärts nach Nordheim im Calenberger Land, nahe an die Grenze des niedersächsischen Kreises,

<sup>1)</sup> Carleton gibt am 7. Aug. die Stärke der Armee auf etwa 14 000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter an. (Noe S. 168.)

<sup>2)</sup> Carleton, Juni 26. (Noe S. 162), D. Klopp II S. 306. Die Angabe Klopps (II S. 290), daß die Generalstaaten dem Administrator auch 127 000 Gulden gegeben hätten, beruht auf einer Stelle Nizemas (I S. 230 b), nach der Christian sich um ihre Bürgschaft für ein Darlehen in dieser Höhe bewarb.

zog. Hier stand er auf einer Linie, die ziemlich gerade von Tillys Armee nach Norden ging, und in den folgenden Wochen und bei den gleich zu erwähnenden Bewegungen kamen sich die beiderseitigen Heere schließlich bis auf wenige Stunden nahe. Allein zu einem Angriffe fehlte wiederum dem Administrator vielleicht der Mut, jedenfalls die Gelegenheit. Weder that Tilly dem Gegner den Gefallen, ihn in vorteilhafter Stellung anzugreifen, noch fand Christian eine günstige Gelegenheit zu eigenem Angriff. Der vornehmste Grund für die Bewegung des Halberstädters nach Westen scheint denn auch in Wirklichkeit ein anderer gewesen zu sein: er wollte gegenüber den Gefahren, die Tillys Anzug und die vorstehende Entscheidung des Lüneburger Kreistags in sich trugen, mit dem Land, das er als den Boden seiner Kraft ansah, nämlich mit den Niederlanden, die Fühlung nicht verlieren. Und so, den etwaigen Rückzug sich während, nahm er seine Stellung in Nordheim, um fürs erste hier abzuwarten, ob nicht die niedersächsischen Stände doch noch in letzter Stunde den Mut finden würden, das vom Kaiser gestellte Ultimatum zu verwerfen und sich mit ihm gegen Tilly zu verbinden.

Allein unter allen Gründen, die sich für und gegen eine solche Vereinigung anführen ließen, war für die niedersächsischen Stände ein einziger ausschlaggebend: daß bei der augenblicklichen Lage der Kaiser der stärkere sei. Daraufhin wurde der Gedanke der Verbindung mit Christian jetzt noch entschiedener als früher abgewiesen. Wie man aber zugleich die kaiserlichen Streitkräfte dem Kreise fernzuhalten wünschte, so griff man den Vertretern des Kaisers gegenüber zu dem beliebten Versuch, den gesetzten Termin hinauszuschieben: noch einen Monat sollte man dem Kreise Zeit lassen, um die Abdankung von Christians Armee auf gütlichem Wege zu erwirken. Allein nunmehr war Tilly unerbittlich. Von einem Aufschub der Operationen gegen Christian wollte er so wenig wissen, daß er am 13. Juli, einen Tag vor dem Schluß des Kreistages, bereits in die südliche Ecke des Calenberger Landes eindrang, und wenn er es den Ständen nicht verwehrte, den Administrator nochmals gütlich zur Entlassung seiner Armee aufzufordern, so verlangte er doch zugleich eine unverzügerte Entschliebung, ob der Kreis ihn, wenn er zum Angriff gegen Christian schreite, unterstützen wolle. So gedrängt, faßte dann die Versammlung am 13. Juli in tief geheimer Sitzung den Beschluß: falls Christian die Entlassung seiner Armee oder zum mindesten die Räumung des Kreises weiterhin verweigere, so werde der Kreis zum Kaiser stehen und den Gehorsam gegen den Kaiser durch „wirkliche Demonstration“ bewähren. Die wirkliche Demonstration bestand zunächst in der Sperrung der Zufuhr von Lebensmitteln und Munition für die verfehnte Armee. Sollte sie aber auch darin bestehen, daß im Fall weiteren Verweilens dieser Truppen die Kreisarmee sich mit dem Heer Tillys zur Bekämpfung des Halberstädters verbinde?<sup>1)</sup> Mit Sicherheit läßt sich hierauf nicht antworten, jedenfalls gab jedoch der Kreis für diesen Fall seine Zustimmung zum Einrücken von Tillys Armee, worauf denn die Vereinbarung der Bedingungen, an welche der Feldherr sich beim Einmarsch zu halten hatte, noch eine letzte Zögerung in den kriegerischen Operationen

<sup>1)</sup> Der Abschied ist in dieser Beziehung nicht klar, zumal da er in dem Abdruck (Mecklenburgische Apologia S. 219) nicht vollständig mitgeteilt ist.

herbeiführte. Am 23. Juli kam dieses Abkommen zu stande.<sup>1)</sup> Unter den Bestimmungen desselben ist von besonderer Wichtigkeit eine, in welcher abermals die Furcht der niedersächsischen Stände vor der Rückforderung der geistlichen Fürstentümer und die Beschwichtigung dieser Furcht durch zeitweilige, der Zukunft nicht vorgreifende Versicherungen zum Ausdruck kam. Es war eine Verpflichtung Tillys, den Besitz der Stände, sowohl hinsichtlich ihrer weltlichen Gebiete als ihrer Stifter und Klöster, sowohl hinsichtlich der Lande als der durch Nachfolge, Wahl oder Postulation erworbenen Rechte nicht zu stören: eine Verpflichtung, für welche die Ratifikation des Kaisers, der weltlichen Kurfürsten und der Infantin ausbedungen und von seiten des Kaisers auch erteilt wurde.

Inzwischen hatte sich auch die letzte Auseinandersetzung zwischen Christian und dem niedersächsischen Kreise vollzogen. Was aus den Verhandlungen über des Administrators Ausöhnung mit dem Kaiser als letztes Ergebnis herausgekommen war, nämlich das Anerbieten Ferdinands, den Feldherrn mitsamt seiner Armee und seinen alten Dienern im Falle sofortiger Auflösung des Heeres zu begnadigen, wurde ihm noch einmal durch eine Gesandtschaft des Kreises, die am 19. Juli<sup>2)</sup> in seinem Lager eintraf, empfohlen, zum mindesten aber die Räumung des Kreises binnen dreier Tage gefordert. Christian, für den ja die Ausöhnung nur ein Gaukelbild gewesen, der auch die Armee ohne Darbietung baren Geldes gar nicht hätte loswerden können, sah in dieser Botschaft weiter nichts als die Abgabe des Kreises, und maßlos war der Grimm, in den er dabei geriet, unflätig die Schimpfreden, in denen er sich Luft machte, treffend aber die Behauptung, daß der eigentlich Schuldige an dem Mißlingen seiner Pläne und an dem Absprung der protestantischen Fürsten der König von England sei. Seine Wünsche für Jakob und diese Fürsten faßte er in dem Schlußwort zusammen: „wenn ich jemals des Kaisers Freund sollte werden, so müßte er mich zum Exekutor über England und die teutschen Cujons machen.“

Aber dieser Grimm hinderte ihn nicht, blitzschnell ein neues Projekt ins Werk zu setzen. Wie vorher nach dem Osten, so schaute er jetzt nach dem Westen, nach dem niederländischen Kampfplaz aus. Hier war im Jahre 1623 unter sichtlicherm Ermattung beider Teile eine thatsächliche Waffenruhe eingetreten. Wie nun, wenn die ansehnliche Armee des Halberstädters zu derjenigen des Prinzen Moriz stieß, und beide plötzlich zu einer überlegenen Aktion gegen Spinolas Streitkräfte vorschritten? Einen dahin gehenden Vorschlag übersandte Christian in größter Eile an die Generalstaaten, und so einleuchtend schien der Vorteil desselben, daß die Staaten und Prinz Moriz den angebotenen Kriegsdienst mit gleicher Eile zu gewinnen suchten: am 11. August, so lautete der Bescheid, sollte Christian sich in Rees einstellen, wo eine Schiffbrücke zur Ueberschreitung des Rheines bereit sein werde. Demgemäß ging dann der Halberstädter am 27. Juli bei Bodenwerder über die Weser und marschierte in nordwestlicher Richtung auf Zburg im Stift Osnabrück. Aber noch bei diesem Abzug vollzog er einen Akt,

<sup>1)</sup> Oppl I S. 538 Anm. 1. Bezugnahme auf dieselbe bei den Braunschweiger Verhandlungen 1625/6, Londorp III S. 861/62.

<sup>2)</sup> Dies und das Folgende nach dem S. 243 Anm. 3 citierten Bericht Heinrichs v. d. Tauber, dann nach Carleton, Aug. 7 (Noe S. 168), mit dem Capellen I S. 186 zu verbinden ist.

der so recht dazu angethan war, dem niedersächsischen Kreis eine Erbschaft neuer Kämpfe zu hinterlassen. Am 28. Juli nämlich erklärte er, von seinem ausgezogenen und mißhandelten Stift Halberstadt unter der Bedingung zurückzutreten, daß das Kapitel zu seinem Nachfolger den Sohn des Königs von Dänemark erwählte, jenen Prinzen Friedrich, der bereits Verden gewonnen hatte und auf Bremen die Anwartschaft besaß. So sollte dem Kaiser und der katholischen Partei eine neue Herausforderung, Christian IV. aber ein neuer Anlaß zur Einmischung in die deutschen Händel geboten werden.

Der Abzug Christians aus dem niedersächsischen Kreis zog alsbald denjenigen des Ligaheeres nach sich. Tillys erster Gedanke war, daß der Halberstädter mit Mansfeld zu irgend einem neuen Angriff zusammenstoßen wolle, und um diese Vereinigung zu hindern oder den Vereinigten entgegenzutreten, zog nun auch er seine Armee zusammen, überschritt am 30. Juli die Weser bei Hörter und folgte auf einer einige Stunden südlich gezogenen Linie seinem Feinde nach. Christian hatte einen Vorsprung von drei Tagen und hätte also auf geradem Weg nach Nees seinem Verfolger wohl entgehen können. Aber sein Unglück scheint gewesen zu sein, daß er in der That auf eine Mitwirkung Mansfelds rechnete, sei es daß dieser seinen Zug decken, sei es daß er sich ihm gar anschließen sollte. Und so verlor er, als er in Jburg angekommen war, drei kostbare Tage durch die Unterhandlungen mit Mansfeld,<sup>1)</sup> um schließlich von dem zweideutigen Genossen, der damals noch mit seiner Bestallung für Frankreich und die italienische Liga rechnete, zu hören, daß er nicht kommen könne. Als Christian nunmehr weiter eilte und am 4. August die Oms bei Greven überschritt, war er schon nahe daran, von dem Feinde abgeschnitten zu werden. Denn noch keine Stunde waren seine letzten Truppen dort ausmarschirt, als Tilly in dem Orte eintraf, und zugleich der von ihm heranbeschiedene Feldmarschall Anholt zu ihm stieß. Das Corps Anholts zählte zwei Infanterie- und zwei Kavallerieregimenter,<sup>2)</sup> und allem Anschein nach war jetzt Tilly nicht nur nach Dualität, sondern auch nach der Zahl seiner Truppen dem Gegner überlegen. Um so mehr brannte er darauf, ihn zu fassen, ehe er die nahe niederländische Grenze erreichte. So folgte denn ein zweitägiger Wettkampf, in dem die Armee Christians in fluchtartigem Rückzug bald dem Gegner zu entkommen suchte, bald wieder Front gegen ihn machte, um ihre bedrängte Nachhut zu schützen; sie zog den Feind hinter sich von Greven auf Burgsteinfurt am 5. August, von Burgsteinfurt auf Ahaus und schließlich vor Stadtlohn am 6. August. Hier jedoch sah sich der Administrator um die Mittagszeit genötigt, mit seiner ungeschulten und fast schon demoralisierten Armee die Schlacht anzunehmen. Aus den höchst ungenügenden Berichten über den Verlauf derselben scheint hervorzugehen, daß die Entscheidung nach zweistündigem Ringen vornehmlich durch stürmische Kavallerie-

<sup>1)</sup> Der Bericht im *Theatrum Europaeum* (I S. 746b) sagt nur: er habe auf Nachrichten von Mansfeld gewartet, „wie man dafür gehalten“. Hiermit zu verbinden ist die Mitteilung über vier Schreiben Mansfelds in dem bairischen Bericht über die Schlacht von Stadtlohn. (Rhevenhüller X S. 194/5.)

<sup>2)</sup> Anholt, Blanckart, Lintelo und des Jours. Nach dem bairischen Bericht fehlten nur „etliche wenige Compagnien“.

angriffe, welche der Feldmarschall Anholt, als Führer der Avantgarde, leitete, herbeigeführt wurde, und daß die Halberstädter Armee, eingezwängt zwischen einem Wald zur Rechten und einem Sumpf zur Linken und mit dem Flüßchen Berfel im Rücken, noch furchtbarer zugerichtet wurde, als an dem Tage von Höchst. Die Infanterie wurde fast völlig vernichtet oder gefangen, von den sechzehn Geschützen, welche das Heer mit sich führte, wurde kein einziges gerettet; der Rest der Armee, den Christian auf niederländischen Boden rettete, und den die Generalstaaten auf zwei und einen halben Monat in ihren Dienst nahmen, belief sich noch auf 2500 Mann zu Fuß und 3000 Reiter.

Was war da aus dem stolzen Plan einer gemeinsamen Offensive des Prinzen Moriz und des Halberstädters gegen die Spanier geworden! Hätte es von Tilly abgehungen, so wäre vermutlich den Staaten die Aussendung Mansfelds und Christians nach Deutschland durch einen Einbruch des siegreichen Ligaheeres vergolten worden. Aber zum Heil der Staaten gingen die Kriegsherren Tillys, Kurfürst Maximilian und die Liga, von engeren Gesichtspunkten aus: nur im Reich wollten sie ihre und des Kaisers Rechte verteidigen, ihre Waffen über die Grenzen zu tragen, dahin, wo die Mächte saßen, die den Krieg im Reiche nährten, ging über ihren Mut hinaus. Noch trösteten sie sich eben mit der Hoffnung, daß, wenn sie selber sich in die Kämpfe der Nachbarn nicht einmischten, diese sich wenigstens nicht gar zu tief in die Angelegenheiten des Reiches eindringen würden.

So blieb denn Christian unversolgt und die Republik der Niederlande unangegriffen. Aber die beiden anderen Unternehmungen, die auf dem Zusammenwirken mit Christian beruhten, der Zug Mansfelds und derjenige Bethlen Gabor, waren nunmehr auch verloren. Mansfeld sah sich bald von den Scharen Tillys aus dem münsterischen Unterstift auf den engen Bereich der Grafschaft Ostfriesland zurückgeworfen, durch einen Gürtel von Besatzungen, die jeden Durchbruch nach Süden und Südosten hinderten, eingeschlossen und in dem verödeten Lande von Hunger und Seuchen bedrängt. Zugleich ließen ihm seine Soldherren in Frankreich und Italien, da sie ja ihren Plan eines Angriffes gegen Spanien vertagten, nur noch wenig von den fälligen Geldern zukommen,<sup>1)</sup> und die Generalstaaten, die ihn vollends nicht zu verwenden wußten, waren bloß als Vermittler zu haben. Als solche erwirkten sie aber doch am 12. Januar 1624 einen Vertrag zwischen Mansfeld und den ostfriesischen Ständen, kraft dessen ersterer gegen die von den Staaten vorgelegte, den Ständen aber zur Last fallende Summe von 300 000 Gulden die Grafschaft zu räumen und seine furchtbar gelichteten Truppen abzudanken hatte. Kurz vorher hatte auch Christian von Halberstadt den Rest seiner Truppen entlassen und bald nachher kam der Zeitpunkt heran, da die andere Gefahr, die sich in Siebenbürgen und Ungarn über dem Kaiser zusammengezogen hatte, sich ebenfalls auflöste.

Als Bethlen Gabor gegen Ungarn losgebrochen war, und der Schrecken seiner Waffen bald noch durch ein unter dem Pascha von Bosnien ihm zuziehen-

<sup>1)</sup> Ueber die Zahlung der französischen Quote im Oktober vgl. Carleton, 1623 Okt. 9. (Roe, negotiations S. 184.) Ueber eine weitere Zahlung erst im April 1624: Condi an Picchena, 1624 April 24. (Siri V S. 596.)

des Türkencorps verstärkt wurde, hatte sich zunächst die trotz aller Konfiskationen fortdauernde Ohnmacht des österreichischen Staatswesens wieder geltend gemacht. Der Kaiser konnte dem Angreifer nur eine Armee von 4500 Mann zu Fuß und 3000 Reitern an die mährisch-ungarische Grenze entsenden. Ihr Befehlshaber war der spanische General Carafa von Montenegro, der nach dem Tode Buquoy's (S. 168) in des Kaisers Dienst getreten war und im Jahr 1622 im Elsaß kommandiert hatte.<sup>1)</sup> Kaum aber hatte dieser bei Skalitz auf dem linken Ufer der March Fuß gefaßt (13. Oktober), als er von dem mit angeblich fünffacher Ueberlegenheit heranstürmenden Bethlen, der in Oberungarn nirgends Widerstand gefunden hatte, auf das rechte Ufer zurückgedrängt, dann bei Göding eingeschlossen wurde. Hinter den Schutzwällen des hier errichteten Lagers und den Mauern des Städtchens und seines Schlosses konnte nun freilich die kaiserliche Armee den vornehmlich aus leichten Reiterchwärmen bestehenden Streitkräften Bethlens einen ungebrochenen Widerstand entgegensetzen; allein bei der nun folgenden Einschließung, da die Angreifer von den Unbilden des Winters, die Belagerten, für deren genügende Proviantierung nicht vorgesorgt war, von den Schrecknissen des Hungers bedrängt wurden, war die Frage, wer von beiden der Not am längsten zu trotzen vermochte. Vom 28. Oktober bis zum 19. November dauerte dieser Wettkampf, dann aber, da kaiserliche Entsatztruppen sich in der Nähe sammelten<sup>2)</sup> und in dem Belagerungsheer die Disziplin sich zu lösen begann, mußte sich Bethlen zu einem Waffenstillstand und zum Rückzug nach Kaschau entschließen. Da gleichzeitig die Gunst der Verhältnisse, auf die der Fürst gerechnet hatte, sich ins Gegenteil verkehrte — in Deutschland waren ja seine Bundesgenossen geschlagen, in Ungarn die Neigung zum Aufstande seit 1620 mehr und mehr beruhigt, im Osmanenreich die fortschreitende Anarchie neuerdings durch den Sturz des Sultans Mustapha und die Erhebung Murads IV. (30. August 1623) bethätigt —, so blieb ihm nichts übrig, als sich in Friedensverhandlungen, die der ungarische Palatin vermittelte, einzulassen, um sich aus dem übereilten Kriege mit möglichst geringem Verlust herauszuziehen. Gegen den Verzicht auf die schlesischen Fürstentümer Oppeln und Ratibor schloß er denn auch zu Wien am 8. Mai 1624 einen Vertrag, der in der Hauptsache eine Bestätigung des Nikolsburger Friedens (S. 168) enthielt.

Als unmittelbares Ergebnis des Krieges blieben die greulichen Verwüstungen übrig, welche die türkischen und ungarischen Scharen im südlichen Mähren angerichtet hatten, Verwüstungen, welche freilich nicht heranreichten an das Elend, das Mansfeld in Ostfriesland zurückließ, wo unter der Landbevölkerung nach einer hoffentlich übertriebenen Angabe des Landesfürsten nur noch der fünfte Mann am Leben und nur das sechste Haus aufrecht geblieben sein soll. Aber hoch über diesen Greueln stand der Triumph des Kaisers und der Liga: wie

<sup>1)</sup> Montenegro an Gonzalo, 1622 Mai 29. (Documentos inéditos 54 S. 203.) Biller-  
mont, Mansfeld II S. 72.

<sup>2)</sup> Wallenstein an Harrach, 1623 Nov. 18. (Archiv für österreichische Geschichte 55 S. 463.)  
Carleton, 1623 Nov. 27, nennt fünf kaiserl. Regimenter, die von der Ligaarmee nach den  
kaiserl. Landen abgeführt wurden. (Roe S. 194. Statt „De Tour“ wird „Des Fours“ zu  
lesen sein.)

zuerst in Böhmen und in der Pfalz, so hatten sie jetzt in Norddeutschland ihre Gegner niedergeworfen. Konnte es da ausbleiben, daß dieser neue Erfolg von einer neuen Erhebung der Macht des Kaisers und der katholischen Partei begleitet wurde?

Auf den großen Errungenschaften, die der Kaiser und seine Verbündeten am Regensburger Tage gewonnen hatten, lag noch immer der Schatten, daß die Uebertragung der pfälzischen Kur auf Baiern, durch welche die Protestanten zur Rolle einer ohnmächtigen Minorität im Kurkollegium verurteilt wurden, von Sachsen und Brandenburg nicht anerkannt war. Zu den die Reichsgewalten lähmenden Spaltungen war dadurch eine neue gekommen. Hatte man bisher die ordnende und schlichtende Autorität des Reichstags nicht anzurufen gewagt, weil man den alten Streit über die Beschwerden der katholischen und protestantischen Partei fürchtete, so konnte man jetzt erst recht weder zu einer gemeinsamen Verhandlung der Kurfürsten, noch mittelst derselben zu einem Reichstag gelangen, weil die Kurstimme Maximilians von den einen anerkannt, von den anderen verworfen wurde. Eben dies war nun aber der Punkt, wo die Politik des Kaisers und in seinem Namen, zugleich auch im Einvernehmen mit dem bairischen Kurfürsten, die Thätigkeit des Erzbischofs Schweikhard von Mainz einsetzte.

Von jeher hatten der Mainzer Erzbischof und der sächsische Kurfürst in ihrem Streben nach Ausgleich und Frieden einander nahe gestanden und sich auch persönlich befreundet. Während nun Schweikhard mit zagem Herzen dem Siegeszug der Liga folgte, fand sich die kursächsische Regierung ratlos und thatenlos in der Mitte zwischen dem siegreichen Vordringen des Kaisers und der Katholiken einerseits und den ohnmächtigen Umsturzplänen der Pfälzer andererseits. Natürlich wuchs darüber in Dresden das Verlangen, die Entscheidung der Dinge den kämpfenden Gegnern aus der Hand zu nehmen; und wie der ebenso bequemen als verfassungstreuen Politik der Sachsen als nächstes Mittel hierfür das Eingreifen der verfassungsmäßig versammelten Reichsstände erscheinen mußte, so wuchs zugleich die Bereitwilligkeit, dieses Eingreifen durch Zugeständnisse zu ermöglichen. An dieser Bereitwilligkeit faßte nun der Erzbischof Schweikhard seinen kurfürstlichen Freund, indem er ihm (3. November 1623) vorstellte:<sup>1)</sup> damit die Berufung von Kurfürsten- und Reichstagen möglich werde, müsse der Widerspruch gegen die Aufnahme Baierns in das Kurfürstenkollegium aufgegeben werden. Und schon am 11. März 1624 hatte er ihn so weit gebracht, daß er die Bedingungen aufstellte, unter denen er Maximilian als Kurfürsten anzuerkennen bereit war: sie gingen auf vorherige Räumung der protestantischen Gebiete im Reich von seiten der kaiserlichen und ligistischen Truppen, ferner auf einen vom Kaiser und dem bairischen Kurfürsten auszustellenden Schein, nach dem nicht nur die gegen das Verfahren bei der Nechtung des Pfalzgrafen und bei der Uebertragung seiner Kur erhobenen rechtlichen Einwürfe Sachsens gewahrt,

<sup>1)</sup> Für die Schleusinger Verhandlungen benütze ich neben den Mitteilungen Senkenbergs (XXV S. 308 fg.) die Akten des Dresdener Archivs, 8103, 12. Buch. Dort auch das Protokoll des Schleusinger Tags.



sondern auch festgesetzt werden sollte, daß nach Maximilians Tod die ihm in dem Erbrecht an die Kur vorangehenden Agnaten<sup>1)</sup> „alsbald“, d. h. ohne die vorherige bei der Belehnung Maximilians vorbehaltene rechtliche oder gütliche Entscheidung über ihre Ansprüche (S. 187), zu ihrem Recht an die Kur „gelassen werden sollten“. So weitgehende Bedingungen zuzugestehen, war natürlich weder der Kaiser noch der bairische Kurfürst gesonnen, aber es wurde dadurch der Anlaß zu weiteren Verhandlungen gegeben, die zu Schleusingen vom 10.—16. Juli 1624 bei einer persönlichen Zusammenkunft Schweikharths und Johann Georgs geführt wurden. Und da zeigte sich denn, wie wenig Kursachsen vor der Entschlossenheit der katholischen Partei aufzukommen vermochte.

Da die von ihm gestellten Bedingungen auf entschiedene Ablehnung stießen, suchte Johann Georg den Ausweg, daß er zunächst für seine Person diese Bedingungen fallen ließ und, unter Wahrung seiner Rechtsauffassung im allgemeinen, sich den bairischen Herzog als Inhaber der pfälzischen Kur für die Zeit seines Lebens gefallen zu lassen erklärte, daneben aber einen letzten Rückhalt beim Kurfürsten von Brandenburg suchte. Bei dem Kurfürsten Georg Wilhelm war er nämlich, als er ihn gleich nach den ersten Anregungen des Mainzer Erzbischofs für seine vermittelnde Auffassung zu gewinnen suchte, auf ungeschwächte Abneigung gegen die Anerkennung der bairischen Kurwürde getroffen. Demgemäß war jetzt seine Meinung, daß man, bevor aus seiner eigenen Nachgiebigkeit irgend welche Konsequenz gezogen werde, erst noch die Zustimmung Brandenburgs zur Anerkennung der bairischen Kur gewinnen müsse. Da jedoch wurde ihm neuerdings die Sache über den Kopf hinweggenommen. Von Schleusingen eilte der Erzbischof von Mainz nach Nürnberg, um hier nach wohl vorbereiteter Scenensfolge den gleichzeitig ankommenden Kurfürsten Maximilian zu treffen. Ohne weiteres vollzog er nun die Aufnahme des bairischen Herzogs in den Kurfürstenverein und sandte hinterher die Aufnahmeurkunde den übrigen Kurfürsten zur Genehmigung und Ausfertigung zu. Angesichts der fertigen Thatsache wagte Johann Georg wiederum keinen Widerstand. Wohl pfelege, so bemerkte er voll Verdruß, die Aufnahme in den kurfürstlichen Verein erst zu erfolgen, nachdem der „Einnahmebrief“ von allen beteiligten Kurfürsten unterschrieben sei; aber um nochmals sein „friedliebendes Gemüt“ zu bezeigen, gebe er unter Vorbehalt des abweichenden Herkommens seine nachträgliche Zustimmung (10. September).

Nunmehr handelte es sich um den eigentlichen Zweck des ganzen Vorgehens, nämlich um die Veranstaltung verfassungsmäßiger Versammlungen. Hier wieder konnte es sich nach sächsischer Auffassung nur um eine Versammlung handeln, nämlich um einen Reichstag. Ein Reichstag sollte, unter selbstverständlichem Vorbehalt der Zustimmung Brandenburgs, die gründliche Ordnung des zerrütteten Reiches in Angriff nehmen. Nicht als ob Johann Georg sich über die ver-

<sup>1)</sup> Diejenigen, welchen vor der Achtung und Translation „die Chur Pfalz inhaltß der Belehnung und gesambter Hand, und also von Rechtswegen gebührt“. — Beim Schleusinger Tag bemerkte Mainz, daß beim pfälzischen Haus „dergleichen Belehnung und gesampte Hand nit herkommen, oder doch nit gestanden würd.“ Dagegen Sachsen: könne „keinen Unterschied finden zwischen der Churpfälzischen und anderer chur und fürstlichen Häuser Belehnung und gesampter Hand“.

schlimmerte Lage, in der die protestantische Partei sich am Reichstag gegenüber der siegesbewußten katholischen Mehrheit befinden mußte, getäuscht hätte: es wird sich eben, so meinte er voll Ergebenheit, darum handeln, dem völlig daniederliegenden evangelischen Wesen<sup>1)</sup> „wo nicht gänzlich aufzuhelfen, so doch einen besseren Stand“ zu erwirken. Aber auch hier vermochte Sachsen nicht durchzudringen. Die alten Bedenken gegen die am Reichstag zu befürchtenden Spaltungen waren auf kaiserlicher und katholischer Seite noch zu stark; und als nun vollends die politischen Verhältnisse sich, wie noch zu erzählen sein wird, zu Anfang des Jahres 1625 neuerdings verdüsterten, und der Ausbruch abermaligen Krieges unabwendbar schien, da war es am Ende die sächsische Regierung selber, welche die Verteidigung der Reichslande gegen drohende Invasionen allem anderen voranstellte und mit Rücksicht auf diesen Zweck statt des Reichstags eine andere Versammlung ins Auge faßte. Sie entsann sich, daß die Kräfte des gesamten Reiches zur Verteidigung seiner Glieder auch von einem bloßen Deputationstag aufgeboten werden könnten, und daß in letzterer Beziehung die Bestimmung der Exekutionsordnung, kraft deren der Deputationstag erst dann zusammentreten sollte, nachdem die nächst betroffenen fünf Kreise in stufenweise folgenden Versammlungen ihre eigenen Mittel als unzureichend erkannt hatten (I 17), durch den Reichstagabschied von 1570 dahin geändert war, daß in dringenden Fällen der Erzbischof von Mainz den Deputationstag ohne weiteres berufen dürfe. Ein Deputationstag konnte leichter einig werden als der vielköpfige Reichstag; und so nachdem über die Frage, ob zunächst nur ein Kurfürstentag oder alsbald ein Reichstag zu berufen sei, längere Zeit gestritten war, gab der sächsische Kurfürst am 27. Januar 1625 dem kaiserlichen Gesandten Nostiz die Erklärung: er werde auch der Berufung eines Deputationstags zustimmen. Bereitwillig wurde diese Erklärung aufgegriffen. Am 8. April forderte der Kaiser den Mainzer Erzbischof auf, das Ausschreiben des Deputationstags ergehen zu lassen, und am 28. April berief der Erzbischof von Mainz die Versammlung nach Ulm auf den 16. August.<sup>2)</sup>

Ob nun freilich dieser Tag zu stande kommen werde, ob er vollends die ihm gestellte Aufgabe, die doch auf nichts Geringeres ging, als den bisher von Kaiser und Liga geführten Krieg in einen gemeinen Reichskrieg umzuwandeln, zu lösen vermochte, mußte bei den im Reich herrschenden Stimmungen und kriegerischen Bewegungen von vornherein bezweifelt werden. Allein auch ohne das konnten Kaiser und Liga mit dem wirklich Erreichten zufrieden sein: errungen war für die bairische Kurwürde die Zustimmung des einen der beiden protestantischen Kurfürsten und damit die Aussicht, auch den anderen bald zum Nachgeben zu nötigen; angebahnt war die Abhaltung von Kurfürsten- oder Reichstagen, und bei diesen die große Veränderung, daß die Rechte des Kurfürsten von der Pfalz, des Führers der fortgeschrittenen Protestantenpartei, fortan vom Herzog von Baiern, dem Führer der siegesbewußten Katholiken, auszuüben waren. — Nur daß bei alledem ein Verhältnis hervortrat, das dennoch ein wirkliches

<sup>1)</sup> „Das fast ganz und gar auf der Nase liegt.“ (Kurachsen an Culmbach, Ansbach, Württemberg, 1624 Aug. 6. Dresdener Archiv 8103, 12. Buch.)

<sup>2)</sup> Die Akten im Dresdener St.A. 8103, 13. und 14. Buch.

Siegesgefühl nicht aufkommen ließ. Wenn Mansfeld und Halberstadt überwältigt waren, so fühlten sich doch die Mächte, welche die beiden Abenteuerer ausgesandt hatten, durch die Niederlage derselben nur in geringem Maße getroffen. Die Bewegung, in welche sie einmal eingetreten waren, ging ungehemmt weiter. Und so dauerte es denn nicht lange, bis der Kaiser und seine Verbündeten durch die Nachricht von Entwürfen und Zurüstungen erschreckt wurden, welche sich in der deutschen und außerdeutschen Politik neuerdings regten und alle ihre Erfolge in Frage stellten. In unerbittlichem Kreislauf sahen sie die Dinge abermals auf den Punkt treiben, da sie ihre Errungenschaften in neuem Krieg entweder verlieren oder erweitern mußten.

## Zweiter Abschnitt.

### Der Ausbruch des niedersächsisch-dänischen Kriegs.

---

In Deutschland war es der niedersächsische Kreis, in welchem in unmittelbarem Anschluß an die durch Halberstadts Einfall hervorgerufenen Unruhen sich eine neue Bewegung erhob. Voll Mißtrauen gegen die Absichten Tillys und Mansfelds, hatte hier der braunschweigische Kreistag am 19. August 1623 den Beschluß erneuert, den Kreis gegen den Eintritt aller Truppen zu schließen, hierbei aber, um dem Beschlusse Nachdruck zu geben, mit dem König von Dänemark ein besonderes Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung mit 3000 Mann zu Fuß und 600 Reitern im Fall eines Angriffs getroffen.<sup>1)</sup> Es war das ein Schritt, der darauf ausging, das von jeher zwischen Anziehung und Abstosung wechselnde Verhältnis des Kreises zum König einmal wieder im Sinne des engeren Zusammenschlusses zu gestalten, und was dabei das eigentlich treibende Motiv war, das mußte sehr bald der kaiserliche Hof empfinden. Gestützt auf jene Abtretung des Stiftes Halberstadt (S. 251), trat am 23. September ein Gesandter des dänischen Königs mit dem Ansinnen an den Kaiser heran, daß er seinem Sohne Friedrich, sobald er förmlich darum ansuche, die Regalien für Halberstadt erteilen möge. In denselben Tagen erschien dann an demselben kaiserlichen Hof eine Gesandtschaft des niedersächsischen Kreises und verlangte für die sämtlichen Inhaber der Stifter des Kreises jene Schutzbriefe und Lehensindulte, welche in Mühlhausen als Preis kräftiger Unterstützung des Kaisers versprochen waren (S. 83). Offenbar, diese Stände hegten die Sorge, daß für ihren Erwerb an geistlichen Fürstentümern und Gütern eine kritische Zeit herannahe, und ihre Verbindung mit Christian IV. sollte dazu dienen, den eigenen Gewinn zu sichern und neuen Gewinn für den König einzubringen. Aber wenn zur Zeit des noch ungewissen Krieges der General Tilly,

---

<sup>1)</sup> Eigentlich Wiederholung eines schon im Braunschweiger R.A. vom 18. Febr. 1623 festgesetzten Abkommens, aber im Hinblick auf die weitere Entwicklung erst jetzt von rechter Bedeutung.

als kaiserlicher Beauftragter, in der That die Mühlhaufener Zusagen nochmals anerkannt hatte (S. 250), so war jetzt, nach der glücklichen Wendung des Kriegs, der Kaiser zu weiteren Gewährungen nicht bereit; im Gegenteil, jene Bewegung, die sich in Oberdeutschland auf Rückgabe der katholischen Stifter und Klöster gerichtet hatte (S. 192), ergriff nunmehr, wie eine steigende Flut, auch den niedersächsischen Kreis. Einen Ausgangspunkt bot der alte Streit um die Zulassung von zwei katholischen Domherren ins Halberstädter Kapitel (S. 194), zumal da inzwischen der Papst einen von diesen, Wambold von Umstadt, im Frühjahr 1623 zum Dompropst befördert und dazu noch dem Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl, ein Kanonikat verliehen hatte. Daneben konnte man im Erzbistum Magdeburg an die im Jahr 1623 am kaiserlichen Hof eingehenden Klagen von drei Mönchen anknüpfen, welche durch ihren im protestantischen Sinn reformierenden Abt Ulenberg aus dem Kloster Ammensleben ausgestoßen waren. Und so ergingen denn auch im Jahr 1624 kaiserliche Mandate nach beiden Stiftern hin: Zulassung der katholischen Domherren in Halberstadt, Rückgabe der dortigen Andreaskirche an die Franziskaner, Einführung eines katholischen Propstes in dem Nonnenkloster Altenhaldensleben bei Magdeburg und anderes wurde zum Entsetzen der Protestanten befohlen. Bei dem gereizten Argwohn beider Parteien fehlte es darauf natürlich nicht an Gegenzügen. So wurde besonders in Halberstadt ein Streit, der dadurch entstanden war, daß das Domkapitel den dänischen Prinzen verwarf und statt seiner, auf Grund einer früheren zweifelhaften Koadjuturwahl, den Administrator von Magdeburg als Nachfolger des zurückgetretenen Christian annahm, beigelegt, indem der Magdeburger vom Könige von Dänemark als Bischof anerkannt, dann aber (3. Oktober 1624) der Sohn des Königs vom Kapitel zum Koadjutor postuliert wurde. Von da ab sahen sich Dänemark und der Magdeburger Administrator auf das Zusammengehen gegen die Politik der Rückgewinnung der Stifter angewiesen.

Das waren Vorgänge, welche rasch eine scharfe Spannung hervorriefen. Gegen Ende des Jahres 1623 betrachteten bereits der Kaiser und Kurfürst Maximilian die niedersächsischen Stände nebst Dänemark als halbe Feinde, während sie zugleich von Mansfeld und dem Halberstädter unausgesetzt die Wiederholung ihrer Angriffe befürchteten. Der Schluß, den sie daraus zogen, war, daß die nach Norddeutschland vorgeschobenen ligistischen Streitkräfte noch weiter dort verbleiben mußten, um sowohl gegen den niedersächsischen Kreis, wie gegen Ostfriesland und die niederländische Grenze bereit zu stehen. Am 9. November kündigte also auf Andringen Maximilians der Kaiser einer Anzahl norddeutscher Fürsten und Stände an, daß dieser Absicht gemäß die Winterquartiere in ihren Gebieten genommen werden mußten: sie hatten den Truppen Obdach zu geben und für die Lieferung des Proviantes gegen bare Bezahlung zu sorgen.<sup>1)</sup> Derjenige, auf den man es hierbei vor allem abgesehen hatte, war allerdings kein niedersächsischer Kreisstand, sondern der Landgraf Moriz von Hessen-Kassel. Seine Lande legten sich eben an den Saum des niedersächsischen Kreises, und seine

<sup>1)</sup> Maximilian an den Kaiser, 1623 Oktober 10. Der Kaiser an mehrere Fürsten und Stände, Nov. 9. (Berliner Bibl. Ms. Germ. 4<sup>o</sup>, n. 455.)

ebenso unüberwindliche wie ohnmächtige Feindschaft gegen Kaiser und Liga lud zu einer nachhaltigen Züchtigung förmlich ein. So erging an ihn bereits am 30. November die Anzeige Tillys, daß er eine Anzahl Regimenter aufzunehmen habe. Vergeblich arbeitete sich darauf Moriz von neuem ab, seine Stände zum Widerstand gegen diese Invasion aufzurufen; das Ende war, daß er selber eine diplomatische Reise zu den Fürsten des niedersächsischen Kreises antrat, um den Widerstand gegen Kaiser und Liga ins Leben zu rufen, während in Hessen sein Sohn Wilhelm als Statthalter (19. Oktober 1623) zurückblieb, und die Ritterschaft, um das Unabwendbare erträglich zu machen, Kommissarien ernannte, welche im Einvernehmen mit den militärischen Befehlshabern die Einquartierung vorzunehmen hatten.

Die Zahl der eingelagerten Truppen betrug im Frühjahr 1624 zehn, wohl größtenteils stark heruntergekommene Regimenter.<sup>1)</sup> In einzelnen Abteilungen wurden diese Mannschaften auf die einzelnen Distrikte, die man bildete, gelegt, und in den letzteren die Quartiere und die Lieferung des Unterhaltes auf Bürger und Bauern verteilt. Was an Naturalien die Soldaten vom Gemeinen aufwärts bis zum Regimentsobersten zu verlangen hatten, wurde in einer sogenannten Ordinanz aufgestellt. Wie dann aber die Unterthanen mit der Masse von Lebensmitteln für Menschen und Pferde nicht auskommen konnten, wurde ihnen statt der für die Ernährung der Soldaten (nicht der Pferde) bestimmten Lieferungen eine angeblich gleichwertige Geldzahlung gestattet, und also in einer zweiten Ordinanz die nach dem Rang der Soldaten abgestuften Geldsummen vorgeschrieben. Damit waren denn vielerlei Lasten umzulegen: Quartiere für die Soldaten, Futter für die Pferde, Unterhalt für Gemeine und Offiziere und statt des letzteren in größerem oder geringerem Umfange die Geldsteuer. Daß es bei dieser Umlage und Einziehung tumultuarisch, brutal und ungerecht zuging, verstand sich bei der Unbehüllichkeit der Verwaltung und der Rohheit der Truppen von selbst, wie denn vor allem über die Schonung der ritterschaftlichen Dörfer im Vergleich mit den Städten und fürstlichen Kammergütern geklagt wurde; und nicht minder selbstverständlich war es, daß neben den vorgeschriebenen Forderungen die Greuel der Erpressung, des Diebstahls und Raubes unablässig über die gequälte Bevölkerung dahin gingen. Als Beruhigung war es wohl gemeint, wenn der Kaiser, wie oben bemerkt, die Bezahlung des gelieferten Proviantes, also auch die Rückzahlung der statt dessen vorgeschossenen Gelder, versprach. Aber von der Erfüllung dieser Zusage wird nichts berichtet. Statt dessen verlängerte sich die Einlagerung vom Winter 1623/24 bis in den Juli 1625; und als man den Betrag der bis zu diesem Zeitpunkt nur in den Städten und landesfürstlichen, nicht den adelichen Dörfern erpreßten Lieferungen, ohne Einrechnung der Räubereien und Zerstörungen, zusammenstellte, kam man auf 3318000 Reichsthaler, viel mehr als das Zehnfache dessen, was in den über Sieg und Unterliegen entscheidenden Jahren 1619 und 1620 die Stände ihrem Landgrafen bewilligt hatten (S. 116).

In der Entwicklung des militärischen Kontributionswesens, soweit es vom

<sup>1)</sup> Heilmann II 1 S. 173.

Kaiser und seinen Verbündeten gehandhabt wurde, bildet nach Spinolas Besteuerung der pfälzischen Gebiete (S. 113) und Wallensteins Vorgehen in Böhmen (S. 220) diese hessische Einquartierung eine wichtige Stufe. Die nächste Folge aber war ein neues Aufwallen aller Erbitterung und aller Furcht bei den benachbarten protestantischen Ständen, vornehmlich bei den Ständen des niedersächsischen Kreises. Denn zunächst vor dessen offenen Thoren stand das über Hessen-Kassel und Hersfeld ausgebreitete Heer der Liga, und noch fester legte es sich an dessen Grenzen, indem es seine Quartiere noch weiter längs der Weser abwärts aufschlug: in Paderborn, Lippe, Minden, Hoya und Diepholz, selbst auf Gebieten der Stadt Bremen, und von da rückwärts im Stifte Münster. Vergeblich auch hoffte man auf ein Ende des Druckes. Vom Winter in den Sommer des Jahres 1624 und von da wieder durch den Winter aufs Frühjahr 1625 blieben die Truppen in ihrer drohenden Stellung. Tilly selber hatte, wie früher in Assenheim (S. 228), so jetzt in Hersfeld sein Hauptquartier genommen, bereit, seine Streitkräfte nach Nordwesten oder nach Nordosten zusammenzufassen. Da konnte es denn nicht anders sein, als daß die niedersächsischen Stände, nachdem sie längst durch die Erfolge der katholischen Waffen gegen Mansfeld und Halberstadt in Unruhe geraten waren, jetzt ihre Gedanken mehr und mehr auf das eine Ziel richteten, daß man sich dieser Ligaarmee mit Gewalt werde erwehren müssen. Allerdings ein Entschluß war mit derartigen Gedanken noch lange nicht gegeben. Wie weit auch jetzt noch der Weg von den Worten zur That war, das erkannte man, als ein Beschluß, welchen der oben erwähnte Braunschweiger Kreistag im August 1623 faßte, die zum Schutz des Kreises aufgestellte Armee (S. 236) zusammenzuhalten und durch weitere Beisteuern zu ergänzen, unter allgemeiner Nichtbefolgung kläglich zusammenfiel. Am Ende war es auch hier wieder nicht so sehr der eigene Wille, als der Fortgang jener in den Nachbarstaaten begonnenen Bewegung, der die träge Masse zur That vorantrieb.

Ein erster derartiger Antrieb kam von England, aus jener verwegenen Brautwerbung, welche Prinz Karl unter dem Geleit des Herzogs von Buckingham in Madrid angestellt hatte (S. 242). Wie bemerkt, diese Werbung mußte zur endlichen Uebereinkunft oder zum Bruch zwischen England und dem spanisch-österreichischen Hause führen. Zunächst nun sah es so aus, als ob sie geradeswegs zur Verständigung und also zu dem von Jakob I. so lange erstrebten englisch-spanischen Bündnis führen sollte. Am 4. Mai war die päpstliche Dispense für die Heirat des englischen Prinzen mit der spanischen Infantin dem in Madrid residierenden Nuntius zugestellt, allerdings mit dem Vorbehalt, daß sie nicht herausgegeben werden sollte, solange nicht die bisher zwischen Spanien, England und dem Papst verhandelten kirchlichen Zugeständnisse erweitert und ausgiebiger gesichert seien. So erstaunlich aber war die englische Nachgiebigkeit, daß, als man nun mit den in Rom und Madrid erweiterten Bedingungen hervortrat, Jakob I. am 30. Juli die Hauptmasse derselben, und Prinz Karl am 7. September eine Anzahl nochmals hinzugefügter Zugeständnisse beschwor. Wie nunmehr die kirchlichen Bedingungen des Heiratsvertrages lauteten, erhielt die Infantin das Recht des öffentlichen katholischen Gottesdienstes für sich

und ihren Hofstaat in ihrem Palast, in einer Kirche der Stadt London und jeder Stadt, wo sie sich gerade aufhielt. Die Erziehung ihrer Kinder sollte bis zu deren zehntem oder — wofür Prinz Karl sich zu verwenden versprach — bis zum zwölften Jahr in ihre Hand gelegt werden, und wenn die Kinder auch nachher an ihrer katholischen Religion festhielten, so sollte das keinen Ausschluß vom Thronfolgerecht nach sich ziehen. Den englischen Katholiken insgesamt wurde das Recht des Hausgottesdienstes zugebracht; es sollten ferner alle gegen die Katholiken ausschließlich erlassenen Strafgesetze außer Wirksamkeit gesetzt, und im Parlament die Aufhebung dieser Gesetze, sowie die Bestätigung der gemachten Zugeständnisse betrieben werden.

In dieser ganzen Verhandlung war Spanien der fordernde Teil, England der gewährende. Nur in einem Punkte machte Prinz Karl den Versuch, gleichfalls eine Bedingung zu stellen: er verlangte die Restitution des Pfalzgrafen Friedrich —, ein Verlangen, dessen Gewährung ja im Sinne Jakobs I. der unmittelbarste Zweck dieser spanischen Verbindung sein sollte. Aber hier mußte er sich mit der Einwendung zufrieden geben, daß die Restitution sich als Folge der englisch-spanischen Verbindung sicherlich einstellen werde.

Durch diese Nachgiebigkeit schien, als der 12. September herankam, und Prinz Karl seine Rückreise nach England antrat, alles Wesentliche erledigt zu sein. In die Hände des englischen Gesandten, des zum Grafen Bristol erhobenen Digby, gab Karl eine auf König Philipp und dessen Bruder gestellte Vollmacht zum Abschluß der Trauung: zehn Tage, nachdem der päpstliche Dispens übergeben sein werde, sollte diese Zeremonie vor sich gehen. Weiter war festgesetzt, daß die Infantin im nächsten Frühjahr, nachdem vorher den englischen Katholiken der Hausgottesdienst gewährt, und die Ausnahmegesetze gegen sie suspendiert sein würden, nach England zu ihrem Gemahl kommen solle.

Da aber trat ein betäubender Umschlag ein. Erst eine Tagereise hatte sich Karl vom spanischen Hofe entfernt, als er den Grafen Bristol mit dem Befehl überraschte, die Trauungsvollmacht nicht aus der Hand zu geben, bevor er Sicherheit erlangt habe, daß der spanische König seine Schwester nicht etwa nach Vollzug der Vermählung in ein Kloster schicke. Kaum hatte er sodann den sicheren englischen Boden wieder betreten, als Jakob I. am 18. Oktober seinen Gesandten anwies, daß an demselben Tage, da die Trauung vorgehe, auch die Restitution des Pfalzgrafen sichergestellt werden müsse, was er dann am 23. November dahin erläuterte: die Restitution habe Spanien zu bewirken in erster Linie durch Vermittelung, in zweiter durch bewaffnetes Eingreifen neben England; ohne Sicherstellung dieser Leistung keine Trauung. — Diese plötzlichen, für Spanien beleidigenden Forderungen ließen sich nur daraus erklären, daß König Jakob, Prinz Karl und Buckingham, indem sie während der Madrider Verhandlungen alles nachgaben, was gefordert wurde, sich unter äußerem Zwang befunden hatten, und daß sie gegen diesen Zwang sich auflehnten, sobald sie sich frei fühlten. Die ganze Verhandlung in Madrid schien nur dazu gedient zu haben, den Engländern über die Bedingungen eines spanischen Bündnisses und über das diktatorische Auftreten, das sich die Spanier gestatten zu dürfen glaubten, die Augen zu öffnen. Indem nun aber die Engländer ihrerseits Forderungen



zu stellen begannen, und zwar solche, die Spanien als insultierend und unerfüllbar zugleich abweisen mußte, saßen sie sichtlich als Ergebnis der gemachten Erfahrung nicht nur den Abbruch der Heiratsverhandlungen ins Auge, sondern eine völlige Umkehr der bisherigen auf Verständigung mit Spanien ausgehenden Politik.

Erleichtert wurde diese Umkehr durch die seit fünf Jahren wachsende Erbitterung der in Kirche und Parlament führenden Männer über die Freundschaftswerbungen bei Spanien und über die Begünstigung der englischen Katholiken. Das Parlament, nachdem der König es zuletzt vor drei Jahren versammelt und aufgelöst hatte (S. 137), wurde denn auch jetzt wieder von ihm berufen und am 29. Februar 1624 mit der Bitte eröffnet, ihm Rat zu geben, wie die Beziehungen zu Spanien in den zwei großen Fragen der Heirat des Prinzen und der Restitution des Pfalzgrafen fortan einzurichten seien. Wie zu erwarten, lautete die rasche Antwort beider Häuser: die spanische Heirat sowohl, wie die Versuche einer gütlichen Verständigung über die pfälzische Restitution sei aufzugeben. Indem der König diesen Rat billigte, war die Umkehr der englischen Politik entschieden: mit dem Streben nach politischem Einvernehmen mit Spanien war es zu Ende. Aber wohin gingen nun die positiven Entschlüsse? Ohne Schwierigkeit wurden König und Parlament darüber noch einig, daß sich aus jener Umkehr der Politik ein Krieg mit Spanien leicht ergeben könne, und seine Neigung zu einem derartigen Krieg bethätigte das Parlament, indem es dem Könige eine Beisteuer bewilligte, die nahezu das Doppelte von der vor drei Jahren gewährten einbringen sollte. Allein die Verwendung dieses Geldes wurde doch wieder auf die bloße Vorbereitung eines Krieges beschränkt: der Schutz des Reiches, die Sicherung Irlands, die Stärkung der Flotte und daneben die Unterstützung der Generalstaaten und anderer Freunde des Königs wurden als die Zwecke bezeichnet, für die das Geld dienen sollte. Wenn dann, so hieß es in der Erklärung beider Häuser vom 1. April, der König in einen wirklichen Krieg verwickelt wird, so soll weitere Beihilfe gewährt werden.<sup>1)</sup>

Also der Entschluß zum Kriege wurde noch vertagt. Aber unter diesem Schwanken trat ein anderes Verhältnis hervor, das sich nicht vertagen ließ: das war der alte Zwiespalt zwischen König und Parlament. Als Ziel des Krieges hatte Jakob nur den einen Gedanken der Herstellung Friedrichs V. in seine Erblande und seine Kur vor Augen; in seinem Sinne mußte also der Krieg vornehmlich in Deutschland und mehr gegen den Kaiser und die Liga, als gegen Spanien geführt werden. Die Männer des Parlamentes dagegen scheuten den Landkrieg und hatten nur mäßiges Interesse für die pfälzische Sache: was sie wollten, war ein Seekrieg, gegen Spanien gerichtet, mit all den Gewinnten des Seeraubs, der Plünderung spanischer Küsten und Kolonien, wegen deren man das Andenken der Königin Elisabeth segnete. Schon jetzt kam dieser Gegensatz in bedenklicher Weise zum Ausdruck, als Jakob erklärte, daß er die Gelder, welche das Parlament mit so vorsichtig umschriebenen Verwendungszwecken be-

<sup>1)</sup> Journals of the House of Lords III S. 275.

willigt hatte, für die Rückgewinnung der Pfalz benutzen wolle: denn die Pfalz müsse er haben auf dem einen oder dem anderen Weg.<sup>1)</sup>

Vielleicht hätte sich jedoch dieser Zwiespalt bezüglich der auswärtigen Politik noch verhüllen lassen; aber nun konnte das Parlament es sich nicht versagen, auch den alten Streit über die inneren und kirchlichen Angelegenheiten wieder anzuregen. Wie es hierüber seine alten Forderungen und Beschwerden einbrachte, kam es zum Bruch; der herrische Monarch that, was er bei den früheren Parlamenten gethan hatte: er vertagte die Versammlung (8. Juni) und ließ sie bei seinen Lebzeiten nicht wieder zusammentreten.

Also wiederum, wie im Jahre 1621, Entzweiung mit dem Parlament und Gelbbewilligungen, die zu einem ernsthaften Kriege nicht hinreichten! Auf sich selbst gestellt, würde darauf Jakob wahrscheinlich in seine alte Unthätigkeit zurückgesunken sein; allein der Unterschied von früher und jetzt war, daß er seit der begonnenen Wendung seiner Politik dem Drängen zweier Männer ausgesetzt war, welche den Krieg wollten: es waren Buckingham und der Prinz Karl. Halb widerwillig ließ er sich von diesen Männern bestimmen, seine kriegerischen Vorbereitungen wenigstens in der Weise fortzusetzen, daß er mit anderen Mächten, die von ähnlichen Absichten erfüllt waren, Verbindung suchte. An erster Stelle dachte er dabei an den König von Dänemark und die sächsischen Kreisstände, an zweiter Stelle aber faßte er einen Monarchen ins Auge, der schon wiederholt dem Kreise der in Deutschland kämpfenden Mächte sich genähert hatte, den König Gustav Adolf von Schweden.

Den eigentlichen Mittelpunkt, von dem die Anstrengungen und Entwürfe Gustav Adolfs ausgingen und zu dem sie immer wieder zurückstrebten, bildete nach wie vor der im Jahre 1621 wieder ausgebrochene polnische Krieg (S. 123), ein Kampf, der dadurch, daß Gustav Adolf ihn unausgesetzt mit den großen Gegensätzen zwischen dem spanisch-österreichischen Haus und den protestantischen Mächten zu verbinden suchte, zugleich die schwedischen Waffen vom polnischen auf den deutschen Boden zu führen drohte. In den Jahren 1621 und 1622 war dieser Krieg so wuchtig geführt, daß die Unterwerfung Livlands bis auf einen kleinen Rest vollendet wurde. Hierauf war ein zehnmonatlicher Waffenstillstand eingetreten, der unter zweimaliger Verlängerung bis zum 11. Juni 1625 lief. Aber die Aussicht auf einen wirklichen Frieden wurde durch diese Waffenruhe nicht eröffnet; eher konnte man sagen, daß sie das Bewußtsein der unveröhnlichen Feindschaft noch verstärkte. Denn während der schwedische König diese kurz befristeten Waffenruhen, die ihm eine wirkliche Abrüstung nicht gestatteten, nachgerade als einen Nachteil betrachtete und statt ihrer entweder einen sicheren und vorteilhaften Frieden oder neuen Krieg verlangte, wünschte man in Polen gerade die Fortsetzung der kurzen Stillstände, wogegen ein wirklicher Friede dem König Sigismund wegen der unausbleiblichen Bedingung seines Verzichtes auf die schwedische Krone, den polnischen Ständen wegen der ebenso unvermeidlichen Bedingung der Abtretung wenigstens eines Theiles der von Schweden gemachten Eroberungen unannehmbar war. So sah Gustav Adolf dem Neuausbruch des

<sup>1)</sup> A. a. D. S. 283.

Krieges entgegen; hierbei aber spähte er jetzt wie früher unausgesetzt nach der Möglichkeit einer Verflechtung desselben mit den deutschen Wirren. Eben dieser Drang, von den polnischen Schlachtfeldern seine Waffen nach Deutschland zu wenden, nahm in dem Maße in ihm zu, wie die Macht des Kaisers, Spaniens und der Liga emporstieg und von dem Süden Deutschlands gegen den Norden in seine nähere Nachbarschaft vordrang. Gewohnt, sein eigenes Staatswesen nur als ein Glied innerhalb des Gemeinwesens der protestantischen Mächte anzusehen, betrachtete er auch seine eigenen Erfolge nur als Vorläufer künftiger Niederlagen, wenn es nicht gelang, den Rückgang der protestantischen Mächte im ganzen aufzuhalten.

Aber sein Augenmerk unverrückt auf dieses eine Ziel zu lenken, war dem Könige doch nicht vergönnt. Es gab für ihn noch eine andere Verwicklung, welche, wie früher so auch jetzt, in die Kreise seiner Politik störend eingriff: das war die alte Eifersucht zwischen Schweden und Dänemark. Eben jetzt war diese Eifersucht, genährt durch neue Streitigkeiten über Schwedens Zollfreiheit im Sund (II 448), über den zollfreien Verkehr der beiderseitigen Unterthanen in den Grenzgebieten und ähnliche Händel, wieder auf einen Grad der Erbitterung gestiegen, welcher die beiderseitigen Freunde erschreckte. Ein gewaltsamer Ausbruch war im Bereiche der Möglichkeit.

So sah sich der König in dieser Zeit kurzer Ruhe nach schwerem Kampfe von ganz entgegengesetzten Seiten herausgefordert. Unermesslich war aber zugleich sein Selbstgefühl unter den letzten Waffenerfolgen gewachsen, und bei seinem heißen Temperament fand er sich in einer Stimmung, die ihn antrieb, jede Herausforderung mit einem Angriff zu erwidern. Nicht mit Unrecht konnte er sich auch, wenn er auf seine kriegerischen Mittel blickte, sagen, daß er noch viel größeren Proben als den bisherigen gewachsen war. In einem armen Lande, das zur Aufstellung eines großen Söldnerheeres die Mittel nicht aufzubringen vermochte, hatte er auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht der Bauern eine Armee organisiert, die auch im auswärtigen Krieg zu verwenden war, und von der er behaupten durfte, daß ihre Infanterie die aller anderen Heere übertreffe.<sup>1)</sup> Schon konnte er im Jahr 1623 die Rechnung machen, daß er für einen auswärtigen Krieg von diesem Fußvolk zwölf Regimenter zu je 1200 Mann verwenden und sie kraft seiner finanziellen und militärischen Vorbereitungen rasch durch vier auswärts geworbene Regimenter verstärken könne, denen er dann an Reiterei 3700 Mann, halb im eigenen Lande ausgehoben, halb auswärts geworben, sich zuzugeben getraute.<sup>2)</sup> Auch zur See war seine Macht gewachsen. Er besaß jetzt in Riga, das er im letzten Krieg erobert, einen der ersten Handelsplätze der Ostsee und hatte es hier in der Hand, den deutschen Ostseestädten, besonders Lübeck, einen ihrer vornehmsten Märkte zu öffnen oder zu schließen. Daneben hatte er seine Flotte so weit entwickelt, daß er im Jahr 1623 schon 32 eigentliche

<sup>1)</sup> Instruktion für Ruthgers, 1623 Aug. 17. (Oxenstiernas Skrifter I 2 S. 585 Anm.) Charakteristisch des Königs Lob des kriegerisch geübten Landvolks, 1623 Aug. 16. (Gustaf Adolfs Skrifter S. 414.)

<sup>2)</sup> Anschlag in Oxenstiernas Skrifter I 2 S. 395.

Kriegsschiffe zu stellen vermochte. Es schien, als ob zu den drei Bewerbern um die Herrschaft über die Ostsee (II 413) Schweden als ein vierter hinzukommen sollte. Freilich war es gerade dieses Emporkommen seiner Macht an der Ostsee, welches die Sorge des Königs vor den Fortschritten der katholischen Waffen in Deutschland verstärkte. Meister im westfälischen Kreise, brauchten die kaiserlich-ligistischen Streitkräfte nur noch einen großen Fortschritt zu machen, um sich den niederländischen Kreis und die Ostseegebiete zu unterwerfen, und schon sah Gustav Adolf mit einem durch Eifersucht geschärften Fernblick die Gefahr aufsteigen, daß der Kaiser die Hansestädte seinen Absichten dienstbar machen und also eine kaiserliche Herrschaft in der Ostsee begründen möchte: er wolle, sagte er, auch einem Schaden, der erst in zehn oder zwanzig Jahren eintreten könne, zeitig begegnen.<sup>1)</sup>

Indes trotz dieser Verschärfung des Gegensatzes gegen die katholischen Mächte war es doch eine Zeit lang ungewiß, ob in den kriegerischen Entwürfen, mit denen sich der König trug, nicht doch die neu gereizte Feindschaft gegen Dänemark den Ausschlag geben werde. Erst als Christian IV. gegenüber den kriegerischen Zurüstungen Schwedens sich in den meisten Streitpunkten zur Nachgiebigkeit bequeme, kam ein Vertrag zwischen beiden Königen zu stande (9. Juli 1624), der ein äußeres Einvernehmen herstellte, ohne freilich die alte Eifersucht und den gegenseitigen Argwohn wirklich aufzuheben. Von da ab wandte sich Gustav Adolf ausschließlich der anderen Reihe von Plänen zu, die auf die Erweiterung des polnischen Krieges zu einem Kampf gegen die in Deutschland siegreichen katholischen Mächte ausgingen.<sup>2)</sup> Verfolgt hatte er derartige Gedanken schon im Jahr 1620, als Friedrich V. die böhmische Krone gewonnen hatte, und daß er ihnen auch nach der Niederlage Friedrichs nicht entsagte, zeigte die Teilnahme, welche er den Versuchen zur Wiederaufrichtung der pfälzischen Macht zuwandte, und die regelmäßige Verbindung, welche er mit der Regierung des gestürzten Pfalzgrafen unterhielt; stand doch der Mann, der die auswärtigen Geschäfte dieser Regierung leitete, Ludwig Camerarius, bereits im Jahr 1621 als besoldeter Berichterstatter in seinen Diensten.

Noch war denn auch der Ausgleich mit Dänemark nicht geschlossen, als der König auf Grund jener Beziehungen bereits ein Projekt entwickelt hatte, mit dem er im August 1623 an die Pfälzer, an Moriz von Oranien und die Generalstaaten herantrat. Ausgehend davon, daß die in Polen erworbenen Kosacken einen nicht unverächtlichen Teil der kaiserlichen Heere bildeten, und folglich Polen ein gemeinsamer Feind sowohl Schwedens wie der vom Kaiser und seinen Verbündeten bekämpften Mächte sei, erbot er sich, gegen Zahlung von Subsidien einen Angriff zu führen, nicht wie bisher gegen Außenwerke des polnischen Reiches, wie Livland oder Kurland, sondern gegen seine Kernlande, so daß der Lauf der Invasion von der westpreussischen Küste bis zu den schlesisch-mährischen Grenzen führen sollte. Zunächst, so meinte der König, wird sich hierdurch das

<sup>1)</sup> Relation Bellins, 1624 Oktbr. 23. (Schybergson, Underhandlingarna om en evangelisk allians 1624/25 S. 43 Anm. 13.)

<sup>2)</sup> Ueber die Verhandlungen mit Gustav Adolf 1623/25 vgl. meine Recension über Oxenstiernas Skrifter, Göttinger Gelehrte Anzeigen 1901, I. Heft.

bisherige Verhältnis, nach dem polnische Truppen die Streitkräfte des Kaisers unterstützen, in sein Gegenteil verkehren; ferner aber werden sich beim Heranrücken der schwedischen Truppen die unterdrückten Protestanten der kaiserlichen Erblande erheben, und um dann den Kaiser und seine Verbündeten unmittelbar zu treffen, muß eine zweite Armee mit niederländischem Gelde aufgebracht werden und im Augenblick jener Erhebung zum Einbruch in die kaiserlichen Staaten heranziehen.

Von einer Annahme solcher Vorschläge konnte fürs erste freilich keine Rede sein: abgesehen von Gustav Adolfs Verwickelungen mit Dänemark, waren es die Niederlagen Halberstadts und Mansfelds, welche eine protestantische Waffenerhebung in Deutschland einstweilen unmöglich machten. Aber die Folge hatten die kühnen Vorschläge doch, daß sie nicht nur die auf Gustav Adolf gesetzten Hoffnungen der Pfälzer erhöhten, sondern auch die Aufmerksamkeit der englischen Regierung erregten; und deshalb wurde denn auch, als sich König Jakob, wie oben erzählt, anschickte, mit den Gegnern des Kaisers anzuknüpfen, die Gewinnung des schwedischen Königs alsbald in Aussicht genommen. An einem und demselben Tage (16. Juni 1624) erhielten die englischen Abgeordneten Anstruther und Spens ihre Instruktion, der eine an Dänemark und die Stände der beiden sächsischen Kreise, der andere an den schwedischen König. — Was aber war es, was nun Jakob I. den protestantischen Mächten vorzuschlagen hatte? Im allgemeinen gingen die hochtönenden Worte auf nichts Geringeres hinaus als den Abschluß eines kriegerischen Bündnisses zur Herstellung des pfälzischen Kurfürsten in seine Erblande und Kur und zur Rettung der deutschen Freiheit gegen die Steigerung der kaiserlichen Macht. Allein wie nun Prinz Karl seinem Vater vorstellte, daß, wenn solche Aufforderungen wirken sollten, sie von dem Angebot bestimmter kriegerischer Leistungen begleitet sein müßten,<sup>1)</sup> kam er alsbald wieder auf den Punkt, bei dem der alte König früher regelmäßig gestockt hatte, und über den er auch jetzt noch, wenigstens einstweilen, sich nicht herausdrängen lassen wollte: mehr als das allgemeine Versprechen, daß England bei Vereinbarung der Beisteuern der einzelnen seinen reichlichen Anteil übernehmen werde, sollte den Eingeladenen nicht geboten werden.

Hiernach erschien die Umkehr der englischen Politik doch noch immer nicht sicher. Um so bedeutsamer war es da, daß gleichzeitig eine weniger zweifelhafte Wendung in der französischen Politik erfolgte.

Wie England die Herstellung des Pfalzgrafen forderte und dabei in erster Linie in Konflikt mit dem Kaiser geriet, so verlangte Frankreich die Herstellung der politischen Verhältnisse des Beltlins und trat dabei in erster Linie in Gegensatz gegen Spanien. Schwankend, wie England, stand aber auch lange Zeit die französische Regierung vor der Frage, ob sie im Bunde mit Savoyen und Venedig die Erfüllung des Madrider Vertrags (S. 232) erzwingen oder die Befolgung desselben durch eine weitere Konzession, welche den Spaniern wenigstens das Durchzugsrecht von Mailand nach Tirol gesichert hätte, erkaufen sollte. Es waren das Schwankungen, welche das längst geminderte Ansehen Frankreichs noch tiefer herabzusetzen drohten, und dies um so mehr, da ihnen seit dem Tode des Herzogs

<sup>1)</sup> Rusbord, 1623 Dez. 6. (Mém. I S. 146.)

von Luynes (Dezember 1622) ein planloser Wechsel in der Zusammenfassung und Leitung der Regierung zur Seite ging. Aber da trat nun zunächst in diesen letzteren, alles andere bedingenden Verhältnissen mit dem 29. April 1624 ein Wendepunkt ein. Damals wurde in den engeren Staatsrat, dessen sechs Mitglieder unter der Leitung des Marquis von Vieuville die Regierung führten, der Kardinal Richelieu aufgenommen. Es war ein Geist, für den sich in dem Kreise, in den er eintrat, das Herrschen von selber verstand. Schon vier Monate nach seinem Eintritt mußte Vieuville durch seine schimpfliche Absetzung erfahren, daß neben Richelieu für ihn kein Platz sei, und im Januar 1625 konnte der päpstliche Gesandte<sup>1)</sup> schon berichten: ohne Richelieu wagen die Behörden nichts anzuordnen, und der König und die Königin-Mutter kaum zu atmen. Ein bestimmtes Verwaltungsfach nahm der Kardinal einstweilen nicht an sich, aber er verstand es, die Häupter der Verwaltung, besonders die des Kriegs und der Finanzen, und mehr noch die drei Staatssekretäre der auswärtigen Angelegenheiten seinen Weisungen unterzuordnen; sein herrschender Wille durchdrang die gesamte Regierung. Und so fest wie der Wille, so klar waren die Gedanken, die dieser Mann in seiner sturmerfüllten Vergangenheit entwickelt hatte, und die er nun in Frankreich und der Welt zu verwirklichen unternahm.

Der erste dieser Gedanken galt der katholischen Restauration in Frankreich. Seit dem Tage, da er, nur 21 Jahre zählend, zum Bischof von Luçon geweiht war (17. April 1607), hatte er mit aufrichtigem Eifer an der inneren und äußeren Kräftigung seiner Kirche gearbeitet, und jetzt, da er in Frankreich gebot, brachte er von den bei diesen Bestrebungen verfolgten Grundsätzen vor allem auch den der Alleinherrschaft der katholischen Kirche mit. Richelieu war ein unveröhnlicher Feind der Hugenotten: sie sind, sagte er, ungetreu ihrem Gott und ihrem König, ein störendes Element in der Zusammenfassung der französischen Nation.<sup>2)</sup> Ihnen gegenüber sah er es als die erste Aufgabe an, ihre auf einer besonderen militärischen und politischen Organisation beruhende Macht zu sprengen; die zweite und spätere sollte dann in der Vernichtung ihrer Kezerei selber bestehen. Wohl hätte man darnach erwarten können, daß sein Eintritt in die Regierung die Erneuerung der Religionskriege in Frankreich und die engere Verbindung dieses Reiches mit Spanien und dem Kaiser Ferdinand bedeuten werde.

Allein dieser Folgerung aus seinen hohen Begriffen von dem Recht der Kirche traten seine nicht minder hoch gehenden Gedanken über das Recht des französischen Staates entgegen. Auch Richelieu war in den Bann der Vorstellungen getreten, die an der Macht und an den letzten großen Entwürfen Heinrichs IV. hafteten: jener Gedanke, daß Frankreich als der Schiedsrichter unter den christlichen Staaten walten solle (S. 229 U. 2), und daß die Verwirklichung dieser Aufgabe als eine hohe Pflicht von Heinrich IV. seinen Nachfolgern vermacht sei,<sup>3)</sup> beherrschte seine Anschauungen von Frankreichs auswärtiger Politik. Zudem er ihn aber mit dem Feuer seines heißen Tempera-

<sup>1)</sup> Mari an Barberino, Siri V S. 758.

<sup>2)</sup> Mauvais Français. (Mém. III S. 282. Petitot.)

<sup>3)</sup> Instruktion für Schomberg, 1616 Dez. 29. (Richelieu, Correspondance I S. 213.) An Bethunes, 1617 Febr. 12. (S. 295). — Premier état de l'univers, 1610 Mai (S. 54).

mentes erfaßte, zog er auch die Folgerungen, die Heinrich IV. daran geknüpft hatte: Frankreich mußte seine Grenzen, die für solch eine herrschende Stellung zu enge waren, erweitern,<sup>1)</sup> es mußte ferner der Uebermacht des spanisch-österreichischen Hauses an der Spitze der geeinten antiösterreichischen Mächte entgegentreten. Welche Mächte waren dies aber? Abgesehen von den italienischen Staaten waren es vor allem die protestantischen Regierungen in Deutschland, den Niederlanden und England. Wie jedoch konnte Frankreich mit ihnen zusammengehen, wenn es im Dienst der allgemeinen Kirche den allgemeinen Verteilungskampf gegen den Protestantismus unternahm? Dies war die Schwierigkeit, vor welcher Richelieu in seiner kirchlichen Politik eine scharfe Scheidung zwischen den französischen und den ausländischen Protestanten durchführte. Den Hugenotten gegenüber hielt er, wenn auch mit Vorsicht, an seiner feindseligen Politik fest, hinsichtlich des Auslandes aber stellte er den Grundsatz auf, daß Frankreich auswärtige Protestanten nicht mit Gewalt zur Kirche zurückzuführen, auswärtige Katholiken nicht mit Gewalt zu schützen habe und mit andersgläubigen Regierungen Verbindungen eingehen dürfe. Wohl betrachtete er es als einen Erfolg pflichtmäßig geleiteter Politik, wenn der Einfluß Frankreichs den Katholiken in protestantischen Landen oder unter türkischer Herrschaft in ihrer Religionsfreiheit zu gute kam; aber die Herstellung der Herrschaft seiner Kirche zum maßgebenden Gebot der auswärtigen Politik zu machen, lehnte er ab, und den Lehren von einer zwingenden Obergewalt des Papstes über die staatlichen Regierungen stellte er die Sätze entgegen: über Unfähigkeit oder Verbrechen der Könige soll nur Gott richten; die Unterordnung der staatlichen Regierungen unter die Kirche soll eine freie sein.<sup>2)</sup>

So mußten des Kardinals Grundsätze über das, was seinem Staat und seiner Kirche gebührte, sich gegenseitig beschränken. Wenig war dagegen von Beschränkungen die Rede in seinen Anschauungen vom Umfang der monarchischen Gewalt. Frankreich war für ihn das Land der Parteien: großen und ständigen Interessen dienten die geschlossenen Körperschaften des Adels, der Geistlichkeit, der reformierten Kirche und der Magistratur; wechselnde Zwecke verfolgten die in stetem Wechsel und kühnen Koalitionen sich immer neu bildenden Faktionen; allen schrieb er das gemeinsame Streben zu, den Staat für ihre Sonderzwecke auszubenten und die Macht, welche der Staatsleitung zukommt, den Parteiführern zuzuspielen; von der Begierde nach Macht aber meinte er, daß sie weder Grenzen noch Gesetz kenne.<sup>3)</sup> Mitten in diesem wilden Getriebe hatte er sich selber emporgearbeitet, und in stets erneutem Kampfe hatte er seine Stellung zu verteidigen. Da hatte sich in seinem harten und klaren Sinn der Grundsatz befestigt, daß über dem Hader der Parteien das gemeine Wohl durch eine Monarchie zu wahren sei, die keine anderen Schranken kenne als die kluge Rücksicht auf den Charakter der Franzosen, einer Nation, welche die Knechtschaft hasse, aber gern den Gehorsam leiste, der sich mit ihrem Ehrgefühl vertrage.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Accroistre nos limites, 1612. (Corresp. I S. 87.)

<sup>2)</sup> Mémoires III S. 23, 24.

<sup>3)</sup> Mémoires I S. 80, 126.

<sup>4)</sup> Honnête obéissance (Mém. I S. 400).

Wie nun dieser Mann die Staatsleitung übernahm, schienen ihm fürs erste alle anderen Sorgen vor den Aufgaben der auswärtigen Politik zurückzutreten. Hier galt es seiner Meinung nach, das Ansehen Frankreichs aus einem Zustand der Erniedrigung wieder zu erheben. Sechs Jahre lang waren ja in der Nachbarschaft Frankreichs Kämpfe und Umwälzungen vor sich gegangen, in denen überall das Gebot der spanisch-österreichischen Politik durchgriff; er sah die Gefahr kommen, daß die europäischen Mächte den Bahnen dieser Politik als Bundesgenossen, als Klienten, oder als Unterjochte folgen mußten! Aus dieser Lage wollte er seinen Staat herausziehen; das wahre Mittel dafür bestand aber in seinem Sinne nur darin, daß man das stolze Ziel von Frankreichs führender Stellung zuversichtlich wieder aufrichtete und die Politik der Freundschaft mit aller Welt durch ein herrisches und jähes Zugreifen ersetzte. Wohl stand ihm hierbei, als unvermeidliche Erbschaft der inneren Wirren und der schwachen Regierung, eine erschreckende Zerrüttung der Finanzen im Wege. Aber so umfassend gestaltete sich schon jetzt seine Thätigkeit, daß er mitten unter dem Drang der auswärtigen Geschäfte auch das Steuer in der Finanzverwaltung ergriff: indem er im Rechnungswesen notdürftige Ordnung herstellte und für aufgedeckte Unterschleife ungeheure Straffummen eintrieb, wußte er die reichen Einkünfte des französischen Staates wieder zusammenzufassen und seinen Zwecken zuzuführen. Und so ging er ans Werk, einen ersten Schlag dort zu führen, wo Frankreich sich von Spanien am unmittelbarsten zurückgedrängt sah, im Veltlin.

In diesem Streithandel war schon kurz vor dem Sturze Vieuilles mit den Verbündeten vom Februar 1623 (S. 233) ein neuer Vertrag zur endlichen Durchführung ihrer Forderungen geschlossen (11. Juli 1624); daneben war der Marquis von Coeuvre nach der Schweiz gesandt, um mit französischem Geld eidgenössische und bündnerische Streitkräfte zu sammeln, die weiter noch durch ein herangezogenes französisches Regiment verstärkt wurden. Wie dann Richelieu die volle Gewalt errungen hatte, wurde am 5. September nochmals ein Abkommen mit Savoyen und Venedig getroffen: am 15. September, so besagte es, werden die Truppen der Verbündeten in Frankreich an die savoyische, in Piemont an die genuesisch-mailändische Grenze vorgeschoben, und mit diesen Streitkräften im Hintergrund wird Coeuvre am 1. Oktober zur Befreiung der Bündner und Veltliner losbrechen.

In der That konnte Coeuvre, dem innerhalb der Eidgenossenschaft allerdings nur Bern und Zürich ihre Unterstützung gewährten, in den letzten Tagen des Oktober seine Operationen beginnen. Zunächst fielen drei bündnerische Regimenter ins Prättigau ein und jagten die Beamten und winzigen Streitkräfte des Erzherzogs Leopold aus dem Lande, worauf am 25. November eine große Tagsatzung zu Chur die Verträge von 1622 umstieß und die drei Bünde in ihrem alten Umfang und ihrer gegenseitigen Verbindung, sowie auch das Bündnis mit Frankreich wiederherstellte. — Eine Woche nach diesem ersten Vorstoß war auch schon die Vorhut von Coeuvres Hauptmacht über den Berninapass bei Tirano ins Veltlin gelangt, worauf ein dreiwöchentlicher leichter Kampf gegen die päpstlichen Garnisonen das Veltlin nebst Bormio und Chiavenna, mit Ausnahme von La Niva an der nördlichen Ecke des Comersees, das von spanischen Truppen gehalten wurde, in die Gewalt der Liga brachte.



In Rom und Venedig war man starr über diese Verwegenheit des Cardinals. Aber bald sollte man noch Schlimmeres hören. Am 4. März 1625 wurde bei Asti ein Heer von 24000 Mann zu Fuß und 3000 Reitern gemustert. Dasselbe war von dem französischen Marschall Lesdiguières und dem Herzog von Savoyen zusammengeführt, und seine Aufgabe war in einem weiteren geheimen Vertrag zwischen Frankreich und Savoyen vom 5. September 1624 abgeredet: unter dem Vorwand der zwischen Savoyen und Genua streitigen Ansprüche auf das Reichslehen Zuccarello sollte ein Eroberungskrieg gegen Genua mit der Aussicht auf einen ferneren Eroberungskrieg gegen das Herzogtum Mailand, sobald erst Spanien durch Maßregeln gegen die in Italien und ins Beltlin einbrechenden Truppen den erforderlichen Vorwand gegeben habe, eröffnet werden. Man hoffte, in diesen Krieg, der denn auch sofort gegen das genuesische Gebiet eröffnet wurde, Venedig hineinzuziehen, ja die päpstliche Kurie suchte man durch Aussicht auf Vergrößerung, die auf Kosten des neapolitanischen Reiches eröffnet wurde, zur Bundesgenossenschaft zu verlocken.<sup>1)</sup> Mit einem Schlage schienen also aus dem Gewühle der europäischen Streithändel die großen Absichten Heinrichs IV. wieder emporzusteigen, und Richelieu selber vergaß nicht, das Andenken derselben heraufzubeschwören.<sup>2)</sup>

Eben die Pläne Heinrichs IV. wiesen aber auch auf eine andere Richtung. Der große König hatte seine Anschläge in erster Linie gegen den spanischen Zweig, aber in zweiter Linie auch gegen den deutschen Zweig des Hauses Oesterreich gerichtet, und seine Bundesgenossen hatte er gesucht, wie unter den katholischen Mächten Italiens, so unter den protestantischen im Norden. Auch hier in Heinrichs Spuren zu wandeln, lag für Richelieu um so näher, da er bei seinem Eingreifen in Bündnisse nicht nur Spanien, sondern auch den Erzherzog Leopold getroffen hatte, da er ferner die englische Politik an der Arbeit sah, einen Angriff gegen das Haus Oesterreich zu führen, der in erster Linie gegen den Kaiser, in zweiter Linie aber auch gegen Spanien gerichtet war. Und eben an England und die um England sich gruppierenden Mächte und Unternehmungen einen Anschluß zu gewinnen, hatte Richelieu denn auch längst gesucht.

In der Zeit, da der englische Kronprinz in Spanien war, und Richelieu selber nur erst als Vertrauter der Königin-Mutter auf die französische Politik einwirken konnte, hatte er in weiter Voraussicht der kommenden Dinge den Herzog von Buckingham wissen lassen, daß die Königin-Mutter die Verbindung des Prinzen Karl mit einer Schwester Ludwigs XIII. gerne sehen würde.<sup>3)</sup> Diese Anregung trug volle Frucht nach dem Bruch der englisch-spanischen Verhandlungen. Denn jetzt gehörte es zu den vornehmsten Maßregeln, durch welche die Wendung der englischen Politik bekundet wurde, daß im Februar 1624 ein englischer Gesandter nach Frankreich abging, um eine förmliche Verhandlung sowohl über die Heirat, wie über ein Bündnis zu eröffnen. Leicht wurde die

<sup>1)</sup> Berichte Scaglias (1625 Jan. 16), Spadas und Naris (Jan. 23.) bei Siri V S. 757, 755, 758. Spada an Barbarino, 1625 März 22 (S. 789).

<sup>2)</sup> Disegni del re Enrico: Nari an Barbarino, 1625 Jan. 23. (Siri V S. 758—63.)

<sup>3)</sup> Richelieus Initiative: Goll, Die französische Heirat S. 80 Anm. 8.

Verständigung nicht. Denn wenn Richelieu auch keine gewaltsame Ausbreitung der katholischen Kirche im Auslande betreiben wollte, so glaubte er doch — schon aus Eifersucht gegen Spanien und um den päpstlichen Dispens nicht unmöglich zu machen — die französische Prinzessin dem protestantischen Prinzen um keinen niedrigeren Preis, als um dieselben Zugeständnisse, welche Spanien zu Gunsten der katholischen Kirche ausgemacht hatte, anvertrauen zu dürfen. Da aber geschah das Außerordentliche, daß die englische Regierung die Konzessionen, die ihr Spanien gegenüber unerträglich erschienen waren, abgesehen von einigen Abschwächungen — vornehmlich fiel die Verpflichtung weg, die förmliche Aufhebung der Strafgesetze im Parlament zu erwirken — an Frankreich gewährte. Am 11. Mai 1625 konnte die Trauung der Prinzessin Henriette Marie mit dem inzwischen zum König von England erhobenen Karl I. stattfinden.

Erstaunlich war es, wie gesagt, daß die englische Regierung jene kirchlichen Zugeständnisse trotz der inzwischen eingetretenen Reaktion zum zweitenmal bewilligte, und nicht minder erstaunlich war es, daß sie auch die andere Forderung einer Verpflichtung Frankreichs, für die Restitution Friedrichs V. einzutreten, zwar erhob, aber auf die Weigerung der Franzosen wieder fallen ließ. Offenbar war es das thatkräftige Vorgehen Frankreichs, welches die englischen Staatslenker, indem es sie auf die Gemeinsamkeit des eröffneten Kampfes wies, über solche Verschiedenheit der besonderen Zwecke hinwegsehen ließ. Und Richelieu sorgte dafür, daß die Waffengemeinschaft noch enger wurde, indem er alsbald auch in jene Verbindungen eintrat, welche England mit den anderen protestantischen Mächten im Norden angeknüpft hatte. Zunächst mit der Republik der Niederlande. Mit ihr schlossen England und Frankreich in demselben Monat Juni des Jahres 1624 ein Defensivbündnis ab: England auf zwei, Frankreich auf drei Jahre, ersteres mit der Verpflichtung, 6000 Mann zu Fuß zu stellen, letzteres mit der Zusage von 1200000 Livres fürs erste und je einer Million für die beiden folgenden Jahre. Einen Monat später begab sich sodann ein französischer Agent, Namens Marescot, an die Höfe der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und einiger anderer protestantischer Fürsten, um für die Stiftung eines Bündnisses protestantischer Reichsstände, das zum Schutz ihrer Freiheiten, besonders auch ihrer Gewissensfreiheit, dienen sollte, den Beistand des Königs anzubieten; und wieder, in den ersten Monaten des Jahres 1625, reiste ein anderer französischer Agent, Des Hayes, zwischen den Höfen von Dänemark und Schweden hin und her, um beide Könige zur Eintracht und zum einträchtigen Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten unter der Formel „Herstellung der deutschen Fürsten in ihre alten Rechte und Freiheiten“ zusammenzubringen. Für die protestantischen Fürsten des Reichs und ebenso für die Könige von Dänemark und Schweden war also das unmittelbare Ergebnis der in Frankreich und England vollzogenen Wendung, daß sie seit dem Sommer des Jahres 1624 sich von beiden Mächten zu einer bewaffneten Erhebung gegen den Kaiser und die Liga gedrängt sahen. Und dieser doppelte Druck war es nun, welcher in jene schwerfällige Bewegung, die sich in Norddeutschland erhoben hatte, einen neuen Zug brachte.

Nicht ein Mitglied des zunächst bedrängten niedersächsischen Kreises, sondern der nach Sachsen mächtigste Fürst in Norddeutschland, Kurfürst Georg Wilhelm

von Brandenburg, ließ sich zuerst von der neuen Bewegung ergreifen. Schon einmal, im Frühjahr 1623, war er unter dem Eindruck der Uebertragung der pfälzischen Kur mit dem Gedanken hervorgetreten, den Widerstand der protestantischen Reichsstände gegen die Fortschritte des Kaisers und der Liga zu organisieren (S. 235). Damals hatte Sachsen ihn zurückgehalten. Wie aber dann die katholischen Mächte neue Triumphe erfochten, und Sachsen durch Anerkennung der bairischen Kur eine neue Unterwerfung unter die siegreiche Partei vollzog, hatte sich in seinem geheimen Räte eine Spaltung gebildet. Die Mehrzahl der Räte drang darauf, daß man der Politik des Savierens durch bewaffnetes Eintreten für die protestantische Sache ein Ende mache und dabei die Bundesgenossen nehme, wo sie sich böten; aber der mächtigste unter ihnen, der Graf von Schwarzenberg (S. 235), der sich schon wegen seines katholischen Bekenntnisses, so lau es auch sein mochte, in einem unausgleichbaren Gegensatz zu den calvinisch gesinnten Räten befand, sah in der heranziehenden Krisis das Heil in dem Anschluß an die kursächsische Politik. Lange stand der Kurfürst diesen Gegensätzen ratlos gegenüber; denn er war, wie sich unter den wachsenden Stürmen immer klarer herausstellte, kein Fürst, der seiner Politik die Bahnen selber vorzeichnen wußte. Aber am Ende ließ er sich von der Partei fortreißen, die den Eintritt in die antikaiserliche Bewegung verlangte.

Wie sich diese Wendung im einzelnen vollzog, ist nicht klar; sicher jedoch gaben den letzten Anstoß zu ihr die Werbungen des französischen Agenten Marescot und des englischen Gesandten Anstruther. Wenige Tage nach den Verrichtungen des ersteren, am 9. August 1624, wurde Christian Bellin, ein Mann, der schon im Jülicher Erbfolgekrieg der Sache Brandenburgs gegen den Kaiser gedient hatte und jetzt wieder im geheimen Räte die neue Politik mit besonderer Entschiedenheit verfocht, der auch mit Gustav Adolfs leitendem Staatsmann Örenstierna schon längst in vertrautem Briefwechsel stand,<sup>1)</sup> an den König Christian IV. von Dänemark gesandt, um die französischen Vorschläge zu empfehlen. In Kopenhagen fand Bellin nur ungewissen Bescheid; aber während er von dort nach Stockholm weiter reiste, traf gleichzeitig, am 28. August, Anstruther in Berlin ein, so daß Bellin bei seinen weiteren Anträgen an Gustav Adolf nicht nur auf den französischen, sondern auch auf den englischen Vorschlägen fußen konnte.

Dieses Erscheinen des brandenburgischen Gesandten am schwedischen Hof bildet ein wichtiges Moment in dem Fortgang der kriegerischen Entwürfe. Wohl waren seine Anträge unbestimmt: sie gingen auf irgend eine kriegerische Verbindung protestantischer Reichsstände zur Herstellung des pfälzischen Kurfürsten und der früheren Macht der protestantischen Partei, bei der Schweden und andere Nachbarmächte ihre starke Unterstützung gewähren sollten —; wohl waren auch die Aussichten, welche der Gesandte zu bieten vermochte, höchst ungewiß: denn noch hatte kein Fürst sich zum Anschluß verpflichtet und von seinem eigenen Kurfürsten hatte Bellin nur den Auftrag zu unterhandeln, aber keine Vollmacht zum Abschließen. Indes, daß einer der vornehmsten Fürsten des Reichs eine solche Unterhandlung überhaupt zu eröffnen wagte, war nach der Lage der deutschen

<sup>1)</sup> Vgl. die S. 266 Anm. 1 citierte Abhandlung S. 57 Anm. Ritter, Deutsche Geschichte 1555—1648. III.

Dinge ein bedeutender Fortschritt, und dann — die brandenburgischen Anträge wurden verstärkt durch die Vorschläge, die noch vor ihnen von England aus übermittelte waren.

Als nämlich Bellin in Stockholm eintraf, befand sich daselbst schon der am 13. August angelangte englische Gesandte Jakob Spens; der aber hatte nicht nur die erwähnten Anträge Jakobs I., sondern zugleich eine geheime Botschaft des Prinzen von Wales und des Pfalzgrafen Friedrichs V. überbracht. Der Ursprung dieser geheimen Botschaft lag in der Unzufriedenheit, welche Prinz Karl darüber empfand, daß sein Vater zu einer Schilderhebung gegen den Kaiser aufforderte, ohne dabei mit einem klaren Angebot seiner eigenen kriegerischen Leistungen voranzugehen. In seinem Mißvergnügen hatte sich der Prinz den Einwirkungen des pfälzischen Hofes eröffnet, war aber hierbei in ganz neue Projekte verstrickt. Unausgesetzt nämlich war man am Hofe Friedrichs V. bemüht geblieben, die Hand, welche Gustav Adolf im Jahr 1623 geboten hatte, festzuhalten. Zu diesem Zweck und unter dem Vorwand, die Patenschaft für einen neugeborenen Sprößling Friedrichs V. zu erbitten — ein Anlaß, der sich dem Kurfürsten im Lauf seiner fruchtbaren Ehe dreizehnmal bot —, war Camerarius im September 1623 zu Gustav Adolf gereist, und hier nun war in unmittelbarer Verhandlung zwischen dem Leiter der pfälzischen Politik und dem schwedischen König jener Plan, den polnischen Krieg wieder zu eröffnen und mit ihm einen Angriff gegen Schlessien zu verbinden, in der Form erneuert, daß zu dem schlesischen Zug Friedrichs Freunde, das heißt vor allem England, Hülfsgelder zahlen, dann wo möglich der Pfalzgraf selber ein kleines Heer werben und heranzuführen sollte. So hoch gingen dabei wieder die Hoffnungen, daß die Rückführung Friedrichs V. nicht nur auf den pfälzischen, sondern auch auf den böhmischen Thron in Aussicht genommen wurde. — In diesen Gedankenkreis war nun der kriegslustige Prinz hineingetreten, und die Folge davon war, daß Spens, wie erwähnt, neben seinem Hauptauftrag eine geheime Botschaft des Prinzen Karl und des Pfalzgrafen überbrachte. Ihrem Kerne nach zielten die geheimen Vorschläge auf einen Angriff gegen Schlessien: die Führung des Angriffs sollte Gustav Adolf übernehmen, die erforderlichen Hülfsgelder sollten von England und anderen zugesprochen werden; man glaubte aus der Kasse Jakobs I. einen monatlichen Zuschuß von 20 000 Pfund Sterling zusichern zu können.

So sah denn Gustav Adolf hintereinander den König Jakob, den englischen Kronprinzen nebst dem Pfalzgrafen, schließlich den brandenburgischen Gesandten mit ihren Anträgen herankommen. Er selber hatte sich in der zwischen Krieg und Frieden schwankenden Zeit unaufhörlich mit kriegerischen Projekten sowohl, wie mit den Vorkehrungen zur raschen Aufstellung von Truppen und Schiffen getragen. Kein Wunder, wenn auf diese Anträge und Angebote sein heißer Thatendrang aufwallte und sich in den kühnsten Plänen Luft machte. Zunächst, da er auf die Vorschläge des Prinzen von Wales antwortete, hielt er sich allerdings noch auf dem festen Boden seiner bisherigen Unternehmungen gegen Polen. Sein letzter Waffenstillstand mit Polen lief bis zum 11. Juni 1625. Entsprechend dem Verlangen der Polen nach vorläufiger Fortsetzung dieser kurzen Waffenruhe (S. 264) war aber in dem be-

treffenden Vertrage ausgemacht, daß er noch ein weiteres Jahr laufen sollte, wenn er nicht spätestens am 10. April 1625 vor dem feindlichen Feldherrn aufgekündigt werde. In der Absicht nun, diese Aufkündigung vorgehen zu lassen, erwiderte Gustav Adolf dem englischen Gesandten, daß er mit dem Angriff gegen Schlesien einverstanden sei. Allein da der Weg nach Schlesien für ihn durch Polen führe, und außerdem der König von Polen kraft seines Bündnisses mit Oesterreich jedem Angreifer Schlesiens in den Rücken fallen werde, so könne Schlesien nicht gewonnen werden, ehe die Kraft Polens in wüthigem Angriff gebrochen sei. Diese erste Aufgabe nun nehme er, der König, auf sich; sobald sie aber gelöst sei, müßten die vom Prinzen Karl, dem Pfalzgrafen und ihren Freunden gesammelten Streitkräfte — sei es ein von ihnen unmittelbar gestelltes, sei es ein mit ihren Geldern vom Schwedenkönig erworbenes zweites Heer — bereit sein zum Einbruch in Schlesien. Vorbedingung des Ganzen sei, daß die Beteiligten, also Schweden, der Prinz, der Pfalzgraf und womöglich auch die Staaten sich in einem festen Bündnis zusammenschließen, welches vor allem auch den Schwedenkönig gegen einen ihn im Rücken bedrohenden Feind, wie etwa den König von Dänemark, zu schützen hätte, daß ferner die Verbündeten zu ihrer weiteren Sicherung, besonders auch um Schweden die Fahrt von der Nordsee zur Ostsee frei zu halten, eine Flotte in der Nordsee aufstellten.

Diese Antwort war bereits erteilt, bevor der brandenburgische Gesandte eingetroffen war. Wie nun Bellin kam und von ihr hörte, konnte er nicht verkennen, daß der unmittelbare Zweck des schlesischen Angriffsplanes die Rückführung des Pfälzers auf den böhmischen Thron war, und daß als weitere Konsequenz der Vernichtungskrieg gegen die österreichische Macht, die Wiederaufnahme der wilden Pläne von 1618 und 1619 in Aussicht stand: eine Politik, vor der Brandenburg, wie die große Masse der Reichsstände zurückschrak. Da hielt er es denn, sei es mit, sei es ohne ausdrückliche Instruktion, für unumgänglich, mit einem anderen Vorschlag in die Verhandlungen einzugreifen: er stellte einen Operationsplan auf, nach dem der Krieg zu beginnen war an der Westgrenze des niedersächsischen Kreises, wo Tilly verjagt werden sollte, fortzusetzen in Oberdeutschland, wo Friedrich V. in seine Erblande und seine Kur zurückgeführt werden sollte. Es war ein Vorschlag, kraft dessen der schwedische König von seinen Händeln mit Polen ganz absehen und seine Truppen ohne weiteres in die Herzlande des Reiches führen sollte, also die Zusage, daß Gustav Adolf die bisher festgehaltene Grundlage des Kriegs gegen Polen mit einemmal preiszugeben hatte. Und da ist es nun ein Zeichen des Feuers, in dem diese Verhandlungen geführt wurden, daß der König in der That nicht lange Bedenkzeit brauchte, um den gefährlichen Sprung zu wagen. Hatte er bisher von der Verlängerung des Waffenstillstandes mit Polen nichts wissen wollen, so nahm er sie jetzt auf einmal als eine selbstverständliche Maßregel an, um sich für den Krieg in Deutschland freie Hand zu schaffen. Für den Krieg selber stellte er dann freilich Forderungen, die dem Ernst der Aufgabe entsprachen. Indem er neben Schweden nicht mehr den Kronprinzen, sondern den König von England selber, und an dritter Stelle die protestantischen

Reichsstände als die eigentlichen und zunächst zu gewinnenden Träger des Unternehmens voraussetzte, verlangte er von ihnen: Abschluß eines festen Bündnisses, Aufbringung von 42600 Mann zu Fuß in 36 Regimentern und von 8000 Mann zu Pferde, daneben Ausfendung von acht schwedischen Schiffen in die Ostsee und von 25 Schiffen der drei Bundesmächte in die Nordsee. Die Anwerbung der Truppen und die Führung des Krieges fällt dem König von Schweden zu, am 1. März 1625 muß er die Geldmittel zur Hand haben, um die Werbungen zu beginnen, am 1. Mai muß der größere Teil der Armee bereit sein; als sichere Stätten für Ausgang und Rückzug sind dem König die Plätze Wismar und Bremen einzuräumen.

Es springt in die Augen, wenn in so kurzer Zeit die bisherige Scheu des Königs von England und der deutschen Reichsstände vor einem großen Krieg überwunden, und ihrer kümmerlichen Verwaltung so gewaltige Beisteuern entrisen werden sollten, so mußte ihre ganze Sinnesweise in einem raschen Ansturm umgewandelt werden. Die Unterhändler, Spens von der englischen Seite, Bellin von der deutschen Seite, scheinen aber auf die Möglichkeit einer solchen Umwandlung gerechnet zu haben, und gewiß trug zu dieser Zuversicht auch der mächtige Eindruck von Gustav Adolfs Persönlichkeit bei, des Fürsten, der, wie den Krieg, so auch die entscheidenden Verhandlungen persönlich führte, der den Unterhändler durch die Raschheit seines Entschlusses, wie die Offenheit und den Schwung seiner Rede fortrif, und dem der Mut wuchs, je gerader er mitten in die Stürme hineinsteuerte. Camerarius, in dessen Begeisterung sich allerdings die Hingabe an das wirklich Große mit der Devotion des besoldeten Korrespondenten mischte, faßte den Eindruck, den er aus den Unterredungen mit dem König empfangen hatte, in den Worten zusammen: ich kann nicht genug die heroischen Eigenschaften dieses Königs loben, seine Frömmigkeit, Klugheit und Tapferkeit; fürwahr er hat seinesgleichen nicht in ganz Europa. Möchte er, so fügte er an anderer Stelle mit nahe liegendem Seitenblick hinzu, Kaiser sein, möchte der König von Böhmen (Friedrich V.) von so unbefleglicher Seelenstärke sein!<sup>1)</sup>

So machten sich denn sowohl Spens, als auch, nach neu erteiltem Auftrag seines Kurfürsten, Bellin ans Werk, die zur Ausführung des Planes berufenen Mächte zu gewinnen. Wie auch jetzt wieder Fortgang oder Vereitelung des Unternehmens von der Entscheidung des englischen Königs abhing, so fanden sich beide Gesandten zunächst am Hofe Jakobs I. ein (Januar 1625). Hier wurden diese Fragen der großen Politik abermals nicht von dem geheimen Rat, sondern nur von dem Prinzen Wales und Buckingham nebst dem Staatssekretär Conway behandelt. Aber günstiger als vorher schien jetzt die Stimmung des Königs Jakob geworden zu sein. Wohl erschrak er über die Höhe der ihm zugemuteten Opfer, und das um so mehr, da, wie noch zu erzählen, ein guter Teil der englischen Gelder für Mansfeld festgelegt war. Indes die Aussicht auf die Führung des sieggewohnten Schwedenkönigs hob doch auch seinen Mut, und die finanziellen Schwierigkeiten hoffte man zu

<sup>1)</sup> An Ausdorf, 1623 Dez. 24, 1624 Januar 13. (Coll. Cam. 25.)

überwinden, indem man neben den drei Hauptparteien noch andere Mächte, und zwar in erster Linie Frankreich, das ja diese Dinge mit betrieben hatte, und auf dessen reiche Mittel vor allem auch Brandenburg rechnete, zur Beisteuer heranzöge. Nur eine Schwierigkeit blieb dann noch übrig: England hatte neben Schweden auch mit Dänemark angeknüpft, und ohne den dänischen König um seine Zustimmung zu dem neuen Plan, in dem die Führung des Schwedenkönigs der wesentlichste Punkt war, angegangen zu haben, wollte Jakob sich nicht endgültig entschließen. So führten die Verhandlungen mit England auf die Entscheidung Dänemarks zurück.

Nun hatte Christian IV. am 6. August 1624 dem englischen Gesandten Anstruther, ebenso wie einige Zeit nachher dem brandenburgischen Gesandten Belkin, eine nur ungewisse Antwort erteilt:<sup>1)</sup> er wies darauf hin, daß seiner eigenen Entschliebung wie derjenigen der deutschen Fürsten die Aufstellung einer englischen Armee gegen Tilly vorausgehen müsse. Aber dieser Zurückhaltung lag keineswegs eine wirkliche Abneigung gegen ein kriegerisches Eingreifen zu Grunde. Abgesehen davon, daß Christian eben damals einen letzten, natürlich fehlschlagenden Versuch angestellt hatte, den Kaiser durch gütliche Verhandlung zur Herstellung Friedrichs V. zu bestimmen, und er den Ausgang erst abwarten wollte, wurde er fürs erste noch von dem Mißtrauen bestimmt, ob es England mit der kriegerischen Wendung seiner Politik ernst, und ob die deutschen Fürsten zu thatkräftigen Entschlüssen aufzurütteln seien. Im übrigen war seine Haltung derart, daß Anstruther, nachdem er seine weitere Rundreise, die ihn zu den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und zu den Fürsten des niederländischen Kreises führte, vollendet hatte, noch einmal zu ihm zurückkehrte, in der Hoffnung eine bessere Entschliebung zu erwirken.

Sehr hoch freilich gingen seine Hoffnungen nicht, zumal er auch aus den Kreisen der niederländischen Fürsten wohl wachsende Erbitterung, teilweise auch das Verlangen nach einer Organisation des bewaffneten Widerstandes, aber keinerlei bestimmten Entschluß zu berichten hatte: vielleicht, meinte Anstruther, werde der König, wenn nicht offen, so doch mindestens durch heimliche Geldzuschüsse die Erhebung gegen Kaiser und Liga unterstützen. Aber wie er nun am 12. Januar 1625 wieder vor Christian erschien, erlebte er eine merkwürdige Enttäuschung. Der König zeigte sich jetzt nicht nur entschlossen, das Seinige beizusteuern, sondern er hatte auch schon den fertigen Plan eines kriegerischen Unternehmens in Bereitschaft. In diesem Sinne erbot er sich, für seinen Teil auf ein Jahr<sup>2)</sup> und, wenn nötig, auch länger, 4000 Mann zu Fuß und 1000 zu Pferde zu unterhalten, unter der Bedingung, daß England 6000 zu Fuß und 1000 zu Pferde stelle, und in dem Vertrauen,

<sup>1)</sup> Klopp II S. 414. Vgl. Anstruther an Roe, 1624 Dez. 20. (Roe S. 322.) Rusdorf, Sept. 8. (Mém. I S. 350 fg.)

<sup>2)</sup> Ein Jahr nach Anstruthers Schreiben an Carleton, 1625 Jan. 23 (Schybergson, Underhandlingarna om en evang. allians 1624/25, Anh. S. 4), desgleichen nach der Instruktion der Staaten für Vosbergen, 1625 Mai 10 (Verbaal S. 7), dagegen nur sechs Monate nach Anstruthers zusammensfassendem Bericht (a. a. O. S. 13), sowie nach Rusdorf (Mém. I S. 539).

daß es gelingen werde, Kurbrandenburg und die niedersächsischen Stände zu entsprechenden Leistungen fortzureißen: unter hoher Veranschlagung dieser deutschen Beisteuern<sup>1)</sup> hoffte er seine Armee bis nahe an 30000 Mann zu bringen, und erklärte sich bereit, an der Spitze derselben den Krieg nach Deutschland zu tragen. So stürmisch war dabei sein Eifer, daß er bereits am 11. Mai in dem von ihm so heiß begehrten Bistum Osnabrück, also mitten in Tillys Machtbezirk, seine Streitkräfte zu mustern und zum Kampfe hinauszuführen gedachte.<sup>2)</sup>

Was hatte den König zu diesem erstaunlichen Wechsel bestimmt? In der Hauptsache wirkte auf die Entwicklung seiner Entschlüsse die Verschärfung der politischen und militärischen Lage im Reich, daneben das wachsende Vertrauen, daß es dem englischen König mit einem kriegerischen Vorgehen diesmal ernst sei, und vielleicht auch das Zureden jenes französischen Agenten des Hayes, wenn es nämlich richtig ist, daß derselbe jetzt schon einen bedeutenden Geldzuschuß Frankreichs versprach.<sup>3)</sup> Aber den letzten Anstoß gab doch wohl eine Frage des persönlichen Ehrgeizes. Für seine Beteiligung an dem Widerstand gegen den Kaiser und seine Verbündeten beanspruchte Christian IV. als unerläßlichen Preis die Stellung des obersten Kriegsführers. Diese Forderung hatte er vor drei Jahren bei den Segeberger Verhandlungen erhoben (S. 126), er hatte sie abermals in Bereitschaft bei den neuen Verhandlungen. Aber da sah er die entgegengesetzten Ansprüche jenes schwedischen Königs hervortreten, mit dem er in ererbtem Zwiespalt lebte, gegen den sogar der im Juli 1624 getroffene Ausgleich (S. 266) ihn mit neuem Groll erfüllt hatte, weil er ihm abgezwungen war und ihm manche Vorteile aus der Hand nahm. Daß Gustav Adolf seit lange damit umging, seine großen Wagnisse durch das noch größere Unternehmen der Führung des Widerstandes gegen den Kaiser und seine Verbündeten zu überbieten, war Christian nicht unbekannt, und eben in den Tagen, da Anstruther zum erstenmal bei ihm erschien, sah er die Entscheidung darüber, ob in einer derartigen Erhebung der dänische oder der schwedische König die Führung haben sollte, schon herannahen. Als nun vollends jene Verhandlungen von Spens und Bellin mit Gustav Adolf vor sich gingen, erfuhr er trotz des Geheimnisses, in das sie gehüllt wurden, doch so viel davon, daß er die Krisis als eingetreten ansah. Da faßte er denn den Entschluß, den Vorsprung zu gewinnen: ein Entschluß, mit dem er, sobald er einmal gefaßt war, nun auch über die größten Hindernisse hinwegeilte.

Ein erstes Hindernis stellte ihm sein Reichsrat entgegen, welcher von einer so tiefen Verwicklung in die deutschen Wirren aufs bestimmteste abriet: aber Christian wagte es darauf, die Verantwortung auf sich allein zu nehmen.

<sup>1)</sup> Anschlag bei Schybergson S. 75 Anm. Es wird der vom König am 15. Jan. 1625 an Kurbrandenburg überschickte sein. (Opel II S. 122 Z. 2 v. u.)

<sup>2)</sup> Recta in Tiliam ducere. (Camerarius an Orenstierna, 1625 April 4. Schybergson, Sveriges och Hollands dipl. förbindelser S. 184.)

<sup>3)</sup> Dies wird behauptet in dem Schreiben Ludwigs XIII. von 1625 Okt. 25 (Opel II S. 111 N. 2), aber dagegen sprechen die Mitteilungen Anstruthers in dem angef. Schreiben bei Schybergson, Anh. S. 2/3, S. 6 Z. 3 fg.



Ein zweites Hindernis für einen baldigen Losbruch lag in der noch bestehenden Ungewißheit über die Hülfe Englands: aber in denselben Tagen, da er sich dem englischen Gesandten eröffnete, begann Christian ohne weiteres mit den Maßregeln zur Ausführung seines Entschlusses. Um einerseits die deutschen Fürsten und Städte in den beabsichtigten Krieg zu ziehen, gedachte er, den niederländischen Kreis zunächst unter dem geläufigen Vorwand des Schutzes der Grenzen zu Truppenaufstellungen zu vermögen, und trat demgemäß alsbald (15. Januar) an mehrere Fürsten mit der Bitte um Beförderung eines persönlich zu besuchenden Kreistags heran, bei dem er, als Mitherzog von Holstein, den maßgebenden Einfluß auszuüben hoffte. Um andererseits bezüglich der Kriegsrüstungen eine fertige Thatsache zu schaffen, schritt er ebenso rasch und eigenmächtig zur Truppenwerbung. Es war damals, ebenfalls im Januar,<sup>1)</sup> jener Herzog Johann Ernst von Weimar, der in dem böhmischen Heere Friedrichs V. gedient hatte (S. 143, 89), in Kopenhagen erschienen, in der Absicht, von da sich zu Gustav Adolf, der ihn in seine Dienste zu ziehen suchte, zu begeben.<sup>2)</sup> Dem König Christian gelang es, den tapferen und hochsinnigen Fürsten zu gewinnen, und am 21. Februar traf er ein Abkommen mit ihm, kraft dessen der Herzog bis zum 25. Mai 4000 Reiter anzuwerben hatte. Hand in Hand damit gingen Aufträge zur Werbung von Fußtruppen, deren Zahl auf 10000 Mann angegeben wurde.<sup>3)</sup> Offenbar rechnete der König bei dieser gewaltigen Ueberschreitung des von ihm zugesagten Kontingentes auf eine spätere Abrechnung mit den Bundesgenossen. Der englische Gesandte aber kam so in die angenehme Lage, nicht nur Anerbietungen Christians IV., sondern auch thatsächliche Proben des Ernstes, mit dem sie gemacht waren, zu berichten.

Der erste Bericht Anstruthers über Dänemarks Entschluß traf im Monat Februar, als die Verhandlungen der englischen Regierung mit dem schwedischen und brandenburgischen Gesandten noch in der Schwebe waren, in London ein, und hier wirkte er wie eine Befreiung von schweren Sorgen. Denn nicht nur, daß man auf das Zusammengehen mit Dänemark den größten Wert legte, es betrug auch im Verhältnis zu dem, was Gustav Adolf von England verlangt hatte — nämlich über 14000 Mann zu Fuß, 4000 Reiter und mindestens 8—9 Kriegsschiffe — die Forderungen Dänemarks nur etwa ein Drittel. So beeilte sich denn die englische Regierung, die Anerbietungen und Forderungen Dänemarks anzunehmen (2. März).<sup>4)</sup> Sie that es in der Meinung, die Bundesgenossenschaft Dänemarks ergreifen zu können, ohne die Hand, die Gustav Adolf geboten hatte, fahren zu lassen: es sollte eben Aufgabe einer weiteren Verhandlung sein, zwischen den beiden nordischen Königen über das Verhältnis,

<sup>1)</sup> Am 31. Dezbr. 1624 trat der Herzog seine Reise nach Dänemark aus dem Magdeburgischen an. (Heermann S. 59.)

<sup>2)</sup> Ogenstierna an Camerarius, 1625 Febr. 20. (Mosser V S. 105, 109.) Derselbe an denselben, 1624 Nov. 1 (S. 72.)

<sup>3)</sup> Camerarius, 1625 März 28. (Schybergson, Sveriges och Hollands dipl. förbindelser S. 180.)

<sup>4)</sup> Schybergson, ev. allians, Anf. S. 8.

nach dem die Beisteuern unter sie zu verteilen, und über die Art, wie die oberste Führung zu regeln war, eine Verständigung zu erzielen. Aber war eine solche Verständigung möglich?

Als Bellin bei seiner Unterhandlung mit Gustav Adolf die Frage fallen ließ, was der König thun wolle, wenn der Oberbefehl einem anderen übertragen werde, fuhr er alsbald mit der Antwort heraus: gar nichts. Und dann, in der Erkenntnis, daß es sich nur um den König von Dänemark handle, fügte er hinzu, dieser Fürst sei neidisch, unzuverlässig und eigennützig, wobei er unter dem letzten Beiwort an die verbreitete Annahme denken mochte, daß es Christian nur um den Erwerb etlicher deutscher Bistümer zu thun sei.<sup>1)</sup> — Als dagegen Christian IV. von den großen Plänen Gustav Adolfs genaueres hörte, urteilte er: die Verbündeten würden von dem König in einen endlosen Krieg gezogen werden,<sup>2)</sup> wobei er an die Vermischung der polnischen mit den deutschen Streitfragen denken mochte. So viel war bei der sofort wieder vordringenden Feindseligkeit beider Könige klar, daß an die Unterordnung des einen unter den anderen nicht zu denken war. Ließ sich der Gegensatz etwa ausgleichen, indem man die von den Verbündeten aufzubringenden Streitkräfte teilte und jedem der beiden Könige eine Armee zur selbständigen Verwendung übergab? Prinz Moriz und führende Männer unter den Generalstaaten, denen man selbstverständlich die Entwürfe mitgeteilt hatte, brachten alsbald diesen Vorschlag auf. Aber da hiermit dasjenige, was England für Dänemarks Plan gewonnen hatte, nämlich die Herabminderung der Leistungen, eher ins Gegenteil verkehrt wurde, so war auch dieser Gedanke, soviel man darüber verhandelte, ohne ernsthafte Aussicht.

Schließlich wurde alles durch einen raschen Entschluß Gustav Adolfs durchkreuzt. Solange dieser dem Plan einer unmittelbar ins Reich führenden Invasion nachging, und er folglich die Fortdauer der Waffenruhe mit Polen wünschen mußte, hatte er von der Aufkündigung des polnischen Waffenstillstandes abgesehen. Aber gesichert fühlte er sich dabei nicht; denn der leitende Gedanke seiner Politik war und blieb, daß er, um sich die Hände für das deutsche Unternehmen frei zu machen, erst die Feindschaft Polens entweder durch einen wirklichen Frieden beseitigen oder durch noch schwerere Niederlagen unschädlich machen müsse. Als er daher im Februar die ersten Nachrichten über Dänemarks neue Entschlüsse erhielt, und die Ungewißheit des ganzen von Bellin aufgeführten Projektes ihm in die Augen leuchtete, war sein Entschluß rasch gefaßt. Noch in letzter Stunde, und zwar so spät, daß die Polen mit Recht ihn der Versäumnis der vertragsmäßigen Frist beschuldigen konnten, schickte er an seinen Befehlshaber in Livland den Auftrag zur Kündigung des Waffenstillstandes ab. Im Juni 1625 sodann zog er selber zur Führung des wieder ausbrechenden Krieges hinaus, und wenngleich er damit den so ernsthaft gefaßten Gedanken des Eingreifens in die deutschen Kämpfe keineswegs aufgab, vielmehr in immer neuen Projekten der Möglichkeit einer Verbindung seines polnischen Krieges

<sup>1)</sup> Bellins Relation, 1624 Okt. 23. (Schybergson, ev. allians S. 45.)

<sup>2)</sup> Vgl. Christians Notiz zu n. 11 der bei Mollath (S. 185) mitgeteilten Beratungspunkte.

mit einem Angriff gegen den Kaiser und seine Verbündeten nachging, so führte doch die Macht der Verhältnisse dazu, daß seine eigenen Kräfte vorläufig durch den polnischen Krieg, und die Mittel seiner Freunde durch die Unterstützung Dänemarks in Anspruch genommen wurden.

Ob also in Deutschland neuer Krieg ausbrach, hing jetzt vor allem von dem Fortgang des dänischen Unternehmens ab. Dieses aber im Sturme voranzutreiben, war Christian IV. nach wie vor bemüht. Sein Augenmerk war, wie schon erwähnt, zunächst auf den niederländischen Kreis gerichtet, und wenn er nicht hoffen durfte, die Stände desselben ohne weiteres für seine Absichten zu gewinnen, so fand er doch Umwege, auf denen er sie an sich heranzuziehen vermochte. Gemeinam war fast allen die Sorge vor Tillys Armee und vor einer unerbittlichen Gegenreformation, und infolge dieser Sorgen das Verlangen nach Verteidigungsbereitschaft. Dazu hatte sich in jüngster Zeit noch eine zweite für den gesamten Kreis hochwichtige Aufgabe gesellt. Der bisherige Oberste des Kreises, Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg, hatte nämlich unter dem doppelten Konflikte zwischen der Politik des Festhaltens am Kaiser und dem Gegensatz gegen die katholischen Ziele Ferdinands II., zwischen dem Bestreben, sich und seinen Glaubensgenossen auf dem Boden der Kreisverfassung Schutz zu verschaffen, und der Unmöglichkeit, dieser Verfassung Leben zu verleihen, am 9. Januar 1624 sein Oberstenamt niedergelegt. Neben der Verteidigung des Kreises war also zugleich die Frage nach seiner Führerschaft eröffnet. Beide Verhältnisse hoffte nun Christian IV. in der Weise zu benutzen, daß der Kreis zur abermaligen Aufstellung eines Heeres bewogen, und daß ihm, dem König, sei es durch seine Wahl zum Kriegsobersten, sei es durch eine die Erledigung des Oberstenamtes währende, interimistische Anordnung,<sup>1)</sup> die Verfügung über diese Streitkräfte übertragen würde. Wie er nun, um solche Pläne zu verwirklichen, nach einer Tagung der Kreisstände trachtete, konnte er es abermals als eine willkommene Fügung begrüßen, daß gleichzeitig der Kaiser für die Wahl eines neuen Kreisobersten eine solche Versammlung begehrt,<sup>2)</sup> und daß darauf wirklich am 24. März ein Kreistag zu Lüneburg eröffnet wurde.

Aber wenn nun der König die Gesinnung der Bevollmächtigten, die zu der Versammlung erschienen, und der Stände, die hinter ihnen standen, genauer ins Auge faßte, war es doch schwer, den guten Mut zu bewahren. Noch gab es unter diesen Ständen sogar einen Vertreter der katholischen Partei: es war der Kurfürst Ferdinand von Köln, in seiner Eigenschaft als Bischof von Hildesheim. Aber auch bei der großen Masse der protestantischen Mitglieder war die Frage, ob sie sich entschließen würden, sich der kaiserlichen Armee gegenüber zu bewaffnen und der dänischen Führung anheimzugeben, eine Frage der Furcht:

<sup>1)</sup> Daß er die Form vorläufig unentschieden ließ, ersieht man aus den Erwägungspunkten bei Molbeck S. 185 n. 1. Diese Behandlung der Sache beweist, daß das Schriftstück vor den R.T. zu Lüneburg und die Fürstenversammlung zu Lauenburg fällt, nicht erst vor den Braunschweiger R.T., wie Dpel (II S. 138 Anm.) annimmt.

<sup>2)</sup> Hervorgehoben in dem Schreiben des H. Braunschweig-Wolfenbüttel an Tilly, 1625 April 24. (Information über Hohenz- und Reinstein S. 165.)

es handelte sich darum, ob das größere Unheil von der Ergebung in die von Kaiser und Liga angedrohte Gegenreformation oder von dem offenen Widerstand dagegen zu erwarten war. Die größere Furcht vor dem offenen Widerstand herrschte in gewohnter Weise bei den Städten, und zwar nicht nur bei den wenig bedeutenden Binnenstädten Mühlhausen, Nordhausen und Goslar, sondern auch bei den mächtigen Seestädten. In erster Linie bekannte sich dazu die Stadt Lübeck, während Hamburg unter den entgegengesetzten Antrieben seiner Auflehnung gegen die dänischen Unterwerfungsversuche und seiner Furcht vor den dänischen Kriegsschiffen in der zeitweiligen Einstellung seiner reichsständischen Rechte (S. 125) einen Vorteil erblicken mochte, und Bremen, dessen Handelsinteressen es in Abhängigkeit von Dänemark brachten (II 468 A. 2), ebenfalls durch Fernbleiben von den Kreistagen den Konflikten aus dem Wege ging. Suchte man unter den Fürsten Männer von klar ausgesprochener Gesinnung, so fand man einen, der bei der herannahenden Entscheidung zeitig seinen Platz auf der Seite des Kaisers suchte: es war der Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg.<sup>1)</sup> Daneben gab es einen anderen, der seit Ende 1624 sich geneigt zeigte, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen: der Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg. Dieser Fürst aus dem Hause Brandenburg hatte bis dahin noch wenig von sich reden gemacht; bezeichnend für seine Stellung war immerhin sein unentwegtes Festhalten am lutherischen Bekenntnis zu der Zeit, da sein Bruder Johann Sigismund sich zu calvinischen Lehren wandte (II 400), und der scharfe Gegensatz, in den er neuerdings durch seine Bewerbung um Halberstadt und die Streitigkeiten über Magdeburger Klöster gegen die katholischen Ziele der kaiserlichen Politik getreten war. Im übrigen machte er persönlich einen unbedeutenden Eindruck; ein holländischer Gesandter, der ihn im Sommer im Lager des Königs von Dänemark traf, fand ihn scheu und verwirrt, und ohne Kenntnis vom Stand der politischen Verhandlungen. Aber das hinderte nicht, daß er bei der zunehmenden Spannung sein Ohr zwei militärischen Abenteurern, dem ehemaligen Unionsobersten Fuchs von Bimbach und dem Bivländer Heinrich Biefe, lieh, und daß sich nun eine ähnliche Ader in ihm regte, wie in Christian von Halberstadt. Gegen Ende des Jahres 1624 suchte er bereits mit Prinz Moriz von Oranien anzuknüpfen, indem er ihm seine Bereitwilligkeit zur Förderung der „gemeinen Sache“ versicherte.

Wie wenig jedoch ein so vereinzelt hervortreten bedeutete, ergab sich sofort aus den Beschlüssen des Lüneburger Kreistags. Die Aufgabe desselben war die Wahl eines neuen Kreisobersten. Da nun, wie bemerkt, König Christian seine Kandidatur nicht förmlich aufgestellt hatte, kümmerte sich die Versammlung um die stillen Wünsche desselben so wenig, daß sie, wie besonders auch der Herzog von Lüneburg empfahl,<sup>2)</sup> den Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel zum Obersten erwählten. Offenbar, wenn es nur auf diesen Kreis-

<sup>1)</sup> Den Ausschlag für seine Entscheidung gab nach Carafa (1625 Juli 26) die Forderung Dänemarks, Stadt und Territorium von Minden seinen Truppen als Quartier einzuräumen: che era l'istesso che farsene padrone; perchè subito haveria fatto postulare a quel vescovado un suo figlio. Der H. bietet nun das Stift dem Kaiser als Wassenplatz für Tilly an.

<sup>2)</sup> Hervorgehoben in der Lüneburger Denkschrift bei Londorp III S. 912a.

tag angekommen wäre, so würden die dänischen Absichten keine Förderung erfahren haben. Allein Christian IV. hatte noch in anderer Weise vorgesorgt. Auf seine eigenhändige Einladung<sup>1)</sup> fand sich, während die Kreisversammlung bereits tagte, in dem nahe gelegenen Lauenburg eine Anzahl niedersächsischer Fürsten, die sich seinem Einflusse nicht wohl verschließen konnten, persönlich mit ihm zusammen: es waren die Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel, Holstein-Gottorp, Mecklenburg-Güstrow und Schwerin, die Administratoren von Magdeburg und Bremen. Von diesen wurde nun gleichsam ein Gegenkreistag gehalten.

Was sie zunächst entschieden, war die Frage des Oberstenamtes. Indem Herzog Friedrich Ulrich die auf ihn gefallene Wahl ablehnte, Christian IV. aber sich zur Annahme einer solchen bereit erklärte, gaben die Fürsten ihren in Lüneburg noch tagenden Gesandten den Auftrag, in einem zweiten Wahlgang für den König zu stimmen, der nun auch, allerdings nur mit Majorität, gewählt wurde. Dann aber setzten sie weiter fest, was ein neuer Kreistag zu beschließen habe: er sollte die Aufstellung einer Kreisarmee, wie im Jahr 1623 (S. 235), nach dem neunfachen Anschlag anordnen, er sollte ferner den zu erwartenden Widerstand der kaiserlich Gesinnten dadurch brechen, daß er dem königlichen Kreisobersten und seinen Zugeordneten anheimstellte, die dissentierenden Stände zu den schuldigen Leistungen nach ihrem Ermessen anzuhalten. Welche Aufgabe wurde dieser Armee aber gestellt? Das Unternehmen, zu dem sich Dänemark an der Seite Englands anschickte, bezweckte Restitution des Pfalzgrafen Friedrich in seine Erblände und Kur, woran sich als selbstverständliche Folge die Rückgabe der den Freunden des Pfalzgrafen, also vor allem dem Landgrafen Moriz und dem Markgrafen von Baden, entrienen Lande, sowie die Abwehr weiterer Fortschritte der kaiserlichen Macht und der katholischen Restauration anschließen mußte. Wie weit entfernt jedoch die Lauenburger Versammlung von dem Bekenntnis zu derartigen Zielen war, das zeigte der über ihre Beschlüsse gefaßte Abschied (4. April): nur auf den niedersächsischen Kreis sollte die ganze Zurüstung beschränkt werden; sie sollte dienen zu seinem Schutz gegen gewaltsame Angriffe, besonders auch gegen Einquartierung und Durchzüge.

Für Christian IV. waren immerhin diese Beschlüsse versprechend genug, um einerseits seine Truppenwerbungen, andererseits die diplomatischen Verhandlungen ungesäumt weiter zu führen. In letzter Beziehung eilte er, während die ausschreibenden Fürsten des niedersächsischen Kreises, der Administrator von Magdeburg und der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, ihm den erforderlichen neuen Kreistag nach Braunschweig berufen mußten, selber zum Kurfürsten von Brandenburg, um ihn, und dann weiter durch ihn den obersächsischen Kreis für seine Pläne zu gewinnen. Hier jedoch zeigte sich bereits die Grenze seiner Erfolge in Deutschland. Gebunden durch seine Abmachungen mit Gustav Adolf, verpflichtete sich Kurfürst Georg Wilhelm zu weiter nichts, als zur Beteiligung an den Versuchen eines Ausgleichs zwischen den beiden Königen über ihren An-

<sup>1)</sup> Hervorgehoben in dem Schlussbericht Anstruthers bei Schybergson, Underhandlingarna om en evangelisk allians, Beil. S. 14.

teil an den beabsichtigten kriegerischen Unternehmungen, — aussichtslose Versuche, die für Brandenburg, wie die nächsten Vorgänge lehrten, mit dem Rücktritt ins Nichtsthun endigen sollten. Vorwärts gingen die Dinge nur im nieder-sächsischen Kreise, wo die Versammlung, die über die Annahme der Lauenburger Beschlüsse zu entscheiden hatte, in Braunschweig am 12. Mai 1625 eröffnet wurde.

Freilich als an diesen Kreistag<sup>1)</sup> die große Frage gestellt wurde, ob der Kreis sich rüsten solle, gab es auch hier eine tiefe Spaltung. Sogar die Gesandten des charakterlosen Friedrich Ulrich von Braunschweig stimmten anfangs mit eingehender Begründung dagegen, und erst als ihr Herzog sich seiner in Lauenburg übernommenen Verpflichtung entsonnen hatte, erhielten sie den ausdrücklichen Auftrag dafür zu stimmen. Im ganzen dauerte der Streit zwischen den Anhängern Dänemarks und des Kaisers acht volle Tage, bis es den ersteren gelang, für die Bejahung der Frage eine Majorität herauszurechnen. Von der Minderheit wurde diese Rechnung bestritten; jedenfalls zählten zu den Widersprechenden so ansehnliche Stände, wie die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg und Sachsen-Lauenburg, der Bischof von Hildesheim und der Administrator von Rakeburg, die Städte Lübeck, Goslar und Mühlhausen. Unter fortgesetztem Widerspruch der Dissidenten wurde dann der Betrag der Truppen auf das Neunfache des Matrikularanschlags gesetzt, und dabei bestimmt, daß der dänische König die Anwerbung dieser Truppen übernehmen, die Stände die entsprechenden Matrikularbeiträge in Geld entrichten sollten, wobei die Kontributionspflicht aller, auch der Dissidenten, ausgesprochen wurde. Dauern sollte die Kriegsbereitschaft so lange, als der Kreis des Schutzes bedürfe. Wogegen aber sollte der Kreis geschützt werden? Im Lauenburger Abschied hieß es: gegen feindliche Angriffe, besonders gegen Durchzüge und Einquartierungen. Jetzt hob man noch den Schutz des Religionsfriedens und der ungeänderten Augsburger Konfession hervor; ja wenn es nach den Mecklenburgern gegangen wäre, so hätte man als weiteren Zweck die Abstellung der „Beschwerden“ und die Entfernung der Liga-truppen aus der Nachbarschaft des Kreises aufgestellt.<sup>2)</sup> Es ist klar, indem man diesen letzten Zusatz ablehnte, den ersteren aber aufnahm, wollte man deutlicher als bisher erklären, daß man den Fortschritten der Gegenreformation im Kreise selber entgegentreten, eines offensiven Vorgehens außerhalb des Kreises aber sich enthalten wolle.

Am 26. Mai wurde der Braunschweiger Kreistag geschlossen. Groß waren seine Ergebnisse im Verhältnis zu dem, was Dänemark erstrebte, wahrhaftig nicht. Daß auch die Gutwilligen gleich die Bitte stellten, König Christian möge ihnen die für die Kreishilfe erforderlichen Gelder fürs erste vorschießen,<sup>3)</sup> war

<sup>1)</sup> Für die Verhandlungen liegt mir ein vom Landgrafen Ludwig von Hessen an Kur-sachsen am 24. Juli 1625 eingesandter Auszug des Protokolls vor. (Dresdener Staatsarchiv 9204, 41. Buch.) Ein Auszug des Protokolls bezüglich des ersten die Rüstung betreffenden Punktes in den Anlagen der lüneburgischen Denkschrift von 1626. (Londorp III S. 921.)

<sup>2)</sup> Auszug des Protokolls n. 10.

<sup>3)</sup> Protokoll n. 4.

geeignet, die Aussicht auf wirkliche Leistung des Bewilligten noch mehr zu trüben. Aber Christian war nun einmal im Feuer, und in dieser Stimmung warf er sich in den Krieg.

Von den Truppen, welche er zunächst auf eigene Hand geworben und vorzugsweise im holsteinischen Gebiet aufgehäuft hatte, waren zu Anfang des Monats Juni die 4000 Reiter des Herzogs von Weimar und daneben Fußtruppen im Betrag von 5—6000 Mann beisammen; <sup>1)</sup> noch im vollen Zug, diese Armee, besonders das Fußvolk zu vermehren, gewann er durch den Braunschweiger Abschied den Vorteil, fortan einen Teil seiner Streitkräfte als Kreisarmee, den anderen Teil als Hilfstruppen zu bezeichnen, und beide vom niedersächsischen Kreis aufnehmen zu lassen. Nur eines hatte ihm der Kreisabschied nicht gestattet: die Führung eines Angriffes gegen die Lande außerhalb des Kreises. Eben dieses aber war es, was seine eigentlichen Absichten erforderten; denn die Pläne, über die er mit England eins geworden war, gingen ja nicht so sehr darauf aus, den niedersächsischen Kreis zu schützen, als die Armee Tillys zu schlagen. Und mit der Richtung auf dieses letzte Ziel setzte er denn auch seine Streitkräfte in Bewegung. Vom 13. Juni ab ließ er die Truppen über die Elbe rücken, um sich dann selber an ihre Spitze zu setzen und geradeswegs gegen die Grenze des Kreises, die Weser, loszugehen. In einer langen Linie längs dieses Flusses besetzte er Verden, Nienburg und Hameln; in letzterem Orte, wo er am 24. Juli eintraf, schob er bereits ein Regiment auf das linke Ufer vor, als ob er sich hier ein Ausfallsthor gegen den westfälischen Kreis eröffnen wollte. Ja streng genommen war der Einbruch in das fremde Gebiet schon erfolgt; denn die Stiftslande von Verden und die Stadt Nienburg in der Grafschaft Hoya gehörten, obgleich am rechten Weserufer gelegen, zum westfälischen Kreis. Indes, ob die weiteren Unternehmungen des Königs einen offensiven Charakter in großem Maßstab gewinnen würden, dafür war doch nicht diese unbedeutende Grenzüberschreitung, sondern ein ganz anderes Verhältnis entscheidend. Als Christian seine Truppen noch weiter aufwärts gegen Hörter vorzuschieben versuchte, stieß er bereits auf Abteilungen von Tillys Armee; denn Tilly selber war inzwischen gleichfalls von seinem Hauptquartier in Hersfeld aufgebrochen, um dem neuen Feinde entgegenzutreten. Und mit dieser Gegenbewegung des Generals der Liga trat nunmehr die Frage zwischen die beiden Feldherrn, wer von ihnen den anderen aus seinem Operationsgebiet werde verdrängen können.

Der Entwicklung dieser Krisis können wir indes nicht folgen, ohne vorher unseren Blick noch über eine Reihe von anderen Verhältnissen zu erweitern. Christian IV., obgleich sein Heer durch fortgehende Werbungen stetig vermehrt wurde, wußte doch sehr wohl, daß er den rasch begonnenen Krieg nicht fortsetzen könne, ohne sich durch kriegerischen Zuzug und politische Bündnisse zu verstärken. Und ebenso konnte Tilly nur deshalb mit Vertrauen vorangehen, weil die Mächte, denen er diente, mit großen Anstalten zur Verstärkung ihrer militärischen und politischen Stellung umgingen. Beiderlei Bemühungen müssen wir mit dem

<sup>1)</sup> Nach Vosbergen S. 31—32, 35—36.

Fortgang der kriegerischen Aktion verbinden. Den Anfang möge eine kriegerische Handreichung machen, die damals dem Könige Christian zu teil wurde.

In demselben Monat Juni, da Christian IV. zu Felde zog, brach auch wieder das Unwetter einer Mansfeldischen Invasion über das deutsche Reich herein. Gefolgt von einem Haufen zerlumpter, von Hunger und Seuchen gequälter Soldaten zog der Mietlingsgeneral aus den Niederlanden heran, überschritt bei Emmerich den Rhein und schlug auf dem rechten Ufer bei Rees sein Lager auf; ungefähr 4000 deutsche und kaum 400 französische und englische Söldner bildeten die Armee, die hier bei ihm ausharrte.<sup>1)</sup> — Es war dies der Anfang eines neuen Unternehmens des furchtbaren Mannes, das schon länger als ein Jahr dem Reich drohte und nur vorläufig auf die Niederlande abgeleitet war. In Angriff genommen war es in der Zeit, da Mansfeld aus Ostfriesland weichen mußte und auf der Suche nach einem neuen Solbherrn die kriegerische Wendung der englischen, wie der französischen Politik erspähte.<sup>2)</sup> Beiden, den Franzosen wie den Engländern, bot er seine Dienste an, und merkwürdigerweise gelang es ihm, dem unschlüssigen König Jakob den ersten Entschluß abzurufen. Was ihn der großbritannischen Majestät so ausnehmend empfahl, war eben der Umstand, daß seine Dienste billig zu haben waren, und daß der König ihn gegen seine Widersacher wie einen Banditen loslassen konnte, ohne selber in den Krieg einzutreten. So verpflichtete sich denn Jakob am 5. Mai 1624, dem Grafen von Mansfeld sechs Monate lang je 20 000 Pfund Sterling zu zahlen, mit denen er eine Armee von 10 000 Mann zu Fuß und 3000 Reitern zu unterhalten hatte, nur daß diese Verpflichtung erst dann in Wirksamkeit treten sollte, wenn Frankreich nebst seinen Verbündeten, Venedig und Savoyen, die gleichen Leistungen bewilligen würde. Mit Rücksicht auf diese Mitwirkung Frankreichs wurden denn auch Mansfeld für die Verwendung seiner Truppen zwei weit auseinander liegende Aufgaben gestellt: im englischen Dienste sollte er Friedrich V. in seine Erblande und Kur, im französischen Dienste sollte er das Veltlin in seinen früheren Stand zurückführen. Vier Monate später gelang es Mansfeld auch, zum Schein die französisch-italienische Liga, in Wahrheit aber nur Frankreich zu einer ähnlichen Leistung zu bewegen: je 180 000 Livres auf sechs Monate wurden ihm von Frankreich zur Aufstellung einer Armee für die Restitution des Veltlins und der drei rätischen Bünde am 5. September zugesichert.

Im Oktober 1624 begannen darauf sowohl in England, wie in Nordfrankreich, ferner in Niederdeutschland zwischen Bremen und Hamburg, die mansfeldischen Werbungen. Und merkwürdig genug! trotz der grauenhaften Verschwendung, welche in Mansfelds Heeren mit dem Menschenleben getrieben wurde, schien doch eine mächtige Anziehung zwischen den Söldnern und dem räuberischen Abenteuerer zu bestehen; denn vor allem solche, die früher unter ihm gedient

<sup>1)</sup> Dies der Stand zu Anfang Juli. Vgl. Camerarius an Ausdorf, 1625 Juli 12. (Coll. Cam. 25. Söttl III 206.) Er sagt: in Mansfeldii castris speculum vidi miseriae et paupertatis.

<sup>2)</sup> Ueber Mansfelds Abmachungen mit England und Frankreich vgl. meine S. 266 angeführte Abhandlung S. 58 fg.



hatten, sah man sich zu seinen Fahnen drängen.<sup>1)</sup> Freilich, sobald es sich um die Verwendung der Armee handelte, machte sich auch sofort das von Mansfeldischen Unternehmungen unzertrennliche Spiel des Luges und Truges geltend. Mit großem Widerwillen hatte die pfälzische Regierung das Abkommen Jakobs mit Mansfeld angesehen, nicht nur weil sie inzwischen den Glauben an Mansfelds Ehrlichkeit und kriegerische Befähigung verloren hatte, sondern vor allem auch deshalb, weil sie bei jenen Anträgen, die sie im Sommer 1624 an Gustav Adolf richtete und den englischen Subsidien, die sie ihm zusagte, auf dieselben Gelder rechnete, die dem Mansfeld bewilligt wurden. Da aber erfuhr sie von dem englischen Staatssekretär Conway eine merkwürdige Beruhigung: man hoffe, so hieß es, wenn erst Frankreich einmal in das Mansfelder Unternehmen verwickelt sei, die eigenen Gelder nach sechs, vielleicht schon nach drei Monaten wieder frei zu machen und einer den pfälzischen Interessen und der pfälzischen Führung unmittelbar unterstellten Streitmacht zuzuwenden. Also die Engländer hielten sich für klug genug, um die Mansfeldischen Banden für ihre auf Deutschland gerichteten Zwecke zu benutzen und hinterher von Frankreich allein bezahlen zu lassen. Allein bald sollten sie erfahren, daß Frankreich sich noch besser auf die Kunst verstand, diese Banden von England bezahlen zu lassen und für französische, auf die Niederlande gerichtete Zwecke zu verwenden.

Wie erwähnt, bestand zwischen England und Frankreich der Gegensatz, daß England vor allem die Restitution des Pfalzgrafen erstrebte und darum seine Waffen gegen den Kaiser richten mußte, daß dagegen Frankreich zunächst eine Machtverschiebung in Italien bezweckte und darum gegen Spanien feindlich angehen mußte. Von spanischer Seite nun hatte man in dem Krieg gegen die Generalstaaten, nachdem der Feldzug vom Jahre 1622 nur geringe Ergebnisse gehabt (S. 164 fg.), und das Jahr 1623 thatenlos verlaufen war, im Sommer 1624 wieder eine größere Aufgabe mit gesammelter Kraft in Angriff genommen: es war die im August begonnene, und von da bis zum 5. Juni 1625 mit unerschütterlicher Beharrlichkeit durchgeführte Belagerung der Stadt Breda. Konnte man da die Macht der Spanier nicht am sichersten und am empfindlichsten treffen, wenn man die mansfeldischen Truppen fürs erste benutzte, um die staatliche Armee bei dem Entsatze Bredas zu unterstützen? Wie es scheint, war es zunächst Prinz Moriz von Oranien, der diesen Gedanken aufstellte;<sup>2)</sup> aber so genau paßte er zu den Zielen der französischen Politik, und so gut gefiel diese in unmittelbarer Nähe liegende Aufgabe, für die auch noch staatliche Gelder beansprucht werden konnten, dem Mansfeld, daß von Frankreich wie von Mansfeld der Plan alsbald angenommen wurde.<sup>3)</sup> Dagegen war bei König Jakob, in dem Maße wie die Stunde von Mansfelds Ausbruch sich näherte, die Abneigung, zu dem unvermeidlichen Konflikt mit dem Kaiser einen Zusammenstoß

<sup>1)</sup> Hervorgehoben von Anstruther, 1624 Dez. 20. (Roe, negotiations S. 323.)

<sup>2)</sup> Effiat, 1624 Okt. 27. (Siri V S. 682.)

<sup>3)</sup> Ludwig XIII., Instruktion für Ville-aux-Clercs, 1624 Nov. 27. (Richelieu, Lettres II S. 49 Z. 8 fg.) — Ueber Mansfelds Abfertigung des Planes mit Frankreich während seines englischen Aufenthaltes (1624 Nov. 14 bis 1625 Febr. 10) vgl. die Bemerkungen Conways bei Rusdorf, 1625 März 29. (Mém. I S. 525/6.)

mit Spanien hinzuzufügen, gewachsen; setzte er doch in eine neue Bestallung für Mansfeld, die er, nachdem Frankreichs Zuschüsse sicher gestellt, und damit seine eigene Bewilligung erst definitiv geworden war, am 17. November 1624 ausfertigte, die Bestimmung ein, daß die in England geworbenen Truppen nur für die Herstellung des Pfalzgrafen, unter Vermeidung aller Feindseligkeiten gegen Spanien und die Infantin Isabella, zu verwenden seien. Wie sollte nun dieser Widerstand von Mansfeld, Frankreich und den Staaten überwunden werden? Es geschah einfach, indem man den „Alten“, wie der pfälzische Gesandte den König Jakob respektwidrig bezeichnete,<sup>1)</sup> im guten Glauben ließ, daß sein Wille erfüllt werde.

So führte denn Mansfeld seine an so verschiedenen Orten geworbenen Truppen — es waren über 12 000 Mann zu Fuß, die auf die englischen, an die 2000 Reiter, die auf die französischen Beisteuern geworben waren — auf holländischen Boden, wo er sie seit März 1625 bei Gertruidenberg und Heusden sammelte; und von hier aus, da er seine Person und seine Truppen dem Bereich englischer Herrschaft entzogen hatte, erklärte er den Staaten in aller Form, er sei bereit, sich zum Entsatz Breda's gebrauchen zu lassen.<sup>2)</sup> Damit wurde das Heer dem Zwecke, den Jakob I. aufgestellt hatte, wenigstens vorläufig entzogen. Aber auch über dem Unternehmen, dem es nun zugeführt wurde, waltete kein günstiger Stern. Unpünktlich bezahlt, schlecht versorgt bei der Verschiffung von England nach den Niederlanden und in den niederländischen Quartieren, waren die Truppen vom ersten Tage ab von Not und Seuchen heimgesucht, und als dann im Mai Prinz Friedrich Heinrich von Oranien an der Spitze der staatlichen Armee die Operationen zum Entsatz Bredas ernstlich aufnahm und Mansfeld mit ihm zusammenwirken sollte, war auch schon, wie sich das bei letzterem von selber verstand, ein alles lähmender Hader zwischen den beiden Generalen ausgebrochen. Das Unternehmen schlug fehl, am 5. Juni wurde Breda den spanischen Truppen eingeräumt, und noch vor der Räumung hatte Mansfeld mit den Resten seiner Armee den Zug ins Clevische angetreten. In seinem Gefolge, als Befehlshaber der Reiterei, befand sich auch wieder der unvermeidliche Christian von Halberstadt.

Aber so jammervoll diese Reste waren, die Kraft, mit welcher Mansfeld die Rotten auch jetzt noch in seiner Gewalt zu halten mußte, das Selbstvertrauen, mit dem er sich um neue Truppenwerbung und neue Kriegsbestallung umthat, war noch immer so groß, daß die einfache Auflösung der Armee nicht in Frage kam. Wem aber sollte sie zu gute kommen? Die Staaten bedankten sich vor weiteren Diensten Mansfelds, und das um so mehr, da nach den mächtigen Anstrengungen, die mit der Belagerung und Verteidigung Bredas verbunden waren, in dem niederländischen Krieg wieder eine längere Zeit der Unthätigkeit eintrat. Zu einem selbständigen Feldzug diese Rotten hinauszuschicken und sie etwa für ihre ursprüngliche Aufgabe, nämlich die Herstellung des Pfalzgrafen und der bündnerischen Republik, kämpfen zu lassen, ging bei ihrem trümmer-

<sup>1)</sup> Ausdorf, 1625 Febr. 18. (Mon. pietatis II n. 33.)

<sup>2)</sup> Resolutionen der Staaten von Holland, 1625 März 12. (S. 23.)

haften Zustände ebenfalls nicht an. Nur eines schien übrig zu sein: man konnte die Truppen verwenden, um eine andere Armee zu stärken, deren Bestand gleich in der ersten Zeit ihrer Aufstellung bereits gefährdet schien: das war die Armee König Christians IV.

Wie oben erzählt ist, war diese Armee, um ihren Zwecken zu genügen, auf 30 000 Mann veranschlagt, zunächst aber nur auf etwa 10 000 Mann gebracht. Nun war sie in den nächsten Wochen nach ihrem eiligen Aufmarsch längs der Weser allerdings stetig vermehrt, bis auf etwa 17 000 Mann.<sup>1)</sup> Aber eine weitere Vergrößerung stieß auf schwere Hindernisse. Vor allem war das von England versprochene Truppencorps nicht mehr zu erwarten, da der englische König kraft einer inzwischen getroffenen Abänderung seines Vertrags statt der Truppenhilfe eine für Christian IV. noch viel nötigere Geldbeisteuer zu leisten hatte: 40 000 Pfund Sterling als erste Anzahlung, 30 000 Pfund für jeden Monat. Da war es denn ein naheliegender Gedanke, auf den England, die Staaten und Mansfeld selber noch im Juni verfielen, der dann auch in Frankreich gebilligt und von Dänemark eifrig betrieben wurde, daß die Truppen des Abenteurers notdürftig ergänzt und zur Unterstützung Dänemarks auf den niedersächsischen Kriegsschauplatz geworfen werden sollten. Frankreich und England bewilligten zu diesem Zweck vorläufig vier<sup>2)</sup> weitere Monatssolde, die Staaten übernahmen es, die Infanterie Mansfelds zur See nach Bremen zu schaffen, und Mansfeld selber war im Oktober so weit, daß er wirklich etwa 4000 Mann zu Fuß und 5—600 Reiter<sup>3)</sup> dem dänischen Könige, dessen Oberbefehl er unterstellt wurde, zuführen konnte.

Eine gewaltige Verstärkung war es gerade nicht, die auf diese Weise dem dänischen Könige zu teil wurde. Aber bedeutsam war sie doch schon infolge des Schreckens, der sich an Mansfelds Namen heftete. Dieser Schrecken begann nicht erst damals zu wirken; er hatte schon von dem ersten Anfang der Mansfeldischen Kriegerungen an sich geltend gemacht, und zwar nirgendswo stärker als bei der Liga und dem Kaiser. Der Furcht vor den Mansfeldischen Anschlägen war es vor allem zuzuschreiben, daß zu der Zeit, da Christian IV. in Hameln stand, die Streitkräfte der Liga schon in Bewegung gekommen und zur Aufnahme des Kampfes einigermaßen bereit waren. Dieselbe Furcht mußte zu den durch die Bewegungen in Niedersachsen hervorgerufenen Sorgen hinzukommen, um neben der Liga den Kaiser zu unerhörten Anstrengungen fortzureißen. Hiermit aber werden wir auf einen Punkt geführt, bei dem es gut sein wird, den Fort-

<sup>1)</sup> Dpel II S. 179 nach Berichten Nizemas vom 12. und 13. Juli. — Die Angaben Vosbergens vom 18. Okt. (Histor. Genootschap IX S. 179) führen, wie Dpel (II 365) richtig bemerkt, auf 18 000 Mann. — Nicht vereinbar ist hiermit die von Dpel (II 283/4) für Ende August angenommene, in Wahrheit aber in einem Bericht Anstruthers vom 22. Juli (Roe S. 429) enthaltene Angabe von beinahe 24 000 Mann.

<sup>2)</sup> Ludwig XIII. an d'Espesses, 1625 Sept. 21. (Villermont II S. 322 Z. 11 v. u. u. fg.)

<sup>3)</sup> Nach Carletons Angabe, 1625 Okt. 16. (Roe, negotiations S. 441.) Camerarius (an Drenstierna, Okt. 10, bei Schybergson S. 309) gibt 900 Reiter an. — Außerdem schickten die Staaten dem König Christian noch das Doppelregiment Hatzfeld-Bieke, 3000 Mann zu Fuß, zur Hilfe.

gang der militärischen und politischen Zurüstungen im protestantischen Lager zu unterbrechen und die katholischen Gegenrüstungen ins Auge zu fassen.

Wie schon erzählt (S. 259), hatten der Kaiser und der bairische Kurfürst gegen Ende des Jahres 1623 eine Niederlegung der Waffen im deutschen Reiche für unthunlich befunden. Um sich für die hiermit erforderlichen kriegerischen Anstalten die Mitwirkung der Liga zu sichern, hatte darauf Maximilian am 25. April 1624 einen Bundestag in Augsburg eröffnet.<sup>1)</sup> Wie gewöhnlich, war das erste, was man hier hörte, eine Masse von Klagen und Entschuldigungen wegen rückständiger Beisteuern; war doch selbst von seiten des Papstes, als Ergebnis der hohen in Regensburg gemachten Versprechungen (S. 188), während des ganzen Jahres 1623 nichts weiter als der Betrag von 10 000 Reichsthalern eingegangen. Auch der alte Gegensatz zwischen den rheinischen und den viel schwerer belasteten oberländischen Ständen blickte wieder auf und fand in hergebrachter Weise seinen schärfsten Ausdruck in der Eifersucht des Mainzer Kurfürsten auf die herrschende Stellung Maximilians von Baiern, auf seine thatkräftige Politik und seine glänzenden Sondervorteile. Aber andererseits wirkte doch die Furcht vor der kriegerischen Wendung der englischen Politik und die Sorge, daß der im Jahre 1623 im niederländischen Kreis gemachte Versuch, unter dem Schein der Verteidigung eine protestantische Streitmacht aufzustellen, sich wiederholen möchte, so stark, daß der einhellige Beschluß durchging, die Kriegsbereitschaft, in der man sich befand, noch weiter aufrecht zu halten. Nach der zuletzt wieder in Regensburg festgesetzten Norm für die Stärke des Bundesheeres und die Verteilung der Bundessteuern (S. 188) sollten die Geldbeiträge fortgezahlt werden, zunächst auf sechs Monate, dann aber, wenn nach Entscheidung des bairischen Kurfürsten die fortdauernde Gefahr noch längere Bewaffnung erheische, auf weitere Zeit.

Bei Erwägung der kriegerischen Lage gedachte man dann aber auch jenes peinlichen Zustandes, kraft dessen in protestantischen Fürstentümern und Reichskreisen unter dem Schein erlaubter Verteidigung oder des Zuzugs zu befreundeten Mächten ungestört Truppen geworben wurden, die hinterher plötzlich in den Kampf gegen Kaiser und Liga auszogen. Ließen sich solche Kriegsrüstungen nicht zeitig abwenden? In der Zeit, da Kaiser Matthias den rebellischen Böhmen den Zuzug aus dem Reich abzuschneiden suchte, hatte er die Behauptung aufgestellt, daß Truppenwerbungen und Durchzüge im Reich schlechthin der Erlaubnis des Kaisers bedürften (S. 11). Es war eine Behauptung, welche weit über die Bestimmungen der Reichsgesetze hinausging; aber sie diente dem nächstliegenden Interesse, und in diesem Sinn wurde sie jetzt von den sonst auf ihre Libertät auch sehr eifersüchtigen Ligisten aufgegriffen. Es sind, so faßte Mainz am 17. Mai die hierüber ergangenen Boten zusammen, ohne Erlaubnis des Kaisers keine Werbungen zu gestatten und, wenn sie dennoch vorgehen, durch die Bundesstruppen zu sprengen. Das war ein Beschluß, der, wenn durchgeführt, die militärische Diktatur des Kaisers und der Liga im Reiche aufrichten mußte.

<sup>1)</sup> Der Abschied, 1624 Mai 29, bei Stumpf S. 195. Vgl. Hurter IX S. 349. — Proposition im Coblenzer Archiv, 12 Kriegswesen n. 13. Protokoll der rheinischen Abteilung im Düsseldorfener Archiv, Kurköln, Reichsachen b n. 220.

Aber freilich der rücksichtslosen Entschlossenheit, die aus dieser Bestimmung sprach, stellte die Versammlung sofort auch einen Beleg ihrer kleinlichen Sparsamkeit entgegen. In dem Krieg von 1623 hatte Maximilian kraft der ihm erteilten Ermächtigung das Ligaher weit über den Normalstand von 15 000 Mann erhöht (S. 246) und dabei selbstverständlich auf die entsprechende Erhöhung der Geldbeisteuern gerechnet. Demgemäß setzten seine Gesandten in dem Abschied der gegenwärtigen Versammlung einen diese Pflicht der Nachschüsse ausdrückenden Satz durch. Aber wie ein Mann erklärten dabei die Gesandten der rheinischen Stände, daß sie darüber ohne Instruktion seien. Ob also die nachträglichen Zuschüsse wirklich erfolgten, blieb eine offene Frage.

Dürftig wie immer war also der Eindruck, den diese Bundesversammlung hinterließ. Indes für jene Armee, welche unter Tillys Leitung vier Jahre lang gekämpft und gesiegt hatte und nun in ihrer drohenden Stellung die norddeutschen Reichsstände und die ihnen benachbarten Mächte in Atem hielt, war doch wenigstens der Fortbestand gesichert. Als die nächste und unmittelbar drängende Gefahr nun, gegen welche sich diese Streitkräfte zu wenden hatten, traten seit dem Oktober 1624 aus dem Gewirre der sonstigen Vorbereitungen und Anschläge die kriegerischen Bewegungen Mansfelds heraus: erst seine Werbungen bei Bremen und Hamburg, dann die Sammlung seiner Streitkräfte in Holland, schließlich sein Zug auf Breda und von da an den Rhein. Ein erster Versuch der Abwehr dieser Anstalten war es, daß Tilly im Dezember 1624 Miene machte, seine Truppen zur Sprengung der Mansfeldischen Werbungen in den niedersächsischen Kreis zu schicken, eine Drohung, welche dann, so wenig sie ausgeführt wurde, doch für die im folgenden Frühjahr beschlossene Kriegsbereitschaft des niedersächsischen Kreises von den einen als Vorwand, von den anderen als Anlaß aufgegriffen wurde. Hierauf war es die zeitig geahnte Absicht des Mansfeldischen Zuges gegen die spanisch-niederländischen Streitkräfte, welche Tilly nötigte, seine Front auch nach Westen zu wenden. Mit seiner Hauptarmee behauptete er allerdings die Wachtposten am Saum des niedersächsischen Kreises; aber wie im Jahre 1622, so wurde auch zu Anfang des Jahres 1625 der Graf Anholt mit zwei Infanterieregimentern und einer Anzahl Reitercompagnien, neben denen auch der Kaiser zwei Infanterie- und zwei Kavallerieregimenter schickte,<sup>1)</sup> nach Brabant ausgesandt und mit der schwierigen Aufgabe betraut, die Mansfeldischen Banden wo möglich zu schlagen, einem Zusammenstoß mit der staatlichen Armee aber aus dem Wege zu gehen. Von Anholt sah sich denn auch Mansfeld im Rücken und in der Seite bedroht, sowohl bei dem Entsatzversuch vor Breda, als bei der Festsetzung zwischen Emmerich und Rees, ohne daß es jedoch dem ligistischen General mit seinen kleinen und bei dem Zug gen Breda ebenfalls stark mitgenommenen Truppen gelungen wäre, das Ausweichen des verschlagenen Freibeuters bis in den niedersächsischen Kreis zu hindern.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Colalto, Nassau, Lauenburg, Avandagno. Gleichzeitig Sendung des Regiments Schauenburg aus dem Elsaß nach Mailand. (Eggenberg an Rhevenhüller, 1625 Jan. 17. Briefbücher. — Abweichende Angaben bei Rhevenhüller X S. 477, 620.)

<sup>2)</sup> Krf. Maximilian (an Rhevenhüller, 1625 Juni 15, Aug. 5., 26, Sept. 23, in den Briefbüchern im German. Museum) schreibt das Mißlingen dem Umstand zu, daß die zum Zweck

Während aber so die von Mansfeld drohende Gefahr sich vom Westen nach dem Norden zog, war an die Hauptarmee der Liga schon eine andere und größere Aufgabe herangetreten: sie wies auf den im niedersächsischen Kreis sich vorbereitenden Angriff. Anfänglich hatte sich Kurfürst Maximilian,<sup>1)</sup> wenn sich seine Aufmerksamkeit dem niedersächsischen Kreise zuwandte, vornehmlich von der Sorge vor Mansfelds Werbungen bestimmen lassen. Von Mansfeld sah er die Hauptgefahr kommen, und während der ganzen Zeit, da dessen Zug gegen Breda vorbereitet, dann der Rückzug von Breda nach dem Rhein vollführt wurde, hörte Maximilian nicht auf, einen unversehenen Vorstoß des gefürchteten Abenteurers ins Reich, etwa gegen die Pfalz oder Böhmen, als seinen eigentlichen Zweck zu argwöhnen. Daneben gewann er erst seit März 1625 durch aufgefangene Briefe nach und nach deutlichere Vorstellungen über die Absicht, die Streitkräfte Englands, Schwedens, Dänemarks und protestantischer Reichsstände zu einem Angriff gegen Kaiser und Liga zusammenzuballen, womit sich dann noch weitere Nachrichten über verwandte Zurüstungen, von denen nachher ein Wort zu sagen sein wird, verbanden: über Versuche, Bethlen-Gabor wieder auf Ungarn und die kaiserlichen Erblande zu werfen, und über die Sammlung einer französischen Armee an den Grenzen von Lothringen, Pfalz und Elsaß. Da sah er denn die Gefahr kommen, daß man sich neben dem Anfälle Mansfelds auch noch gegen Angriffe Frankreichs von Westen, Dänemarks und Schwedens von Norden und Bethlens von Osten her werde schützen müssen. Er erkannte, daß alle Erfolge, welche die katholische Partei, Baiern und das Haus Oesterreich seit 1620 errungen hatte, gegen eine neu sich bildende Koalition verteidigt werden mußten. Rasch wie immer das Notwendige ergreifend, stellte er da den aufsteigenden Gefahren zwei Erfordernisse gegenüber: einmal, der Kaiser mußte seine ungenügenden Truppen verstärken, sodann, es mußte den Gegnern die Truppensammlung und der Durchzug im niedersächsischen Kreise zeitig gelegt werden. Folgen wir zunächst den auf den letzteren Zweck gerichteten Maßregeln.

Den niedersächsischen Kreis betrachtete Maximilian als Sammelplatz und Durchzugsgebiet für die gefährlichsten unter seinen Feinden. Hier hatte Mansfeld einen seiner vornehmsten Werbeplätze gefunden, und hierher strebte er zurück nach dem Nislingen vor Breda; in demselben Kreise sammelte Dänemark seine Streitkräfte, und wenn die vom Norden drohenden Feinde den Kaiser in Böhmen oder die Liga im oberen oder niederen Westdeutschland heimsuchen wollten, so mußten sie an den beiden Strömen des Kreises, der Elbe und Weser, hinaufziehen oder auch über die Weser hinausbrechen; daß schließlich auch, nachdem die Union gesprengt war, der Widerstand gegen die Ziele der katholischen Partei und des Kaisers unter den Ständen dieses Kreises immer noch seine hartnäckigste Vertretung fand, gab allen derartigen Feindseligkeiten seinen starken

der Zerspaltung der Mansfeldischen Truppen dem Anholt zugeordneten spanischen und kaiserlichen Regimentern zu spät aufgebrochen seien und dann, statt sich mit Anholt zu verbinden, im Sitticher und Kölner Gebiet Quartier genommen hätten.

<sup>1)</sup> Ich folge seiner Korrespondenz mit Ferdinand II., 1625 März 13 u. fg. (Münchener St. A. 3/6. Einige Notizen daraus bei Gindely, zur Beurteilung Albrechts von Waldstein S. 9, 10.)

und dauernden Rückhalt. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hatte denn auch die katholische Bundesarmee schon seit Ende 1623 den Saum des Kreises gegen Westen und Südwesten schließen müssen, und mit Rücksicht auf die jetzt immer gefährlicher werdende Lage schritt Maximilian zu der schärferen Forderung vor, daß alle dem Kaiser nicht genehmen Werbungen und Durchzüge in diesem Kreise zu legen, ja die „Pässe“, d. h. vornehmlich die den Lauf der beiden Ströme beherrschenden Punkte, zu besetzen seien. Das Werkzeug zur Durchführung solcher Forderungen war das Ligageer; aber die Autorisation und die Verantwortung dafür sollte jetzt wieder, wie in den ähnlichen Vorgängen der früheren Jahre (S. 228), der Kaiser übernehmen.<sup>1)</sup> Und auch diesmal wollte Ferdinand II. es nicht an sich fehlen lassen. Am 26. April erteilte er dem Kurfürsten Maximilian die Vollmacht, die Widersacher des Kaisers und der gehorsamen Stände überall mit seiner Armee abzuwehren, besonders auch Musterplätze zu hindern oder aufzuschlagen und geeignete Pässe zu besetzen; ausdrücklich fügte er auch hinzu, daß in Ausübung dieser Vollmacht der Kurfürst den General Tilly oder andere substituieren dürfe.

Allerdings hatte Ferdinand II. diesen Auftrag noch nicht lange gegeben, als er die Ausföhrung desselben vertagt zu sehen wünschte. Er wollte noch einmal den Versuch machen, einem neuen Kriege durch gütliche Verhandlung mit den niederländischen Ständen vorzubeugen, und wie überwältigt von dem Gefühl der Erschöpfung seiner Mittel und von den immer neuen Anspannungen des Krieges erklärte er sich nicht nur bereit, die vieldeutige Mühlhausener Zusage, die er kurz vorher vergessen zu wollen schien (S. 259), neuerdings zu bestätigen, sondern er fügte noch hinzu, daß er, wenn die Stände sich hierdurch nicht genügend gesichert fühlten, bei dem in Aussicht genommenen Deputationstag (S. 256) eine weitere „Asssekurationshandlung“ vornehmen lassen wolle. Wiederum war es jedoch der zwar langsame, aber feste Gang von Maximilians Politik, der über diese Schwankungen hinwegführte. Daß der Kaiser seine Absicht, den niederländischen Ständen die Mühlhausener Erklärung zu bestätigen, wirklich ausführte, hinderte er nicht, aber von jenem Zusätze über eine weitere Asssekurationshandlung brachte er ihn ab,<sup>2)</sup> und vor allem, er sorgte dafür, daß der Krieg eröffnet wurde. Am 11. Mai trug sein General Tilly dem niederländischen Kreis das neu entdeckte Staatsrecht vor, daß jegliche Truppenwerbung ohne kaiserliche Genehmigung unstatthast sei, um auf Grund desselben nicht nur solche Kriegsrüstungen, für welche kein Reichsfürst den Namen hergegeben hatte, und die offenkundig gegen den Kaiser und seine Verbündeten gerichtet waren, sondern

<sup>1)</sup> Maximilians Instruktion für Leuter an Ferdinand II., 1625 April 9. Maximilian an Ferdinand, April 17. Kaiserl. Patent für Maximilian, April 26. — Auf Maximilians weiteres Gesuch um eine direkt auf Tilly gestellte kaiserl. Vollmacht, richtete der Kaiser ein Schreiben an Tilly (3. Juni, Hurter IX S. 410), in dem er sich auf die dem Kurfürsten „erteilte Generalgewalt referierte“. (Der Kaiser an Maximilian, Juni 5.)

<sup>2)</sup> Maximilian an den Kaiser, 1625 Mai 20. Auszug aus v. d. Necks Instruktion bei Oppl II S. 180. (Das richtige Datum, Mai 27, S. 182, Anm.) Nach einem Schreiben des Kaisers an Baiern vom 5. Juni scheint v. d. Neck nicht abgegangen zu sein, aber die Bestätigung der Mühlhausener Zusage findet sich in einem Schreiben des Kaisers an die niederländischen Stände vom 27. Juli. (Hurter IX S. 413. Mecklenburgische Apologie S. 433.)

auch solche Verbungen, die der Kreis zu seinem Schutze angeordnet hatte, als gesetzwidrig zu bezeichnen und die Einstellung der Rüstungen zu verlangen. Das war eine Forderung, über welche es einen Ausgleich nicht gab. Wie nun aber der Kaiser noch immer das den Krieg entscheidende Wort zurückgehalten wissen wollte, Tilly dagegen das Argument auspielte, daß die hessischen und westfälischen Quartiere erschöpft seien, und folglich für seine Armee nur das Vorwärts oder Rückwärts in Frage stehe, erteilte Maximilian am 15. Juli kraft der drei Monate alten kaiserlichen Vollmacht seinem General den Auftrag, in den niedersächsischen Kreis einzurücken und die Auflösung oder Entfernung der dort stehenden Truppen zu bewirken.

Am 28. Juli überschritt darauf Tilly bei Hörter die Weser. Streifende Abteilungen, welche er alsbald in die gegenüberliegenden Gebiete des Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig sandte, drangen vor bis an die Leine und bedrohten, zwischen Weser und Leine herabziehend, die dänischen Streitkräfte im Rücken. Um dann den Anfang seines Feldzugs vollends günstig zu gestalten, mußte es geschehen, daß zwei Tage nach dem Weserübergang König Christian IV. bei Besichtigung der um Hameln aufgeführten Festungswerke einen schweren Sturz erlitt, infolge dessen er einige Tage lang des Gebrauchs seiner Kräfte beraubt war und zwei bis drei Wochen ans Krankenlager gefesselt blieb. Die dänische Armee war also gleichzeitig angegriffen und führerlos. Da wußten die Stellvertreter des Königs keinen anderen Rat, als zurückzugehen bis nach Verden; Tilly aber konnte ungehindert die Weser hinabziehen und sich der festen Plätze bemächtigen, bis seine Erfolge vor Nienburg, das von der dänischen Besatzung behauptet wurde, zum Stehen kamen (Anfang September).

Merkwürdig war bei diesem Ausbruch der Feindseligkeiten die hinterhältige Vorsicht, mit der beide Teile die Wahrheit, daß man in einen neuen Krieg eingetreten sei, noch zu verhüllen suchten. Tilly wollte nur gekommen sein, um die gesetzwidrigen Truppensammlungen abzustellen, und wollte den Kreis räumen, sobald die Abdankung dieser Truppen erfolgt sei; Christian IV. wollte nichts weiter, als den Kreis gegen Einquartierungen und ähnliche Belästigungen schützen, er wünschte nichts mehr, als daß seine Kriegsanstalten durch eine Verständigung, welche den Kreis gegen derartige Belästigungen und im Genuße des Land- und Religionsfriedens sicherte, überflüssig gemacht würden. In grellem Gegensatz gegen diese friedseligen Beteuerungen stand freilich der wilde Charakter der Kriegführung, der gerade in den ersten Anfängen hervorbrach. Die Braunschweiger Regierung hatte zum Schutz des Fürstentums ein Landesaufgebot erlassen,<sup>1)</sup> ohne doch den zusammengelaufenen Bauernhaufen eine andere Führung geben zu können, als die, welche ihnen der gegen die Papisten aufflammende Haß von selber gab. So geschah es, daß die Spitzen der eindringenden Ligistenscharen von wütenden Bauern angefallen wurden, die, wie Tilly schreibt, „an etlichen Orten die Soldaten und Marketender, auch die Weiber und Kinder unversehens anfielen, niederschossen und niedermetzelten“,<sup>2)</sup> daß ferner die hungern-

<sup>1)</sup> Tilly an den Herzog Friedrich Ulrich, 1625 Juli 30. (Londorp III S. 818.)

<sup>2)</sup> Tilly schreibt am 24. Aug. 1625 an Gronsfeld und Rupp, daß seine Truppen von



den Soldaten allerwärts auf verlassene Dörfer, geschlossene Städte und Sperrung der Zufuhr trafen. Die Gegenwehr erfolgte in demselben Geiste, in dem schon im Jahre 1620 die regulären Truppen dem oberösterreichischen Landvolk die Lust zum Widerstande auszutreiben suchten (S. 104): durch Plünderung und Verbrennung zahlreicher Dörfer und Höfe, durch Entfesselung der Mordlust und tierischer Begierden der Soldaten gegen überfallene Einwohner. Selbst der Feldherr wurde, wie unter Vergeltung und Gegenvergeltung die Zahl der Greuelthaten wuchs, von Rachegefühl ergriffen. Er durfte von sich sagen, daß mit seinem Wissen und Willen<sup>1)</sup> keine Unthat erfolgt sei, aber daneben brach er gegen die Bauern in die grausamen Worte aus, daß kein Uebel so groß sei, daß sie es nicht verdient hätten.

Glücklicherweise kamen indes diese Greuel nach einigen Wochen zur Ruhe, und zwar deshalb, weil in dem Krieg selber ein Stillstand eintrat, der beiden Theilen durch das Bewußtsein der Unzulänglichkeit ihrer Mittel aufgenötigt wurde. Daß Christian IV. mit einem Heer von etwa 17000 Mann sich für die übernommene Aufgabe noch lange nicht stark genug fühlte, ist schon bemerkt. Aber fast noch weniger schienen die verwendbaren Streitkräfte Tillys auszureichen, da sie, abgesehen von der durch Mansfeld in Anspruch genommenen Abteilung Anholts, in sechs Infanterieregimentern und 37 berittenen Compagnien nicht mehr als 15500 Mann zählten,<sup>2)</sup> gewiß zum größeren Teil erprobte Truppen, aber auch den verwildernden Einflüssen preisgegeben, welche das brutale Kontributionswesen und die ungeordnete Bezahlung mit sich brachte. Gehörte doch die Zeit, da das Ligaheer Monat für Monat abgelöhnt wurde und dadurch den kaiserlichen wie den böhmischen Truppen so weit überlegen war, nur den Anfängen des Krieges an; nunmehr, bei dem jämmerlichen Finanzwesen der Liga, mußte man auch hier den Sold auflaufen lassen, um dann ein- oder zweimal im Jahr einen großen Handel über Rückstände und Kompensationen anzustellen.<sup>3)</sup> Da schaute denn auch Maximilian von Baiern fast noch verlangender nach Verstärkung seiner Streitkräfte aus, als König Christian IV., und derjenige, an den er jetzt zunächst seine Anforderungen stellte, war, wie oben bemerkt, Ferdinand II.

Die Mahnungen, welche Maximilian seit März 1625 an den Kaiser richtete,<sup>4)</sup> gingen davon aus, daß das Ligaheer, das um einige Tausend Mann verstärkt werden sollte, womöglich sowohl den Angriff Mansfelds, der von den Niederlanden, wie den Vorstoß Dänemarks und seiner Verbündeten, der von

dem Landvolk „allenthalben in seinem (lies: ihrem) Vortrab niedergeworfen“ seien. — An den Herzog Friedrich Ulrich, am 22. September: daß „gleich zu Anfang meines Ingress in die Landschaft die rumorische, wüthige Pauren“ die Soldaten nicht nur nach Möglichkeit der „Bivres beraubt“, sondern auch u. s. w. (wie im Text). Dresdener Archiv 9204, 41. Buch. — Dies gegen Oppl II S. 247 Z. 15 v. u.

<sup>1)</sup> In dem angeführten Schreiben an Gronsfeld und Rupp. — Die andere Stelle von Oppl herausgehoben II S. 246.

<sup>2)</sup> Heilmann II 1 S. 173, 178.

<sup>3)</sup> Tilly, 1627 Febr. 26. (Gindely, Waldstein I S. 187.)

<sup>4)</sup> Für das folgende führe ich keine Belege an, da ich über die Gründung von Wallensteins Armee und sein Kontributionsystem an anderem Orte eingehender zu handeln gedenke.

Elbe und Weser her erwartet wurde, abwehren sollte. Da man aber mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß ein anderes dänisches Heer weiter im Osten, etwa gegen Schlesien vordringen möchte, und einem solchen Angriff Tilly nicht entgegentreten konnte, da ferner im Zusammenhang mit einem derartigen Unternehmen auch noch der Losbruch Bethlens gegen Oesterreich oder die böhmischen Lande zu fürchten war, so sollte der Kaiser zur Abwehr dieser Angriffe, vornehmlich also zum Schutz seiner eigenen Hauslande eine zweite Armee bereitstellen. Wirklich bereit hatte nun der Kaiser an Fußvolk, wenn man von zwei nach den Niederlanden und einem nach Mailand geschickten Regiment abfäh, nur noch sechs in Ungarn und den böhmischen Landen zerstreute Regimenter, alle in trümmerhaftem Zustand, und neben ihnen 24 Reitercompagnien, die sich auch nicht besser ausnahmen. Dem Verlangen Maximilians konnte folglich, zumal man die Lande nicht ganz von Garnisonen entblößen konnte, lediglich durch die Schaffung einer neuen Armee entsprochen werden. Das war aber eine Aufgabe, vor der die kaiserliche Regierung, schwankend zwischen entgegengesetzten Antrieben, stockte.

Auf der einen Seite wurde die Hofkammer nicht müde, dem Kaiser den Jammer seiner Finanzen vorzuhalten: die Kriegsausgaben, so rechnete sie zu Anfang des Jahres 1625, übersteigen die dafür bestimmten Einnahmen um mehr als 600 000 Gulden, und der einzige Rat, den sie in dieser Not wußte, war, daß die ohnehin so stark verringerten Truppen noch weiter verringert würden.<sup>1)</sup> Auf der anderen Seite ging aber gerade damals der Kaiser mit stolzen Plänen zur Befestigung der Macht seines Hauses um. Im Herbst des Jahres 1624 war sein Gesandter Rhevenhüller mit dem König Philipp IV. von Spanien, nachdem hier das englische Heiratsprojekt beseitigt war, in eine förmliche Verhandlung eingetreten über die Verheiratung des ältesten kaiserlichen Prinzen, Ferdinand, mit der Infantin Maria, der Schwester des Königs. Wie nun Philipp dem Abschluß eines Heiratsvertrags an sich sehr geneigt war, aber die hohe Bedingung stellte, daß dem österreichischen Prinzen erst die Erbschaft der Kronen seines Vaters gesichert werde, fand man nach einjähriger Verhandlung den Ausgleich, daß Philipp die Vermählung im geheimen zusagte, die Erfüllung der Zusage aber an die Bedingung der vorherigen Sicherstellung von Ferdinands Succession in Ungarn, Böhmen und dem Deutschen Reich knüpfte. Mit einemmal sah sich hiermit die kaiserliche Politik vor glänzende Aussichten und schwere Aufgaben gestellt. Und wie ein großer Entwurf noch andere nach sich zu ziehen pflegt, so trugen sich in denselben Tagen, da die Verhandlung über die neue Befestigung der Familienverbindung zwischen dem deutschen und spanischen Zweig des Hauses Oesterreich in Gang gekommen war, sowohl der Kaiser wie die spanische Regierung mit noch viel weiter gehenden Plänen: ersterer dachte, das bisherige Zusammenwirken Spaniens, der Liga und des Kaisers auf ein festes Bündnis mit festen militärischen Verpflichtungen zu gründen, Spanien ging damit um, mit Hülfe des Namens des Kaisers und der

<sup>1)</sup> Vgl. Oberleitner im Archiv für österr. Geschichte XIX S. 17. Gutachten der Hofkammer, 1624 Juli 4, bei Hopf, Anton Wolfradt II S. 17.

Mittel der Hanfa den Handel und die Schifffahrt der Holländer in Ost- und Nordsee zu zerstören. Es wird von diesen Entwürfen, da entscheidende Verhandlungen darüber erst im Jahre 1626 begannen, nachher noch die Rede sein. Aber das begreift man sofort, daß diese Pläne insgesamt gegen die ängstlichen Ratsschlüge, die auf Entwaffnung gingen, ein wirksames Gegengewicht bildeten, ein Gegengewicht, welches dann durch die wachsende Kriegsgefahr mächtig verstärkt wurde.

Indes, schließlich war es doch nicht der Kaiser und sein Rat, sondern das ungestüme Eingreifen eines dritten, welches dem Schwanken ein Ende machte und die Unentslossenheit in kriegerische Thaten umsetzte.

Schon oft hatte es sich seit dem Ausbruch des großen Krieges gezeigt, welch mächtigen Anreiz das damalige Kriegsgewerbe, in dem der Feldherr die Armee, die er führen sollte, selber zu schaffen hatte, und mit dem hohen Spiel des Krieges die Wagnisse finanzieller Spekulationen sich verbanden, auf Männer von starkem Thatendrang ausübte. Ein Mann, der von diesem Antrieb erfaßt wurde, war auch Albrecht von Wallenstein. Wie er mit dem Kaiser jahraus jahrein die großartigsten Darlehensgeschäfte gemacht und zugleich in den Künsten der Truppenwerbung reiche Erfahrungen gesammelt hatte, wie er bei seinem glänzenden Emporsteigen sich durch seine zweite Heirat den Zutritt am kaiserlichen Hof vollends gesichert hatte (S. 211), ging seinem rastlosen Geiste der Gedanke eines neuen Kreditgeschäftes von unerhörter Art auf: er wollte dem Kaiser eine Armee vorschufweise stellen, unter der Bedingung, daß er sie selber kommandierte. Bereits im Jahre 1623, als der Feldzug gegen Bethlen bevorstand, trat er mit einem dahin gehenden Anerbieten hervor,<sup>1)</sup> und wenngleich er anfangs zurückgewiesen wurde, so ließ er doch fortan seinen Plan nicht mehr aus dem Auge. Und die Zeit, die seinen Absichten günstig war, kam mit den Bedrängnissen des Frühjahrs 1625 heran. Abermals trat er jetzt an den zwischen drängende Anforderungen und demütigende Geldnot gestellten Kaiser mit dem Anerbieten heran, ihm eine Armee von 20 000 Mann zusammenzubringen, indem er für den Vorschuf der Kosten der Aufstellung des Heeres, d. h. für das Lauf- und Anrittgeld und vielleicht auch noch für den ersten Monatsold, selber aufkommen würde. Näher angesehen, war es ein Angebot, das im Grunde an die trügerischen Vorspiegelungen der Münzfälscher von 1622 erinnerte: dem zahlungsunfähigen Kaiser wurde das Geld für die Aufstellung eines Heeres geboten, dessen weitere Unterhaltung auf nichts gestellt blieb. Und dennoch so groß war einerseits die Not, und so unverbesserlich war andererseits der Leichtsinne der kaiserlichen Regierung, daß dieses Angebot ihrem Schwanken ein Ende machte. Am 7. April 1625 nahm der Kaiser Wallensteins Vorschläge wenigstens grundsätzlich an, indem er ihm eröffnete, daß er ihn zum Befehlshaber seiner im Reich zu verwendenden Streitkräfte bestimmt habe.

Rasch war diese Entscheidung gefallen. Aber nachdem sie gefallen war, machte sich auch die Langsamkeit der kaiserlichen Regierung wieder geltend. Zu-

<sup>1)</sup> Gindely, Gegenreformation in Böhmen S. 377. Ueber ein zweites Anerbieten zu Anfang 1624: Schriften der mährisch-schlesischen Gesellschaft XXII S. 129.

nächst plagte sie sich mit der Frage, wie das Verhältnis zwischen den alten in den Erblanden liegenden Regimentern und der neu von Wallenstein zu schaffenden Armee zu bestimmen sei. Im Mai antwortete sie darauf, daß erstere durch Neuwerbungen ergänzt werden und sich dann vornehmlich gegen einen Losbruch Bethlens und den daneben stets zu fürchtenden Friedensbruch der Türken bereit halten sollten, daß dagegen Wallenstein im Zusammenwirken mit dem Ligaheer die Abwehr der von Dänemark und Schweden zu gewärtigenden Angriffe übernehmen und zu dem Zweck 15 000 Mann zu Fuß und 6000 Reiter aufbringen sollte. Einen Monat später hob man diese Unterscheidung auf: da die nachher zu besprechenden Beziehungen zu den Türken und Bethlen sich zeitweilig friedlich anließen, so gedachte man aus den alten und den neu zuwerbenden Truppen nur eine einzige für Wallenstein bestimmte Armee zu bilden und diese auf 24 000 Mann zu bringen. In diesem Sinne wurde, nachdem erst nochmals ein Monat verlaufen war, am 25. Juli das kaiserliche Patent ausgefertigt, in dem Wallenstein zum General der ins Reich zu sendenden kaiserlichen Armee in aller Form ernannt wurde. Als den Feind, den der neue Feldherr vorzugsweise bekämpfen sollte, bezeichnete eine am 27. Juni ihm erteilte Instruktion den am Niederrhein liegenden Mansfeld, aber mit dem Vorbehalt, daß Wallenstein sich je nach Bedürfnis auch gegen die anderen Widersacher des Kaisers, d. h. also vor allem gegen die dänischen Truppen, zu wenden habe.

Gleich bei Uebertragung dieses Kommandos schien man am kaiserlichen Hof das Gefühl zu haben, daß man an der Seite Wallensteins keinen Nebenbuhler und keinen Gleichgestellten lassen dürfe. So wurde denn der Marquese von Montenegro (S. 253) seiner Stellung als kaiserlicher Feldoberster enthoben, und mit ihm mußten Marradas und der Fürst Max von Lichtenstein auf ihren Generalsrang verzichten. Nicht genug auch, daß Wallenstein vor zwei Jahren zum Reichsfürsten erhoben war, gleich Eggenberg, Hohenzollern u. a., er wurde jetzt (13. Juni 1625) durch den Titel eines Herzogs über sie alle erhöht.

Während nun die kaiserliche Regierung drei und einen halben Monat brauchte, um auf solche Weise die dem Herzog von Friedland zugedachte Stellung genauer zu bestimmen und ihm wirklich zu übertragen, war er selber, ohne einen Tag zu verlieren, in das große Handelsgeschäft der Heeresbildung eingetreten, um nach der Gründung des Heeres mit gleicher Hastlosigkeit den Beginn des Feldzugs ins Werk zu setzen.

Schon im April war er an der Arbeit, die für die Anwerbung der neuen Regimenter geeigneten Obersten zu gewinnen, wobei er nicht vergaß, einen Teil der Auslagen, die er auf sich genommen, auf diese Unterbefehlshaber zu schieben: er begründete damit das in der Folgezeit in seiner Armee immer umfassender ausgebildete Kreditssystem, in dem Hauptleute, Oberste und Feldherr, jeder seinen Anteil an den gewaltigen gegen den Kaiser erhobenen Schuldforderungen hatte. In den ersten Tagen des Juni sodann ergingen die kaiserlichen Bestallungspatente für die neuernannten Obersten, und im Laufe des Monats August konnten bei Eger schon drei und ein halbes von den alten, und drei neue Infanterieregimenter, im ganzen 13 641 Mann zählend, sowie 53 Compagnien Reiter mit 4200 Mann hintereinander gemustert werden, während noch ein achtes Infanterie-

regiment zu 3000 Mann und 1000 Reiter im Anzug waren. Am 3. September endlich, nachdem die einzelnen Regimenter gleich nach der Musterung vorgeschoben waren, brach Wallenstein selber von Eger auf.

Der Marsch des kaiserlichen Heeres führte zuerst in das Gebiet zwischen Werra und Fulda. Nach den vom Kaiser getroffenen Anordnungen hätte man erwarten müssen, daß der Zug von dort gegen den Niederrhein und gegen Mansfeld gegangen wäre. Allein das Ziel war plötzlich verschoben; bereits am 25. August <sup>1)</sup> bezeichnete Wallenstein als den Ort, dem er zustrebte, den niedersächsischen Kreis, d. h. einen Schauplatz des Krieges, auf dem bis dahin Tilly in seiner doppelten Eigenschaft als General des Kaisers und der Liga das alleinige Kommando führte. Welche Gründe den Kaiser hierbei bestimmten, ob ihm etwa die Geringsfügigkeit der Mansfeldischen Streitkräfte und seine Absicht, nach dem niedersächsischen Kreise auszuweichen, inzwischen klar geworden war, ist schwer zu bestimmen. Gewiß aber ist eine der Ursachen in den immer schärfer hervortretenden Bestrebungen der katholischen Restauration zu suchen. Wie erwähnt, hatte der Kaiser diese Bestrebungen bei Ausbruch des neuen Krieges einigermaßen zurücktreten lassen, indem er die niedersächsischen Fürsten durch die Befräftigung der Mühlhausener Zusage zu gewinnen trachtete. Aber schon in der Instruktion, welche am 27. Juni für Wallenstein ausgefertigt wurde, erhielt diese Zusage eine folgenschwere Einschränkung: gegenüber denjenigen, hieß es, welche die Waffen nicht niederlegten, halte der Kaiser sich nicht für gebunden. Daneben, gewissermaßen als praktischer Kommentar solcher Zusätze, hatte dann Wallenstein mit dem kaiserlichen Beichtvater Lamormain eine stille Abrede getroffen. Am kaiserlichen Hof betrachtete man damals das Stift Halberstadt als herrenloses Gut (S. 258), und als ein weiteres Stift, das sein Inhaber durch rebellisches Verhalten demnächst verschmerzen dürfte, konnte man das Erzstift Magdeburg ansehen. Auf der anderen Seite wußte man, daß der Kaiser neben seinem ältesten Sohn einen zweiten, damals im zwölften Jahre stehenden Sprößling, Leopold Wilhelm (geb. 6. Januar 1614), zu versorgen hatte, und daß er dessen Ausstattung, da die Hauslande nicht weiter geteilt werden sollten (S. 195), nur aus geistlichen Würden und Gütern bestreiten konnte. Um nun die Interessen des Kaisers und der katholischen Kirche zugleich zu fördern, kamen Wallenstein und der Beichtvater überein, die genannten beiden Bistümer mit Hülfe der durch den Krieg sich bietenden Gelegenheiten dem kaiserlichen Prinzen zuzuwenden.<sup>2)</sup> Bei derartigen Entwürfen durfte als Mithelfer der päpstliche Nuntius Carafa nicht fehlen. Der hatte gleich auf die Nachricht von Maximilians Befehl zum Einmarsch in den niedersächsischen Kreis nach Rom gemeldet (26. Juli): ich hoffe, dieses Vorgehen wird zur Wiedergewinnung der Bistümer Minden und Halberstadt, vielleicht auch Bremens Anlaß geben. Und am 1. Oktober konnte er als

<sup>1)</sup> Chlumecy S. 14, n. 19.

<sup>2)</sup> Die von Wallenstein in dem Brief vom 1. Nov. 1625 (Tadra n. 10 S. 306) erwähnte Verhandlung mit Lamormain fällt spätestens in die Zeit der um den 13. Juni (Tadra n. 1, S. 297) gehaltenen Zusammenkunft Wallensteins mit dem Kaiser in Nikolsburg, wenn Lamormain den Kaiser dahin begleitet haben sollte. Sonst muß man auf Wallensteins beide Reisen nach Wien im April und Mai zurückgehen.

erste Frucht seiner Bemühungen berichten, daß der Kaiser dem als Feldmarschall Wallensteins nachgesandten Grafen Colalto den ausdrücklichen Auftrag erteilt habe, „die Einführung von katholischen Bischöfen in den von den Ketzern eingenommenen Kirchen zu betreiben“, einstweilen freilich ohne die von dem Nuntius gewünschte klare Anweisung zu gewaltsamen Maßregeln.

So schlug denn Wallenstein, indem er am 1. Oktober bei Allendorf die Werra verließ und dann im Thal der Leine bei Göttingen vorbei abwärts zog, den Weg in den niedersächsischen Kreis ein. Nach seinen damaligen Äußerungen konnte man vermuten, daß er sich geradeswegs mit dem Ligageneral vereinigen würde, um dann durch einen kräftigen Angriff Christians IV. dem bis dahin so schläfrig geführten Krieg einen kräftigen Nachdruck zu geben. Aber in Wirklichkeit lag ein so rascher Beginn der Unternehmungen weder in Wallensteins Art, noch entsprach er der militärischen Lage. Der Krieg war eben mit ungenügenden Zurüstungen eröffnet, und die Folge war, daß keiner von den drei Feldherren auf die Schlagfertigkeit seiner Armee besonderes Vertrauen setzte, daß vor allem auch Wallenstein seine jungen Truppen einer ernsthaften Probe noch nicht aussetzen wagte.<sup>1)</sup> So war denn das vorläufige Ergebnis all' der großen Zurüstungen, daß die Sorge um die Winterquartiere die Schlachten- und Feldzugspläne in den Hintergrund drängte. Um diese Frage handelte es sich denn auch vor allem, als Wallenstein am 13. Oktober mit Tilly nicht weit von Alfeld an der Leine<sup>2)</sup> zusammentraf. Beide Feldherren nahmen hier eine Verteilung der Gebiete für ihre Quartiere vor, und für sich errang dabei Wallenstein die Stifter Magdeburg und Halberstadt. Es war eine Zuweisung, die er wie einen Sieg betrachtete; denn einmal gewann er dadurch eine Stellung auf dem rechten Flügel der katholischen Streitkräfte, von der er den kaiserlichen Erblanden gegen Angriffe von Norden und Osten zur Hülfe kommen konnte, sodann aber wandte er jenen geheimen mit Lamormain besprochenen Plänen eine vielversprechende Förderung zu. Triumphierend berichtete in dieser Hinsicht Carafa am 12. November: die Einführung katholischer Bischöfe in die deutschen Bistümer habe ich stets mit größter Wachsamkeit, als eine der wichtigsten Aufgaben dieser Nuntiaturs, betrieben, und die ersten Früchte dieser Bemühungen zeigen sich jetzt in der Besetzung von Halberstadt und Magdeburg.

Gleich nach der Alfelder Konferenz zog das kaiserliche Heer um den Nordrand des Harzes nach den zugewiesenen Stiftern. Halberstadt wurde ohne, Magdeburg ohne nennenswerten Widerstand, und daneben noch die im Besitze des Wolfenbütteler Herzogs befindlichen Grafschaften Hohenstein, Regenstein und Blankenburg, sowie die Stolbergische Grafschaft Wernigerode besetzt. Indem nun aber die Truppenteile über Städte und Ämter in die Quartiere gelegt wurden, erfuhr man zum erstenmal, was man fortan durch fünf Jahre unausgesetzt erfahren sollte: den Schrecken Wallensteinischer Kriegsführung.

<sup>1)</sup> Dies bezeugt er nachträglich am 3. Juni 1626 (Tabra S. 365 Z. 4 von unten). Vgl. v. d. Decken I S. 157, 338. Wallensteins Äußerungen vom 15. Nov. 1625 (Tabra n. 11 S. 307) erscheinen darnach als Prahlerei.

<sup>2)</sup> Bei Hemmendorf. Von dort beider Generale Schreiben an den Admin. Magdeburg und S. Braunschweig. (Krause, Urkunden z. Gesch. der Anhaltischen Lande I S. 67.)

In der Instruktion, welche der Kaiser seinem General am 27. Juni ertheilte, ermächtigte er ihn, in „eroberten“ Orten „leidliche“ Kontributionen zur Unterhaltung der Truppen zu erheben, und im Vollgefühl der Ehrlichkeit, mit der er so gegen Raub und Erpressung eine Schranke von Papier errichtete, verwahrte er sich in denselben Tagen vor dem Kurfürsten von Sachsen gegen das sofort in Umlauf kommende Gerücht, daß er die neuen Verbungen „ohne ordentliche Besoldung der Soldaten, allein mit Verheißung der freien Beute“ angeordnet habe: „wir würden,“ sagte er, „auch in unsern größten Notwendigkeiten solche Mittel nimmermehr zu brauchen gemeint sein.“<sup>1)</sup> Aber nachdem diese biedereren Worte gesprochen waren, begnügte Ferdinand sich, mit seiner gemüthlichen Indolenz zuzusehen, wie für die wachsenden Söldnermassen aus seinen Kassen so gut wie nichts gezahlt wurde,<sup>2)</sup> und die Entscheidung über die Beschaffung der Zahlungsmittel aus seinen Händen in diejenigen Wallensteins glitt. Und der faßte seine Aufgabe als die eines Diktators.

Gleich der Anfang seiner Heeresausstellung war dadurch bezeichnet, daß er der Stadt Nürnberg gegen Erlaß eines vom Kaiser ihr zugedachten Musterplazes 100 000 Gulden abpreßte; in ähnlicher Weise, wenn auch mit geringeren Beiträgen, wurden die Reichsstädte Ulm, Frankfurt und später Mühlhausen herangezogen; auch die Stadt Eger mußte dafür, daß man die Truppen nur auf ihrem Landgebiet hausen ließ, noch 7000 Gulden erlegen. Dann aber, als die Armee in Bewegung gekommen war, hatte zunächst Hessen die Finanzkunst Wallensteins in größerem Maße zu erproben. Im Kriegszustand mit dem Kaiser befand das Land sich keineswegs; denn so unzweifelhaft auch die feindseligen Absichten des Landesfürsten waren, so hatten doch Ritterschaft und Städte dieselben durchkreuzt und erst neuerdings (10. Juni) dem General Tilly sich verpflichtet, vom Landgrafen Moriz sich eher loszusagen, als auswärtige Truppen von ihm ins Land bringen zu lassen. Ein erobertes Land war also Hessen im Sinn der kaiserlichen Instruktion sicher nicht. Gleichwohl wurde hier eine Kontribution umgelegt, die nicht sowohl für die Ernährung der augenblicklich eingelagerten Truppenteile, sondern für die Unterhaltung der weiterziehenden Armee bestimmt war, und deren Einsammlung durch einige zurückgelassene Compagnien besorgt wurde.<sup>3)</sup> So laut man sich indessen über diese Auflage beschwerte, sie war doch nur ein bescheidener Anfang im Vergleich zu dem, was nun in Halberstadt und Magdeburg erfolgte.

Das Stift Halberstadt konnte, da der kaiserliche Hof als Regenten desselben das Kapitel betrachtete, dieses aber an den Beschlüssen des Braunschweiger Kreistages schon darum unbeteiligt war, weil man das Votum des Stiftes als einstweilen ruhend behandelt hatte, ebensowenig als feindlich betrachtet werden wie Hessen. Eher konnte man die Eigenschaft des Feindeslandes dem Erzstift

<sup>1)</sup> An Kurfachsen, 1625 Juni 23. (Dresdener St. N. 9004, 41. Vgl. D. Kopp II S. 475.)

<sup>2)</sup> Ueber 100 000 Thaler, die er aus der böhmischen Kontribution erhielt, vgl. Hallwich, Abbringen S. 60, 61, 68.

<sup>3)</sup> Wallenstein an Colalto, 1625 Sept. 16. (Chlumetz n. 22 S. 16.) Einige Angaben über die Kontribution (Getreide) bei Rommel VII S. 607 Anm. 558. Befreiung der Ritterschaft: S. 608 Anm. 560; S. 610 Anm. 563.

Magdeburg zuschreiben; denn der Administrator gehörte zu den Urhebern der Beschlüsse des Braunschweiger Kreistags, und wenn er, nachdem er das Landesaufgebot verkündet hatte, auch selber beim Herannahen der kaiserlichen Truppen das Weite suchte, so that er es doch nur, um einige Zeit später (8. November) vom Könige Christian eine Bestallung auf die Werbung und Führung von 3000 Mann anzunehmen. Aber auch hier war der Gegensatz doch sehr gemildert, da das Kapitel, sobald Tilly in den niederländischen Kreis einbrang, darauf hinweisen konnte, daß des Administrators Abstimmung beim Braunschweiger Kreistag im Widerspruch gegen seinen ausdrücklich erteilten Rat erfolgt sei,<sup>1)</sup> wie es denn auch fortan sich jeder Beteiligung an seines Landesherrn kaiserfeindlicher Politik enthielt. — Indes wie man all' diese Verhältnisse auch beurteilen mochte, Wallenstein bedachte sich keinen Augenblick, die beiden Stifter als eroberte Gebiete zu behandeln.

Unterhalt seiner Truppen, das war die Forderung, die er vom Tage seines Einmarsches an die wehrlosen Einwohner stellte. Wenn aber Tilly bei den Erpressungen, mit denen er dem kaiserlichen General vorangegangen war (S. 260), grundsätzlich nur die Ernährung der Soldaten verlangt hatte, und die Geldsteuern, die er zum Teil an die Stelle der Proviantlieferung setzte, zwar als eine übermäßig hohe, aber doch immer noch als eine Unrechnung der Naturallieferungen gelten konnten, so gründete Wallenstein seine Forderungen in erster Linie auf die ganze, die Kosten der Ernährung einschließende Besoldung seiner Truppen, also auf Geldsätze; als Naturallieferung wurde unmittelbar und daneben verlangt das Quartier nebst den sogenannten Servitien, nämlich Feuerung, Licht und Salz, ferner das Futter für Reit- und Bagagepferde. Welche Soldbeträge wurden aber nunmehr aufgestellt! Bei der Anwerbung der Soldaten war der Monatssold eines Obersten auf 400 Gulden, der eines Hauptmanns auf 150 Gulden bestimmt: jetzt wurden allein auf die Woche dem Obersten 500, dem Hauptmann 100 Gulden zugebilligt, und in ähnlichem, wenn auch abnehmendem Verhältnis, ging die Steigerung der ursprünglichen Sätze weiter bis zu den unteren Stellen, — um hier freilich anzuhalten. Für den gemeinen Fußsoldaten war in Kursachsen im Jahr 1619 der Durchschnittsold auf neun Gulden sechsunddreißig Kreuzer gesetzt: jetzt bezog der Wallensteinische Infanterist im Monat neun Gulden.<sup>2)</sup> Der erste Grundsatz der Wallensteinischen Kriegsverwaltung war eben, die Offiziere, besonders die höheren und höchsten, für den Kredit, den sie gewährten, für das ganze gewagte Geschäft der Kriegsführung durch unerhörte Vorteile zu entschädigen, die Gemeinen aber so billig zu nehmen, wie sie eben bei dem aus Verarmung und Verwilderung hervorgehenden Andrang zum Kriegsdienst zu haben waren.

Nachdem nun aber in solcher Höhe festgestellt war, was der Soldat zu fordern hatte, galt es, die Beiträge dafür umzulegen, einzutreiben und den Berechtigten zu überweisen, es galt ferner, dem Soldaten seine Nahrungsmittel,

<sup>1)</sup> Instruktion des Kapitals für Lünide und Brunner an Kursachsen, 1625 Aug. 20. (Dresdener St.N. 9204, 41. Buch.)

<sup>2)</sup> Müller, Söldnerwesen S. 23. Oppl, Wallenstein in Halberstadt S. 24 (täglich 15 Kreuzer und 1½ Pfund Brot, das man auf drei Kreuzer rechnen kann).



sei es durch Lieferung im großen, sei es durch Bewirtung von seiten des Quartiergebers, zuzuführen und ihren Preis einerseits von dem Sold des Empfängers, andererseits von den Geldsteuern des Lieferanten abzuziehen. Soweit die vorliegenden Zeugnisse urteilen lassen, gab es bei all' diesen Anordnungen nur ein oberstes Gebot: es war dasjenige des kaiserlichen Feldherrn. Wie er in seinen Ordinanzen — zunächst wurde eine für Halberstadt am 10. und 11. November erlassen — bestimmte, was die Truppen zu fordern hatten, so bildete er aus Aemtern und Dörfern, Städten und Grundherrschaften die Distrikte, denen er die einzelnen Truppenteile zur Unterhaltung zuwies, und legte ihnen die entsprechenden Beisteuern auf. So wurde z. B. das Kavallerieregiment von Hebron auf das Amt Gröningen angewiesen,<sup>1)</sup> und den Inassen neben dem Bedarf der Pferde eine Wochenkontribution von 6561 Gulden aufgelegt. Hätte nun der General für diese Arbeit und für die sich daran schließenden Ausführungsmaßregeln wenigstens ein einheitliches und fähiges Verwaltungspersonal gehabt! Aber teils lag es an der Unvollkommenheit der für diese Zwecke bestehenden Einrichtungen überhaupt, teils an dem improvisierten Charakter der Armee insbesondere, daß das Geschäft der Unterverteilung und Eintreibung vornehmlich den Regimentsobersten und Compagnieführern anheimfiel, und in letzter Instanz waren es die einquartierten Soldaten und Offiziere, welche sich, um zu ihrem Bedarf, sei es an Nahrungsmitteln, sei es an Geld, zu kommen, zunächst an ihre Quartiergeber hielten. Da stellten sich denn alsbald die Ungleichheiten der Verteilung, der brutale Zwang in der Eintreibung und die schändlichsten Erpressungen und Unterschleife im Kleinen und Großen ein, um die schwere Last zu einer wahrhaft erdrückenden zu machen. Voran gingen in dem Werk der Erpressung die hohen Offiziere: soweit sie es mit Umsicht betrieben und die Mittelsmänner zu finden wußten, um den Raub zu bergen und mit dem Erlös desselben zu wuchern, sammelten sie Vermögen und vielfach selbst Reichtümer. Ungünstiger war auch hier wieder die Lage der Gemeinen. Zerlumpt und ohne Waffen waren sie großenteils in die Regimente eingetreten, und wenn sie auch jezt schon in Stunden der Verwirrung, etwa bei raschen Durchzügen oder plötzlichem Einbruch oder einem Streit um Quartiere, mit Raub und Gewaltthat unter den Einwohnern wüteten, so fehlte ihnen doch in der Regel die Kunst, ihre Beute hausälterisch anzulegen. Zwischen Entbehrungen und Ausschweifungen hin- und hergeworfen, bald auf Kosten einer gräßlich mißhandelten Bevölkerung schlemmend, bald dem Hunger, der Kälte und Blöße preisgegeben, vermochten sie ihr Gewerbe nicht zu heben; ihr Lohn ging, wie schon angedeutet, eher zurück als aufwärts, und die längst beobachtete Erscheinung, daß die Regimente, wie sie auf den Ruf der Werber sich rasch füllten, ebenso rasch unter Seuchen und Desertionen wieder zusammenschmolzen, trat auch bei Wallensteins Armee in erschreckendem Maße hervor, — freilich, um Obersten und Hauptleuten, indem sie den Sold für Verstorbene und Verlaufene in ihre Taschen gleiten ließen, neuen Anlaß zu guten Geschäften zu geben.

<sup>1)</sup> Opel S. 69. Nachher ein Teil des Regiments nach Aschersleben verlegt. (Hallwich, Abbringen S. 88.)

Die zerstörenden Wirkungen, welche dieses Quartier- und Kontributionswesen auf die davon betroffenen Lande ausüben mußte, traten gleich in den ersten Monaten hervor. In Halberstadt zählte man beim Anzug Wallensteins ungefähr 2000 Hauswirte;<sup>1)</sup> nach sechsmonatlichem Hausen seiner Truppen waren 700 entflohen, worauf die Soldaten die verlassenen Häuser ausraubten, zum Teil niederrissen und die Balken zur Feuerung benutzten. Ähnlich ging es allerwärts in Städten und Dörfern, wo diese furchtbaren Gäste ihre Quartiere nahmen. Wenn aber die gequälten Leute nach dem Rechte der ihnen aufgelegten Lasten fragten oder Befreiung oder Milderung zu erlangen suchten, so lautete der Bescheid der Offiziere, daß alles auf Befehl des Generals geschehe, und daß die Widerspenstigen „mit Schwert und Feuer aufs äußerste verfolgt werden“ sollten;<sup>2)</sup> vom General selber vernahmen sie, daß er Vollmacht vom Kaiser habe, und daß des Kaisers Dienst es also erheische. Nicht freilich, als ob diese Greuel der Verwüstung und Zuchtlosigkeit auf Wallenstein ohne Eindruck geblieben wären: auch er erwog sie und zog seinen Schluß daraus, aber dieser Schluß lautete, daß die auf Kosten der Bevölkerung unterhaltene Armee noch lange nicht groß genug sei.

Von regelmäßig bezahlten Truppen, so sagte er, leistet ein Mann so viel wie drei schlecht bezahlte. Da nun der Kaiser zu regelmäßiger Bezahlung keine Mittel hat, muß man wie ein verzweifelter Spieler handeln<sup>3)</sup> und nehmen, was man bekommen kann. So ließ er denn vom Winter 1625 zum Frühjahr 1626 die Werbungen unausgesetzt weitergehen: in den bestehenden Regimentern suchte man die rasch und tief eingerissenen Lücken zu ergänzen, zur Bildung neuer Regimentern mußte der Kaiser die nötigen Oberstenpatente ausstellen, und von den Niederlanden her wurden die kaiserlichen Hilfstruppen zurückgerufen. Natürlich wurde in demselben Maße, in dem nun die Werbungen, Sammelplätze und Durchzüge sich immer weiter über das Reich erstreckten, auch das System der Erpressung über immer weitere Gebiete getragen.

Wie schon hervorgehoben, die Verantwortung für dieses System fiel auf den Kaiser, weil er seinen Namen dafür gebrauchen ließ; aber der wahre Urheber war Wallenstein, weil er das einzelne erdacht hatte und bei der Ausführung nach seinem Willen und seinem Ermessen vorging. Dieses selbe Verhältnis zwischen der nominellen Autorität des Kaisers und der wirklichen Herrschaft des Generals kennzeichnete fortan die gesamte Kriegsführung. In Worten erkannte Wallenstein das Recht des Kaisers an, seiner Armee ihre Stärke und ihre Bewegungen vorzuschreiben, aber in Wahrheit war er es, der über die Wahl der Quartiere, die Vermehrung der Regimentern und den Plan des Feldzugs entschied. „Man lasse mich machen,“<sup>4)</sup> war das wirksame Wort, mit dem er Vorstellungen oder Vorschriften, die in seine Auffassung nicht paßten, zurückwies. War er

<sup>1)</sup> Oppl S. 13. Im Jahr 1589 wurden 1631 gezählt. (Siehe, Kirchengenerationen S. 29.) Ueber den Rückgang s. Oppl S. 95, 97. Vgl. S. 79 fg. u. S. 51.

<sup>2)</sup> Erlaß des Hauptmanns Bobendich 1625 Nov. 30. (Oppl S. 77.)

<sup>3)</sup> „alla desperata gehen“ (An Harrach, 1626 März 6. Tabra S. 330.) Derselbe Ausdruck Aug. 9 (S. 419).

<sup>4)</sup> Tabra S. 357 Z. 9 von unten, S. 366 Z. 3.

aber der Mann, dem der Kaiser eine so unbegrenzte Macht ungestraft anvertrauen durfte?

Was in Wallensteins Auftreten die Menschen teils erschreckte, teils unterwarf, war sein maßloses Selbstvertrauen, sein hochfahrender Eigenwille, sein rasch auflosender, oft bis an die Grenzen des Wahnwizes gesteigerter Zorn. So hatten die Entwürfe, mit denen er sich in Krieg und Politik einzugreifen vermaß, regelmäßig einen Zug ins Gewaltige, und seine Untergebenen wußten, daß eine Auflehnung gegen seinen Willen ebenso vergeblich wie gefährlich war. Aber genauer angesehen, war dieser Mann doch ein anderer, je nachdem er redete und sich im Kreise abhängiger Menschen bewegte, oder sich einer großen kriegerischen und politischen Aktion wirklich unterzog. Im letztern Fall zeigte er eine fast an Mangelhaftigkeit grenzende Vorsicht. Mit kühler Beurteilung der schwachen Grundlagen, auf denen seine Heeresmacht und die Stellung seines Kaisers beruhte, und mit hoher Einschätzung der Zahl und Kraft seiner Gegner, suchte er im Krieg vor allem gedeckte Stellungen zu gewinnen und den Feind herankommen zu lassen; in der Politik wußte er, so schwer es auch sein hochfahrendes Selbstgefühl ihm machte, um die Gunst der Mächtigen — heute etwa der spanischen Regierung, morgen des kaiserlichen Reichsvaters — durch erheuchelte Ergebenheit und prahlerische Versprechungen zu werben und vor starkem Widerstand umzukehren. Erst wenn sich ihm mitten unter seinen langsam fortschreitenden Vorbereitungen die Lage klärte, und entweder eine unausweichliche Not oder ein sicherer Erfolg ihm die Bahn vorzeichnete, brach die andere Seite seiner Natur, nämlich eine über alle Hindernisse hinwegstürmende Thatkraft, durch. Dann verstand er es, seine trägen Heeresmassen zu beflügeln und gelegentlich auch vernichtende Schläge zu führen. Aber wenn ihn dann der Erfolg emportrug, so triumphtierte auch wieder sein alter Hang nach ausschweifenden Entwürfen. Emporstrebend im Getümmel des Kriegs und unter dem Umsturz alter Macht- und Besitzverhältnisse, hatte er sich einerseits des Erbarmens gegen die Menschen und der Ehrfurcht vor dem Bestehenden entäußert, andererseits mit höheren Idealen nicht erfüllt. Männer, wie Tilly und Maximilian von Baiern, begeisterten sich an dem Gedanken von der Alleinberechtigung ihrer Kirche, und am kaiserlichen Hof waren Staatsmänner, wie Eggenberg und Trautmannsdorf, bei aller Habsucht doch auch voll aufrichtiger Ergebenheit gegen den Kaiser und sein Haus. Wallenstein entledigte sich der Pflichten gegen die Kirche, zu der er übergetreten war, indem er in der Osterzeit zu den Sakramenten ging und in seinen Herrschaften den Jesuiten eine Stätte ihrer Wirksamkeit bereitete, im übrigen hatten die Gedanken von Religion und Kirche über seine öffentliche Wirksamkeit keine oder geringe Macht. Und sein Verhältnis zum Herrscherhaus? Schwerlich brachte er demselben viel wärmere Gefühle entgegen, als die Führer der böhmischen Stände, aus deren Mitte er hervorgegangen war. Wenn er sich, seinem kirchlichen Bekenntnisse entsprechend, nicht zum Aufstand geschlagen, sondern zum Kaiser gehalten hatte, so betrachtete er sein Verhältnis zu demselben doch von dem Gesichtspunkt einer Rechnung über Leistung und Gegenleistung. „Es würde mir noch im Grabe leid sein, daß ich je einen Tritt in des Hauses Oesterreich Dienste gethan habe!“ das war der charakteristische Ausruf, der sich auf

seine Lippen drängte, sobald er eine Durchkreuzung seiner Ansichten vonseiten des Herrscherhauses befürchtete.<sup>1)</sup> Also weder kirchliche noch dynastische Antriebe waren für Wallensteins Pläne maßgebend. Sein Sinn war, in dem Ringen der großen und kleinen Mächte und den ungeheuren Umwälzungen, die daraus hervorgingen, seine gewaltigen Kräfte zu erproben und unter dem Sieg der Sache, der er diente, vor allem auch selber zu wachsen, weit hinaus über die Höhe von Reichtümern und Macht, zu der er sich bereits erhoben hatte.

Mitten in diesem rastlosen Kämpfen und Ringen blieben ihm, wie der Schwung idealer Bestrebungen, so auch die edleren Gemüthsbedürfnisse echter Freundschaft und inniger Familienbeziehungen fremd. Die Menschen sah er vornehmlich als Werkzeuge, Nebenbuhler oder Feinde an; und wenn er über dem menschlichen Getriebe das Walten einer höheren Macht zu erkennen glaubte, so suchte er dieselbe doch nicht in einer sittlichen Weltordnung, sondern in der räthselhaften Kraft der Gestirne. Er war verstrickt in den Aberglauben der Astrologie, und allerlei Astrologen, darunter der große Astronom seiner Zeit, Johann Kepler, mußten ihm Nativitäten und Berechnungen schicksalschwerer Tage bezüglich seiner eigenen Person und der seiner Vorgesetzten oder Feinde stellen. Wenn aber ein Mann wie Kepler derartige Zukunftsrechnungen mit naturphilosophischen Grübeleien zu rechtfertigen und die Wirkung der Gestirne auf die Anlagen und Erregungen der menschlichen Seele mit der sittlichen Selbstbestimmung zu vereinigen suchte, so war Wallensteins Astrologie der massive Aberglaube eines Glücksjägers, der den überirdischen Mächten hinter ihre Geheimnisse zu kommen und seine Maßregeln darnach zu treffen sucht.

So war der Feldherr und so war die Armee, welche der Kaiser neben dem Ligaher in den Krieg aussandte. In dem Krieg selber war inzwischen, wie schon bemerkt, mit dem Herannahen des Winters ein Stillstand wenigstens aller größern Unternehmungen eingetreten. Bei dem von allen Beteiligten empfundenen Bedürfnis nach Bervollständigung ihrer Zurüstungen war dieser Stillstand ihnen allen willkommen. Niemand jedoch mochte diese freie Zeit zur Ergänzung seiner mangelhaften Vorbereitungen verlangender ergreifen als der König Christian IV. Er hatte sich in den Krieg gestürzt, ohne die Bündnisse, die er für unentbehrlich hielt, zum Abschluß gebracht zu haben, und ohne andere Unterstützung, als die englischen Monatsgelder, welche nach einer Zahlung von 45 000 Pfund alsbald ins Stocken kamen,<sup>2)</sup> und die niederländischen Kreissteuern, deren Ertrag fast gänzlich ausblieb. Die Gewinnung weiterer Bundesgenossen und die stärkere Bindung der bereits Gewonnenen war demnach für ihn die erste Bedingung einer kräftigen Fortsetzung des Krieges, oder genauer, ein Nachholen des leichtsinnig Versäumten. Auch diese Darstellung kann daher nicht zu dem Verlauf des Krieges selber fortschreiten, ohne das Ergebnis jener nachträglichen Bundeswerbungen vorher noch berichtet zu haben.

Der eigentliche Ausgangspunkt für diese Bemühungen lag in den Unter-

<sup>1)</sup> An Harrach, 1626 Mai 26. (Tabra n. 56, S. 362/3.) Widerum, Juni 26 (n. 67 S. 374).

<sup>2)</sup> Buckingham's Eröffnungen 1625 Juli 4. (Histor. Genootschap. Werken n. 10 S. 27.) Vgl. Slange-Schlegel II S. 259 Anm.

handlungen, welche im Januar 1625 die Sendlinge von Schweden und Brandenburg über Gustav Adolfs kriegerische Anerbietungen am Hofe Jakobs I. geführt hatten, in der Absicht, England, Schweden und die protestantischen Reichsstände in einem Kriegsbündnis zu vereinigen. Damals war von England, mit besonderer Rücksicht auf die Generalstaaten, welche in dem Bund nicht fehlen durften, eine im Haag zu haltende Tagsatzung der Beteiligten in Aussicht genommen: ein Plan, der dann aber durch das mit Schweden konkurrierende kriegerische Angebot des Königs von Dänemark erschwert wurde. Infolge dieser dänischen Dazwischenkunft suchten die Engländer, wie sie einen Ausgleich der beiden nordischen Könige über die Führung des Krieges erhofften, so auch die Beteiligung beider an dem Haager Kongreß zu erwirken; allein wie jener Ausgleich an dem Zwiespalt der Nebenbuhler scheiterte, so hatte der Versuch, ihre Bevollmächtigten in einer Tagsatzung zu vereinigen, zunächst nur eine lange Verzögerung der letzteren zur Folge. Erst gegen Ende des Monats November konnte sie eröffnet werden, und da fanden sich als Teilnehmer in vollem Sinne nur die Bevollmächtigten der Generalstaaten und der Könige von England und Dänemark ein.

Für Christian IV. kam es bei diesen Verhandlungen auf drei Punkte an: Erhöhung und Sicherung der Beisteuern für seinen Krieg in Deutschland, Schutz seiner Person und seines Reiches durch ein auch die Verteidigung einschließendes Bündnis, Beschäftigung seiner Gegner durch anderweitige Angriffe vonseiten der verbündeten Mächte. Indem er aber seine Gesandten mit entsprechenden Aufträgen abschickte, hatte er mit Veränderungen zu rechnen, die inzwischen durch zwei Todesfälle in den Reihen der führenden Männer herbeigeführt waren: am 6. April 1625 war König Jakob I., und wenige Wochen darauf, am 23. April, Prinz Moriz von Oranien gestorben. Der letztere Todesfall bewirkte, da der Nachfolger des Verstorbenen, sein Bruder Friedrich Heinrich, in Krieg und auswärtiger Politik seine Erbschaft übernahm, keine tiefergehenden Veränderungen; um so folgenschwerer war aber der Abgang Jakobs I.: er brachte die Männer an die Spitze der Regierung, welche zwei Jahre lang den zaudernden König zu einer gewaltigen Politik fortzureißen gesucht hatten, den Kronprinzen, als König Karl I., und den Lord-Admiral, Herzog von Buckingham, als den in Krieg und auswärtigen Angelegenheiten maßgebenden Berater. Sobald diese Männer die Macht in ihren Händen fühlten, mußte vor allem eine Konsequenz ihrer früheren Opposition gezogen werden. Sie hatten an Jakobs Politik die Halbheit getadelt, mit welcher er, indem er gegen den Kaiser und die Liga die Waffen erhob, doch mit Spanien in Frieden leben wollte: eben in Spanien, meinten sie, müsse der Nerv der Kraft aller Widersacher getroffen werden. Und so viel hatten sie schließlich auch noch unter dem verstorbenen König durchgesetzt, daß eine große gegen Spanien bestimmte Flotte ausgerüstet wurde: 200 000 Pfund, so rechnete Conway in den letzten Tagen Jakobs dem brandenburgischen Gesandten Bellin vor, seien schon für die Flotte ausgegeben, eine halbe Million würde sie im ganzen kosten. Hiernach mußte, sobald Jakob aus dem Leben geschieden war, der Seekrieg gegen Spanien das nächste und stolzeste Ziel der neuen Regierung sein; — der Verbündete aber, der dabei an erster Stelle sich darbot und gesucht wurde, waren die Generalstaaten.

Eine erste, dem Haager Kongreß noch vorausgehende politische That der neuen Regierung war es demgemäß, daß sie mit den außerordentlichen Bevollmächtigten, welche die Staaten alsbald geschickt hatten, am 17. September 1625 ein offensives, gegen Spanien gerichtetes Bündnis abschloß. Als allgemeiner Zweck dieses Bundes wurde der Kampf wider Spaniens ungerechte Usurpationen und herrschsüchtige Anschläge gegen die europäischen Mächte, als besondere Aufgabe die durch solche Uebergriffe abgenötigte Verteidigung der Rechte und Freiheiten der niederländischen Republik und die Herstellung des pfälzischen Kurfürsten aufgestellt. Das Bündnis sollte entweder dauern, bis diese Aufgaben gelöst seien, oder doch für die runde Zeit von fünfzehn Jahren. Beschlossen wurde dann ein gewaltiger zur See und zu Lande zu führender Krieg gegen Spanien und die spanischen Niederlande: Sperrung des spanischen Verkehrs nach Amerika und Indien, ständige Blockade sowohl der flandrischen Küsten, als der Häfen von Lissabon, San Lucar und Cadix, das Zusammenwirken zweier Landheere von je 29—35 000 Mann, und auf besonderen Beschluß ein Angriff gegen die spanischen Reiche mit einer vereinten Flotte, — das alles wurde in den einzelnen Artikeln des Bundes als ausführbare und vertragsmäßige Aufgabe hingestellt.

Noch erhibt von diesen Abmachungen, traten nun die englischen und niederländischen Bevollmächtigten wenige Monate später in die Verhandlungen jenes Haager Kongresses ein, und da verstand es sich denn freilich von selbst, daß die dänischen Gesandten sich nicht über Mangel an Kriegslust zu beschweren hatten. Indes gerade für die dänischen Absichten hatte diese Kriegslust doch auch eine andere Seite. Christian IV. fühlte seine Kräfte der Durchführung des deutschen Krieges nicht gewachsen, für den in Deutschland zu führenden Krieg also forderte er den Beistand der protestantischen und antiösterreichischen Mächte. Im Widerspruch mit diesen Forderungen waren die Absichten Englands und der Generalstaaten vornehmlich gegen Spanien gerichtet; sie wurden also vor die Frage gestellt, ob sie neben den Kosten des spanischen Krieges auch noch ausgiebige Mittel für den Kampf gegen den Kaiser und die Liga aufzubringen vermochten. Daß dies bei den Generalstaaten nicht der Fall war, wußte man längst; daß aber auch Englands Kräfte der doppelten Aufgabe nicht gewachsen waren, zeigte die Gestaltung der inneren Verhältnisse des Staates und seiner Regierung.

In der Hoffnung, ausgiebige Bewilligungen zu erlangen, hatte Karl I. am 28. Juni 1625 sein erstes Parlament eröffnet; aber schon am 22. August, nachdem es ihm nur zwei Subsidien, d. h. ungefähr so viel als sieben von den für Mansfeld versprochenen Monatsgeldern betrogen, gewährt hatte, wurde es in hellem Zwist mit der Krone aufgelöst. Also gleich zu Anfang der neuen Herrschaft war der alte, alle Kraft der Regierung lähmende Zwiespalt zwischen König und Parlament wieder ausgebrochen. Hervorgerufen war der Streit durch dieselben Gründe, die ihn unter Jakob I. erzeugt hatten: durch das starre Eintreten der parlamentarischen Opposition für die auf eigenem Grunde ruhenden Rechte des Parlamentes gegenüber der Monarchie, durch das noch schärfere Eintreten für die Alleinberechtigung der protestantischen Kirche gegenüber den Katholiken und für die Befreiung calvinischer Anschauungen gegenüber der anglikanischen

Kirche, daneben auch durch die Abneigung gegen einen etwa für deutsche Interessen zu führenden Landkrieg. Aber wie das Gefühl der Gegensätze schon durch die Enttäuschung der Hoffnungen, die dem neuen Herrscher entgegengekommen waren, verstärkt wurde, so ward es vollends verbittert durch einen neuen Zwist, durch den Unwillen nämlich über die dem Herzog von Buckingham eingeräumte Herrschaft über den König und die gesamte Regierung. In dem Herzog von Buckingham erhielt damals auch England einen alles beherrschenden Minister, wie Frankreich ihn an dem Cardinal Richelieu besaß. Aber mit diesem großen Nebenbuhler theilte Buckingham nur das Ungefühl der Antriebe und die Kühnheit der Entwürfe, im übrigen trat bei ihm an die Stelle großer Fähigkeiten in der Führung der Geschäfte und der Beherrschung der Menschen ein Selbstvertrauen, das mehr unverschämt als unerschütterlich war, daneben sittliche Frivolität im Privatleben und cynische Verachtung von Recht und Treue in der Politik. Der immer noch wachsenden parlamentarischen Opposition erschien er, besonders auch nach den im französischen Heiratsvertrag zu Gunsten der Katholiken gemachten Zugeständnissen, als ein Mann ohne alle Grundsätze, und daneben als ein Staatsmann und Flottenführer von sehr zweifelhaftem Geschick und unzweifelhafter Herrschsucht und Gewissenlosigkeit. Ihm brachte man daher eine Feindschaft entgegen, welche wesentlich dazu beitrug, daß die geforderten Steuern verweigert wurden, daß also England in eine große kriegerische Politik eintrat, ohne zu wissen, woher es die Mittel nehmen sollte.

Die Folgen dieser widerspruchsvollen Lage hatte der König Christian alsbald zu empfinden. Allerdings wünschten die Engländer, in ihr mit den Staaten geschlossenes Bündnis den dänischen König und womöglich alle mit den beiden Zweigen des Hauses Oesterreich verfeindete Mächte hineinzuziehen; aber als die Hauptaufgabe, die ihrem Staat in dieser Verbindung zufiel, sahen sie den Krieg gegen Spanien an; den Krieg in Deutschland dachten sie anderen Genossen zuzuschieben, und weit entfernt, die Zuschüsse, welche sie für denselben an Mansfeld und Christian IV. zahlten, zu erhöhen, wünschten sie, wenn möglich, eine Verminderung derselben zu erlangen.

Wie scharf stand nun aber solchen Wünschen die Stimmung Christians IV. entgegen! Die mangelhafte Unterstützung Englands hatte ihn mit dem bitteren Gefühl erfüllt, daß diese Macht ihn in den Krieg hineingetrieben und dann im Stich gelassen hatte; er glaubte auch, daß er beim Kaiser um den Preis des Rücktritts von seinen Glaubensgenossen einen billigen Frieden erhandeln könne. Und in dieser Stimmung fertigte er seine Gesandten mit der Drohung ab, den Ausweg des Separatfriedens zu ergreifen, wenn man ihm für den in Deutschland geführten Krieg keine kräftigere Unterstützung zu teil werden lasse.

Das war eine Stimmung, vor der die Engländer ihren Wunsch nach Herabminderung ihrer Leistungen alsbald zurückdrängten. Allein indem sie nun bei den Verhandlungen weder den König abschrecken, noch ihre besonderen Ziele verleugnen wollten, kam es schließlich überall zu halben Beschlüssen. Erst wurde von englischer Seite ein Bündnis vorgeschlagen, das im wesentlichen eine Erweiterung des kurz vorher mit den Staaten geschlossenen und hauptsächlich gegen Spanien gerichteten Bundes gewesen wäre. Als hierauf die Dänen entgegeneten,

daß ihr König mit Spanien keinen Krieg habe, sondern lediglich im Deutschen Reich für die Erhaltung der protestantischen Religion und die Freiheit der Reichsstände eintrete, verständigte man sich in der Weise, daß man ein englisch-dänisch-niederländisches Bündnis festsetzte, in dem überhaupt keine bestimmten Gegner, sondern nur Ursachen und Zwecke genannt wurden: Verletzungen des Religionsfriedens und der Reichsgesetze waren die Ursachen, Herstellung der Freiheiten und Rechte des Reichs waren der Zweck. Nun wäre es darauf angekommen, diese Herstellung, die man beabsichtigte, auf bestimmte Verhältnisse zu richten, wobei denn in erster Linie die Rückführung Friedrichs V. in seine Erblande und Kur in Betracht gekommen wäre. Aber als die Engländer vorschlugen, daß die Restitution des pfälzischen Kurfürsten offen gefordert werde, erinnerten die Dänen, daß die niedersächsischen Stände durch die Vorpiegelung der bloßen Kreisverteidigung in die Waffen gebracht seien; und darauf mußte abermals die Aufstellung jenes greifbaren Zieles wenn nicht unterbleiben, so doch in einen geheimen Nebenartikel verwiesen werden.

Auf solche Weise wurde dem Bunde ein einigermaßen unpersönlicher Charakter aufgedrückt. Ganz anders gestaltete sich aber die Sache, als man weiter zur Bestimmung der kriegerischen Leistungen der Verbündeten schritt. Hier mußte man mit den schon in Gang gekommenen Rüstungen rechnen und mit dem Umstand, daß sich dieselben teils gegen Deutschland, teils aber auch gegen Spanien richteten. Bestätigt wurde also der in dem englisch-niederländischen Bündnis beschlossene Seekrieg gegen Spanien; den Staaten wurde weiter die Pflicht eingeschärft, im nächsten Sommer den Landkrieg gegen ihre spanischen Widersacher mit aller Macht zu führen, und dem dänischen Könige wurde zugemutet, in Deutschland mit einer Armee von 28—30 000 Mann zu Fuß und 7—8000 Reitern weiter zu kämpfen. Aber zu dieser letzteren Bestimmung fügten die Dänen den gewichtigen Vorbehalt hinzu, daß sie gelten solle, wenn die Verbündeten ihrem König den schuldigen Beistand leisten würden; alles kam also auf diese weiteren Leistungen an. Bewilligt wurde nun aber in dieser Beziehung von England nur die weitere Zahlung der Monatsgelder von 30 000 Pfund, welche gleich 300 000 holländischen Gulden gesetzt wurden, wozu die Staaten noch einen monatlichen Zuschuß von 50 000 Gulden versprachen. Um diese offenbar ungenügenden Gewährungen zu verstärken, vertröstete man den König von Dänemark auf die Streitkräfte des inzwischen im niedersächsischen Kreis eingetroffenen Mansfeld: vorläufig von England und Frankreich bezahlt, sollten dieselben in die Ziffer der von Dänemark zu stellenden Truppen eingerechnet und nach den Weisungen des dänischen Königs verwandt werden.<sup>1)</sup> Außerdem gab man sich der Hoffnung hin, durch die Gewinnung noch anderer Mächte für die Annahme oder Unterstützung des Bundes die Kraft desselben zu stärken und die eigene Last zu erleichtern.

War aber diese letzte Hoffnung recht begründet? Sie war es am wenigsten in Bezug auf den Machthaber, der sich zuerst zum kriegerischen Eingreifen in

<sup>1)</sup> Diese Bestimmung findet sich in dem Haager Nebenabschied. Sie wurde zwar neben zwei anderen Artikeln von Dänemark nicht ratifiziert (Rusdorf I S. 694), aber hinterher doch thatsächlich angenommen.



Deutschland berufen gefühlt hatte, in Bezug auf Gustav Adolf. Im Grunde hatte ja der schwedische König schon seit der Uebergabe der Kriegsleitung an Dänemark seine Sache von den Kriegsplänen der Westmächte getrennt. Jetzt ließ er allerdings noch einmal durch seinen Bevollmächtigten im Haag — es war, da Hutgers kurz vorher gestorben war, der pfälzische Rat, Ludwig Cameraarius — seine Vorschläge über die Möglichkeit eines doppelten Krieges in Deutschland, unter dänischer und schwedischer Führung, darlegen. Aber wie hätten die Verbündeten, deren Mittel den dänischen Ansprüchen nicht genügten, sich zu einer Verdoppelung ihrer Zuschüsse entschließen können! Weder die im Haag geführten Verhandlungen, noch der durch eine Gesandtschaft angestellte Versuch der Haager Verbündeten, dem König Gustav Adolf statt der Uebernahme der Führung die bloße Sendung einiger Hülfsstruppen zu den Feldzügen seines dänischen Nebenbuhlers annehmbar zu machen, hatte ein anderes Ergebnis, als daß die Unmöglichkeit des Zusammenwirkens der beiden nordischen Könige mit neuer Schärfe klargelegt wurde.

In nahem Zusammenhang mit diesem Rücktritt Gustav Adolfs stand nun aber noch ein weiterer Verlust: der Abfall des bei der ersten Anregung der kriegerischen Entwürfe mit Schweden vereinten Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg. Lange Zeit, zuerst in den Tagen, da der dänische König die Leitung der kriegerischen Politik an sich riß, dann wieder, als der Braunschweiger Kreistag seine verhängnisvollen Beschlüsse faßte, hatten die Führer dieser Bewegungen sich mit der Hoffnung getragen, nicht nur Brandenburg bei seinen kriegerischen Plänen festzuhalten, sondern auch den Kurfürsten von Sachsen, und durch beide den oberländischen Kreis zur Mitwirkung zu gewinnen. Die erste Enttäuschung erlebten sie jedoch bei dem sächsischen Kurfürsten. Der Mann, der erst kürzlich den Uebergang der pfälzischen Kur auf Maximilian von Baiern anerkannt hatte und nun die das Reich erfüllenden Wirren durch das Reich selber an einem Deputationstag friedlich geordnet sehen wollte, erblickte in dem neuen Eingreifen Dänemarks und des niederländischen Kreises eine Wiederholung des Spiels von 1619, mit all seinen Gesegwidrigkeiten und all seinen verderblichen Folgen. Wohl war er inzwischen dem Kaiser infolge der Maßregeln katholischer Restauration so weit entfremdet, daß der Gedanke, noch einmal mit den Waffen auf seine Seite zu treten, nicht aufkommen konnte; allein das Recht glaubte er, als der bewaffnete Zusammenstoß zwischen dem Heere Tillys und den niederländisch-dänischen Truppen sich vorbereitete und dann wirklich erfolgte, unbestreitbar auf der Seite des Kaisers zu sehen. Und so wies er die Ueberwindungen des Braunschweiger Kreistags, des dänischen Königs und endlich noch des englischen Gesandten Anstruther (August 1625) scharf zurück. Hiermit aber wurde auch für den Kurfürsten von Brandenburg die Frage, ob er seine bisherige schwedische Verbindung mit der dänischen vertauschen sollte, mit der weiteren Frage, ob er mit dem sächsischen Nachbar in offenen Gegensatz treten wollte, verbunden. Natürlich erneuerten sich darüber im Räte des Kurfürsten die alten Schwankungen, und um dieselben vollends zu verstärken, erschien noch in den letzten Tagen des Juli ein kaiserlicher Gesandter, Hannibal von Dohna, beim Kurfürsten und trug ihm neben dem Gesuch um persönliches Erscheinen

bei dem beabsichtigten Deputationstag recht drohend klingende Warnungen vor seinen antikaiserlichen Verbindungen vor. Da kam denn für Schwarzenberg die gelegene Stunde, auf seine Politik des Zusammengehens mit Sachsen und dem Kaiser mit vollem Nachdruck zurückzukommen. Als am 25. September der staatliche Gesandte Vosbergen in Berlin eintraf, teilten ihm des Kurfürsten Räte mit, daß ihr Herr wegen seiner gefährdeten Lage sich den Bundesverhandlungen im Haag gegen seinen Willen fernhalten müsse.<sup>1)</sup> Dieser Beschluß war gefaßt, als Christian von Bellin, der die Verhandlungen in Schweden und England geführt hatte, im geheimen Rat fehlte; er war der Ausgang für die nun wieder eintretende Unthätigkeit Brandenburgs in den deutschen Kämpfen und den herrschenden Einfluß Schwarzenbergs in der auswärtigen Politik.

Nach solchen Entscheidungen war es eine bloße Form, wenn nach Abschluß des Haager Bündnisses noch besondere Beitrittseinladungen, wie an die beiden norddeutschen Kurfürsten, so auch an mehrere Fürsten und Städte in Niedersachsen ergingen. Schweden und die deutschen Reichsstände waren für das Bündnis verloren. Günstiger schienen auf den ersten Blick die Aussichten zu sein, welche den Verbündeten die großartige, den Machtkreis des Hauses Oesterreich überall umfassende Politik des Kardinals Richelieu eröffnete. Bereits im März 1625, als Bellin bei Fortsetzung seiner diplomatischen Reise, die er zur Betreibung der kriegerischen Vorschläge Gustav Adolfs unternommen hatte, von England (S. 276) nach Frankreich gekommen war, hatte sich die dortige Regierung zu einer zweijährigen Beisteuer von je 500 000 Livres, allerdings nur unter schweren Bedingungen, geneigt erklärt; sie hatte dann, als der König von Dänemark dem Schweden den Rang abließ, ihre Neigung geäußert, etwa ein Drittel jener Beisteuer auf Christian IV. zu übertragen, und endlich war sie es, welche neben England die Erhaltung der Mansfeldischen Truppen ermöglichte. Warum sollte es also nicht gelingen, Frankreich auch zur Beteiligung an den Unternehmungen des Bundes zu bewegen? Indes dieser Folgerung trat doch auch wieder ein Hindernis von anderer Seite her entgegen: es lag in dem Umstand, daß die französische Politik die verschiedenartigsten Interessen in ihren Dienst zu stellen und zu berücksichtigen hatte.

In dieser Beziehung ergab sich ein erstes zwiespältiges Verhältnis, auf welches noch in anderem Zusammenhang zurückzukommen ist, daraus, daß seit Ausgang des Jahres 1622 auch Maximilian von Baiern vertraute Beziehungen zu Frankreich angeknüpft hatte. In der Hoffnung, in Maximilian und der bairischen Liga den schlummernden Gegensatz gegen die kaiserliche Macht und die österreichischen Hausinteressen aufwecken zu können, und somit gleichzeitig die protestantischen Fürsten und die Ligisten gegen das Haus Oesterreich zu führen, hatten sowohl die Vorgänger Richelieus, als der Cardinal selber diese Beziehungen gepflegt; zugleich aber sahen sie sich dadurch vor die schwierige Aufgabe gestellt, diejenige Frage, welche in den deutschen Wirren allen anderen voranstand, die

<sup>1)</sup> Ein Gesandter des Kurfürsten erschien dann doch im Haag, aber ohne an den Verhandlungen teilzunehmen (Camerarius an Drenstierne, 1625 Nov. 28. Schybergson, Sveriges och Hollands etc. S. 341. Vgl. Schybergson, ev. allians S. 105 Anm. 19. Ueber den daselbst S. 104 mitgetheilten Instruktionsentwurf vgl. Droyfen, Preuß. Politik III 1 S. 35 Anm. 26).

Frage nämlich, ob Friedrich V. bedingungslos restituirt werden sollte, wie die Protestanten verlangten, oder ob seine Kur und ein Teil seiner Lande dem bairischen Herzog verbleiben sollten, wie die Liga und ihr Haupt forderten, so zu behandeln, daß beide Parteien ihre Rechnung auf Frankreich stellten. Dazu bedurften die französischen Staatsleiter der freien Hand, und die nächste Folgerung war daher, daß sie wohl die deutschen Protestanten zu unterstützen, nicht aber durch ein Bündnis sich ihnen vorbehaltslos zu verpflichten gedachten. Aber auch die bloße Unterstützung wurde wieder durch ein anderes Verhältnis erschwert.

Im Januar 1625 war die allzeit fortwährende Feindschaft zwischen den Hugenotten und der französischen Regierung in einem neuen Aufstand, unter Führung der Brüder Rohan und Soubise, ausgebrochen. Nicht eine Beeinträchtigung des Gottesdienstes, sondern ein mit der militärisch-politischen Machtstellung der Reformierten zusammenhängender Streit war es, welcher diesen Aufstand hervorrief, und darauffin nahm nun auch Richelieu den Kampf auf, um ihn zu führen, bis diese politisch-militärische Sonderstellung vernichtet sei. Noch aber war der neue Krieg kein Jahr im Gange, als sich eine gerade entgegengesetzte Bewegung in England erhob. Buckingham, in dem Glauben, daß eine Gefälligkeit gegen die katholikenfeindlichen Bestrebungen des Parlamentes seiner Politik dienlich sei, und mit cynischer Mißachtung der gegen Frankreich bei dem Heiratsvertrag gemachten Zusagen, erklärte am 18. August 1625 vor dem Parlament, daß die Strafgesetze gegen die Katholiken wieder pünktlich ausgeführt werden sollten. Diese doppelte Verfolgung, der Katholiken in England, der Reformierten in Frankreich, wirkte nun sofort auch auf das Verhältnis der beiden Regierungen zurück: Buckingham drohte mit Unterstützung der Hugenotten, Frankreich betrachtete es als Ehrensache, auf Erfüllung der in dem Heiratsvertrag den englischen Katholiken gewährten Freiheiten zu bestehen. Die nächste Folge dieser Entzweiung aber war, daß die jetzt im Haag mit Frankreich und dem französischen Gesandten geführten Unterhandlungen vorläufig um keinen Schritt weiter kamen.

So blieb am Ende nur ein Fürst übrig, der bereit war, sich neben den Haager Verbündeten in den Krieg zu stürzen: es war der räuberische Bethlen Gabor. Als dieser vom Tage seines Friedensschlusses mit dem Kaiser nach neuen Gelegenheiten zum Bruch desselben spähte, kam ihm zunächst jene gesteigerte Feindschaft Frankreichs und Englands gegen das Haus Oesterreich zu statten. Jakob I. überwand seinen Widerwillen gegen den Vasallen des Sultans so weit, daß er seinem Gesandten in Konstantinopel, Thomas Roe, den Auftrag gab, mit den Bevollmächtigten Bethlens in Verbindung zu treten,<sup>1)</sup> worauf denn Konstantinopel ein Mittelpunkt wurde nicht nur für Bethlens Verhandlungen mit dem Sultan, sondern auch mit den Vertretern von England, Frankreich und den Staaten. Richelieu ging so weit, daß er schon in den ersten Tagen des Jahres 1625 einen Gesandten bei Bethlen erscheinen ließ, um ihn zur Wiederaufnahme des Kriegs gegen den Kaiser zu ermuntern.<sup>2)</sup> Daneben konnte Bethlen

<sup>1)</sup> Rusdorf, 1624 Dez. 14. (Mém. I S. 406.)

<sup>2)</sup> Camerarius, 1625, März 27. (Schybergson, Sveriges och Hollands etc. S. 175.) Bericht an den Kaiser, 1625 Febr. 12. (Gindely, acta et documenta historiam Gabriellis Bethlen illustrantia S. 407.) Roe, 1625 April 26. (Negotiations S. 377.)

mit neuen Verwickelungen zwischen dem Kaiser und dem Sultan rechnen. Im Jahr 1626 nämlich lief der zwanzigjährige Friede von Bsitwa-Torot (II 185) ab, und obgleich derselbe schon im Jahre 1615 erneuert war (II 390), hielt man doch eine abermalige Erneuerung für nötig. Da gab es denn erst schwierige Verhandlungen über den Erneuerungsvertrag selber, dann, als dieser im Mai 1625 zu Gyarmath vereinbart war, noch schwierigere Verhandlungen über die Ratifikation und über die von beiderseitigen Kommissarien vorzunehmende Festsetzung der streitigen Grenzen. Bethlen konnte immer noch hoffen, aus diesen Auseinandersetzungen den offenen Bruch hervorgehen zu sehen.

Nun hätte man glauben können, daß der hohe Flug seiner Pläne durch den mißlichen Verlauf der beiden letzten Kriege gehemmt wäre. Aber in Wirklichkeit war mitten unter den Fehlschlägen sein Selbstgefühl eher noch gewachsen; hatte er doch, da er seit 1622 Witwer war, seinen Ehrgeiz darauf gerichtet, eine zweite Gemahlin nicht aus dem einheimischen Adel, sondern aus einem großen Fürstenhaus zu gewinnen. Er gab diesem Gedanken bereits bei den mit dem Kaiser geführten Friedensverhandlungen Ausdruck, und zwar in der kühnen Fassung, daß durch seine Vermählung mit einer Tochter Ferdinands alle beiderseitigen Streitigkeiten einem gütlichen Ausgleich zugeführt werden sollten. Dann, als er am Hof der Habsburger keinen Anklang fand, ließ er sich von dem englischen Gesandten in Konstantinopel auf das Haus Brandenburg weisen,<sup>1)</sup> und da war es denn eine Nachwirkung der von Kurbrandenburg angesponnenen antikaiserlichen Verbindungen, daß über die Vermählung der Schwester des Kurfürsten, der Prinzessin Katharina, mit dem siebenbürgischen Voivoden im September 1625 eine vorläufige Verständigung getroffen wurde, worauf denn im März 1626 die Hochzeit und die Einführung der deutschen Fürstentochter in den halbbarbarischen Hof<sup>2)</sup> erfolgen konnte.

So den westlichen Mächten auch persönlich näher rückend, antwortete Bethlen auf die ersten Anregungen des französischen Abgeordneten und der Gesandten in Konstantinopel mit Erneuerung seiner alten Projekte eines Doppelstoßes gegen die europäischen Lande: er selber wollte durch Ungarn vordringen, die anderen zum Krieg bereiten Mächte sollten ihm ein kleines Heer nach Böhmen oder Schlesien entsenden, ihm die Sicherheit eines festen Bündnisses gewähren und ihm außerdem einen mäßigen Geldzuschuß bewilligen. Indes vielversprechend ließen sich die hierüber geführten Verhandlungen nicht an. Wohl wurde ihm durch Mitteilung der bevorstehenden Tagsatzung im Haag die Gelegenheit geboten, seinen Hauptmann Matthias Duab von Wickrad zu den Verhandlungen zu schicken, aber zu den Beratungen wurde derselbe nicht zugelassen, und erst nach dem Beschluß des Bündnisses wurde Bethlen, ähnlich wie Gustav Adolf, zum Beitritt und zur Mitwirkung bei dem großen Krieg gegen das Haus Oester-

<sup>1)</sup> Roe, 1626 Juli 26: I first moved (the alliance with Brandenburgh). S. 527. Beginn der Verhandlungen: Zeidler, 1624 Okt. 27. (Gindely, acta S. 407.) Sendung des Matth. Duab: Camerarius, 1624 Dez. 19. (Schybergson, Sveriges etc. S. 119.) Drenstierna, 1624 Nov. 23. (Skrifter I 2 S. 767.)

<sup>2)</sup> Vgl. den etwas satirischen Bericht des bairischen Abgesandten in der Zeitschrift für Baiern II 2 S. 349.

reich aufgefordert. Gegen den Vollzug des Beitrittes erhob sich dann ein neues Hindernis in Gestalt der von ihm geforderten Subsidien, welche er auf 40 000 Reichsthaler monatlich setzte und den vier Mächten England, Dänemark, den Staaten und Frankreich zu gleichen Teilen zudachte. Nur Frankreich kam seinem Verlangen entgegen, indem es im Januar 1626 sich zur Zahlung seines Anteils bereit erklärte. England dagegen fand sich zu neuen Verpflichtungen unermögend, und wie die beiden anderen Mächte Geld geben sollten, statt zu empfangen, war auch nicht abzusehen.

Die Folge war, daß einstweilen ein wirklicher Abschluß auch mit Bethlen nicht zu stande kam. Darüber aber gelang es dem Kaiser, ihm in Ungarn eine schwere, wenn auch friedliche Niederlage zu bereiten. Am 13. Oktober 1625 eröffnete Ferdinand persönlich den ungarischen Reichstag zu Debenburg. Er war gekommen, um durch die Wahl seines ältesten Sohnes die ungarische Krone seiner Nachkommenschaft zu sichern und damit zugleich eine der Bedingungen zu erfüllen, an welche Spanien die Vermählung des jungen Ferdinand mit der Infantin geknüpft hatte (S. 298). Noch glaubte er aber dem Reichstag so wenig trauen zu dürfen, daß er die Wahl selber nicht auf die Tagesordnung zu setzen wagte. Um so erfreulicher war es da für ihn, daß die kaiserliche Partei eine Probe ihrer inzwischen erfolgten Erstarkung ablegte, indem sie einen aus der Mitte des Reichstags hervorgehenden Antrag auf Vornahme der Wahl durchsetzte. Am 27. November wurde demgemäß Ferdinand gewählt und am 8. Dezember gekrönt. Für Bethlen war dieser Vorgang ein Beweis, daß er auf einen großen Aufstand in Ungarn jetzt noch weniger als bei seinem letzten Losbruch rechnen durfte, und es entsprach mehr seinem glühenden Ehrgeiz, als der wirklichen Sachlage, wenn er dem englischen Gesandten in Konstantinopel sagen ließ: er halte fest an dem durch seine Wahl erworbenen (S. 76) und mit dem Tod des Kaisers fälligen Recht an die ungarische Krone und werde es bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.

Wenn die Verbündeten im Haag alle diese Verhältnisse ins Auge faßten, so konnten sie schwerlich mit sonderlicher Zuversicht an die Ausführung ihrer Pläne gehen. Daß sie es im übrigen nicht vergaßen, sich auch noch zu gegenseitigem Schutz zu verpflichten, und sich für den Fall des Angriffs die eben zur Offensive bestimmten Streitkräfte, ja ihre gesamte Macht zur Verteidigung zuzusenden versprachen, daß sie ferner eine neue Zusammenkunft auf den 30. März 1626 im Haag anberaumten, bei der die Ratifikationen ausgewechselt, und die vergeblich erhofften Beitritte anderer Mächte vollzogen werden sollten, gehörte mehr zu dem formellen Abschluß der Verhandlungen, als zu den wirklichen Ergebnissen derselben. Die nächste Frage für Deutschland war, ob in dem jetzt erst mit voller Kraft ausbrechenden Kriege der dänische König mit Hilfe seiner außerdeutschen Verbündeten und der niederländischen Stände eine starke Offensive werde entfalten können.

### Dritter Abschnitt.

## Der Verlauf des niedersächsisch-dänischen Kriegs.

Bevor im Jahr 1626 der niedersächsisch-dänische Krieg mit größerem Nachdruck ausbrach, mußte noch einmal ein diplomatisches Vorspiel aufgeführt werden. Auf Grund der von beiden kriegführenden Theilen unermüdlich wiederholten Versicherung, daß sie nur zu ihrem Schutze die Waffen ergriffen hätten und übrigens mit keinerlei feindseligen Absichten umgingen, hatte Kursachsen, dem sich auch Kurbrandenburg anschloß, eine Ausgleichsverhandlung herbeigeführt, welche in Braunschweig zwischen den Vertretern der niedersächsischen Kreisstände, einschließlich der dänischen Gesandten, einerseits, und den Abgeordneten der vom Kaiser dazu bevollmächtigten Generale Tilly und Wallenstein andererseits, vom November 1625 bis in den März 1626 vorgenommen wurde. Die Absicht war, gegen Bürgschaften für die so hoch beteuerten friedlichen Gesinnungen die Niederlegung der Waffen zu erwirken. Leider jedoch konnten die Verhandlungen, da eben jene Beteuerungen nur zum kleinsten Teil auf Wahrheit beruhten, zu keinem unmittelbaren Ergebnisse führen. Ihre Bedeutung bestand vornehmlich darin, daß sie die im protestantischen Lager herrschende Zersahrenheit neuerdings bestätigten und nebenbei einen Einblick in tiefer liegende und unerbittlich weiter wirkende Gegensätze der kämpfenden Parteien eröffneten.

Gleich zu Anfang erkannte man den unter den niedersächsischen Ständen herrschenden Zwiespalt daran, daß die Stände, welche der Bewaffnung des Kreises nicht zugestimmt hatten, besonders der Herzog von Lüneburg und sämtliche Städte, sich an der Tagung gar nicht beteiligten. Aber auch der Gegensatz zwischen dem König von Dänemark, der ja allein den Krieg ernstlich gewollt hatte, und den mit ihm zusammenhaltenden Ständen, die sich halb widerwillig in den Krieg hatten führen lassen und auch jetzt noch eine Abfindung mit dem Kaiser erhofften, trat im Fortgang der Verhandlungen hervor und würde wohl noch stärker hervorgetreten sein, wenn nicht die nach den früheren Vorgängen (S. 258) nicht mehr zu umgehende Frage der Sicherung der Protestanten in ihrem Besitze von Bistümern, Stiftern und sonstigem Kirchengut in die Verhandlungen eingemischt

wäre. Der Kaiser hatte sich in dieser Beziehung, wie erwähnt (S. 293), bereit erklärt, die Mühlhausener Zusicherung zu verbürgen. Allein diese Zusicherung bot nur Schutz gegen gewaltsame, nicht aber gegen rechtliche Anfechtungen des Besizes, und daß eben Anfechtungen der letzteren Art am kaiserlichen Reichshofrat erfolgt waren und bei konsequenter Fortsetzung den größten Teil der protestantischen Errungenschaften aufzuheben drohten, das hatte die niederländischen Stände mit den schwersten Sorgen erfüllt. Um also der katholischen Restauration im entscheidenden Augenblick ein Halt zu gebieten, verlangten sie die weitere Zusicherung, daß Streitigkeiten über das Recht an Bistümern, Stiftern, geistlichen Gütern, deren Entscheidung auf kontroversen Satzungen des Religionsfriedens beruhte, von den Reichsgerichten zum gütlichen Ausgleich zu verweisen seien. Aber so deutlich wie diese Forderung, so deutlich war die sofort erteilte Antwort: in Verwaltung der Justiz, erklärten die kaiserlichen Subdelegierten, behalte der Kaiser freie Hand.

So gingen die Verhandlungen ohne den gewünschten Ausgleich zu Ende. Aber das ging aus ihrem Verlauf klar hervor, daß in dem nun wieder ausbrechenden Krieg darüber entschieden werden müsse, ob die geistlichen Fürstentümer, Stifter und Klöster von den niederländischen Protestanten behauptet, oder vom Kaiser den Katholiken wieder zuerkannt, und das Erkenntnis von siegreichen Truppen vollstreckt werden sollte.

Die kriegerischen Bewegungen selber wurden seit dem Februar und März 1626 mit größerer Kraft wieder aufgenommen. Hier aber zeigte sich zunächst der frischere Mut zur Offensive auf dänischer Seite. Den Dänen gegenüber hielt Tilly von seinem Hauptquartier zu Alfeld aus seine Truppen vorsichtig zurück: die Hauptmasse hatte er in einem Viereck zwischen Weser und Leine, dessen Endpunkte an der Weser durch den Austritt des Flusses aus hessischem Gebiet im Süden und die Stadt Minden im Norden, an der Leine durch die Umgebung von Göttingen im Süden und durch Pattensen nahe bei Hannover im Norden gebildet wurden, aufgehäuft; seine vorgeschobenen Posten reichten vorwärts über die Leine hinaus an die nordwestlichen Ränder des Harzes, rückwärts über die Weser nach Lübbecke, Herford und Bielefeld, wo sie nach Osnabrück und Münster ausschauten, nach Süden in die nördlichen Gebiete von Hessen und ins Stift Hersfeld. Verstärkt durch einige Neuerwerbungen und die früher abgetrennten Teile, besonders das Corps Anholts, zählte die Armee auf dem Papier ungefähr 30 000 Mann, darunter zehn Infanterieregimenter.<sup>1)</sup> Aber die wirkliche Zahl war weit geringer und noch während der Winterquartiere durch die Feindseligkeit des Landvolks und Ueberfälle der gegnerischen Truppen schwer mitgenommen; da außerdem der größte Teil in Besatzungen festgelegt war, so rechnete Tilly den im Feld verwendbaren Teil noch im Mai nur auf 6000 Mann zu Fuß und 40 Compagnien zu Pferde. An diese Ligatruppen schlossen sich dann, nur durch die Zentralmasse des Harzes von ihnen getrennt und die Reihe ihrer Quartiere am nordöstlichen Abhang des

<sup>1)</sup> Heilmann II 2 S. 892. Vgl. II 1 S. 189. (Das an letzterer Stelle genannte Regiment Mortaigne ist das an ersterer Stelle genannte Regiment Fürstenberg. Vgl. II 2 S. 891.) Ueber den Unterschied der angeblichen und wirklichen Stärke und die Unzuverlässigkeit der „heillosen Musterungen“ vgl. Maximilians Schreiben vom 21. Mai 1626 bei Oppl II S. 485/86.

Gebirges eröffnend, die den Süden des niederfächsischen Kreises sperrenden Streitkräfte Wallensteins. Nachdrücklicher als Tilly, weil er die Weisungen seines Kriegsherrn nicht abwartete, sondern erzwang, hatte der kaiserliche General seine Armee zu verstärken begonnen; wenn man aber als Maßstab der bis März 1626 wirklich erzielten Verstärkung die Zahl der Infanterieregimenter nahm, so ergab sich doch nur, daß die acht Regimenter, mit denen er ausmarschiert war, auf neun<sup>1)</sup> gestiegen waren. Die Bildung weiterer Regimenter war erst im Gang, so vor allem die auch politisch so hochwichtigen Zurüstungen des Herzogs Georg von Lüneburg, des jüngeren Bruders des regierenden Herzogs Christian, der im Jahr 1623 seine militärische Laufbahn als General jener kläglichen Armee, welche der niederfächsische Kreis aufstellte (S. 235), begonnen hatte. Von Wallenstein am 1. Januar 1626 aufgefordert, ein Regiment zu Fuß und eines zu Pferde im Dienst des Kaisers zu werben und zu führen, folgte er dem Rufe nicht nur in dem Drang nach kriegerischer Bethätigung, sondern auch unter dem Antrieb welfischer Hausinteressen. Gegen Ende des Jahres 1625 hatte er vernommen, daß man im geheimen Rat des Kaisers damit umgehe, dem einzigen Bruder des Herzogs Friedrich Ulrich, dem Halberstädter Christian, ja vielleicht auch Friedrich Ulrich selber, das Recht an die vom Vater hinterlassenen Lande Braunschweig-Wolfenbüttel und Calenberg abzuerkennen, wodurch dieselben, da der ältere Bruder kinderlos, der jüngere unverheiratet war, erledigt werden mußten. Da war es denn die Zusage Wallensteins, in diesem Fall den kaisertreuen Lüneburgern die Belehnung mit den Landen ihrer Stammesvettern zu erwirken, welche Georgs Bereitwilligkeit erhöhte. Indes, diese Werbung verlangte Zeit, und ehe der Herzog mit seinen Truppen aufkam, rückte der Hochsommer heran. Aehnlich aber wie mit dieser, ging es mit anderen Werbungen. Im Monat März wollte daher auch Wallenstein die Zahl seiner wirklich vorhandenen Truppen nicht über 18000 Mann schätzen, von denen wieder nur zwei Drittel im Feld zu verwenden seien.<sup>2)</sup>

So, im Bewußtsein des noch immer unbefriedigenden Zustandes ihrer Truppen, hielten beide Feldherren sich in vorsichtiger Defensiv. Ihnen gegenüber wahrte nun auch König Christian, soweit es auf seine Person und den Kern seines Heeres ankam, eine beobachtende Stellung. Aber der Unterschied war, daß sich ihm Truppenführer angeschlossen hatten, die nicht rasten wollten oder konnten. In erster Linie waren es Ernst von Mansfeld und Christian von Halberstadt, daneben auch der seit Beginn des Krieges in des Königs Armee eine Abteilung führende Herzog Ernst von Weimar. Und diese Männer waren es nun, die der König zu drei offensiven Vorstößen verwandte.

Mansfeld war, wie schon erzählt, seit Ende des Jahres 1625 an der Arbeit, seine Heerestrümmer mit Hülfe spärlich eingehender französischer und englischer Subsidien zu ergänzen. Der Schrecken seines Hauptquartiers wurde hintereinander den kaisertreuen Herzögen von Lüneburg und von Lauenburg zu-

<sup>1)</sup> Wallenstein an Spinola, 1625 Dez. 19. (Ehlmecky n. 42 S. 29.) Tilly an Baiern, 1626 März 14 (Opel II S. 483). Das neunte Regiment war das aus den Niederlanden (S. 291 Anm. 1) herangezogene Regiment Collalto.

<sup>2)</sup> An Collalto, 1626 März (nicht Mai) 6, bei Ehlmecky n. 61 S. 33).



gedacht; bezeichnet wurde er in seiner neuen Stellung als ein von Frankreich und England „dem niederländischen Kreis zum besten bestallter Diener“. In seinem Gefolge hatte sich ursprünglich, als er noch in den Niederlanden stand, der Halberstädter Christian als Reitergeneral befunden. Aber in dem stets zwischen Gader und Ausgleich wechselnden Verhältnis beider Abenteuerer hatte inzwischen einmal wieder der Zwiespalt die Oberhand gewonnen, und in dieser Stimmung war im Kopfe des Halberstädters der Gedanke aufgegangen, nochmals selbständig in den Krieg einzugreifen. Seinem Wunsche kamen die zerfahrenen Zustände der Regierung seines Bruders Friedrich Ulrich entgegen. An dessen Hof stritt unter den herzoglichen Räten eine für die Unterwerfung unter den Kaiser eintretende Partei mit ihren dänisch gesinnten Gegnern; im Lande wiederholte sich derselbe Streit zwischen Adel und Stadtmagistraten, welche den Krieg mit dem Kaiser verabscheuten, und erbitterten Bauern, städtischen Volksmassen und glaubenseifrigen Predigern, welche nach Kampf mit den katholischen Truppen verlangten; der Landesherr selber aber schwankte haltlos zwischen den beiden Parteien. Da erinnerte sich denn Christian, wie ihm schon im Jahr 1623 ein kräftiger Griff in die Regierung seines Bruders gelungen war (S. 236); um jetzt das damalige Spiel mit verstärkter Kraft zu wiederholen, vielleicht auch nicht ohne unmittelbare Aufforderungen<sup>1)</sup> aus dem Wolfenbütteler Land, eilte er aus seinem holländischen Asyl in das Lager Christians IV., der ihm eine Bestallung auf 6000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter erteilte (15. Oktober), und von dort weiter nach Wolfenbüttel, wo er, unterstützt von der Herzogin-Witwe, sich so nachdrücklich geltend zu machen wußte, daß im Januar 1626 der Herzog Friedrich Ulrich keinen andern Rat sah, als sich selber zeitweilig von der Regierung zurückzuziehen, und sie in die Hand des zur That drängenden Bruders zu legen. Mit den Mitteln des Fürstentums, und indem er eine Kriegssteuer, welche die Stände verweigerten, auf eigene Faust auflegte, trieb Christian nun seine Rüstungen vorwärts; er machte sich bereit, im Dienste des dänischen Königs und unabhängig von Mansfeld, auf dem Kampfplatz zu erscheinen.

Von dem Halberstädter war von vornherein zu erwarten, daß seine Kriegsführung nicht die der vorsichtigen Zurückhaltung sein werde. Aber auch Mansfeld hatte dieser in Ostfriesland auf den Höhepunkt getriebenen Methode entsagt. Er hatte das allerdings sehr berechtigte Gefühl, daß die hinterhältige und schlaffe Art, in der er in den beiden letzten Jahren die Waffen geführt, das Vertrauen seiner Geldgeber erschüttert habe, und daß er nur durch eine glänzende That sich die Fortzahlung der Subsidien sichern könne.<sup>2)</sup> Und so trug auch er gleich dem Halberstädter sich mit Projekten rascher und kühner Vorstöße: Mansfeld richtete seine Blicke nach Südosten, Christian nach Südwesten.

Diesem Eifer beider Abenteuerer Rechnung tragend, verlegte König Christian am 26. Februar 1626 sein Hauptquartier von dem Berdenschen Schloß Rotenburg plötzlich nach Wolfenbüttel, als einem zwischen Wallensteins und Tillys Quartieren vorgeschobenen Posten. Von hier aus gedachte er die Angriffsbewegungen der

<sup>1)</sup> Carleton, 1625 Oktober 16: for whom they call. (Noe S. 441.)

<sup>2)</sup> Vgl. sein Schreiben bei Dpel II S. 440 Anm. 2.

beiden Generale zu leiten; von hier aus richtete er auch seine Weisungen an den dritten seiner unternehmungslustigen Offiziere, an den Herzog Ernst von Weimar, um neben den Vorstößen nach Süden einen dritten gegen Westen herbeizuführen. Zunächst möge über den letzteren ein Wort gesagt werden.

Wie schon hervorgehoben, hatte Christian IV. gleich zu Anfang seines Krieges an eine gegen den westfälischen Kreis gerichtete Offensive gedacht und dabei seine begehrliehen Blicke zunächst auf jenes Bistum Osnabrück gerichtet (S. 278), welches die Katholiken im Jahr 1623 den dänischen Bewerbungen entzogen hatten. Neu erregt war inzwischen seine Begierde nach diesem Stift, da der Bischof Friedrich von Hohenzollern bereits im September des Jahres 1625 starb, und nun die zuversichtlicher gewordene katholische Majorität eine den dänischen Ansprüchen wiederum entgegengesetzte Wahl vornahm: sie fiel in der Form einer Postulation auf den Grafen Franz Wilhelm von Wartenberg, einen Vetter des Kurfürsten Maximilian, hervorgegangen aus der unebenbürtigen Ehe Ferdinands, des Bruders des Herzogs Wilhelm von Baiern. Der damals im 33. Jahr stehende Graf war zur geistlichen Laufbahn bestimmt, hatte aber erst die niederen Weihen erhalten und sich als Obersthofmeister des Erzbischofs von Köln mehr in weltlichen als in geistlichen Regierungsgeschäften geübt. Als ihm die Osnabrücker Wahl gemeldet wurde, erschrauf er anfangs vor dem Gedanken, einen gegen den norddeutschen Protestantismus vorgeschobenen Kampfesposten einzunehmen. Während er aber so die Annahme bis zum April 1626 verschob, that Christian IV. einen raschen Griff. In den ersten Tagen des März überschritt plötzlich auf seinen Befehl der Weimarer Herzog die Weser unterhalb der Stellungen Tillys und brach, die feindlichen Streitkräfte nördlich umgehend, mit einem Truppencorps in das Stift Osnabrück ein. Zur Verteidigung waren keinerlei Anstalten vorhanden; schon am 16. März stand der Herzog mit aufgefahretem Geschütz vor der Hauptstadt, und da mußten denn die sechs noch zurückgebliebenen Domherren dem Sohne Christians, dem Prinzen Friedrich, durch die Wahl zum Koadjutor die Anwartschaft auf das Bistum zuerkennen. Wenige Tage darauf hielt Johann Ernst es freilich für ratsam, vor ligistischen Truppen, die von Minden her anzogen, zurückzuweichen —, aber erst nachdem er Wiederbrück, Witlage, Börden und Fürstenau mit Besatzungen belegt hatte. — Militärisch hatte dieser Streifzug die Bedeutung, daß Tilly sich fortan in seiner Seite bedroht und eine Kette feindlicher Posten von der Weser nach den Niederlanden reichen sah; bedeutsamer aber war er für den Charakter des Krieges überhaupt, indem er abermals zeigte, daß der Kampf dem Gewinn oder Verlust der norddeutschen Stifter, und zwar nicht nur der niedersächsischen, sondern auch der angrenzenden westfälischen, gelte.

Noch nicht lange war dieser erste Vorstoß erfolgt, als ein zweiter, vom militärischen Standpunkt sich gefährlicher anlassender Angriff von dem Halberstädter Christian vollführt wurde. Um die Mitte des Monats April brach dieser mit seinen zusammengerafften, vorzugsweise aus Reitern bestehenden Truppen mitten durch Tillys Postenkette hindurch über die Weser und dann in das nördliche Hessen ein. Außerlich nach einem bloßen Streifzug aussehend, war dieser Einbruch im stillen durch die Umtriebe des Landgrafen Moriz vorbereitet. Wie

schon angedeutet, hatte der Landgraf von den Tagen, da sich Tilly in seinem Fürstentum eingelagert hatte, nicht aufgehört, die norddeutschen Fürsten und die Höfe Frankreichs, Englands, der Generalstaaten und Dänemarks mit seinen Klagen und Hülfege suchen zu bestürmen. Eben jetzt auch, bei einer Versammlung seiner Städte (2.—14. April), hatte er sich mit neuen Hoffnungen ans Werk gemacht, unter Benutzung des, wie in Braunschweig, so auch in Hessen emporschwellenden Grimmes der Bürger und Bauern die Besetzung der beiden Landesfesten Kassel und Ziegenhain zu ergänzen, das Landesaufgebot neuerdings bereit zu stellen und ein paar hundert Reiter anzuwerben: so gedachte er das Land gegen die Kontributionsforderungen der Wallensteiner und Ligiſten zu schützen und einen Grund zu neuem Widerstand gegen Kaiser und Liga zu legen. — Beides, diese eigenen Anstalten und jene Bitten um Hülfe, waren es nun, welche den König Christian veranlaßt hatten, dem Landgrafen die Banden des Halberstädters zur Hülfe zu schicken.

Für Tilly war dieser Einbruch ein Gegenstand schwerster Sorge. Durchdrungen von der Unzulänglichkeit seiner Streitkräfte und jetzt auch von der Seite her durch die Osnabrücker Besatzungen bedroht, sah er sich vor der neuen Gefahr, daß der Halberstädter, von einer mächtigen Erhebung in Hessen unterstützt, ihm die Verbindung nach Oberdeutschland, dem Boden seiner Kraft, abschneiden dürfte. Schon im Januar war ihm die Möglichkeit vor die Seele getreten, daß er sich von seinem Posten an der Weser werde zurückziehen müssen; jetzt konnten ihm solche Aussichten nur noch verstärkt erscheinen. Indes, wie die Dinge wirklich gingen, erwies sich der Einbruch doch nicht so gefährlich, wie er ausjah. Es zeigte sich eben wieder, daß die Rechnungen des Landgrafen weiter reichten, als seine Kräfte und Fähigkeiten zur Ausführung. Zu diesen Rechnungen hatte es gehört, daß der Dänenkönig ihm zur Vervollständigung seiner Rüstungen Geld vorschiesse: nun erhielt er statt des Geldes ein Gesuch des Halberstädters um ein bares Darlehen und um Lieferung von Geschütz und Waffen. Des Landgrafen Ehrgeiz war, sein Fürstentum von den eingedrungenen Truppen zu befreien und in demselben als allein gebietender Kriegsherr aufzutreten: nun verlangte der Halberstädter für seine Hülfsstruppen Einräumung des Werradistriktes und Aufnahme in die Landesfestungen. Es sieht so aus, als ob erst diese Forderungen und Gegenforderungen dem Landgrafen die ganze Schwere der Opfer und Gefahren einer Waffenbrüderschaft mit dem Dänenkönig klar gemacht hätten: kam es zum ernsthaften Krieg, so mußte er sein Land zum Kriegsschauplatz hergeben, er mußte, um die Kräfte seiner Verbündeten zu ergänzen, Mittel aufbringen, welche der zum Kaiser haltende Adel verweigerte, und die Städte nur zum kleinsten Teil zu bewilligen bereit waren, er mußte endlich gleich dem Pfälzer sein Fürstentum aufs Spiel der Waffen setzen. Darüber gab sich der Landgraf, wie gewöhnlich, statt ans Handeln, ans Disputieren. Der Halberstädter aber, in seinen Forderungen abgewiesen, mußte sich nach einigen Tagen auf Göttingen zurückziehen, und als er von dort in kurzer Zeit (9. Mai) zum zweitenmal vorbrach, um neue Regimenter Wallensteins, die unter Merode, den jungen Herzogen von Holstein und Lauenburg zwischen Fulda und Werra teils sich sammelten, teils durchzogen, zu zersprengen, mußte er zum zweitenmal,

da Tilly in seinem Rücken Göttingen bedrohte, zurückweichen. Einen dauernden Erfolg hinterließ das Unternehmen am Ende nicht, man hätte ihn denn darin suchen müssen, daß die Schuldbrechnung des Landgrafen Moritz dem Kaiser gegenüber auf eine Höhe wuchs, bei der man die erste Gelegenheit zur Abrechnung ergreift.

Der Zeit nach noch etwas früher, als diese Streifzüge des Weimarerers und des Halberstädters, erfolgte der dritte Vorstoß, den der Graf von Mansfeld unternahm. Gegen den 14. Februar 1626 hatte dieser sich mit einem Truppcorps von Lauenburg aus in Bewegung gesetzt und zog aufwärts am rechten Ufer der Elbe. Die von Christian IV. ihm erteilten Befehle scheinen ihn zunächst auf zwei Aufgaben gewiesen zu haben: in den rechtselbischen Gebieten des Erzstiftes Magdeburg sollte er die Truppen aufnehmen, welche der Administrator Christian Wilhelm vermöge der vom Dänenkönig ihm erteilten Bestallung (S. 302) sammelzubringen suchte, dann sollte er weiter aufwärts sich der bei Dessau über die Elbe führenden Brücke versichern. Der letztere Auftrag war äußerst schwierig. Wenn nämlich Wallenstein bei Einquartierung seiner Truppen sich im wesentlichen auf die linkselbischen Gebiete des Magdeburger Fürstentums beschränkt hatte, so hielt er es doch von vornherein für nötig, des Elbestromes selber Meister zu werden, schon mit Rücksicht auf den von Böhmen kommenden Proviant.<sup>1)</sup> In diesem Sinne hatte sein Feldmarschall Collalto und der Oberst Aldringen in den ersten Tagen des Jahres 1626 einen Uebergriff auf das Gebiet des ober-sächsischen Kreises nicht gescheut und auf anhaltischem Boden die Dessauer Brücke durch Schanzen auf dem linken und durch einen Brückenkopf auf dem rechten Ufer zu sichern gesucht. Der Versuch, die Brücke wieder zu gewinnen, erforderte also einen Sturm gegen eine stark besetzte Stellung Wallensteinischer Truppen.

Um das Unternehmen zu ermöglichen, hatte Christian IV. seinen General Fuchs von Bimbach mit einem zweiten Truppcorps aus dem Lüneburger Gebiet in die Altmark gesandt, und hier an dem linken Elbufer aufwärts gehen lassen. Schon am 17. Februar erreichte denn auch Fuchs in Tangermünde die Elbe, während die Spitzen der Mansfeldischen Armee erst vierzehn Tage später das vier Meilen abwärts gelegene Sandau erreichten. Hier aber begannen die Enttäuschungen. Fuchs war mit Mansfeld wenig einverstanden; er hätte sich am liebsten mit der Einnahme fester Stellungen in der Altmark begnügt, und jedenfalls erschien ihm das Unternehmen gegen die Dessauer Brücke zu verwegen. Während er aber in diesem Schwanken halbe Maßregeln ergriff, einige Truppen zur Verstärkung Mansfelds auf das rechte Elbufer gehen ließ und sich selber bis an die Linie vorwagte, welche wenige Stunden abwärts von Magdeburg durch das Flüsschen Ohre bezeichnet ist, wurde er bei Wolmirstädt von Wallenstein mit überlegener Macht überrascht und zurückgeworfen (10. April). Unter dem Druck dieses Mißerfolges zogen elf Tage später die Mansfelder Scharen vor den Schanzen des Dessauer Brückenkopfes auf, um nach viertägigen Vorbereitungen, am 25. April den verzweifelten Angriff zu wagen. Wie stark sie bei diesem

<sup>1)</sup> An Spinola, 1625 Dez 19. (Chlumecký n. 42 S. 30.) Vgl. Tadra n. 33 S. 331.

Waffengang noch waren, da Fuchs nicht mehr mit ihnen zusammenwirken konnte, und eine Anzahl von Truppen als Besatzung in den durchzogenen mittelmärkischen Städten zurückgelassen war, ist schwer zu bestimmen, vermutlich zählte die Infanterie in vier defekten Regimentern nicht über 4000, und kam die Reiterei kaum auf 3000 Mann.<sup>1)</sup> Schwer ist auch zu sagen, mit welchen Absichten Mansfeld sich trug, für den Fall daß sein Unternehmen glückte. Nach seinen Worten sah es bald so aus, als ob er, nachdem er dem Feind dieses Thor nach Osten geschlossen, sich nach Schlesien wenden und die Verbindung mit Bethlen Gabor, dessen Entschlüsse doch noch ganz ungewiß waren, suchen werde, bald wieder, als ob er auf eigene Faust den Einbruch nach Böhmen wagen wolle, endlich, als ob er die feste Stellung an der rechten Flanke Wallensteins nur gewinnen wolle, um weiter mit dem dänischen König den Feind zwischen zwei Feuer zu nehmen.

Nach den Möglichkeiten, welche die wirkliche Lage der Dinge bot, ist wohl das letztere anzunehmen: im Besitz des Dessauer Brückenkopfes würde Mansfeld sich fürs erste vermutlich in ähnlicher Weise festgelegt haben, wie einst in Pilsen, Waidhausen und Hagenau. Aber anders saßte Wallenstein die Sache. Er, wie sein Kriegsherr rechneten von Anfang an mit der Möglichkeit eines neuen Losbruchs Bethlen Gabors, als dessen Ziel ihnen, ebenso wie in Bethlens Projekten von 1623 und Gustav Adolfs Anschlägen von demselben und den folgenden Jahren, wieder Schlesien erschien. Seit Dezember 1625 und im Hinblick auf Mansfelds Rüstungen sahen sie dann diese Gefahr in der verdoppelten Gestalt herankommen, daß Mansfeld von Norden, Bethlen von Osten her ihre Vereinigung in Schlesien vollziehen möchten. Dagegen hielt Wallenstein zuerst eine doppelte Vorkehrung für nötig: die kaiserliche Regierung hatte, ohne von seinen Truppen einen Mann abzuziehen, Rüstungen zum Schutze Schlesiens gegen Bethlen anzustellen; er selber wollte, sobald Mansfeld den Zug nach Südosten antrete, entweder ihm den Weg verlegen, oder ihm mit der Hauptmasse seiner Truppen nachfolgen. Bald darauf aber, als Mansfeld wirklich aufbrach, wurde seine Ansicht der Dinge noch zaghafter. Er meinte, durch Christian IV. von Wolfenbüttel aus, durch den Halberstädter von den Harzgebieten her, durch Fuchs von seinen in der Altmark eben ergriffenen Stellungen seien Tillys und seine Truppen derart bedroht, daß er den Mansfeld, wenn er, wie er es für wahrscheinlich hielt, den Weg nach der Oder und Schlesien einschlage, ungestört müsse ziehen lassen.

Unter diesen Umständen war es für die kaiserliche Sache eigentlich ein Glück, daß Mansfeld sich nicht gegen die Oder wandte, sondern an der Elbe hängen blieb. Da einerseits Christian IV. sich nicht regte, und der Halberstädter sein Augenmerk auf den Südwesten richtete, andererseits Fuchs und Mansfeld in getrennten Zügen Wallensteins Stellungen an der Elbe angriffen, fand der

<sup>1)</sup> Diese Ziffern in dem von Nethersole (an Roe, Mai 18. Roe S. 513) benutzten Bericht. Die angegebene Ziffer der Infanterie auch in Mansfelds Schreiben vom 26. und 28. April (Tadra S. 342 Anm.; Dpel II S. 455 Anm. 1). Wallenstein berechnet am 9. März Mansfelds Kavallerie auf 2000 Mann (Tadra S. 332). Abbringen wollte am 21. April 30 Infanteriefähnlein und 20 Kavalleriefornets gezählt haben, dazu: *il resto viene marciando.* (Hallwich Abringen S. 161.)

kaiserliche General seine volle Thatkraft wieder und daneben jene stürmische Raschheit der Bewegung, mit der er in der Zeit der Not seine Kräfte zu wuchtigem Schlage heranzuziehen verstand. Am 10. April hatte er den Obersten Fuchs zurückgeschlagen, vierzehn Tage später hatte er auf den Hülfesruf des in den Elbschanzen schwer bedrängten Obersten Aldringen sieben Infanterie- und fünf Kavallerieregimenter vereinigt, auch sie nichts weniger wie vollzählig, aber doch eine starke Uebermacht bildend; und zur Führung dieser Streitkräfte eilte er selber herbei. Wie nun am 25. April Mansfeld seinen tollkühnen Angriff mit einem Sturm gegen den rechten Flügel der kaiserlichen Armee, der sich von dem Brückenkopf nach einem nahe gelegenen Gehölz hinzog, begann, war es der erste Erfolg von Wallensteins umsichtigen Anordnungen, daß der Feind zurückgeworfen wurde; als sich dann die Mansfeldische Armee auf dem Wege nach Zerbst zurückzog und sich dem nachdrängenden Gegner zum zweitenmal stellen mußte, verlief der zweite Akt der Schlacht, indem die ins Vordertreffen gestellte Kavallerie Mansfelds beim ersten Ansturm auseinander stob, dann das Fußvolk unter zweimaligem Angriff völlig zersprengt wurde. Nach den geringsten Angaben gingen von den Fußtruppen 1500 Mann verloren, während 2500 Mann sich später als waffenlose Flüchtlinge wieder zusammenfanden.

Wie bei den vorausgehenden Schlachten des großen Krieges, so hatte es übrigens auch diesmal bei der in dem Zusammentreffen selbst erfolgten Niederlage sein Bewenden. Der Rückzug Mansfelds wurde weiter nicht gestört, und wie vor drei Jahren in Ostfriesland, so fanden jetzt er sowohl, wie der General Fuchs in der eigenmächtig besetzten Mittel- und Altmark ihr weiteres Unterkommen: Fuchs schlug sein Hauptquartier in Tangermünde, Mansfeld in Havelberg auf. Einstweilen jedoch war von drei Vorstößen, die Christian IV. veranlaßt hatte, dieser dritte am gründlichsten mißlungen, und die Kraft Mansfelds auf einige Zeit lahm gelegt.

Um schließlich noch den üblen Ausgang all dieser Unternehmungen zu besiegeln, wurde einen Monat später Christian von Halberstadt aufs Krankenlager geworfen, und am 16. Juni in seinem 27. Lebensjahre vom Tod ereilt. So wüßt und unbesonnen der junge Fürst auch sein mochte, unter den schwachen Köpfen und schlaffen Händen, denen im allgemeinen der Krieg anvertraut war, hatte er als eine zur That drängende Kraft gewirkt. Sein Tod war daher ein Verlust gleich dem einer verlorenen Schlacht.

Die nächste Folge so vieler Fehlschläge war nun, daß Christian IV. aus der Unschlüssigkeit, wohin er sich persönlich mit seiner Hauptarmee wenden sollte, trotz der voranschreitenden Jahreszeit nicht herauskam, daß dagegen die katholischen Feldherren die Zeit einer kräftigen Offensive für gekommen erachteten. Den Vortritt übernahm Tilly. An den Säumen des von ihm besetzten Bieredts zwischen Weser und Leine waren noch unbezungen die drei zum Herzogtum Calenberg, also zu Friedrich Ulrichs Herrschaften, gehörigen Städte Münden, Göttingen und Nordheim. Am 6. Juni nun, zur Zeit da der Herzog Christian schon aufs Krankenlager geworfen war, erschien Tilly mit einem stattlichen Heer vor der erstgenannten Stadt. Nach dreitägigem Beschießen und Stürmen wurde sie in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni unter heißen Straßenkämpfen mit

Soldaten und Bürgern erobert und dem in solchen Fällen unvermeidlichen Schicksal der Plünderung und des gräßlichen Niedermachens der Soldaten und Bürger preisgegeben. Im Besitze Mündens, wandte sich dann der Ligageneral zunächst rückwärts, nach Hessen-Cassel, zur Abrechnung mit dem Landgrafen Moritz. Mit einem schon im voraus, am 1. April, ausgestellten, auf die Entwaffnung des Landgrafen gerichteten kaiserlichen Auftrag versehen, veranlaßte er eine Versammlung der Landstände und setzte hier den alten Landgrafen einem dreifachen Ansturm aus: er selber verlangte Niederlegung der Regierung und Aufnahme einer kaiserlichen Garnison in Cassel; die von ihm ermutigte, kaiserlich gesinnte Ritterschaft forderte Entfernung und Bestrafung der die Politik des Landgrafen verantwortenden Räte, besonders des Kanzleidirektors Wolfgang Günther, die Städte endlich, die im Grunde die Haltung des Landesfürsten billigten, kamen mit angst erfüllten Warnungen vor einem aussichtslosen Kampf mit der Uebermacht. Aber in dieser Bedrängnis, da es nicht zu handeln, sondern Grundsätze zu vertreten galt, bewährte doch der Landgraf eine großartige Festigkeit, und so viel setzte er am Ende durch, daß sich Tilly statt thatsächlicher Einräumungen mit einem streng bindenden Revers (19. Juli) begnügte. Der Landgraf mußte darin auf alle dem Kaiser feindseligen auswärtigen Korrespondenzen verzichten; er mußte versprechen, sich mit seiner Ritterschaft nach Maßgabe der kaiserlichen Anordnungen zu verfühnen, er mußte sich endlich verpflichten, in die Landesfestungen keine fremden Truppen aufzunehmen, sein Land den Widersachern des Kaisers zu schließen und es den kaiserlichen Truppen zu Durchzug und Einquartierung zu öffnen.

Politisch wie militärisch war dadurch der Landgraf dem Kaiser dienstbar gemacht. Aber die Abrechnung mit ihm war noch nicht beendet. Als ein weiteres Mittel, ihn zu bedrängen, benutzte man jene von dem Marburger Erbstreite übrige Schuldforderung des Darmstädter Betters (S. 191), und von diesem Grunde aus erging am 21. April 1626 ein Vollstreckungsbefehl des Reichshofrats, durch welchen der Kurfürst von Köln, als Hauptkommissar, beauftragt wurde, eine dem Darmstädter Landgrafen fürs erste zuerkannte Forderung von rund 1357 000 Gulden einzutreiben. Von Bezahlung einer solchen Summe konnte natürlich keine Rede sein, aber daraufhin erkannte nun die Kommission dem unerbittlichen Gläubiger den größten Teil von Moritz' Landen an Pfandes Statt zu, und ohne langes Zögern erfolgten mit Hilfe spanischer, kaiserlicher und ligistischer Truppen die ersten Maßregeln der Execution. Das hessen-casselsche Land geriet jetzt in eine Krisis, aus der es nur eine Rettung gab, daß nämlich die unverföhlich verfeindeten Bettern, Moritz und Ludwig, vom Schauplatz abtraten. Wirklich trat aber auch diese Wendung ein, da Ludwig am 6. August 1626 vom Tod ereilt wurde, dann, sieben Monate später, der Landgraf Moritz, in Anerkennung der Unmöglichkeit, seinen triumphierenden Feinden gegenüber die Regierung länger zu führen, am 27. März 1627 zu Gunsten seines ältesten Sohnes Wilhelm abdankte. Zwischen den neuen Regenten, Landgraf Wilhelm und dem Darmstädter Georg II., kam nun am 4. Oktober 1627 ein Vergleich zu stande, vermöge dessen die Darmstädter Nachforderungen durch Abtretung der niederen Grafschaft Ragenellenbogen mit der

wichtigen Festung Rheinfels und des Amtes Schmalkalden abgekauft wurden. Aber wie bedrängt war fortan die Lage von Moriz' Nachfolger! Das Land war mit Schulden überladen und von innerem Zwist zerrissen; und daß der neue Regent auch noch den aus der zweiten Ehe seines Vaters hervorgegangenen Söhnen ein Viertel des Fürstentums abtreten mußte, nur unter Bewahrung der obersten Hoheitsrechte, daß ferner sein starrer Vater gegen die nach der Abdankung unvermeidlichen Auseinandersetzungen alsbald wieder Einspruch erhob, und dadurch die fürstliche Familie mit häßlichem Zwiespalt erfüllt wurde, vollendete die Ohnmacht der Casseler Regierung. Einstweilen hatte in dem langen Streit der beiden hessischen Linien die zum Kaiser haltende den vollen Sieg errungen.

Während jedoch diese lange Abrechnung sich hinzog, wurde natürlich die von Tilly begonnene und gegen das Calenberger Land gerichtete Offensive nicht eingestellt. Wie der Sigageneral nach der Einnahme Mündens seine Streitkräfte einerseits gegen Cassel wandte, daneben auch durch Anholt die Säuberung des Stiftes Osnabrück von den dänischen Besatzungen erfolgreich beginnen ließ, so bereitete er zugleich nach der andern Seite die Belagerung Göttingens vor. Aber da trat mit viel großartigeren Plänen der General Wallenstein an ihn heran.

Als die kaiserliche Regierung ihren neu ernannten General in den niedersächsischen Kreis ausandte, hatten Vorkämpfer der kirchlichen Interessen den Gewinn der Stifter Magdeburg und Halberstadt vor allem ins Auge gefaßt. Weit über dieses Ziel hinaus strebten jedoch andere Staatsmänner, denen der Kaiser seinen Beifall schenkte. Als ob sie von den in die Ferne schweifenden Entwürfen eines Mansfeld und Bethlen angeeifert wären, erblickten diese Männer die würdige Aufgabe der kaiserlichen Armee in einem stürmischen Anmarsch gegen das Herzogtum Holstein, in der Heimsuchung des dänischen Königs in seinen eigenen Landen.<sup>1)</sup> Bei ihnen erregte die methodisch-langsame Kriegsführung Wallensteins eine Ungebuld, die in dem Maße wuchs, als das Frühjahr, und damit die Frage nach dem Feldzugsplan des Sommers, herankam, und vollends, als nach dem Sieg bei der Dessauer Brücke das Feld für größere Unternehmungen frei zu werden schien.<sup>2)</sup> Eine Zeitlang setzte Wallenstein den Drängern noch schwere Bedenken entgegen; aber wie nun die Regimenter, die er neu hatte werben lassen, allmählich anzogen — so im Mai und Juni zwei wallonische Infanterieregimenter und ein Kavallerieregiment, welche der Lütticher Freiherr Johann von Merode heranzuführte, und ein starkes Reiterregiment der schrecklichen Kroaten, welche der Graf Serin befehligte — als gleichzeitig in der feindlichen Armee die Kraft der Offensive mehr und mehr zu versagen schien, ging er auf die kaiserlichen Wünsche ein. Im Monat Juni führte er mit Tilly durch den an ihn geschickten Obersten Colloredo, mit dem kaiserlichen Hof durch

<sup>1)</sup> Ferdinand II. an Wallenstein, 1625 September 10. (Opel II S. 307.)

<sup>2)</sup> Sendung Duestenbergs an Wallenstein (reicht zurück auf 1626 April 29) mit der Frage, was „ihigen Fröling vorzunehmen“. (Tabra S. 347 Anm.) Wenige Tage nach den Konferenzen mit ihm spricht Wallenstein von Holstein als dem bekannten Ziel des vorstehenden Feldzugs. (An Harrach, Mai 5. S. 353. Vgl. Wallensteins Instruktion an Kursachsen, Mai 5. S. 351 Anm.)



den von dort ihm gesandten Grafen Trautmannsdorf Unterhandlungen, deren Gegenstand war: Zusammenwirken der Streitkräfte Tillys und Wallensteins zu einem die Elbe abwärts gegen Holstein gerichteten Angriff.

Leicht war indes die Verständigung mit dem Ligageneral nicht. Von dem Tage ab, da Maximilian von Baiern erfuhr, daß der Kaiser seinem neu ernannten General den niederländischen Kreis als Operationsfeld angewiesen und ihn also dem General Tilly in voller Unabhängigkeit zur Seite gesetzt habe, sah er in seinem reizbaren Selbstgefühl eine Wiederholung der Zwistigkeiten voraus, die in dem böhmischen Krieg zwischen ihm und Buquoy ausgebrochen waren (S. 100).<sup>1)</sup> Und es dauerte auch nur wenige Wochen nach Wallensteins Einbruch in den Kreis, bis diese Voraussetzungen sich bestätigten. Eine erste Reihe von Zwistigkeiten ging zwischen Wallenstein und Tilly auf, indem jeder dem anderen die Weigerung der nötigen Unterstützung gegen den für überlegen gehaltenen Feind schuld gab; ein zweiter Streit erhob sich, als der Anspruch auf den Vortritt, den Tillys Abgeordnete bei den Braunschweiger Friedensverhandlungen erhoben, von Wallenstein erfolgreich zurückgewiesen wurde; eine dritte Reihe von Beschwerden, welche an Umfang und Heftigkeit schließlich alle anderen übertreffen sollten, entsprang aus den das Reich in immer weiteren Kreisen ergreifenden Verbungen Wallensteins. Da wurden seit dem Frühjahr 1626 die Sammelplätze für Merode und den Herzog von Lüneburg in der Wetterau und Hessen, für Franz Albert von Lauenburg und Carfilus von Pallant im schwäbischen Kreise angewiesen. So schlimm wie dauernde Einquartierung waren solche für die erste Sammlung der Söldner erforderliche Verfügungen über fremdes Gebiet und die sich daran schließenden Durchzüge nach dem eigentlichen Kriegsschauplatz anfangs nicht; aber auch in den Sammelplätzen schritt man von unbezahlten Proviantlieferungen, Räubereien der Soldaten und Erpressungen der Offiziere bald zur förmlichen Auflage von Kontributionen fort, wie denn Merode, als er sich über Erfurt dem Wallensteinschen Hauptquartier näherte, dieser kurmainzischen Stadt eine Kontribution von 50 000 Reichsthalern abzwang. Natürlich sah sich der kaiserliche Hof darüber mit einem wachsenden Beschwerdesturm bedrängt, und zwar nicht bloß von seiten kleiner protestantischer Stände, sondern auch von Mitgliedern des katholischen Bundes, wie den Erzbischöfen von Mainz und Trier und den Bischöfen von Würzburg und Bamberg. Im Munde der katholischen Verbündeten, zumal da Maximilian von Baiern auch sofort als ihr Fürsprecher auftrat, gewannen aber solche Klagen eine für den Kaiser höchst bedenkliche Tragweite: im Vollgefühl der bisherigen Abhängigkeit des Kaisers von ihrer Unterstützung und der Dankeschuld, die er auf sich geladen hatte, waren sie sich des Willens sowohl, wie der Kraft bewußt, einer derartigen Ausbeutung zu widerstehen. In aufwallender Erbitterung wagte Maximilian schon auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß die Liga sich von der Verfechtung der kaiserlichen Sache zurückziehen könne.

Alle diese Zwistigkeiten traten der Verbindung von Wallensteins und

<sup>1)</sup> An seine sofort dem Kaiser gemachten Vorstellungen erinnert er 1625 Dez. 19. *Histor. Zeitschrift* Bd. 90 S. 202.)

Tillys Streitkräften in den Weg. Verstärkt wurden sie noch durch die Verschiedenheit der strategischen Berechnungen. Tilly hatte vor allem die defensive Aufgabe, die katholischen Stiftslande — in erster Linie die des westfälischen, in zweiter die des fränkischen Kreises — gegen einen Durchbruch der dänischen Truppen zu decken; soweit er offensiv vorzugehen wagte, wollte er sich langsam, unter Wegnahme aller starken Plätze, von der Weserlinie aus vorschieben. Der Plan eines die Elbe abwärts gehenden Vormarsches mußte ihm da als eine leichtfertige Preisgabe seiner Basis erscheinen.

Aber trotz alledem schien im Juni 1626, als Wallenstein mit seinem kühnen Plan an Tilly herantrat, der Zwiespalt dem Gefühl der Zusammengehörigkeit zu weichen, und ein Einvernehmen über die große Offensive zu stande kommen zu wollen. Der Grund dieser Wendung lag vorzugsweise an Hoffnungen, welche durch Spanien erweckt wurden.

Die mächtige Einwirkung, welche Spanien in den Jahren 1620—22 auf den Gang des deutschen Krieges ausgeübt hatte, war seit der zweiten Hälfte des Jahres 1622 beinahe völlig zurückgetreten. Nur als Wachmannschaften lagen noch einige spanische Truppenteile in der linksrheinischen Pfalz, der Wetterau und am Niederrhein. Aber wie nun das neue Kriegswetter heraufzog, seit Anfang des Jahres 1625, richtete der Kaiser seine Bemühungen darauf, die spanischen Streitkräfte auch auf deutschen Kriegsschauplätzen wieder in Thätigkeit zu setzen, und als Mittel hierzu erstrebte er, wie schon bemerkt (S. 296), die Gründung eines zwischen Oesterreich, Spanien und der Liga zu schließenden, festen Bündnisses. Diesen Anregungen kam wieder eine zum Teil verwandte, zum Teil aber weit abführende Strömung der spanischen Politik entgegen. Die Staatsleiter Philipps IV. waren nämlich bereit zu einer Verbindung ihrer Waffen mit denen des Kaisers und der Liga —, aber sie hatten eine sehr ernste und sehr dringende Gegenforderung zu stellen: man sollte von Deutschland her ihren Krieg gegen die Generalstaaten unterstützen, und zwar in einer ganz besonderen Richtung, welche sie eben diesem Krieg zu geben im Werke waren.

Es war damals, angeichts des mächtigen Emporsteigens der niederländischen Seemacht, im spanischen Staatsrat unter eingehenden Erwägungen<sup>1)</sup> der Gedanke durchgedrungen, daß im Fortgang des spanisch-niederländischen Krieges die Offensive vorzugsweise auf die See zu verlegen sei und hier nicht bloß gegen die feindlichen Kriegsschiffe, sondern vor allem gegen den niederländischen Handel gerichtet werden müsse. Zur Ausführung dieses Gedankens faßte man dreierlei ins Auge: einmal, man gedachte den Handel zwischen Spanien, den spanischen Niederlanden und den deutschen Hansestädten den Angehörigen dieser Staaten ausschließlich vorzubehalten und also vornehmlich die Holländer, mochten sie unmittelbar oder durch vorgeschobene Personen Anteil an dem Verkehr suchen, auszustoßen; sodann es sollten die Handelsleute der drei Staatsgebiete sich in drei Genossenschaften mit kriegerischer Organisation

<sup>1)</sup> Duro, armada española IV S. 64. Für die Entwicklung dieser maritimen Projekte bis 1628 verweise ich auf D. Schmitz, Die Versuche Philipps IV. von Spanien und Kaiser Ferdinands II. zur Gründung einer Seemacht in der Ost- und Nordsee. Bonner Doktordissertation 1903.

zusammenschließen, um mit besonderen Kriegsschiffen sowohl die Kauffahrer zu geleiten, als den in den monopolisierten Handel sich Eindrängenden, zunächst immer den Holländern, Schiffe und Waren abzufangen; drittens endlich, es sollten in Deutschland Küstenplätze im Namen des Kaisers besetzt werden, damit von dort nicht nur die Aus- und Einfahrt im Sinne jenes Monopols überwacht, sondern auch mittelst daselbst stationierter Schiffe die bezeichneten kriegerischen Aufgaben wahrgenommen würden. Eine vom deutschen Gesichtspunkt vor allem bedenkliche Seite dieser Pläne war es, daß ihre Ausführung die Beteiligten, also auch die Hanse und den Kaiser, in den Krieg gegen die Generalstaaten treiben mußte. Aber weit entfernt, diese Konsequenz zu verhüllen, suchte Spanien sie vielmehr zu beschleunigen, indem es vom Kaiser ein Vorgehen gegen die niederländische Republik begehrte, das mit der Aufforderung zur Entfernung ihrer Besatzungen aus dem Reich beginnen und zur Verhängung einer Handelsperre fortschreiten sollte.

Am 26. April 1625 wurden von dem aus Spanien zurückkehrenden Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg diese Pläne dem Kaiser eröffnet. Es war die Zeit, da man am kaiserlichen Hof damit umging, eine Armee ins Reich zu schicken, die den Kaiser nichts kosten sollte. Und als ob man nun in die Stimmung des Glückspielers hineingeraten wäre, nahmen alsbald der Fürst Eggenberg und der Kaiser auch diesen Vorschlag an, — nur mit dem Vorbehalt, daß die Kosten und Mühen der Ausführung den beteiligten Parteien, die Autorisation aber und die oberste Leitung der Streitkräfte, welche zu Land deutsche Seeplätze besetzen und zur See aus hanseatischen Schiffen gebildet werden sollten, dem Kaiser zufallen müsse. In diesem Sinne gedachte der kaiserliche Hof die Verhandlungen über den Dreibund und über das Seeprojekt zu verbinden.

Aber es handelte sich darum, jetzt noch den dritten Teilnehmer zu gewinnen, den man in Wien in Aussicht genommen hatte, den Kurfürsten Maximilian von Baiern. Hier jedoch waren den beiden Mächten die Enttäuschungen vorbehalten, die aus einer ebenso unabhängigen, wie unabänderlichen Politik hervorgingen. Maximilian, der nie etwas vergaß, hatte aus dem Widerstand, den Spanien seinem Erwerb der pfälzischen Kur entgegengesetzt hatte, den Schluß gezogen, daß diese Macht auch fernerhin bereit sein werde, seine pfälzischen Erwerbungen als Preis eines vorteilhaften Friedens mit ihren und des Kaisers Feinden hinzugeben. Und voll Erbitterung über diese Mißachtung seines Vorteils und mit geringem Vertrauen auf den Rückhalt beim Kaiser, sah er sich zeitig nach einem anderen Schutze um. Seit dem Herbst des Jahres 1622 trat er, indem er sich zuerst wieder eines Kapuziners, des ehrgeizigen und vielgeschäftigen Valeriano Magni (S. 218), als Vermittlers bediente, in eine Reihe von Unterhandlungen mit Frankreich ein. Was beide Mächte zusammenführte, war die Gemeinsamkeit des Bekenntnisses und das Bestreben, ihre Interessen gegen Spaniens Eingriffe sicher zu stellen; aber einer wirklichen Verständigung zwischen ihnen standen doch unüberwindliche Gegensätze im Wege. Frankreich suchte Baiern in eine Verbindung zu locken, die feindlich gegen Spanien und den Kaiser gerichtet sein sollte: Maximilian dagegen erstrebte beiden Mächten gegenüber Selbständigkeit, aber keinen Bruch; umge-

fehrt erwartete Maximilian von Frankreich Schutz der Liga im allgemeinen und seiner bairischen Kur im besonderen: Frankreich dagegen konnte diesen Schutz oder auch nur einen dem bairischen Kurfürsten annehmbaren Ausgleich — etwa Rückkehr der Kur nach Maximilians Tod an Friedrichs V. ältesten Sohn unter der Bedingung, daß er sich durch Uebertritt zur katholischen Kirche und Heirat einer bairischen Prinzessin mit dem bairischen Haus verbinde — nicht unbedingt, bis zum Bruch mit seinen antiösterreichischen Verbündeten, versprechen. So führten diese Verhandlungen, deren Windungen im einzelnen zu verfolgen, sich hier nicht verlohnt, zu keiner festen Vereinbarung, aber ein mittelbares Ergebnis derselben trat eben bei diesen neuen Entwürfen der österreichischen Politik hervor: Maximilian hatte, je mehr er zugleich nach Frankreich ausschaute, um so weniger Neigung, durch Annahme des vom Kaiser vorgeschlagenen Bündnisses neue Verpflichtungen gegen Spanien und Oesterreich zu übernehmen; und vollends jene auf die See gerichteten Projekte, die ihm übrigens zu Anfang nicht mitgeteilt wurden, ließen ihn ganz kalt.

Nicht jedoch als ob nun Maximilian den kaiserlichen und spanischen Vorschlägen gegenüber sich auf einfache Ablehnung beschränkt hätte. Auch er hatte seine Forderungen zu stellen; aber dieselben gingen nur auf den unmittelbar vorliegenden Krieg mit Dänemark und seinen Helfern. In der sich bei ihm immer mehr befestigenden Ueberzeugung, daß Tilly seinen Gegnern nicht gewachsen, und Wallensteins Mitwirkung weder genügend noch zuverlässig sei, forderte er mit wachsender Dringlichkeit ein starkes spanisches Truppencorps zur Verstärkung des Ligaheeres.

Die Folge einer solchen Verschiedenheit der Absichten war, daß sich die vom Kaiser angeregten Verhandlungen langsam hinschleppten, und daß, als endlich im Mai 1626 eine Besprechung zwischen den Vertretern der drei Mächte in Brüssel eröffnet wurde, das erste der aufgestellten Projekte, nämlich das des Dreibundes, von vornherein aussichtslos war. Es wurde vollends aussichtslos, da die spanischen Bevollmächtigten, statt die auf den Eintritt der Verbündeten in den niederländischen Krieg gerichtete Bedingung vorsichtig zu verschleiern, sie vielmehr durch die Forderung der Achtung der Generalstaaten verschärften und dann noch das ungeheuerliche Ansinnen hinzufügten, daß ihrem König, um seine Stellung im Reich zu verstärken und ihm für künftige Friedensverhandlungen einen kostbaren Tauschwert in die Hand zu geben, die ganze Rheinpfalz zur einstweiligen Besetzung eingeräumt, der Herzog von Baiern also von den rechtsrheinischen Teilen dieses Landes auf die Oberpfalz zurückgewiesen werden sollte. Das waren Forderungen, vor denen doch auch der Kaiser erschrak. Die Folge ihrer Aufstellung war, daß dank dem heftigen Drängen des bairischen Herzogs ernstlich nur die zweite Frage des spanischen Zuzugs zur Ligaarmee in Betracht gezogen wurde. Hier nun ließ sich die spanische Regierung, oder in ihrem Namen die Infantin Isabella, in der Furcht vor einem ihre eigene Macht gefährdenden Vordringen des dänischen Heeres wirklich zur Unterhandlung über die Sendung eines Hülfscorps, das sie auf 6000 Mann zu Fuß und 1800 Reiter ansetzte, herbei, schickte auch zur rascheren Verständigung über die gemeinsame Kriegführung noch einen besonderen Abgeordneten an Wallenstein und Tilly —

ein Schritt, der alsbald die Nebenwirkung hatte, daß nunmehr Tilly dem Wallensteinschen Gedanken einer raschen Offensive zugänglich wurde.

Zu Besprechungen über den spanischen Zuzug, die also den Brüsseler Konferenzen parallel gingen, kamen demgemäß Tilly, Wallenstein und jener spanische Bevollmächtigte — es war de la Motrie, Kommandant von Maastricht — am 30. Juni in Duderstadt zusammen, und zu Anfang schien es, als ob die Beratungen der Kriegsmänner rascher zum Ziel führen sollten, als die Unterhandlungen der Staatsmänner. Man wurde einig über den Plan einer großen Angriffsbewegung, welche die Elbe abwärts gegen Holstein und Dänemark gehen sollte, nur daß freilich jede Partei an die Verwirklichung des Planes ihre Bedingungen knüpfte. Tilly und Wallenstein verlangten, daß gegen etwaige Angriffe der westfälischen Bistümer in ihrem Rücken ein zweites spanisches Corps in Wesel bereit gestellt werde; von spanischer Seite dagegen benutzte man gerade diese Verhandlungen, um das maritime Projekt auf die Tagesordnung zu setzen, d. h. denjenigen Teil desselben, der sich ohne vorherige Verhandlung mit Handelsleuten und Handelsstädten in Angriff nehmen ließ: man verlangte, daß die Befestigung von Küstenplätzen an der Ostsee (zunächst war an Lübeck gedacht) und an den Mündungen der Elbe und Weser mit kaiserlichen Garnisonen als eine alle Teile verpflichtende Aufgabe des Krieges anerkannt, und daß ferner eine Verkehrssperre des Reichs gegen die niederländische Republik verfügt werde.

War über solche Forderungen und Gegenforderungen ein Ausgleich möglich? Zunächst gingen sie an die Brüsseler Konferenz, und von da an die beteiligten Regierungen. Aber noch waren diese in verdrießlichen, nur mäßige Hoffnung eröffnenden Verhandlungen darüber begriffen, als mit einem Male in der kriegerischen Lage ein Umschwung eintrat, der all diesen Plänen die Grundlage entzog. Die feindlichen Mächte hatten die Kraft gefunden, an drei Stellen mit einer ebenso plötzlichen, wie gefährlichen Offensive hervorzubrechen: in Oberösterreich, in den Niederlanden und in Ungarn.

Zunächst in Oberösterreich! Daß gerade hier eine neue Erhebung erfolgen werde, hätte man bei dem scharf durchgreifenden Regiment Maximilians von Baiern, des zeitweiligen Pfandherrn, kaum erwarten können. War doch dem Adel und den Bürgern die Neigung zum Aufstand ausgetrieben, und sah der Kurfürst selber die Lage so weit als gesichert an, daß er im Mai 1626 die im Lande liegenden sieben Fähnlein Fußvolk bis auf zwei oder drei herauszog. Auch der Kaiser glaubte die resignierte Stimmung benutzen zu können, um nunmehr die ungeduldig erharrte (S. 101) Ausrottung des Protestantismus in Angriff zu nehmen. Im Oktober 1624 verfügte er die Auswanderung der protestantischen Prediger und Schulmeister aus Oberösterreich, im Oktober 1625 setzte er bereits allen Einwohnern den 12. April 1626 als Termin für Auswanderung oder Bekenntnis zur katholischen Religion: nur den protestantischen Edelknechten, deren Vorfahren seit fünfzig Jahren der Landschaft angehörten, sollte widerruflich persönliche Gewissensfreiheit ohne Gottesdienst zugestanden werden, doch so, daß sie ihre Kinder nach protestantischem Bekenntnis weder taufen, noch unterrichten, noch trauen lassen durften. Und wirklich auch diesen Schlag schien das Land ruhig über sich ergehen zu lassen. Als einige Wochen

vor dem angeetzten Termin kaiserliche Kommissarien von Stadt zu Stadt reisten, die Bürger vorforderten, um sie nach ihrer Entschlieung zu befragen und die Auswanderung an Bedingungen zu knüpfen, welche den Verlust des halben Vermögens bedeuteten, erlebte man es, daß im Lauf einiger Wochen die der Hauptmasse nach protestantischen Bürgerschaften den äußeren Schein des katholischen Bekenntnisses annahmen, während der Adel sich mit der ihm einstweilen gewährten Nachsicht zufrieden gab. Nur die Bauern waren noch übrig, und auch deren Troß schien zu schwinden: im April lieferten sie auf Verlangen der Regierung ihre Waffen ab, im Juni darauf sollte ihnen gegenüber die Ausführung des Oktoberediktes von 1625 ins Werk gesetzt werden. Aber da mußte man wenige Wochen vor diesem letzten Termin erproben, was man schon einmal im Jahr 1595 (II 105) erprobt hatte, nämlich die todesmutige Widerstandskraft der Bauern und den lebendigen, eine rasche Organisation hervortreibenden Zusammenhang aller Bauerngemeinden des Landes.

Seit dem Beginn der bairischen Pfandherrschaft hatten die Bauern einen steigenden Druck mit steigender Erbitterung getragen: die Unterhaltungskosten und die Ausschreitungen der einquartierten Truppen, die hohen Stolgebühren, welche der verhasste katholische Pfarrer auch von den Protestanten seines Sprengels forderte, endlich den Vernichtungskampf gegen die protestantische Religion, der von einzelnen Vorstößen katholischer Grundherren und der fürstlichen Kammergutsverwaltung zu jenen äußersten Erlassen fortgeschritten war. Zu all diesen Herausforderungen gesellte sich bei ihnen dann noch eine Empfindung, welche den gewaltsamen Ausbruch schließlich unabwendbar machte: das war der Haß gegen die bairische Fremdherrschaft. In ihr sahen die Bauern den Grund ihrer Leiden, nur gegen sie wollten sie aufstehen, und so groß war ihre Selbsttäuschung, daß sie auch die vom Kaiser angeordnete Religionsverfolgung den Baiern schuld gaben und vom Kaiser Abhilfe erhofften.

So geschah es denn, daß sich in den Tagen, da die Bauern ihre Waffen abgaben, eine Verschwörung über eine Anzahl von Gemeinden des Mühl- und Hausruckviertels ausbreitete, es geschah weiter, daß am 17. Mai, vierzehn Tage vor dem für die Erhebung von den Führern der Verschworenen angeetzten Termin, in dem Ort Lembach im Mühlviertel die erhitzten Bauern auf einen geringfügigen Anlaß gegen ein Häuflein bairischer Truppen losbrachen, worauf noch am selben Tag auf dem gegenüberliegenden Donauufer die Bauern des Klosters St. Agatha aufstanden. Wenige Tage darauf hatten sich Tausende von Bauern in den benachbarten Gemeinden zusammengerottet, und der bairische Statthalter Herbersdorf sah die Gefahr so ernsthaft an, daß er von Linz mit allen verfügbaren Truppen, 1000 Fußsoldaten und 100 Reitern, am 20. Mai gegen die Empörer auszog. Als er aber am folgenden Tag sich dem Markt Peuerbach näherte, wurde er aus verdeckter und erhöhter Stellung von einer überlegenen Bauernschar angegriffen und in wütendem Kampfe, bei dem ihm mehr als die Hälfte seiner Soldaten getötet wurden, in die Flucht geschlagen. Wie nun nach dieser Probe der Kraft die gesammelten Haufen das Land durchzogen, ihnen voran die „Ansauger“, welche die Bauern von Gemeinde zu Gemeinde aufboten, wie dann die Losung erging, die bairische Herrschaft abzu-

schütteln und die bairischen Söldner tot zu schlagen, die katholischen Pfarrer gefangen zu nehmen und ihre Höfe zu plündern, die Klöster zu schweren Lieferungen anzuhalten, die Städte zu nötigen, ihre Thore den bäuerlichen Kriegsscharen zu öffnen und sich eidlich zum Zusammenstehen mit ihnen zu verpflichten, da erfaßte der Aufstand im Laufe von sechs Wochen das gesamte Land; neben der Bauernschaft wurden alle Städte, mit Ausnahme von Linz und Enns, daneben auch einige Edelleute zum Anschlusse genötigt.

Völlig überrascht durch dieses Unwetter, fanden sich der Kaiser und Kurfürst Maximilian zunächst in schwerer Verlegenheit. Wohl waren sie von vornherein entschlossen, keine tiefgehenden Zugeständnisse, vor allem nicht bezüglich der Religion, zu machen, und wohl durften sie darauf rechnen, daß einem größeren Aufgebot regulärer Truppen die Bauern am Ende unterliegen mußten; aber eben das größere Aufgebot, welches bei den schwierigen von den Bauern trefflich gekannten und benutzten Bodenverhältnissen und vollends bei ihrer schrecklichen Gefechtsart, die einfach darauf ausging, in wütendem Nahkampf tot zu schlagen oder tot geschlagen zu werden, unabweisbar notwendig war, mußte erst zusammengebracht werden, und hierzu bedurfte man der Zeit und neuer Kriegsmittel. Die Zeit gewann man nun, indem man die Bauern durch Ausgleichsverhandlungen hinhielt, aber die Mittel konnte man nur aufstreifen auf Kosten der in Norddeutschland stehenden Heere: Verstärkungen, die für letztere schon bereit waren, vor allem 500 Reiter, welche von Maximilian für Tilly bestimmt und von diesem aufs dringendste verlangt waren, ferner ein starkes Regiment Infanterie, welches der junge Herzog Adolf von Holstein in Hessen und Nassau für Wallenstein gesammelt hatte, wurden nach Oberösterreich herangezogen.

Auf solche Weise übte dieser plötzlich ausgebrochene Krieg theils schon vor jenen in Duderstadt geführten Besprechungen, vollends aber nach ihrer Beendigung, auf die kriegerischen Maßnahmen in Norddeutschland eine ablenkende Wirkung aus. Schon dieses war nachtheilig, noch nachtheiliger aber war es, daß nicht lange nachher auch die spanisch-niederländischen Streitkräfte, auf welche Tilly und Wallenstein hofften, eine noch stärkere Ablenkung erfuhren. Sie entsprang aus einer unerwarteten Wendung in dem niederländischen Krieg.

Fünf Jahre lang war dieser Krieg, soweit er auf dem festen Lande ausgekämpft wurde, von den Generalstaaten ohne rechten Nachdruck geführt; er war für sie durch den Verlust von Jülich und Breda bezeichnet. Nun aber schien gerade das Jahr 1626 größere Anstrengungen und eine erste Wendung des Glücks auf die Seite der Staaten bringen zu sollen. Sie hatten zwei Heere, ein größeres unter Prinz Heinrich Friedrich, ein kleineres unter dem Grafen Ernst Kasimir von Nassau, aufgebracht, und eben in den Tagen, da es sich um die Ausführung der in Duderstadt getroffenen Abreden handelte, gelang es dem Grafen Ernst, die Ergebung Oldenzaals, des vornehmsten jener Plätze, von denen die Spanier die östliche Flanke der Republik bedrohten (S. 226), zu erzwingen (1. August). Die Kunde von diesem Erfolg rief eine wahre Verwirrung in der Brüsseler Regierung hervor. Voller Furcht vor weiteren Fortschritten der begonnenen Offensive, fiel sie auf den einen Gedanken, daß man

alle Kräfte gegen weitere Anschläge, besonders solche, die von der feindlichen Hauptarmee gegen die Umgebung von Antwerpen versucht werden möchten, beisammen halten müsse, — ein Gedanke, der sich nun sofort gegen die in Duderstadt getroffenen Abreden kehrte: der Zuzug nach Deutschland, so hieß es, müsse unterbleiben, bis man gegen die Generalstaaten besser gesichert sei.

Durch diese Erklärung wurde die einzige von den in Brüssel geführten Unterhandlungen, welche Aussicht auf unmittelbaren Erfolg bot, abgeschnitten. Als unmittelbare Folge blieb jetzt in der Seele des Kurfürsten Maximilian nur noch ein verstärktes Mißtrauen und ein wachsender Groll gegen Spanien zurück. Und dennoch war in dem großen Zusammenhang der kriegerischen Aktionen auch diese Ablenkung der katholischen Streitkräfte noch keineswegs die gefährlichste: die schlimmste kam wenige Wochen nach den Duderstädter Abreden von Osten her.

Bethlen Gabor hatte seine mit den Westmächten angeknüpften Verhandlungen (S. 313 ff.), welche nunmehr auf ein doppeltes Ziel gingen: Aufnahme in das im Haag abgeschlossene Bündnis und Bewilligung der für seinen neuen Losbruch gegen den Kaiser geforderten Truppen und Monatssubsidien, seit Juni 1626 bei Dänemark, den Generalstaaten und England fortgeführt; und jetzt endlich, unter den wachsenden Kriegsnöten, schienen die Schwierigkeiten, welche die drei Mächte seinen Forderungen entgegengesetzt hatten, gegenüber den augenscheinlichen Vorteilen seiner Mitwirkung, sich wenigstens teilweise heben zu sollen. Der dänische König sah damals, wie Mansfeld ungebrochenen Mutes an der Arbeit war, seine geschlagenen Truppen zu ergänzen, und dabei neben andern Projekten auch wieder den verwegenen Gedanken eines Zuges gegen Schlesien und Böhmen ins Auge faßte. Indem er nun hier den Abenteurer beim Worte faßte, glaubte er das Mittel für ein fruchtbares Zusammenwirken mit Bethlen gefunden zu haben: ohne weiteres erklärte er am 11. Juni dem siebenbürgischen Agenten, daß Mansfeld dem Fürsten mit einem Truppencorps nach Schlesien entgegengehen solle, und daß der dänische Anteil an den geforderten Monatsgeldern (10 000 Reichsthaler) für drei Monate gezahlt werden solle.<sup>1)</sup> Sechs Monate später errang dann derselbe Agent — es war wieder Duad von Wickrad — auch einen Bescheid König Karls I.: Bethlen sollte in den Haager Bund aufgenommen werden und dabei die Verpflichtung übernehmen, mit 15 000 Mann dem Kaiser in den Rücken zu fallen; das von den Verbündeten ihm zu sendende Corps wurde auf 12 000 Mann gesetzt, und von den Subsidien versprach England einen vollen Monatsbetrag auf Rechnung aller Verbündeten vorzuschießen.<sup>2)</sup>

Allerdings unter diesen Verhandlungen ging das Jahr 1626 zu Ende, und als das neue Jahr anbrach, war noch kein Pfennig der also versprochenen

<sup>1)</sup> Der Betrag wurde dann bei den Generalstaaten vorstufweise erwirkt. (Camerarius, 1626 Juli 24. Schybergson, Sveriges etc. S. 408.) Anweisungen an den staatlichen Gesandten in Konstantinopel. (Noe, 1626 Dez. 30. Negociations S. 585.)

<sup>2)</sup> Vorstuf von 10 000 Pfund gleich 40 000 Philippsthalern (also etwas mehr als 40 000 Reichsthaler, aber lange keine 70 000 Reichsthaler, wie Oppl, III S. 86, meint), zu erlegen im Juni 1627. (Rusdorf II S. 305 fg. Noe, S. 580.)



Hilfsgelder in Bethlens Hände gekommen. Aber nun waren es die aus den eigenen Projekten und der wild bewegten Zeit hervorgehenden Erregungen, welche sowohl Bethlen, wie Christian über die Vorbedingungen hinweg zur raschen That drängten. Den ersten Schritt that Christian. Am 16. Juni traf er die förmliche Anordnung, daß Mansfeld, verstärkt durch eine vom Herzog Johann Ernst von Weimar befehligte Truppenabteilung, nach Schlesien ziehen und eine feste Stellung an der Oder gewinnen sollte: hier habe er Bethlen zu erwarten, um dann unter dessen Oberbefehl einen Angriff gegen des Kaisers Erblande zu unternehmen. Freilich war nun wieder der siebenbürgische Fürst auf einen so raschen Entschluß nicht vorbereitet; aber wie ihm derselbe kund wurde, wie er dann im August in Konstantinopel erfuhr, daß der Pascha von Ofen zur Aufstellung von Truppen angewiesen werde, um ihn, den Fürsten, zwar nicht zu unterstützen, aber gegen einen Vergeltungsangriff zu schützen, da faßte auch er seinen unwiderruflichen Entschluß: den 31. August setzte er als Termin seines Aufbruchs an der Spitze eines Heeres fest, und die ungarische Krone sollte noch einmal der Preis des neuen Waffenganges sein.

Es war allerdings ein verhängnisvoller Mangel, daß von dänischer und siebenbürgischer Seite diese Beschlüsse gefaßt wurden, ohne daß man über das zeitliche Zusammentreffen der beiderseitigen Heerzüge eine genaue Vereinbarung traf. Aber auch regellos ausgeführt, mußte der doppelte Anfall den Kaiser und seinen Feldherrn in die größte Gefahr bringen. Hatte doch Wallenstein, wengleich er zu Anfang des Jahres 1626 einen derartigen Flankenangriff gefürchtet hatte (S. 323), doch seit dem Sieg bei der Dessauer Brücke seine Aufmerksamkeit völlig dem Zug nach dem Norden zugewandt; hatten doch auch der Kaiser und die schlesischen Stände Rüstungen zur Verteidigung Schlesiens, die sie im März 1626 in Angriff genommen, im Mai wieder rückgängig gemacht. In der That wurden denn auch der Kaiser, und vor allem sein Feldherr durch die ersten Maßregeln zur Ausführung jener Pläne schwer erschüttert. Die frühesten Warnungen erhielt Wallenstein seit Ende des Monats Juni; dann aber, am 11. Juli, oder unmittelbar vorher, traf ihn die wohl begründete Nachricht, daß Mansfeld sich zu einem Zuge nach Schlesien aufmache. Wirklich hatten in jenen Tagen er und Weimar gegen 6000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter<sup>1)</sup> zusammengebracht, mit denen sie alsbald ihren Weg mitten durch die widerstandslose Mark Brandenburg einschlugen; schon am 17.—20. Juli zog dies kleine Heer durch die Stadt Frankfurt an der Oder, um nun den Strom aufwärts in das unbeschützte Schlesien einzubrechen. Was dann weiter die Schlag auf Schlag eintreffenden Berichte über den feindlichen Anzug für Wallenstein noch beängstigender machte, war die als selbstverständlich genommene Voraussetzung, daß Bethlen mit Mansfeld zusammenwirken werde, ferner die allerdings falsche Nachricht, daß Gustav Adolf mit einer Armee an der pommerschen Grenze landen wolle.

Die nächste Folge dieser Ueberraschung war, daß nunmehr der mit Tilly

<sup>1)</sup> Nach Mitslaff, 1626 Juli 10. (Gindely, acta historiam Bethleni illustrantia S. 414. Londorp III S. 880.)

zu unternehmende Angriffszug völlig aufgegeben wurde. Kurze Zeit freilich dachte Wallenstein sich mit dem neu hervortretenden Feind noch abfinden zu können, indem er seinen Obersten Pechmann mit einem Reitercorps nach Schlesien absandte; aber schon am 19. Juli war es ihm klar, daß die im Osten heraufziehende Gefahr seine Anwesenheit und die Hauptmasse seiner Truppen erfordere, und demgemäß traf er seine neuen Anordnungen. Eine Abteilung von zwei Infanterie- und drei Kavallerieregimentern nebst sechs Compagnien Kroaten wurde unter dem Befehl des Herzogs von Lüneburg der obersten Führung Tillys unterstellt, zur Verwendung für dessen Sommerfeldzug; zwei weitere Infanterieregimenter wurden in den Garnisonen von Magdeburg, Halberstadt und angrenzenden, besonders auch anhaltischen Gebieten zurückgelassen; der Feldherr selber aber brach am 8. August von Zerbst nach Schlesien auf, gefolgt von sieben Regimentern zu Fuß und 74 Compagnien zu Pferd,<sup>1)</sup> deren Gesamtzahl er auf 14 000 Mann angab. Es war eine rasche Entscheidung, durch welche der Plan einer großen einheitlichen Offensive völlig umgeworfen wurde. Drei Kriege hatte man jetzt in Deutschland nebeneinander: in Niedersachsen, in Oberösterreich und in Schlesien.

Derjenige, der in diesen Kriegen noch einmal einen glänzenden Siegespreis davon trug, war der alte General Tilly. In den Tagen, da der Plan seiner gemeinsamen Offensive mit Wallenstein noch schwebte, hatte er nach der Einnahme Mündens die Belagerung von Göttingen begonnen; und als diese Stadt am 11. August, nachdem jener große Plan vereitelt war, kapituliert hatte, zog er weiter gegen den dritten der Plätze, auf die er es zunächst abgesehen hatte, gegen Nordheim. Aber kaum war er am 15. August vor dieser Stadt angelangt, als er erproben mußte, daß endlich auch Christian IV. aus seiner Unthätigkeit herausgetreten war. Wohl hatte er kurz vorher schon erfahren, daß der König alle nach Mansfelds Abzug verfügbaren Truppen zwischen Wolfenbüttel und Goslar sammelte; allein überrascht wurde er doch, als Christian am 16. August mit einem besonders an Reiterei weit überlegenen Heere plötzlich<sup>2)</sup> vor Nordheim erschien. Vorsichtig wich er vor ihm, die Leine aufwärts, zurück, nahm bei Nörten, zwischen Nordheim im Norden und Göttingen im Süden, eine feste Stellung ein und erwartete hier jene von Wallenstein ihm zur Verfügung gestellten Truppen, die er zu sich entboten hatte. Fast vier Tage nach diesem Zusammentreffen brach auch König Christian auf, um eine Bewegung zu unternehmen, welche in südöstlicher Richtung nach dem

<sup>1)</sup> Nach der Liste bei Tadra S. 424 Anm. Dazu Wallensteins Angaben, Aug. 9. (70 Fähnlein Knechte und 80 Compagnien zu Pferd, nicht völlig 14 000 Mann betragend). A. a. D. S. 418/19. — Von den bei Oppl II S. 553 genannten Regimentern waren die Kavallerieregimenter Marradas, Avandagno, Gonzaga, Coronini, Pechmann, Hebron, Herzog Franz Albert, Scharfenberg, Herzog Heinrich Julius zu dem vorausgeschickten Corps gehörig (Tadra S. 386, 388, 389, 391, 393, 394, 395, 398); bei den Infanterieregimentern fehlt das von Collalto, während das Regiment Nassau doppelt gezählt ist, und ein Regiment Arnim damals noch nicht existierte. — Ueber die von Wallenstein zurückgelassenen Truppen vgl. auch den von D. Schäfer (Neue Heidelberger Jahrb. X S. 29) mitgetheilten Bericht.

<sup>2)</sup> Si subitement. (Tilly an die Infantin, 1626 Aug. 28. Villermont S. 738 der Deutschen Ausgabe.)

Rande des Eichsfeldes und am 24. August auf Duderstadt ging. Seine Absicht war, wie es scheint, die Verbindung zwischen Tilly und den Wallensteinschen Truppen zu hindern. Aber so schlecht hatte er seine Vorkehrungen getroffen, daß an demselben Tag, da er von Nordheim aufbrach, die Wallensteiner, nachdem sie vor Blankenburg am Südrande des Harzes vorbeigezogen waren, die Umgegend von Göttingen und damit die Verbindung mit Tilly gewannen. Und dieser glückliche Zug der katholischen Streitkräfte war es nun, der dem König Christian zum Verderben gereichte.

Am 23. August stand Christian knapp zwei Wegstunden nördlich von Duderstadt; an demselben Tag konnte Tilly, von Göttingen herankommend, seine Armee in ungefähr gleicher Entfernung westlich von Duderstadt aufstellen. Die von Wallenstein gesandten Hülfsstruppen, welche dieser auf 6000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter angegeben hatte, beliefen sich in Wirklichkeit auf 1900 Reiter und 2400 Mann zu Fuß, während Tilly seine eigene Feldarmee drei Monate vorher auf nur 6000 Mann Infanterie und 3000 Reiter berechnet hatte (S. 317), eine Ziffer, die Wallenstein noch Ende Juli für die richtige hielt.<sup>1)</sup> Mag letztere Angabe auch etwas tief gegriffen sein, groß war jedenfalls das Heer, welches Tilly heranzuführen, nicht; man wird annehmen dürfen, daß die dänische Armee, wenn auch die in runden Zahlen gemachten Angaben über ihre Stärke so unzuverlässig, wie fast immer sind, doch an Zahl der ligistischen überlegen war. Aber wie nun Christian am 24. August noch bis Duderstadt vorging, dort aber erfuhr, daß die gesamte katholische Armee ihm in der Flanke stand, schrak er vor der Entscheidung der Waffen zurück; in eiligem Rückzug längs des Westabfalls des Harzes suchte er das schützende Wolfenbüttel wieder zu gewinnen. Jetzt jedoch heftete sich Tilly an seine Fersen, ebenso unerbittlich, wie er vor drei Jahren dem Halberstädter gefolgt war. Schon am 26. brachte sein Vortrupp dem Nachzug des Königs empfindliche Verluste bei, und als sich am 27. August die Dänen vor Tagesanbruch von Seesen aufmachten, war er wiederum so dicht hinter ihnen, daß der König drei Wegstunden weiter, bei Lutter am Barenberg, zur Verteidigung Halt machen mußte.

Hier fand Tilly den Feind in einer Stellung, wie einst die Böhmen auf dem Weißen Berg: seine Regimenter waren auf dem Saum einer mächtigen Anhöhe aufgestellt, und am Fuß derselben zog sich ein Bach mit morastigen Stellen hin. Ihnen gegenüber ordnete Tilly die ligistischen Truppen auf dem rechten, die kaiserlichen auf dem linken Flügel, und da unter mehrstündiger Kanonade die Dänen in ihrer Stellung verharren, entschloß er sich, als der Nachmittag schon gekommen war, zum Angriff. Aber noch nicht lange hatten die ersten Truppenteile die Niederung überschritten und den Abhang zu ersteigen begonnen, als die dänischen Regimenter in wuchtiger Masse auf sie herabstürmten. Es erhob sich jetzt ein wechselvolles Ringen, und nach dem Zeugnisse Tillys war es ein Infanterieregiment, welches im ersten Anprall ungebroschen stand hielt,<sup>2)</sup> es war im weiteren Verlauf des Kampfes die in der Mitte des

<sup>1)</sup> Tabra n. 87 S. 398; n. 89 S. 401, D. Schäfer a. a. D. S. 8.

<sup>2)</sup> Un régiment d'infanterie le soustint; dann: elle (l'infanterie) eust enfin le dessus. (An die Infantin, 1626 Aug. 28. Villermont, Deutsche Ausg. S. 738.) Das Regiment ist Ritter, Deutsche Geschichte 1555–1648. III.

Seeres aufgestellte Infanterie überhaupt, der es vornehmlich zu danken war, daß schließlich der Feind zurückgedrängt, und dann sein Weichen zur wilden Flucht wurde. Lange dauerte das Gefecht nicht; ja wenn die Angaben, daß die eigentliche Schlacht um zwei Uhr begann, und daß König Christian IV., obgleich er erst vom Schlachtfeld enteilte, als alles verloren war, doch noch vor sechs Uhr abends in dem mehr als vier Meilen entfernten Wolfenbüttel anlangte, zutreffend sind, so kann das Treffen, ähnlich wie das auf dem Weißen Berg, kaum zwei Stunden gedauert haben.

Aber in diesen zwei Stunden wurde eine große Wendung in der kriegerischen Lage Norddeutschlands entschieden. Die nächste Folge der Niederlage Christians war die zeitweilige Auflösung seiner Armee. Verloren war sein mitgeführtes Geschütz — 22 Stücke — verloren, teils durch Tod, teils durch Gefangenschaft, war ein großer, wenn nicht der größere Teil seiner Infanterie; ein Glück für ihn war es noch, daß Tilly bei der Erschöpfung der eigenen Armee ihm drei Tage Zeit ließ, um in Wolfenbüttel seine zersprengte Reiterei zu sammeln, mit der er dann am 30. August seinen Rückzug nach der Elbe nahm. Hier schlug er Anfang Oktober sein Hauptquartier in Stade auf und behauptete mit dem Erzstift Bremen das Gebiet von der unteren Elbe bis zur unteren Weser. Aber gleichzeitig sorgten Verhandlungen und Waffen dafür, daß ihm fast alles, was er weiter aufwärts zwischen Elbe und Weser und vollends, was er westlich von letzterem Flusse besetzt hatte, verloren ging.

Die Verhandlungen wurden vom Kaiser in Gang gebracht, und zu ihrer Vorbereitung waren neue Mandate (29. Dezember 1625, 20. Juli 1626) ergangen, die nicht nur denjenigen, welche die vom Kaiser nicht autorisierten oder gar ihm offen feindlichen Truppenwerbungen und Truppenverwendungen selber vornahmten, sondern auch den Ständen, welche solche anordneten, begünstigten oder auch nur in ihren Landen duldeten, die Reichsacht, d. h. das Geschick des pfälzischen Friedrich V., ankündigten. Diesem Ernste beugte sich als erster der erbärmliche Herzog Friedrich Ulrich, der nach seines Bruders, des Halberstädters Christian, Tod die Last der Regierung wieder hatte übernehmen müssen. Bedrängt durch kaiserliche Aufforderungen und durch seine Landstände, welche den Ausgleich mit dem Kaiser verlangten, suchte er bereits drei Wochen vor der Schlacht bei Lutter den Kaiser durch gute Versicherungen zu befriedigen; zwölf Tage nach derselben unterwarf er sich unbedingt, indem er sich gegen Tilly verpflichtete, seine Lande den kaiserfeindlichen Streitkräften nach Möglichkeit zu schließen, dagegen den kaiserlichen Truppen sie zum Durchzug, zur Einquartierung, zur Aufnahme von Besatzungen zu öffnen, ja sich die Hilfe dieser Truppen gefallen zu lassen, um die Dänen zur Räumung seiner Städte zu zwingen. Daneben mußte er — und dies war ein neues Zeichen jener Politik, welche in verdecktem, aber unerbittlichem Fortschreiten die Machtkämpfe der kirchlichen

entweder das von Rainach geführte (vorher Regiment Schmidt, vgl. Heilmann II, 2 S. 892; daher auch, z. B. Schäfer a. a. O. S. 18, der letztere Name gebraucht wird), oder das von Gronsfeld (vorher von Herliberg) geführte (vgl. Schäfer S. 10, 12, 16, 24 Anm. 2) oder auch das Regiment Alt-Tilly (Würzburgisches Regiment), welches die bis zu den bairischen Geschützen vorgebrungenen Dänen aufhielt. (Opel II S. 565.)

Parteien durch Urteile des Reichshofrats und kaiserlicher Kommissionen zu entscheiden suchte — förmlich Gehorsam gegen die kaiserliche Rechtsprechung geloben, ein Gelöbniß, das durch den Vorbehalt des von entgegengesetzter Seite angerufenen Religionsfriedens kaum abgeschwächt wurde.

So schloß sich denn die Wolfenbütteler Linie des Welfenhauses mit der Lüneburger in der Feindschaft gegen Christian IV. wieder zusammen. Fast noch drohender war es für den König, daß um dieselbe Zeit der Abfall seiner nächsten Agnaten begann. Die beiden Gottorfer Herzöge, sowohl Johann Friedrich, dem die Stifter Bremen und Lübeck zugefallen waren, als sein Neffe Friedrich III., der in dem Gottorfer Anteil von Schleswig und Holstein regierte, mögen sich von Anfang an der Politik Christians IV. nur mit Widerstreben gefügt haben, jetzt aber, unter dem unglücklichen Gang des Krieges, erschien auch ihnen das weitere Zusammengehen mit ihm verderblich. So richtete der Administrator schon am 19. August ein Schreiben an Tilly, in dem er seine Beteiligung am Krieg als eine ungewollte darstellte und ohne Umstände zum Einmarsch nach Holstein aufforderte;<sup>1)</sup> und in ähnlichem Sinne warb der Herzog Friedrich in der nächsten Zeit nach der Schlacht bei Lutter am kursächsischen Hof zugleich um die Hand einer Prinzessin und um Friedensvermittlung; im November versicherte auch er, daß er „an allem, so vorgegangen, ganz unschuldig“ sei. Nun konnten freilich die beiden Herzöge sich gegen Christian IV. nicht offen erheben, da dessen Truppen das Stift Bremen und das Herzogtum Holstein beherrschten, aber als der König am 8. Dezember 1626 einen holsteinschen Landtag zu Rendsburg eröffnete, der im März 1627 zu Kiel fortgesetzt wurde und eine ansehnliche Bewilligung zum Zweck der Landesverteidigung machte, fehlte der Herzog Friedrich: er wie sein Oheim enthielten sich fortan der Beteiligung am Kriege.

Wer fand sich jetzt von den Ständen des niederländischen Kreises überhaupt noch auf der Seite des Königs? Unter den geistlichen Fürsten hatte Christian zunächst seinen Sohn Friedrich, als Administrator des Bistums Verden (S. 239), in seiner Gewalt, daneben einen jüngeren, noch unmündigen Sohn, Ulrich, dem im Jahr 1624 das Bistum Schwerin nach dem Tode seines gleichnamigen Oheims (II 420) zugefallen war, endlich den landsflüchtigen Christian Wilhelm von Magdeburg, der in seiner Armee ein Kommando bekleidete. Von weltlichen Ständen harrten nur die beiden Herzöge von Mecklenburg, Adolf Friedrich und Johann Albert, auf seiner Seite aus. An sich hätten freilich auch diese Fürsten nichts mehr gewünscht, als der dänischen Waffenbrüderschaft ledig zu sein und sich mit dem Kaiser auf irgend erträgliche Bedingungen auszugleichen. Aber gerade sie mußten nun erfahren, daß für die protestantischen Reichsstände die Zeit des Ausgleichs vorüber war. Auf der einen Seite legte ihnen im November der König Christian zwei Regimenter ins Land und bestand auf deren Bezahlung; auf der anderen Seite traten ihnen Tilly und der Herzog Christian von Lüneburg mit einer neuen am 29. November erteilten kaiserlichen Kommission entgegen: sie hatten den im Widerstand noch verharrenden Ständen

<sup>1)</sup> Hurter IX S. 491.

ohne weitläufiges Verhandeln die Bedingungen der Rückkehr unter des Kaisers Guld zu stellen, und als solche stellten sie den Herzögen: Aufnahme kaiserlicher Truppen in zehn Plätzen, Gestattung von Durchzug und Quartieren und Unterstützung der Armee mit Rat und That im allgemeinen —, dies alles mit der in den kaiserlichen Mandaten angedrohten Strafe der Acht im Hintergrund. In dieser Bedrängnis zogen die Herzöge am Ende doch die dänischen Forderungen vor; sie öffneten sogar ihre Festung Dömitz einer dänischen Besatzung und nahmen hiermit die vom Kaiser angekündigten Folgen auf sich.

Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen ging Tilly gegen die in den Wolfenbütteler und Lüneburger Landen noch gebliebenen dänischen Besatzungen vor, und er brachte es im Laufe einiger Wochen dahin, daß von bedeutenderen Plätzen an der Weser nur die Stadt Nienburg, weiter zwischen Weser und Elbe das Stift Bremen, sowie Nordheim und Wolfenbüttel in dänischen Händen verblieben. Aber gerade bei diesem Vordringen der katholischen Truppen gegen die Elblinie erhob sich eine neue schwere Frage: sollte man die Altmark in die zu besetzenden Gebiete einziehen oder ausscheiden? Vom militärischen Gesichtspunkte war die Frage leicht zu beantworten: man bedurfte des Landes sowohl zur Deckung des westlich von der Elbe gewonnenen Gebietes, wie zu der ferneren, auf den unteren Lauf und auf die rechte Seite des Stromes angewiesenen Offensive; auch hatte der Landesherr, der Kurfürst von Brandenburg, keinen Anspruch auf Schonung, da seine Lande den dänischen Generalen Fuchs und Mansfeld für ihre kriegerischen Bewegungen offen gestanden hatten. Aber schwieriger erschien die Sache bei politischer Erwägung: am kaiserlichen Hofe wußte man, wie nahe Georg Wilhelm dem Anschluß an die Feinde des Kaisers gewesen, wie ungünstig die Stimmung auch sonst in dem bisher neutralen ober-sächsischen Kreise vielfach war; sollte man nun den Kurfürsten und vielleicht noch andere seiner Nachbarn durch ein gewaltthätiges Vorgehen nachträglich auf die Seite der Feinde treiben? Indes in diesem Schwanken wurde der Entschluß der kaiserlichen Regierung, wie so oft, durch ihren herrischen General vorweggenommen.

Im August 1626 war Herzog Georg von Lüneburg mit seinen beiden für Wallenstein geworbenen Regimentern von Wiesbaden her aufgebrochen, um zunächst mit Tillys Heer zusammenzuwirken. Wie der Oktober zu Ende ging, brach er aber plötzlich in die Altmark ein, und nun ging es hier ganz, wie in den Stiftern Magdeburg und Halberstadt: nicht nur daß die Truppen über Städte und Dörfer in die Quartiere verteilt wurden, auch ihre ganzen Soldforderungen wurden nach der vor einem Jahr für Halberstadt verfaßten „Ordnanz“ den Unterthanen auferlegt. Jeder Versuch, bei Tilly oder dem Kaiser Abhülfe gegen diese furchtbare Besteuerung zu erlangen, scheiterte an der Thatfache, daß Wallenstein es befohlen hatte und auf seinem Befehl bestand. Nun hatte Wallenstein bereits einmal, nach dem Sieg bei der Dessauer Brücke, eine derartige Ausdehnung seines Kontributionsystems auf neutrale Stände des ober-sächsischen Kreises gewagt; aber damals fiel die von ihm angeordnete Einquartierung auf die kleinen Fürsten von Anhalt, jetzt handelte es sich darum, ob sich auch ein Kurfürst des Reichs in die Zahl seiner Tributpflichtigen einreihen ließ.

Was dem Kurfürsten Georg Wilhelm sowohl für offenen Widerstand, wie für erfolgreiche Vorstellungen von vornherein im Wege stand, war der Umstand, daß er eine widerspruchsvolle Lage durch eine widerspruchsvolle Politik verschlimmert hatte. Als Reichsfürst hatte er, ähnlich wie Landgraf Moritz von Hessen, durch seine Umtriebe bei Dänemark und Schweden den Kaiser und die Kaiserlichen bis zu dem Grade gereizt, daß Wallenstein ihn als des Kaisers ärgsten Feind bezeichnete; gleichzeitig aber hatte er den dänischen und den schwedischen König gegen sich aufgebracht, weil er sie im Stiche ließ, sobald es zum Kriege kam. Als Herzog von Ostpreußen hatte er in ähnlicher Weise den Unwillen seines polnischen Lehensherrn und seines schwedischen Schwagers erregt, und am wenigsten hatte er es vermocht, in der Verfechtung jener im Westen ihm zugefallenen Jülicher Erbschaft die alten krummen Wege zu verlassen. Hier vereinbarte er mit seinem Nebenbuhler, dem Herzog Wolfgang Wilhelm von Neuburg, einen nicht zur Ausführung gelangten Vertrag (21. Mai 1624), welcher jene halbe Landesteilung des Xantener Vertrags (II 410) zu einer ganzen machen sollte, warb aber zugleich bei den protestantischen Nachbarmächten um Hilfe zur Verdrängung dieses Nebenbuhlers. Mit den Generalstaaten schloß er am 20. März 1622 und 2. November 1624 ein Bündnis zur Verteidigung seiner Rechte an die jülich-clevischen Lande, mußte sich aber dafür gefallen lassen, daß das unansehnliche Truppencorps von 1500, dann 1800 Mann, das er in Cleve-Mark halten sollte, auch den Staaten vereidigt wurde, daß die Generalstaaten die zum Unterhalt dieser Truppen auf den neuburgischen wie den brandenburgischen Anteil gelegten Kontributionen zum Teil selber eintrieben und daneben fortführen, um die Wette mit den Spaniern militärisch wichtige Plätze des Landes zu besetzen (S. 226). Zu dem tyrannischen Bundesgenossen geriet dadurch Brandenburg in kein viel freundlicheres Verhältnis als zu Neuburg und Spanien.

So war die brandenburgische Politik durch entgegengesetzte Bestrebungen gelähmt und bei Freund und Feind in geringer Achtung. Damit hing es aber wieder zusammen, daß jene Verlegenheit, welche durch die von kaiserlicher Seite ausgegangene Herausforderung dem Kurfürsten bereitet wurde, nicht die einzige war, sondern gleichzeitig durch eine entgegengesetzte Herausforderung überboten wurde. Bereits im Sommer des Jahres 1626 hatte nämlich Gustav Adolf — es wird davon noch die Rede sein — die Wucht seines polnischen Krieges gegen Westpreußen gewandt, hierbei aber das brandenburgische Ostpreußen in ähnlicher Weise zum Rückhalt für seine Kriegszüge gemacht, wie die Kaiserlichen die Altmark.

Von zwei Seiten also sah der Kurfürst seine Lande mißhandelt, und mit doppeltem Nachdruck trat damit die Anforderung an ihn heran, sich endlich für eine klare Politik zu entscheiden. Er mußte, so schien es, jetzt wählen, ob er zur Verteidigung seiner Lande und seines Ansehens sich gegen die beiden Mächte zugleich wenden, oder mit einer von ihnen eine Verständigung suchen sollte. Aber auch in diesen schicksalschweren Stunden hing in alter Weise die Entscheidung weniger von dem zaghaften Landesfürsten, als von den Parteien seines geheimen Rates ab. In dessen Mitte sah jetzt Adam von Schwarzenberg die

Stunde herannahen, da er von seinem ersten Erfolg (S. 312) zum vollen Sieg über seine Gegner fortschreiten mußte.

Wie bemerkt, gingen die Absichten Schwarzenbergs nicht eigentlich auf unmittelbaren Anschluß an den Kaiser, sondern zunächst auf Herstellung des Zusammengehens mit dem Kurfürsten von Sachsen. Diejenige Frage nun, welche die beiden norddeutschen Kurfürsten im Jahre 1624 unmittelbar getrennt hatte, war die der Anerkennung der bairischen Kur, welche Sachsen gewährt und Brandenburg verweigert hatte (S. 255). Als daher im November 1626 Schwarzenberg im Auftrag seines Herrn beim sächsischen Kurfürsten erschien, um über die Befreiung des brandenburgischen Gebiets von kaiserlichen und dänischen Truppen zu verhandeln, knüpfte er eigenmächtig an jenen Streitpunkt an, um eigenmächtig den Plan eines neuen politischen Vorgehens zu entwickeln. Das zu erstrebende Ziel, so stellte er dem Kurfürsten Johann Georg vor, ist Herstellung der Eintracht im Reich; Vorbedingung dieser Errungenschaft ist Herstellung des Einvernehmens zwischen Brandenburg und Sachsen, und wenn man nun in Dresden diesen Gewinn wieder davon abhängig macht, daß Brandenburg sich zur Anerkennung der bairischen Kur herbeilasse, so dürfte eine solche Forderung jetzt auf keinen Widerstand mehr stoßen. — Solche Vorstellungen mußten in Kursachsen gefallen; denn sie gewährten neue Aussichten auf die Einigung des kurfürstlichen Kollegiums und somit auf einen einträchtigen Verlauf jenes Deputationstages (S. 256), der unter den neuen Kriegsstürmen ausgesetzt war, nun aber unter besseren Aussichten eröffnet werden und den Zusammenschluß des Reichs gegen die auswärtigen Mächte zur Folge haben konnte. Sie trafen aber auch beim brandenburgischen Kurfürsten auf eine günstige Stimmung; denn auch er hatte ja längst begonnen, seinen kaiserfeindlichen Räten, die so schwere Wagnisse von ihm verlangten, das Vertrauen zu entziehen. Und so kam es zu der Erklärung Georg Wilhelms, daß er, wenn förmlich darum ersucht, die Anerkennung der bairischen Kur mit den gleichen Beschränkungen wie Sachsen sie aufgestellt hatte, zu gewähren bereit sei.

Das Verlangen Schwarzenbergs war nun, daß beides, das Gesuch und die Anerkennung, gleich im Winter von 1626 auf 1627 vor sich gehe; vielleicht konnte dann weiter folgen, was er sehnlichst wünschte: die kriegerische Einigung von Kurfürsten und Fürsten gegen die fremden Mächte, die Ausweisung des dänischen Königs aus dem Reiche, sei es auf gütlichem Wege, sei es mittels der gegen ihn als Herzog von Holstein zu erlassenden Reichsacht, und dann eine ähnliche Abschließung des Reichs und der Lande seiner Fürsten gegen das Eindringen Schwedens. Aber nicht so groß war die Eile des kaiserlichen Hofes. Erst im Mai 1627 erschien als kaiserlicher Gesandter mit dem vom Kurfürsten gewünschten Gesuche der Burggraf Hannibal von Dohna, und da erfolgte denn am 22. Mai, unter all den Vorbehalten, die auch Sachsen gemacht hatte, die Erklärung Georg Wilhelms, daß er den Herzog Maximilian als Kurfürsten anerkenne. Von einer kaiserlichen Gegenleistung, in Gestalt der Befreiung seiner Lande von Inquartierungen und Durchzügen, wie sie dem sächsischen Kurfürsten gewährt wurde, war jedoch hierbei keine Rede. Nur das war von Schwarzenberg erreicht, daß der brandenburgische Kurfürst von seiner kaiserfeindlichen



Politik völlig abgezogen, das Land aber der Ausbeutung durch Wallensteins Truppen preisgegeben war.<sup>1)</sup>

Während solche Erfolge in Norddeutschland errungen wurden, brach auch jener zweite Ansturm gegen die kaiserliche Politik, welchen die oberösterreichischen Bauern versucht hatten, zusammen. Der Anfang des Umschwungs in der militärischen Lage trat hier im Monat August ein, als der Kaiser von Böhmen und Oesterreich her einige tausend Mann regulärer Truppen auf den Kampfplatz hatte senden können. Unter ihren Obersten Löbl und Breuner bewährten diese Truppen in rasch folgenden Schlägen eine solche Ueberlegenheit über die Bauernhaufen, daß schon im Laufe einiger Wochen ihre Kraft gebrochen zu sein schien. Am 23. September vollzogen zu Enns Abgeordnete der vier Viertel ihre bedingungslose Unterwerfung unter den Kaiser und den Kurfürsten von Baiern. Aber in denselben Tagen, da über diese Unterwerfung noch verhandelt wurde, erhoben sich im Südwesten des Landes, im Hausrußviertel, die Bauern zu einem neuen Aufstand, der beschränkter in seinem Gebiete war, aber durch die todesverachtende Entschlossenheit der Rebellen die bisherigen Kämpfe noch überbot. Den unmittelbaren Anlaß gab der Umstand, daß jene Unterwerfungsverhandlungen einseitig von kaiserlichen Kommissarien, ohne Zuziehung Baierns geführt wurden, und daß Kurfürst Maximilian ohne Rücksicht auf dieselben am 18. September das Regiment Holstein von der Donau her, am 19. September ein bairisches Corps von 3800 Mann von der westlichen Landesgrenze aus in das Hausrußviertel eindringen ließ. Da schlossen sich die Bauern dieses Gebietes noch einmal in mächtigen Haufen zusammen. Am 19. September schlugen sie Holsteins Truppen bei Neukirchen, am 20. die Baiern bei Kornröd, am 10. Oktober eine österreichische Abteilung bei Wels. Dem Kurfürsten Maximilian blieb jetzt nichts anderes übrig, als ein kleines Heer zusammenzubringen, dessen Führung er dem aus spanisch-mailändischen Diensten übertretenden Freiherrn Heinrich von Pappenheim übergab. Mit diesem war endlich der richtige Mann gefunden. Am 8. November begann Pappenheim an der Spitze von etwa 8000 Mann einen Rundzug durch das empörte Gebiet, der ihn bis zum 25. von Linz über Efferding nach Gmunden, von da über Böcklabruck und Wolfsegg nach Feuerbach führte, und bei dem er in vier heißen Treffen die Widerstandskraft der Aufständischen brach.

Die unvermeidliche erste Folge des also errungenen Sieges war ein Blutgericht über gefangene Bauernführer, bei dem übrigens die nachweisbare Zahl der Opfer nicht über zwanzig stieg. Eine zweite lang andauernde Folge war einerseits der schwere Menschenverlust — um so schwerer, da bei jedem Sieg die Losung nicht auf Gefangennahme, sondern auf ein massenhaftes Niedermachen ging —, andererseits die grauenhafte Zerstörung der Vermögen, besonders der

<sup>1)</sup> Quellen für obige Darstellung sind folgende Schreiben: Schwarzenberg an Schönberg, 1626 Nov. 24. Kurfachsen an Schönberg, Nov. 25. Schönberg an Schwarzenberg, Nov. 27. Kurfachsen an Kurbrandenburg, Dez. 1. Kurbrandenburg an Kurfachsen, Dez. 7. Schwarzenberg an Schönberg, Dez. 7. Resolution Kurbrandenburgs auf Dohnas Werbung, 1627 Mai 22. (Dresdener St.A. 8104, 16. Buch. Anschließend die Mitteilungen Gebauers, Brandenburg i. J. 1627 S. 75 fg.)

Gebäude und des Viehbestandes. Eine dritte und größte Folge war es, daß der hart erkämpfte Sieg den Kaiser in dem Werk der Gegenreformation für seine gesamten Erblande bestärkte. In Oberösterreich waren es vor allem die Adlichen und Bürger, für welche jetzt die letzten Rücksichten wegfielen: sie mußten kraft neuer Erlasse auswandern oder katholisch werden. Merkwürdigerweise machte man jedoch den Bauern gegenüber eine kleine Ausnahme. War es die Sorge vor einem nochmaligen Verzweiflungsausbruch oder die Rechnung, daß man dem verwüsteten Land nicht noch weitere Arbeitskräfte entziehen durfte, — genug bei der auch jetzt noch nicht gebrochenen Hartnäckigkeit der Bauern ließ man es bei dem Verbot aller protestantisch gottesdienstlichen Handlungen und protestantischer Lehrer und Bücher, sowie dem Gebot der Teilnahme am katholischen Gottesdienst, ohne jedoch zur Ausweisung wegen des Bekenntnisses zu schreiten. Man durfte erwarten, daß so, wenn nicht die alte, so doch die jüngere Generation gewonnen werde.

Neben diesem zweiten großen Kriege mußte nun noch der dritte Waffengang entschieden werden: der Kampf, in dem Wallenstein und Bethlen Gabor einander gegenüberstanden.

Als Wallenstein am 8. August von Zerbst aufbrach, hatte ihn das Feuer der Offensive ergriffen. Am wünschenswertesten erschien es ihm, daß er Mansfeld fassen möchte, bevor er sich mit Bethlen vereinigte, aber als wahrscheinlich sah er es an, daß beide sich vor ihm verbinden würden, sei es in Mähren, sei es in Ungarn an der Waag. Für diesen Fall mutete er dem Kaiser die Zusendung eines mächtigen Hilfscorps, besonders aus ungarischer und polnischer Reiterei, zu; denn keineswegs, meinte er, darf man den Krieg gegen Bethlen, wie in Göding, defensiv führen. Ohne indes den Bescheid hierauf abzuwarten, trieb er seine schwerfällige Armee in 9 Tagen (8.—17. August) nach Sagan, von da in 13 weiteren Tagen (17.—30. August) nach Neustadt an die schlesisch-mährische Grenze, nach deren Ueberschreitung er am 2. September in Olmütz anlangte. Im Laufe von 25 Tagen hatte er einen Weg von reichlich 600 Kilometern zurückgelegt. Allerdings von seinem Fußvolk mußte er bei diesen Marschen über 3000 Mann zurücklassen, aber als Lohn seiner Anstrengungen winkte ihm nun doch die unverhoffte Aussicht, den Grafen von Mansfeld vor seiner Vereinigung mit Bethlen zu schlagen.

Bei ihrem Eindringen in Schlesien hatten Mansfeld und Weimar das Land nicht besser verteidigt gefunden als die brandenburgischen Marken. Ohne sich also durch die paar Fähnlein Fußsoldaten, die sich im Dienst der Stände dort fanden und demnächst vermehrt werden sollten, oder durch das Landaufgebot, das erst bei ihrem Eindringen verkündet wurde, ernstlich gehindert zu sehen, zogen sie am rechten Ufer der Oder aufwärts; am 11. August standen sie bereits in Oberberg, um sich nun nach Osten und Westen auszubreiten und durch die Einnahme von Teschen, Troppau und Jägerndorf (12.—22. August) eine feste Stellung zwischen Schlesien, Ungarn und Mähren zu gewinnen. Aber nach diesen leichten Erfolgen begann für sie eine Zeit schwerer Prüfung. Ohne feste Vereinbarung hatten sie doch erwartet, daß Bethlen Gabor's Streitkräfte in Schlesien zu ihnen stoßen würden. Nun aber mußten sie erfahren, daß es

mit dessen Aufbruch nicht so geschwind ging. Es dauerte bis zum 13. September, ehe der Fürst in Debreczin einzog; von dort wandte er sich dann nach Jülek und die Eipel hinab in das Honther Komitat, wie es schien, mehr bemüht, mit den vom Ofener Pascha zusammengebrachten Truppen Verbindung zu gewinnen, als mit seinen deutschen Freunden. Die letzteren, das liegt am Tage, gerieten hierdurch in alle Gefahren, die eine ausgefetzte Stellung und ein nachdrängender Feind mit sich bringen. Herzog Johann Ernst von Weimar griff in dieser Not nach dem geradesten Ausweg: statt Bethlen in Schlesien zu erwarten, sollte man ihm nach Ungarn entgegenziehen. Allein Mansfeld schien jetzt noch mehr, als bei seinem letzten Zug, die Art des unsicher gewordenen Spielers herauszukehren. Erst zog er seinen Mittelfeldherrn, nachdem die in Schlesien genommenen Plätze durch Besatzungen gesichert waren, nach Mähren hinein bis nach Leipnik; dann (27. August) erregte er dem Herzog, mit dem er in gewohnter Weise schon längst in Zwist geraten war, einen heftigen Streit über die weiter zu verfolgende Richtung. Das Ende war, daß Johann Ernst mit seinen Regimentern den Weg nach Ungarn einschlug, und zwar nach Trentschin an der Waag, daß dagegen Mansfeld in Mähren weiter nach Süden, gegen die Stadt Kremstier, vorging. Was er eigentlich wollte, ob sein Vorgehen, daß er einen tollkühnen Zug nach Böhmen und von da etwa in die Oberpfalz und weiter beabsichtigte, auf Wahrheit beruhte, ist nicht zu bestimmen. Gewiß ist nur, daß er, als er am 3. September auf dem linken Ufer der March, der Stadt Kremstier gegenüber, eintraf, auf dem rechten Ufer die Scharen des von Olmütz kommenden Wallenstein einrücken sah.

Vor Wallensteins überlegenen Streitkräften mußte Mansfeld zurückweichen, und leicht konnte jetzt ein entscheidender Schlag fallen, wenn Wallenstein sich mit demselben Geschick seinem Gegner an die Fersen zu hängen verstand, wie Tilly dem dänischen Könige. Aber hier war das größere Geschick auf seiten Mansfelds. Während Wallenstein ohne Kenntniss der Bewegungen seines Gegners und ohne sonderliche Eile über Ungarisch-Brod nach Freistadt an der Waag marschierte und dort über eine Woche Halt machte, war Mansfeld ihm auf dem Weg über die Karpathen zuvorgekommen, hatte die Waag höher aufwärts bei Trentschin überschritten und sich dann westlich nach den Quellen der Neitra auf Remet-Prona bewegt, wo er mit dem Herzog Johann Ernst wieder zusammenstieß. Daß beide Generale sich in diesen nördlichen Grenzgebieten, wo ein weiter Abstand sie von dem südlich stehenden Bethlen trennte, niederließen, mochte zum Teil aus Rücksicht auf die Verpflegung, vornehmlich aber deshalb geschehen sein, weil hier die Herrschaften des zu ihnen haltenden Magnaten Pleshazy ihnen den Rücken deckten und den Weg nach dem Herzogtum Teschen frei hielten. Jedenfalls gewann aber Wallenstein durch diese Entfernung der deutschen Truppen den großen Vorteil, sich gegen Bethlen und zugleich gegen den Ofener Pascha wenden zu können, wozu letzterer den Auftrag, dem Siebenbürgener den Rücken zu decken, eben jetzt dahin erweiterte, daß er die Festung Neograd vergeblich einzunehmen versuchte.

Wallenstein nun, indem er sich vorsichtig Bethlen und den Türken näherte, zog mit seiner Armee, deren starke Abgänge durch das Corps Pechmanns und

reichlich tausend ungarische Husaren ersetzt waren, von der Waag nach der Neitra, dann diesen Fluß abwärts bis Neuhäusel. Erst hier schien plötzlich seine ganze Thatkraft wieder zu erwachen. Am 27. September marschierte er, sein Gepäck und grobes Geschütz zurücklassend, über 40 Kilometer nach der Gran und über dieselbe bis nach Lewentz auf das Heer Bethlens los: nur etwa 25 Kilometer trennten ihn von seinem in Zsalatnya lagernden und von den größten Sorgen erfüllten Gegner. Indes, so weit gekommen, ließ er abermals mit einer für Freunde und Feinde unbegreiflichen Unentschlossenheit zwei kostbare Tage verstreichen. Erst am 30. September, nachdem Bethlen inzwischen türkischen Zuzug von Neograd erhalten hatte, ging er gegen den Feind an, aber so, daß der Tag unter Scharmützeln dahinging, und der Abend herankam, bis er seine Armee in Schlachtordnung formiert hatte und vorführte. Nun schreckte die einbrechende Nacht ihn wieder vom wirklichen Angriff ab; Bethlen dagegen benutzte das Dunkel, um in schleunigem Rückzug nach Szecsény aus dem Bereich des gefährlichen Gegners zu kommen und dann die deutschen Hülfstruppen an sich zu ziehen. Ihm weiter zu folgen und sich mit seinen unbezahlten und abgematteten Truppen tiefer nach Ungarn hineinzuwagen, hielt Wallenstein für einen wahnsinnigen Gedanken; also wich er langsam zurück an die Neitra, dann an die Waag und schließlich (17. Oktober) noch hinter diesen Fluß nach Tyrnau. Der Feldzug erreichte damit sein Ende.

Für alle diejenigen, die als Ersatz der furchtbaren Opfer der Wallenstein'schen Heereserschöpfung glänzende Erfolge erhofft hatten, war dieser Ausgang eine bittere Enttäuschung. Indes der nächste Zweck des Feldzugs, daß nämlich der Kaiser von der im Osten emporgestiegenen Gefahr befreit werden sollte, wurde gleichwohl dank der Unzuverlässigkeit Bethlens erreicht. Schon im Jahre 1623 hatte sich's ja gezeigt, daß für diesen Abenteurer der Krieg ein bloßer Versuch war, rasch zu wagen und rasch wieder aufzugeben, je nachdem ihm günstige oder ungünstige Aussichten entgegenkamen. Nun stellte sich ihm die Hoffnung, in Ungarn starken Anhang zu finden und die Türken von kleinen Friedensbrüchen zum großen Bruch zu treiben, abermals wie im Jahre 1623 als Täuschung heraus; auch auf die Zusage von Hülfsgeldern konnte er nicht bauen, da der Betrag kärglich war, und die Zahlung noch immer auf sich warten ließ; jene hungernden Söldnertruppen vollends, welche Mansfeld und Weimar ihm zuführten, waren mit ihren Ansprüchen auf Geld und Verpflegung mehr eine Last, als eine Stütze. Unter solchen Umständen vollzog Bethlen eine jener jähen Wendungen, die er liebte. Nachdem er sich den Weg zur Verhandlung mit dem Kaiser gleich bei seinem Losbruch durch Versicherung seiner Neigung zum Ausgleich frei gehalten hatte, stellte er zehn Tage nach seinem Rückzug vor Wallenstein den förmlichen Antrag auf Friedensverhandlungen, und da führte denn auch jetzt wieder das beiderseitige Bedürfnis nach vorläufiger Ruhe zur raschen Verständigung. Ein am 20. Dezember 1626 in Preßburg geschlossener Vertrag erneuerte den Wiener Frieden von 1624 (S. 253), nicht ohne besondere Bestimmungen zur Sicherung desselben, unter denen die Verpflichtung Bethlens, den Grafen von Mansfeld nebst anderen Feinden des Kaisers mitsamt ihren Truppen aus seiner Umgebung zu entfernen, am einschneidendsten war.

Allerdings eine sichere Bürgschaft, daß Bethlen den Frieden halten werde, war auch durch diesen dritten Vertrag nicht gewonnen; allein was die weiteren Antriebe des Siebenbürgers unwirksam machte, das war einerseits seine zerüttete Gesundheit, wie er denn auch drei Jahre später (15. November 1629) der Wassersucht erlag, andererseits das zunehmende Friedensbedürfnis der Türken. Denn auch mit den Türken trat der Kaiser alsbald in neue Verhandlungen ein, und deren Ergebnis war ein im September 1627 geschlossener Vertrag, in welchem der Friede von Gyarmath (S. 314) befestigt und nunmehr auf volle 25 Jahre erstreckt wurde.

Was sollte aber jetzt aus jenem deutschen Heerhaufen werden, der sich den Weg von der Elbe bis nach Ungarn gebahnt hatte? Das war eine Frage, die sich um so verzweifelter ausnahm, da diesen Truppen inzwischen auch ihre Führer entrisen waren. Der eine von ihnen, der Graf von Mansfeld, hatte, als im Oktober ihm alle Hülfsmittel ausgingen, sich seiner früheren Leistungen als diplomatischer Unterhändler entsonnen, besonders wie er im Jahre 1624 Zahlungsverprechungen errungen hatte, die nicht nur von Frankreich und England, sondern auch von Venedig und Savoyen eingelöst werden sollten (S. 286). Obgleich nun in Wirklichkeit die italienischen Mächte sich aller Teilnahme an den Unternehmungen Christians IV. und Bethlens enthielten, griff er gleichwohl zu der verzweifeltsten Auskunft, auf einer diplomatischen Rundreise zu seinen Kriegsherrn, deren erste Station Venedig sein sollte, neue Geldspenden und neue kriegerische Entschlüsse zu erwirken. Und so, mit der Bertröstung, demnächst wieder zu kommen, verließ er Anfang November die Armee. Aber wie schon längst der Erfolg von seinen kriegerischen Wagnissen gewichen war, so kam jetzt auch die Stunde heran, da sich sein Körper weiteren Anstrengungen dieses wilden Lebens versagte. Daß eine Krankheit in ihm wühlte, wußte man schon bei Beginn des letzten Feldzugs. Wie er nun mit einigen treu aushaltenden Offizieren quer durch Ungarn und Bosnien hindurch die dalmatinische Küste zu erreichen suchte, wurde er in der Nähe von Serajewo von einem Blutsturze befallen, der in der Nacht vom 29. zum 30. November seinem Leben ein rasches Ende machte. — Das gleiche Geschick erreichte vierzehn Tage später seinen Genossen in der Heerführung, den Herzog Johann Ernst von Weimar, von dem er sich in unveröhntem Zwist getrennt hatte. Auch der hatte als Mann von untergrabener Gesundheit den Feldzug angetreten; und auch ihm gaben die Anstrengungen und Aufregungen des ungarischen Krieges den letzten Stoß. Am 14. Dezember 1626 wurde er in Szent Marton, erst 32 Jahre zählend, vom Tode hinweggerafft.

Das verwahrloste Heer, welches die beiden Generale kommandiert hatten, bestand jetzt noch aus ungefähr 4000 Mann, die in Ungarn darboten, und einer anderen Hälfte, die als Besatzung in ober-schlesische Plätze, besonders Teschen, Troppau und Jägerndorf, verteilt war. Zum Glück für sie hatte Christian IV. in der Person des Joachim von Miklaff den beiden Generalen einen besonderen Bevollmächtigten beigegeben. Der führte nun die Heeresstrümmen in den ober-schlesischen Fürstentümern Jägerndorf, Troppau und Teschen und weiter nordwärts in den Gebieten von Pleß und Beuthen zusammen. Er verteilte sie in

Quartiere, schaffte ihnen Geld und Unterhalt aus Kontributionen und einigen Zuschüssen der Glaubensgenossen und wußte sogar durch Neuwerbungen die ungeheuren Mannschaftsausfälle so erfolgreich zu ersetzen, daß im Frühjahr 1627 sein Fußvolk auf 9400, seine Reiterei auf 4200 Mann gerechnet wurde. Was ihm den Mut gab, auf diesem völlig ausgelegten Posten zu verharren, war die wahnwitzige Hoffnung, daß Bethlen, wenn nur der Winter überstanden sei, ihm neuerdings zuziehen und zu neuen Thaten Lust machen werde.

Wie aber, so muß man hier fragen, war es möglich, daß Wallenstein, der doch von Bethlen und den Türken freie Hand erhielt, solchen Täuschungen nicht durch die Vernichtung der durch und durch zerrütteten Truppen ein Ende bereitete?

Nach Wallensteins eigenen Aussagen lag die Lösung des Rätsels darin, daß seine Truppen in nicht besserem Zustand aus Ungarn herausgekommen waren, als die des Feindes: die Zahl der Gesunden, die in Ungarn zuletzt noch unter seinen Fahnen waren, habe, sagte er einige Monate nachher, nicht viel über 4000 Mann betragen, und die sämtlichen in Ungarn gewesenen Truppen seien derart ruiniert, daß er die Zeit bis zum nächsten Juni oder Juli brauche, um sie wieder feldtchtig zu machen. Bei solchen Zuständen war es allerdings erklärlich, daß Wallenstein, statt nach neuen Thaten, schon am 27. September nach der Erquickung der Winterquartiere ausschaute; aber ein Schrecken für den kaiserlichen Hof war es, als er fünf Tage später, nachdem er eben das ruhmlose Zusammentreffen mit Bethlen Gabor gehabt, sich auch offen über die für die Einquartierung einzig verfügbaren Lande aussprach: es waren die kaiserlichen Erbländer, also zunächst Mähren und die anstoßenden Kreise von Böhmen, dann die vom Feinde noch unbesetzten Teile von Schlesien.

Es war ein Wort, das man längst erwarten mußte. Aber wie es nun ausgesprochen wurde, traf es in eine Bewegung der Gemüter hinein, die schon in den ersten Zeiten von Wallensteins Kriegsführung begonnen hatte, im Fortgange derselben gewachsen war und infolge dieser letzten Zumutung so mächtig anschwell, daß die Frage, ob der Krieg überhaupt in dieser Weise fortgesetzt werden könne, sich unabweisbar aufdrängte. Es trat damit eine Schwankung in die kaiserliche Kriegsführung ein, wie sie sich später noch wiederholen sollte, deren erster Eintritt aber besonderer Aufmerksamkeit wert ist.

Von Anfang an war es Wallensteins eigenmächtiges Zugreifen, dann die Flut der Beschwerden über seine Mißhandlung der Reichslande gewesen, welche am kaiserlichen Hof eine stetig wachsende Gegnerschaft gegen ihn hervorgerufen hatte. Als hierauf der Feldzug des Jahres 1626 mit einem so schneidenden Kontrast endete — auf der einen Seite der Sieg Tillys über den Dänenkönig, auf der anderen Seite die versäumten Gelegenheiten Wallensteins gegenüber Bethlen und Mansfeld —, gewann diese Gegnerschaft ihre gefährlichste Spitze: Wallenstein wurde als ein Feldherr dargestellt, der erst durch seine Armee das Reich, dann durch seine Unfähigkeit die Armee ruiniert habe. Es bildeten sich darüber am kaiserlichen Hof zwei scharf abgegrenzte Parteien, die eine für, die andere wider Wallenstein. So war im Hofkriegsrat der im Jahre 1624 zum Präsidenten erhobene Graf Rambold von Collalto in eine stille, durch persön-

liche Konflikte noch geschärfte Gegnerschaft gegen den General eingetreten, während sein wichtigster Mitarbeiter, Gerhard von Duestenberg, sich demselben nach Kräften gefällig erwies; im geheimen Rat hielt Eggenberg seine mächtige Hand über Wallenstein, während das nach ihm geachtetste Mitglied desselben, Graf Maximilian von Trautmannsdorf, den Gegnern des Generals zuzuzählen war. Außerhalb der kaiserlichen Beamtenschaft hatte sich unter den Eindrücken des ungarischen Feldzugs auch der spanische Gesandte, der Marchese Aytona, das Urteil über Wallensteins ungenügende Befähigung angeeignet, und vollends war das Haupt der Liga, dessen Gesandter, Dr. Leuter, alles Ueble über Wallenstein aufzumerken hatte, zu einer wahrhaft tödlichen Feindschaft gegen den General fortgeschritten.

Nun kam zu allen Gründen des Unwillens gegen Wallenstein noch jene Zumutung der Verlegung der Winterquartiere in die kaiserlichen Erblande hinzu. Daß bisher die Reichslande ausgepreßt waren, hatte die Ruhe der kaiserlichen Regierung nicht ernsthaft gestört, aber daß auch die Kammergüter des Kaisers, die Grundherrschaften der österreichischen Aristokratie den Druck Wallensteinscher Quartiere über sich ergehen lassen sollten, trieb die Mißstimmung auf ihren Höhepunkt; jetzt schien sich das Uebergewicht auf die Seite der Gegner Wallensteins zu neigen, sie durften hoffen, die Absetzung des Generals zu erwirken.

Indes hier, wo es sich darum handelte, die Schwankungen des kaiserlichen Hofes zu beherrschen, sollten sie doch in Wallenstein ihren Meister finden. Der General hatte den Sturm vorausgesehen, und er hatte dafür gesorgt, daß der Vorteil des ersten Angriffes ihm zufiel. Ins Unrecht hatte sich die kaiserliche Regierung vor allem dadurch gegen ihn gesetzt, daß sie ihm beinahe alle Mittel zur Kriegführung versagte; hatte er doch auch in diesem Jahr, um nur für die dringendsten Zahlungen die elende Summe von 100000 Thalern herauszuschlagen, monatelang mit den heftigsten Mahnungen einstürmen müssen. Teils nun aus diesem Grund, teils wegen der Umtriebe seiner Gegner hatte Wallenstein bereits im Februar 1626 seinem Schwiegervater Harrach, und durch ihn dem Kaiser, den Entschluß eröffnet und dann noch mehrmals, zuletzt am 5. November, bestätigt, daß er nach Beendigung des Feldzugs zurücktreten werde. Also die Abdankung wurde von ihm selbst gefordert, ehe seine Gegner sie offen zu fordern wagten. Damit aber stellte er die kaiserliche Regierung auch vor die Frage nach den Folgen einer solchen Abdankung. Möchte man nach Wallensteins Rücktritt die unbezahlte Armee auflösen oder einem anderen Führer unterstellen, auf jeden Fall war zu erwarten, daß dann der bisherige General, seine Obersten und Hauptleute mit dem Verlangen nach Abrechnung und nach Berichtigung ihrer wirklichen oder angeblichen Rückstände hervortreten würden. Das aber bedeutete für die bankerotte kaiserliche Regierung Gefahren, vor denen die Nachteile der Wallensteinschen Kriegführung wenigstens vielen ihrer Mitglieder in ein anderes Licht traten, vor allem auch dem Kaiser Ferdinand selber. Der fand am Ende keinen anderen Ausweg als den Versuch einer gründlichen Aussprache, und zur Vornahme derselben ordnete er einen Mann ab, der von vornherein zur Nachgiebigkeit geneigt war, den Fürsten Ulrich von Eggenberg.

Am 25. und 26. November wurde die Konferenz zwischen Wallenstein und

Eggenberg zu Bruck an der Leitha gehalten. Nach allem was vorgegangen war, mußte sie sich um zwei sehr verschiedene Punkte drehen: um die gegen Wallensteins Kriegführung erhobenen Bedenken einerseits und um die von Wallenstein für die Beibehaltung der Führung gestellten Bedingungen andererseits. Die Ueberlegenheit Wallensteins zeigte sich gleich darin, daß der letztere Punkt in den Vordergrund gerückt wurde. Zunächst die Frage der Winterquartiere! Sie war bei Eggenbergs entgegenkommender Gesinnung eigentlich entschieden, sobald man von dem Gedanken einer Auflösung der Armee abstand. Denn wohin anders konnte man, da Ungarn zu arm und ungesund war, die ermatteten Truppen hinführen, als in die von Wallenstein bezeichneten Lande? — Dann kam die Frage der Verwendung der Armee. Hier ging Wallenstein von einer im Vergleich mit seinen Gegnern viel günstigeren Beurteilung der Ergebnisse des letzten Feldzuges aus: war doch Christian IV. geschlagen, das Kriegswetter im Osten zerstreut, und die Verbindung der feindlichen Mächte im Westen, wie sich noch zeigen wird, halb gelöst. Darum gedachte er, jenen von ihm und Tilly geplanten Doppelstoß gegen Christian IV. im nächsten Sommer wirklich zu führen und folglich seine Tadler zu entwaffnen, — nur freilich, daß er jetzt mit Bedingungen kam, in denen die eigentliche Schwierigkeit der Verhandlung enthalten war.

Schwer für den Kaiser war gleich die erste Forderung, daß die im Königreich Böhmen erhobene direkte Steuer, die sogenannte Kontribution, als ein bescheidener, aber ständiger Zuschuß, dem Heere zugewandt werden solle: es war eine Abgabe, deren Jahresertrag bei der Neubewilligung von 1627 auf 800 000 Gulden — wahrscheinlich viel zu hoch — veranschlagt wurde. Ungleich schwerer aber war eine zweite Forderung, welche der unerbittliche Kriegsmann gleichsam als Antwort auf die Klagen über die ziellose Vergrößerung seines Heeres aufstellte, das Ansinnen nämlich, daß die Armee nicht allein wieder auf ihren normalen Stand gebracht, sondern in großartigem Maßstab vermehrt werden müsse. Was diesen Anspruch für den Kaiser doppelt schwer machte, waren die besonderen Umstände, unter denen er erhoben wurde. In gewohnter Weise eigenmächtig zugreifend, hatte Wallenstein bereits im Herbst einem dritten aus der Reihe der Lauenburgischen Prinzen (S. 144), dem Herzog Rudolf Maximilian, den Auftrag erteilt, zwei Regimenter zu Fuß und eins zu Pferde zu werben, und einen ähnlichen Auftrag auf je ein Regiment Infanterie und Kavallerie hatte er dem gewaltthätigsten und räuberischsten seiner Offiziere, dem Obersten Görzenich, gegeben. Als Sammelplätze waren den Rekruten die viel gequälten Lande der Wetterauer Grafen angewiesen, und daneben wurden die anstoßenden Gebiete, besonders auch die rechtsrheinischen Besitzungen der Erzbischöfe von Trier und Mainz, in Mitleidenschaft gezogen. Wie nun hier die Erpressung von Quartieren, Geld und Nahrungsmitteln ebenso unerbittlich ins Werk gesetzt wurde, wie bei der Einlagerung regelmäßiger Truppen, so erhob sich alsbald, besonders von seiten der mitbetroffenen Ligisten, ein neuer Beschwerdesturm, und so wirksam war derselbe, daß der Kaiser mit einem Verbot weiterer Werbungen einschritt. Mithin besagte die jetzt von Wallenstein erhobene Forderung, daß in einem zwischen ihm und dem Kaiser entstandenen Konflikt der letztere nachgeben müsse.



War es nun die Kraft der von Wallenstein aufgeführten Gründe, oder war es die schwächliche Scheu vor einem Bruch mit dem unerbittlichen General, genug, Eggenberg gestand die eine wie die andere Forderung zu. Allein mit diesem Nachgeben war es vor einem Manne wie Wallenstein nicht genug.

Von Anfang an hatte der Kaiser sein Recht, die Regimentsobersten zu ernennen, thatsächlich dahin beschränkt, daß er die Auswahl der Personen dem General überließ und sich selber nur die Ausfertigung der Anstellungspatente vorbehielt; dagegen hatte er für die über das Regimentskommando hinausgehenden Befehlshaberstellen sich eine gelegentlich die Wünsche des Generals durchkreuzende Verfügungsgewalt vorbehalten, und ebenso blieb es Rechtsens, daß der Oberst oder Hauptmann, der Söldner anwerben wollte, durch ein kaiserliches Patent dazu ermächtigt werden mußte, und daß die Anordnung von Sammel- und Musterplätzen direkt vom Kaiser zu befehlen war. Vor allem die beiden letzteren Reservatrechte des Monarchen empfand Wallenstein bei des Kaisers Neigung, dem Widerstreben der Reichsstände gegen neue Werbungen und gegen die furchtbare Plage der Musterplätze nachzugeben, als eine Fessel; und mit demselben Ungestüm, mit dem er sein Kontributionswesen eigenmächtig einrichtete, hatte er, wie es scheint, bei seinen jüngsten Verstärkungen auf eigene Hand Werbepatente ausgegeben und eigenmächtig die Sammel- und Musterplätze angeordnet. Was er nun beanspruchte, war, daß in all jenen Beziehungen seine Befugnisse teils erweitert, teils genauer bestimmt würden. Und so viel erreichte er auch hier, daß Eggenberg, wenn er nicht ohne weiteres nachgab, doch auch keine Ablehnung wagte. Hinsichtlich der Ernennungen wurde dem General die Erfüllung seiner Wünsche in Aussicht gestellt, und bezüglich der Werbungen und Sammelplätze bequeme sich der Kaiser, dem General thatsächlich freie Hand zu lassen, ohne auf sein Recht, gelegentlich selber und mit höchster Autorität anzuordnen, Verzicht zu leisten.<sup>1)</sup>

Um den Preis solcher Einräumungen erklärte sich nun Wallenstein bereit, das Kommando weiter zu führen, nicht ohne sich gleichzeitig zu einer Rechtfertigung seiner angegriffenen Kriegführung herbeizulassen, wobei er denn auf zwei von Anfang an für ihn feststehenden Sätzen fußte: einmal daß eine Armee ohne regelmäßige Bezahlung das, was ihr an Tüchtigkeit abgehe, durch ihre Masse ersetzen müsse, sodann daß die Gegner des Kaisers in den Erblanden und im Reich in Wahrheit die Ueberzahl ausmachten und nur zeitweilig durch Schrecken gelähmt seien: dieser Schrecken werde in dem Augenblick verschwinden, da das kaiserliche Heer eine ernste Niederlage erleide, und deshalb dürfe man mit den des festen Zusammenhaltes entbehrenden Truppen einen entscheidenden Schlag erst dann wagen, wenn der Erfolg durch völlige Umstrickung des Gegners gesichert sei. Es waren dies Darlegungen, die in den Berichten über die Verhandlung zur Rettung der kaiserlichen Autorität in den Vordergrund geschoben werden mußten. Auf Wallensteins Feinde machten sie geringen Eindruck; aber Eggenberg und die ins Schwanken geratenen Freunde des Feldherrn wurden

<sup>1)</sup> Ueber diesen und andere Punkte der Wallensteinschen Befugnisse und Kriegführung vgl. meine Abhandlung über „Das Kontributionsystem Wallensteins“, Historische Zeitschrift B. 90.

dadurch in ihrem Entschluß, an ihm festzuhalten, bestärkt, und die Hauptsache war, daß auch der Kaiser sich durch solche Gründe beruhigen ließ. Als daher die Konferenz beendet war, konnte Wallenstein im Bewußtsein seiner gesicherten Stellung an die drei großen Aufgaben, die seiner harrten, herantreten: die Einquartierung der Armee, ihre Ergänzung und Vergrößerung und die Feststellung des Kriegsplanes für das kommende Frühjahr.

Noch im Dezember wurde also die Armee aus Ungarn gezogen und die einzelnen Regimenter in Mähren und im östlichen Böhmen verteilt; von dort wurden sie weiter über Münsterberg in Oberschlesien und sämtliche niederschlesische Fürstentümer ausgebreitet, so daß die in Oberschlesien liegenden Truppen des Feindes im Norden und Süden umstellt waren. Ebenso erbarmungslos, wie vor einem Jahr über Halberstadt und Magdeburg, erging nun über diese kaiserlichen Erblande die Forderung, für Unterhalt und Ergänzung dieser verwahrlosten Rotten mit Geld und Nahrungsmitteln aufzukommen. Allerdings insofern gestaltete sich ihr Los ein wenig milder, als die „Ordinanz“ doch nicht einfach durch den Feldherrn diktiert, sondern von kaiserlichen Beamten ausgearbeitet wurden, so für Mähren eine anfangs auch auf Schlesien ausgebreitete Ordinance von dem dortigen Landeshauptmann, dem Kardinal von Dietrichstein, für Schlesien eine neue vom 4. März 1627 datierte durch den Kriegsrat Questenberg. Die den Soldaten hier zuerkannten Geldbeträge waren etwas niedriger angesetzt als in den protestantischen Reichslanden, und da die Umlage, Erhebung und Ablieferung an die Truppen den Ständen der einzelnen Lande zufiel, so wurde auch dem eigenmächtigen Zugreifen der Offiziere eine etwas festere Schranke gesetzt. Aber auch hier gesellten sich zu den ordentlichen Auflagen die außerordentlichen, z. B. für die Errichtung von Proviantmagazinen, zu den anerkannten Steuern die nicht anerkannten Erpressungen, wenn man z. B. die zusammengeschnitzten Compagnien als vollzählige rechnete — im besten Fall um das überschüssige Geld zur Ergänzung dieser Truppenkörper zu verwenden —, oder wenn die Obersten sich Geldgeschenke bewilligen ließen, oder Soldaten und Offiziere sich einfach aufs Rauben und Stehlen verlegten. Sieben Monate dauerte dieses furchtbare Winterlager, bei dessen Schluß z. B. die besonders schwer betroffenen Stände des Ländchens Schweidnitz-Jauer ihre Aufwendungen auf 493 000 Gulden berechneten.

Unbeirrt durch die stürmischen Klagen der Bedrückten schritt inzwischen Wallenstein fort mit der Bildung neuer und der Ergänzung der alten Regimenter; dann, am 20. April 1627, erschien er am kaiserlichen Hof, um mit dem Kaiser und den führenden Staatsmännern die Kriegspläne des nächsten Sommers festzustellen.

Ein erster Plan stand von vornherein fest: es galt, die vereinten Operationen Tillys und Wallensteins zur völligen Niederwerfung Christians IV. und seiner letzten Verbündeten in Niedersachsen wieder aufzunehmen und als erste Vorbedingung dieses Angriffs die in Schlesien eingeschlossenen Streitkräfte des Feindes zu vernichten. Nach dem Gang, den der Krieg im abgelaufenen Jahre genommen hatte, konnte man nun wohl annehmen, daß diese Aufgabe geringere Anstrengungen erfordern werde als im vorigen Jahr. Wenn aber dessen un-

geachtet Wallenstein so unerbittlich auf der Verstärkung seiner Streitmacht bestand, so mochte ihn vor allem eine neue im Osten aufsteigende Gefahr bestimmen.

Gustav Adolf hatte, nachdem er im Jahre 1625 den Krieg gegen Polen mit der Sicherung und Erweiterung des eroberten Livlands begonnen hatte, im Jahre 1626 seine Gegner durch eine neue Offenbarung seiner gewaltigen Entwürfe erschreckt. In jäher Wendung der Kriegführung brach er am 6. Juli von der See aus seinem brandenburgischen Schwager ins ostpreussische Land und eroberte Pillau, den Hafen von Königsberg; von da im polnischen Westpreußen vordringend, besetzte er eine Reihe fester Plätze auf dem Weg zur Rogat und Weichsel, sicherte sich den Uebergang über beide Stromarme durch die Einnahme von Marienburg und Dirschau und zog die Kette seiner Besatzungen nach Nordwesten weiter bis nach Puzig und Zarnowitz. Wie er Danzig auf diese Weise zu Land umschloß und in den folgenden Jahren immer enger umklammerte, unterwarf er sich auch den Handel dieses großen Emporiums des polnischen Reiches durch Schiffe, die er vor dem Hafen stationierte. Ohne Umstände zog er fortan die Aus- und Eingangszölle in Pillau, wie in Danzig für seine Kriegskasse ein, unterwarf die Schifffahrt einer äußerst lästigen Aufsicht und steigerte die Zölle auf 10, 20, ja 30 Prozent des Wertes.<sup>1)</sup> Dabei hielt er in seinen Unterhandlungen noch immer daran fest, daß er einfach die polnische Macht da habe treffen wollen, wo der Schlag am schwersten traf, daß er aber, sobald dieser nächste Feind niedergeworfen sei, nach wie vor seinen Angriff gegen Schlesiens und die kaiserlichen Erblande zu richten und Friedrich V. auf den böhmischen Thron zurückzuführen gedenke. Aber durch die Macht der Thaten wurde von jetzt ab das Ziel seiner kriegerischen Entwürfe von Schlesiens nach dem ober- und niederländischen Kreise verschoben. Hier stand er gewaffnet an der Grenze, nachdem er seine Herrschaft über die Ostsee von Riga bis Danzig, seine Macht zu Lande durch Preußen bis an die pommerische Grenze vorgeschoben hatte, hier erwartete er die Streitkräfte des Kaisers und der Liga, wenn ihr Siegeszug sie bis an die Küsten der Ostsee führen sollte.

Die ungeheure Gefahr, die hiermit heranrückte, wurde im katholischen Lager von zwei Seiten gebührend gewürdigt: von Wallenstein und von der spanischen Regierung. Wallenstein, wie er im Sommer 1626 bereits einen Angriff Schwedens auf die pommerische Küste fürchtete, so nahm er seit den ersten Tagen des Monats August die Verjagung der Schweden aus Preußen unter die Aufgaben eines kaiserlichen Heerführers auf. Ganz wie Gustav Adolf seinen Krieg mit Polen als unzertrennlich von einem Kriege gegen Oesterreich ansah, so verband sich jetzt für Wallenstein der Kampf gegen die im Felde stehenden Gegner des Kaisers mit dem Kampfe gegen den im Rücken drohenden Schweden. Ließen wir, so schrieb er einige Zeit später, den König von Polen im Stich, so hätten wir hinterher am Schweden einen ärgeren Feind als am Türken. Im März 1627 bereitete er bereits die einige Monate später erfolgte Sendung des Regiments Holstein zur Unterstützung Polens vor.

<sup>1)</sup> Noe, 1629 Okt. 9. (Gardiner, Roes mission S. 31/32.)

Ähnliche Sorgen wie den kaiserlichen General erfüllten gleichzeitig die Staatslenker in Brüssel und Madrid, nur daß sie sich hier mit den älteren Plänen zur Gründung einer Seemacht in der Nord- und Ostsee verbanden. Aufgegeben hatte Spanien diese Pläne trotz der in Brüssel erlebten Enttäuschungen keineswegs. Aber was sollte aus ihnen werden, wenn neben den Holländern und den Engländern nun auch die Schweden ihre siegreiche Macht auf der Ostsee entfalteten? Die Sorge vor diesem neuen Feinde hatte der spanischen Regierung den Gedanken eingegeben, unter die bei Begründung der Seemacht in der Ostsee Mithelfenden neben dem Kaiser den König von Polen, und unter die durch die auszurüstende Flotte zu Bekämpfenden neben den Holländern den König von Schweden aufzunehmen. Und wie nun einerseits die Macht Gustav Adolfs immer höher stieg, andererseits der Sieg bei Lutter auch auf katholischer Seite neue Hoffnungen erweckte, war Spanien zur Förderung seiner maritimen Entwürfe vom Herbst 1626 ab<sup>1)</sup> in eine doppelte Unterhandlung eingetreten: mit Polen und mit Wallenstein. Was letzteren angeht, so ließen sich die Spanier durch die immer schärfer hervortretende Beurteilung von Wallensteins Kriegsführung merkwürdigerweise doch nicht von der Hoffnung abbringen, daß im kommenden Jahr ein großer Siegeszug sowohl die kaiserliche wie die ligistische Armee bis an die Meeresküsten führen werde, und in dieser Hoffnung mußte Alytona, so sehr er sich sonst als Gegner Wallensteins bekannte, mit dem kaiserlichen General um dieselbe Zeit, da Eggenberg ihn in Druck aussuchte, in eine Verhandlung eintreten, die unter anderem darauf abzielte, daß in Pommern durch kaiserliche, in Preußen durch polnische Streitkräfte die Besetzung geeigneter Hafenplätze vorgenommen werden sollte. Bisher hatte sich nun Wallensteins Kriegsführung durch ängstliche Vorsicht und sehr niedrige Schätzung der Hülfquellen seines Kaisers gekennzeichnet; aber trotzdem geschah es, daß er jetzt auf diese weitaussehenden Entwürfe einging, allerdings mit dem Unterschied, daß er seine Gedanken mehr auf die Elbe und die Nordsee, als die Ober und die Ostsee richtete, aber doch so, daß er den Plan, an der Seeküste Hafenplätze zu okkupieren und hierdurch den Anfang zur Errichtung einer kaiserlich-spanischen Seemacht in Nord- und Ostsee zu machen, grundsätzlich annahm. Was bestimmte ihn zum Eintritt in so gewagte Bahnen der Kriegsführung und Politik? Nur vermuten kann man, daß er einerseits bei der wachsenden Feindschaft Baierns und der Liga die Gelegenheit, sich die Spanier zu verbinden, nicht aus der Hand lassen wollte, und daß andererseits sein hochfahrender Geist ihn drängte, sich jedem großen Unternehmen, das der kaiserliche Hof in Aussicht nahm, gewachsen zu zeigen.

Jedenfalls eröffnete sich unter solchen Vorbereitungen die Aussicht auf eine in ihren Mitteln wie in ihren Zielen großartige Kriegsführung. Nur eine Trübung dieser Aussichten zeigte sich im katholischen Lager selbst: es war die Feindschaft der Liga und ihres Hauptes gegen Wallenstein. Kurfürst Maximilian

<sup>1)</sup> Ueber des Grafen Solre Werbung in Polen berichtet Camerarius am 25. Sept. 1626 (Schybergson, Sveriges ic. S. 447.) An Wallenstein schreibt Isabella am 9. Sept. (Gindely, Denkschriften der Wiener Akad. S. 9.)

gehörte natürlich zu denjenigen, welchen die Befestigung der Stellung Wallensteins eine schwere Enttäuschung bereitete, und Wallenstein selber that das Seinige, um alle Gegensätze zu verschärfen. Noch erschollen die Klagen über die Truppensammlungen in der Wetterau in vollen Tönen, als seit März 1627 ein ähnlicher Jammer im fränkischen Kreise ausbrach. Wiederum hatte Wallenstein zwei unversorgte protestantische Fürstensöhne — es waren die Markgrafen Hans und Georg Hans, die letztgeborenen von den 23 Kindern des im Jahre 1598 gestorbenen Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg — als Regimentsobersten gewonnen und mit der Ansammlung von vierzehn Compagnien zu Fuß und fünf zu Pferde, die unter den immer rücksichtsloser geübten Erpressungen vornehmlich auf Nürnberger Gebiet erfolgte, beauftragt. Aus diesen und einer Reihe ähnlicher Vorgänge ersah man, daß die Eigenmacht, mit der Wallenstein in der Verstärkung seines Heeres und dem Zwang der Reichsstände zur Unterhaltung desselben vorging, immer schrankenloser wurde. Dazu kamen Zwistigkeiten über die Verteilung der Streitkräfte zwischen Tilly und Wallenstein in dem bevorstehenden Feldzug, von denen noch die Rede sein wird, und endlich angebliche Enthüllungen, durch welche die bestehenden Gegensätze die schärfste prinzipielle Ausprägung erhielten.

Zu den vielen Kapuzinern, die damals ihre Ordensthätigkeit mit diplomatischen Verhandlungen und Intriguen verbanden, gehörte der am kaiserlichen, päpstlichen und bairischen Hofe angesehene Pater Valeriano Magni (S. 218/9), ein Italiener vornehmer Abkunft, der in seinen theologischen Schriften wie in seinen politischen Relationen Schwung des Geistes, Schärfe der Beobachtung und jenen feineren Geschmack des Ausdrucks, der den Italienern eigen war, bewährte. In seiner kirchlich-politischen Thätigkeit hatte er sich mit leidenschaftlicher Feindschaft gegen zwei Mächte erfüllt, gegen die Jesuiten und gegen Wallenstein. Letzterer ahnte von dieser Gesinnung nichts, suchte vielmehr den einflußreichen Mann, ebenso wie den Pater Lamormain, an sich heranzuziehen, was der Mönch nun damit lohnte, daß er seine in der Umgebung des Generals gemachten Beobachtungen dem Kurfürsten Maximilian hinterbrachte. Trefflich handhabte er dabei die Kunst, Karikaturen aus scharf aufgefaßten echten Zügen zu entwickeln.

Den ersten Anlaß zu dieser verhängnisvollen Thätigkeit gab ihm die Konferenz von Bruck. In einem über dieselbe verfaßten Bericht machte er aus den beiden Grundsätzen Wallensteins, sein Heer ins Massenhafte zu vergrößern und die Offensive erst zu wagen, wenn der Feind durch defensive Manöver in die Schlinge gezogen sei, ein vom Feldherrn dem kaiserlichen Minister dargelegtes System, kraft dessen die Lande der Reichsstände mit einer überwältigenden Truppenmacht von 70 000 Mann zu bedecken waren, um alsdann die ausländischen Feinde in unbeweglicher Defensiv im Schach zu halten, die feindlichen Reichsstände durch Behandlung ihrer Lande als Beute der Truppen zum Frieden zu zwingen und daneben auch die Mittel der gehorsamen Stände durch Einquartierungen auszunutzen, so daß am Ende die gesamten Kosten dieser Kriegführung den Ständen des Reiches zugeschoben, und dies bei Aufrihtung des Friedens im Reich auch förmlich festgesetzt werden sollte. Nach solchen Er-

folgen im Reich konnte dann später der Krieg gegen die auswärtigen Feinde mit voller Offensivkraft aufgenommen werden. — Nicht gesagt, aber als Konsequenz herauszulesen war die über solchen Maßregeln stehende Absicht, auf den Trümmern der finanziellen und militärischen Kräfte der Reichsstände eine kaiserliche Allgewalt zu gründen; und wenn andererseits der Autor den General auf die Zusammensetzung seiner Armee aus katholischen wie protestantischen Soldaten und die daraus entspringende Notwendigkeit, die Interessen der protestantischen Partei im Reich zu schonen, hinweisen ließ, so war hierdurch gerade die der Liga genehme, auf Verstärkung der katholischen Kirche gerichtete Absicht der kaiserlichen Politik von Wallenstein verleugnet.

Mit der Leichtgläubigkeit des Hasses nahm Maximilian beides, den Inhalt und die Konsequenzen des Berichtes an. Alle Handlungen des kaiserlichen Feldherrn schlossen sich jetzt für ihn unter drei verabscheuungswürdige Ziele zusammen: absolute Gewalt des Kaisers, Vernichtung der Selbstherrlichkeit der Reichsstände und Preisgabe der katholischen Restauration. Unumgänglich erschien es ihm, daß dagegen nicht, wie bisher, einzelne Ligisten, sondern der Bund als Ganzes Stellung ergreife. Und so, nach getroffenem Einverständnis mit dem Kurfürsten von Mainz, berief er am 26. Januar 1627 zum erstenmal wieder seit drei Jahren (S. 290) einen Ligatag oder genauer einen aus den vornehmeren Verbündeten bestehenden Ausschustag nach Würzburg.

Nötig war eine solche Versammlung ohnehin, da man doch endlich einmal wieder über die Kriegseleistungen des Bundes beschließen mußte. Aber in Verbindung mit diesem Gegenstand sollte sie nun zugleich gegen die Mißhandlung der Reichsstände durch Wallenstein einschreiten. In beiden Beziehungen ging wie gewöhnlich der wirksame Antrieb von Maximilian von Baiern aus, nur mit dem Unterschied, daß er im eigenen Namen auf ernsthafte Anstrengungen zur Fortführung des Krieges drängte, dagegen bei den Angriffen gegen Wallenstein lieber andere, wie den schwer gereizten Erzbischof von Mainz, vorangehen ließ. Bezüglich des Krieges trat natürlich wieder das Elend der die wirklichen Zahlungen weit überbietenden Rückstände und der Streit der rheinischen und oberländischen Stände über die Verteilung der Lasten hervor; aber am Ende setzte doch Maximilian seine Forderung einer Erhöhung des Heeres auf 15 000 Mann zu Fuß und 7000 Reiter durch, worauf denn freilich, als es sich um die Ausbringung der Kosten handelte, eine höchst bezeichnende Einschränkung erfolgte. Bisher hatte man für die Beisteuer der Kosten eine vorläufige Dauer von sechs Monaten angelegt, aber mit dem Zusatz, daß die Steuerperiode weiter lief, wenn der Krieg weiter ging. Jetzt mußte Maximilian sich bescheiden, zunächst nur eine auf die Kosten von sechs Monaten bemessene einmalige Summe zu fordern und dann von dieser Summe noch ein Viertel abziehen zu lassen; der ganze Betrag, der bewilligt wurde, beschränkte sich auf 972 500 Reichsthaler, die nach dem bisherigen Verhältnis zu verteilen waren. Durch eine so unzureichende Bewilligung der Besoldungsmittel wurde das thatsächlich schon eingetretene Verhältnis (S. 295), nach dem auch den Ligatruppen größere Barzahlungen im Betrage von einem oder mehreren Monatssolden nur ein- oder zweimal im Jahre entrichtet, der übrige Teil ihrer Forderungen aber aus den

Quartieren erpreßt wurde, vollends zur Regel erhoben. Zugleich aber wurde hierdurch die zweite Aktion, zu der sich die Liga erhob, nämlich das Einschreiten gegen die Wallensteinschen Bedrückungen, wesentlich erschwert.

Korrekt wäre es in dieser Hinsicht gewesen, vom Kaiser die Handhabung der Reichsgesetze, welche die Anordnung von Muster- und Sammelplätzen ohne Bewilligung der Obersten der betroffenen Kreise, welche ferner Durchzüge und Einquartierungen ohne Bezahlung der Lieferungen und ohne Kaution gegen die Schäden verboten (I 431) und das Gegenteil höchstens in Feindesland gestatteten, unterschiedslos zu verlangen. Allein da die Liga das Wallensteinsche System, wenn auch noch in beschränkterem Umfange, mehr und mehr nachahmte, so fielen ihre Forderungen einigermaßen unbestimmt aus. Sie verwarf z. B. die Wallensteinschen Kontributionen, aber unzweideutig doch nur, soweit sie auf die Gebiete eines Ligastandes, wie des Kurfürsten von Mainz, fielen. Deutlich war aus ihren Erklärungen nur zu entnehmen, daß, abgesehen von der Einstellung handgreiflicher Excesse, abgesehen auch von einer billigeren Verteilung der Quartiere zwischen Tillys und Wallensteins Armee, fortan für Anordnung von Musterplätzen die Zustimmung der betreffenden Kreise, für Anstellung von Werbungen die Leistung der gewöhnlichen Zahlungen des Anritts- und Laufgeldes wie des ersten Monatsoldes verlangt wurde, daß ferner die erst neuerdings in Angriff genommenen Werbungen eingestellt, und die Truppen aus den Quartieren gegen den Feind geführt werden sollten. Um aber diesen Forderungen Nachdruck zu geben, beschloß man, sie nicht nur durch ein sehr scharfes Schreiben, sondern auch durch eine ansehnliche, von Mainz und Baiern abzuordnende Gesandtschaft vorzutragen. Ja, auf die bairische Anregung einer gewaltigen Gegenwehr fand man, daß wenigstens eine Verständigung der mit neuen Werbeplätzen bedachten Stände zum Zweck einer gewaltigen, wenn auch möglichst sachten und gleich in den Anfängen vorzunehmenden Trennung zusammenlaufender Rekruten notwendig sei.

Der Sinn dieser Vorgänge war, daß der Zwiespalt in der Kriegführung der Verbündeten, der bald nach Wallensteins Erhebung begonnen hatte, in verderblicher Weise weiter griff. Wie dieser Zwist auszugleichen sei, war nicht abzusehen; denn der Kaiser hing von Wallenstein ab, und das einzig Wesentliche aber, was Wallenstein zugab, war, daß er über der grundsätzlich immer zugestandenen Verschonung der Gebiete der Ligisten (wie auch Kursachsens) mit Sammelplätzen, Durchzügen und Einquartierungen strenger halten wollte, — soweit es nämlich mit seiner Heeresbildung und Heerführung verträglich war.

Und wäre es wenigstens bei den militärischen Konflikten geblieben! Aber gleichzeitig griffen auch die Gegensätze über die im Krieg zu verfolgenden Ziele, die ja auch von Anfang an vorhanden gewesen waren, weiter und tiefer. Maximilian glaubte, wie bemerkt, daß die Absicht Wallensteins auf die Entkräftung der deutschen Reichsstände insgesamt gehe. Daneben hatte er bei den Brüsseler Konferenzen gesehen, wie Spanien die Gründung einer österreichisch-spanischen Seemacht in Nord- und Ostsee und außerdem die Verwicklung des Reiches in den niederländischen Krieg erstrebte. Vom Kaiser aber nahm er an, daß er sich von seinem Feldherrn sowohl, wie von Spanien werde fortziehen lassen.

Unter solchen Aussichten wurde ihm und den vornehmeren Verbündeten, voran den geistlichen Kurfürsten, der Krieg, wie der Kaiser ihn weiter zu führen gedachte, überhaupt verleidet. Nicht freilich, daß die Ligiſten den Frieden billig zu gewähren vermeinten. Mit dem Gedanken einer Erweiterung der eigenen Fürſtenmacht war Maximilian in den Krieg eingetreten, und dieſer Gedanke wurde nicht nur von ihm zähe feſtgehalten, ſondern, wie wir noch ſehen werden, auch von anderen Ligiſten erfaßt; ſobann, ohne den alten Machtkreit zwiſchen der katholiſchen und proteſtantiſchen Partei durch umfaſſende Reſtitutionen geiſtlichen Gutes und geiſtlicher Fürſtentümer zu ſchlichten, dachten die Ligiſten inſgemein nicht aus dem Krieg zu treten. Allein auf weitergehende Erwerbungen, beſonders zu Gunſten Deſterreichs oder Spaniens, ſollte — das war die Meinung der katholiſchen Kurfürſten — verzichtet werden, und mittelſt dieſes Verzichtes hofften ſie den Frieden mit Dänemark anbahnen zu können. Schon hatte auch Frankreich, in dem alten Beſtreben, die Liga vom Kaiſer zu trennen (S. 329), durch einen im September und wieder im Dezember 1626 abgefertigten Geſandten den katholiſchen Kurfürſten ſeine Vermittelung für einen Ausgleich zwiſchen Pfalz und Baiern und für einen Frieden mit Dänemark angeboten, und bei ihren in Würzburg gehaltenen Beſprechungen fanden die Kurfürſten, daß dieſes Anerbieten, wenn nicht unter Bindung der eigenen Entſchlüſſe zu ergreifen, ſo doch auch keineswegs aus der Hand zu laſſen ſei.

Wer all dieſe Zwiſtigkeiten überſah, konnte ſich die Wahrſcheinlichkeit, daß das Verhältnis zwiſchen Kaiſer und Liga einer verderblichen Krisis entgegentreibe, kaum verbergen. Was indes einſtweilen die Aussichten der verbündeten Mächte noch empor hielt, das war der Umſtand, daß die Gegenverbindung, in der ſich Dänemark, England, die Generalſtaaten und Frankreich zuſammengefunden hatten, in viel ſchlimmere Zerrüttung geraten war. Es iſt ſchon erzählt, wie Richelieu, als er den großen Angriff gegen die ſpaniſche Macht wagte, ſich alſobald in einen Krieg mit den Hugenotten verwickelt ſah, und wie dann unter dem neuen Erwachen der kirchlichen Gegenſätze die engliſch-franzöſiſche Freundschaft in ihr Gegenteil umzuſchlagen drohte (S. 313). In dieſem Gedränge faßte Richelieu, nicht ohne ſcharfe Einwirkung der ſtreng katholiſch geſinnten Partei im königlichen Conſeil, den Entſchluß, den Krieg mit Spanien abzubrechen, um den Kampf mit den Hugenotten deſto nachdrücklicher zu Ende zu führen. Schon war Spanien ſo weit in die Enge getrieben, daß Frankreich einen vorteilhaften Frieden haben konnte, wenn es ſich auf den urſprünglichen Gegenſtand des Streitens, die Beltliner Händel, beſchränkte und die weiterreichenden Angriffspläne vorläufig verſagte; und nach ſolchen Geſichtspunkten wurde denn auch ein franzöſiſch-ſpaniſcher Friede in Monzon geſchloſſen (5. März 1626). Politisch wurde dadurch das Staatsweſen der rätischen Bünde neſt dem Beltlin wieder in den Stand von 1617 geſetzt, unter Vernichtung aller zum Zweck öſterreichiſcher Vergrößerung und ſpaniſcher Durchzugsrechte den Bünden abgezwungenen Verträge; kirchlich wurde dem Beltlin neſt Bormio und Chiavenna die Alleingeltung der katholiſchen Religionsübung unter dem Schutze Frankreichs und Spaniens gewährt, und zur Sicherung dieſer Sonderrechte die Autonomie der dortigen Gemeinden unter gleichem Schutze faſt bis zur Selbſtherrlichkeit erweitert.



Sowohl die Bünde, als Erzherzog Leopold von Oesterreich verweigerten die Annahme dieses Vertrages, allein die Bestimmungen desselben traten in Kraft, da sie von dem Willen Frankreichs und Spaniens abhingen, und in Italien, wo Venedig von Anfang an den Ausgleich erstrebt hatte, und Savoyen an die einseitige Fortsetzung des Krieges ebensowenig denken konnte, wie einst nach dem Tode Heinrichs IV., kehrte die Ruhe wieder ein. Aber andererseits wurde das Verhältnis zu England nunmehr völlig zum Bruche reif. Noch im Sommer des Jahres 1627 kam es durch die Ausfendung einer englischen Flotte zur Unterstützung der Hugonotten zum offenen Krieg.

Wie trostlos gestaltete sich nun aber die Lage König Christians IV.! Frankreich, welches vorher die spanischen Streitkräfte abgelenkt und an Mansfeld Subsidien gezahlt hatte, bewährte jetzt die Fortdauer seiner antiösterreichischen Gesinnung nur durch die Zahlung einiger hunderttausend Livres, die für das Ganze der dänischen Kriegführung sehr wenig austrugen. England, dessen Hülfsgelder ja vor allem die dänische Kriegführung ermöglichen sollten, hatte im Laufe des Jahres 1626 höchstens drei Monatsbeiträge gezahlt.<sup>1)</sup> Wie nun der Zwist Karls I. mit dem Parlament, der im Jahre 1625 begonnen hatte (S. 308), sich im Jahre 1626 mit einem neuen Parlament wiederholte, um dann im Jahre 1628/29 unheilbar zu werden, wie zu dem Krieg Englands mit Spanien der zweite Krieg mit Frankreich hinzukam, wurde die Zahlungsunfähigkeit des englischen Königs immer größer. Für das Jahr 1627 suchte er sich mit seinen Verpflichtungen dadurch abzufinden, daß er vier unter Oberst Morgan im Dienst der Staaten befindliche englische Regimenter von angeblich 6000 Mann seinen dänischen Verbündeten zuschickte, eine Hülfe, bei der sich in gewohnter Weise sparen ließ, indem die wirkliche Zahl der Truppen sich schwerlich auch nur auf die Hälfte belief und die Solbzahlungen nur teilweise eingingen.

So war Christian IV., da die Hülfe der Generalstaaten von vornherein ja sehr niedrig bemessen war, fast lediglich auf seine eigenen Mittel angewiesen. Diese aber für einen neuen Waffengang aufs äußerste anzuspannen, war ein Entschluß, den gerade die bei Lutter erlittene Schmach in ihm befestigte. Noch hielten trotz der Bedenken, welche der Reichsrat von Anfang an gegen die aggressive Politik des Königs gehegt (S. 278) und jetzt natürlich nicht abgelegt hatte, die Stände des Königreiches zu ihm und bewilligten ihm neuerdings eine hoch bemessene Beisteuer, wie auch die Stände von Schleswig-Holstein eine ansehnliche Truppenzahl — über 5000 Mann — zu werben beschloßen, freilich nur zur Verteidigung des Landes.

Und so, des Gehorsams seiner Untertanen noch sicher, brachte er bis zum Frühjahr 1627 seine im Feld verwendbare Armee auf einen wohl etwas höheren Stand als denjenigen, den sie zu Anfang des Krieges, da ihr Tilly an der Weser gegenübertrat, erreicht hatte (S. 295), immerhin so hoch, daß sich Tilly mit seiner sich langsam ergänzenden ligistischen Armee allein ihr keineswegs

<sup>1)</sup> Nach dem Schreiben Ausdorfs, 1626 Dez. 9. bei Opel III S. 79. Die während des ganzen Krieges für Dänemark ausgegebenen Gelder rechnete Karl I. auf etwa 300 000 Pfund. (Instr. f. Roe, 1629 Juni 30. Gardiner mission of Roe in Camden society 1875 S. 15.) Andere Angaben bei Opel III S. 116 fg.

gewachsen fühlte. Zu den Befehlshabern, die er gewann, gehörte auch ein Mann, der als letzter unter jenen fürklichen Abenteurern, die sich in der ersten Zeit des Krieges an der Seite Friedrichs II. in den Kampf gestürzt hatten, dastand: es war der Markgraf Georg Friedrich von Baden.

Gleich seinen anderen Schicksalsgenossen hatte auch er, als er in Genf und Thonon zur Unthätigkeit verurteilt war, rastlos neue Bündnisse und neue Kriegsunternehmungen geplant, bis er endlich, seit Dezember 1625, mit einem ganz in Mansfelds Art gedachten Projekte hervortrat: mit einem unversehens aufgebrauchten Heer von etwa 10000 Mann wollte er im Elsaß erscheinen und von da in die Pfalz vorbrechen; das Geld dafür sollten ihm England, Savoyen und Venedig liefern. Allerdings wurde ihm letztere Rechnung in den eifrigen Verhandlungen, in die er sofort eintrat, bald gründlich durchkreuzt; aber eine Folge seines Hervortretens war es, daß Christian IV. ihn im Juni 1627 zum Generalleutnant seiner Armee erhob. Einige Monate früher war zu dieser Stelle, unmittelbar unter dem König als Höchstkommandierendem, der Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg erhoben; daß der dem Markgrafen jetzt wick und unter dem Vorwand, daß er die Führung der in Schlesien liegenden Truppen übernehmen sollte, die Armee dauernd verließ, war eigentlich ein Gewinn, allein eine feste Führung wurde auch mit Georg Friedrichs Ernennung nicht geschaffen. Christian IV. räumte dem Markgrafen zu wenig Selbstständigkeit ein, und er selber vermochte bei aller Hartnäckigkeit und persönlichen Tapferkeit weder den unter den letzten Niederlagen erzeugten Schrecken seiner Soldaten vor Tilly zu bannen, noch die in einer schlecht besoldeten und eilig ergänzten Armee unvermeidliche Zuchtlosigkeit abzustellen.

Bei dieser Verteilung der Kräfte standen, als der Feldzug des Jahres 1627 begann, doch die weitaus günstigsten Vorzeichen über Kaiser und Liga. In ihrem Kreise gingen nun der wirklichen Eröffnung des Krieges noch zwei letzte Vorspiele voraus, ein politisches und ein militärisches.

Wie bemerkt (S. 342), verfolgte der Kaiser, als er die Unterwerfung Kurbrandenburgs durchführte, die Absicht, den längst beschlossenen, wegen des Krieges aber aufgeschobenen Deputationstag zu veranstalten und so den Reichsständen die immer dringender verlangte Einwirkung auf den Reichskrieg und die Reichspolitik zu gewähren. Am 20. Januar 1627 forderte er demgemäß den Erzbischof von Mainz zur Berufung des Tages auf, und der Erzbischof entsprach der Aufforderung, indem er am 2. Februar die Versammlung auf den 1. Juni nach Nürnberg berief. Allein auch dieser Schritt des Kaisers regte zunächst wieder den Zwist mit der Liga auf. Die katholischen Kurfürsten, wie sie beim Würzburger Bundestag zu engeren Besprechungen zusammentraten, hatten von vornherein an dem Ernst der kaiserlichen Absichten ihre Zweifel, auf jeden Fall aber verlangten sie noch nach einer anderen Versammlung, in der die führenden Stände des Reiches ihre Meinung, was des Reiches Recht und Interesse erfordere, mit größerer Selbstständigkeit formulieren und dem Kaiser vorlegen konnten. Als eine solche Versammlung hatte sich in kritischen Zeiten des Reiches so oft der von Mainz berufene Kurfürstentag bewährt, und in diesem Sinne beschlossen die Kurfürsten, daß, sei es mit, sei es ohne den

Deputationstag, ein Kurfürstenkonvent zu halten sei. Um die Zustimmung zu diesem Beschluß wurde vom Erzbischof von Mainz alsbald der Kurfürst von Sachsen angegangen. Es war damit, im Grunde genommen, die Frage gestellt, ob in den Nöten des Reiches ein vom Kaiser beeinflusster Deputationstag oder ein von ihm unabhängiger Kurfürstentag seinen gewichtigen Ratschlag abgeben solle.

Eine zweite Vorverhandlung war militärischer Natur, entsprungen aus dem Verlangen Maximilians von Baiern, seinem General Tilly ein kräftiges und unverzügliches Vorgehen gegen den Dänenkönig zu ermöglichen. Da ihm das Ligaherz für diese Aufgabe nicht stark genug erschien, so stellte er das Ansinnen, daß das in der Altmark liegende Corps des Herzogs Georg von Lüneburg, verstärkt durch die neuen Regimenter des Herzogs Rudolf Maximilian von Lauenburg, dem Befehl Tillys ebenso, wie im vorigen Jahr (S. 336), unterstellt werde. Aber damit warf sich nun der Gegensatz zwischen Maximilian und Wallenstein unmittelbar auf den bevorstehenden Feldzug. Schon das war für die Gewährung des bairischen Verlangens erschwerend, daß Wallenstein die ihm nicht unbekannt Feindschaft Maximilians mit gleichem Haffe vergalt: den Vorwurf, daß er unter dem Namen des Kaisers eine Diktatur im Reich zu gründen suche, beantwortete er mit der Beschuldigung, daß der bairische Kurfürst den Kaiser nur als Werkzeug für die Verwirklichung fürstlicher Machtinteressen gebrauchen wolle. Aber entscheidend war der Umstand, daß Wallenstein eben jetzt, da er sich im Vertrauen des Kaisers wieder befestigt sah, den stolzen Gedanken gefaßt hatte, in der Niederwerfung Christians IV. die Führung an sich zu ziehen, und daß er hierfür einen Plan entworfen hatte, bei dem er die Verfügung über das Lüneburgische Corps nicht aus der Hand geben durfte. Er wich also den bairischen Forderungen aus, und das Ergebnis der Verhandlung war nur, daß Tilly in den Hintergrund geschoben, und die Erbitterung Maximilians gegen den kaiserlichen Feldherrn von neuem genährt wurde.

So war es denn Wallenstein, von dem die kriegerischen Aktionen, wie sie nach diesen Vorspielen in Gang kamen, ihre entscheidende Richtung erhalten mußten. Langsam und weit ausgreifend wie immer fielen auch jetzt seine Vorbereitungen aus. Er selber erschien am 20. April am kaiserlichen Hof, um in mehrwöchentlichen Konferenzen sich mit der Regierung und dem Kriegsrat zu verständigen; am 2. Juni sodann brach er von Prag nach Schlessien auf, um in Reife seine Streitkräfte zu sammeln. Seine nächste Absicht war, die Verbindung zwischen den beiden feindlichen Heeren in Norddeutschland und Schlessien abzuschneiden und dann beide hintereinander niederzuwerfen. Hätte freilich Christian IV. noch so viel Kraft zur Offensive gehabt wie im vergangenen Jahr, so würde er vielleicht diesen langsam betriebenen Plan noch durchkreuzt haben. Allein so standhaft sich der dänische König in der Frage der Fortsetzung des Krieges gezeigt hatte, jetzt, da es sich um die eigentliche Führung desselben handelte, schien auch er von dem Gefühl seiner Schwäche überwältigt zu werden. In den an Holstein angrenzenden Gebieten — den bremischen Stiftslanden, dem Herzogtum Lauenburg und den benachbarten mecklenburgischen Bezirken — bewegte er sich wie ein Eingesperrter, und selbst vor der dringendsten Aufgabe, das Land nördlich von der Havel quer durch die Priegnitz und Uckermark hin-

durch, von der Elbe bis zur Oder, zu besetzen und so die Verbindung mit der in Schlesien stehenden Armee offen zu halten, stand er zaudernd bis zum 2. Mai: erst da rückte eine dänische Truppenabteilung in das brandenburgische Städtchen Lenzen an der Elbe ein, worauf sich in den folgenden Wochen andere Streitkräfte langsam nach Osten bis nach Zehdenik, immer noch in weitem Abstand von der Oder, vorschoben. Aber gerade hierbei trafen sie auf die ersten, kurz vorher begonnenen Gegenbewegungen der kaiserlichen Streitkräfte.

Ausgesandt aus der Armee des Herzogs Georg von Lüneburg, erschien am 20. April ein kaiserlicher Trupp vor Plaue an der Havel und machte damit den Anfang einer Bewegung, durch welche im Laufe von sechs Tagen der untere Lauf der Havel, von Brandenburg im Süden bis Havelberg im Norden, besetzt wurde. Hier in Havelberg erfolgte auch der erste Zusammenstoß, indem am 6. Mai dänische, von Norden anziehende Truppen den auf einer Anhöhe über der Stadt gelegenen Dombhof besetzten, und nun die Kaiserlichen in der Stadt, die Dänen auf dem Berge sich behaupteten. Einige Zeit darauf folgten neue von Wallenstein unmittelbar geführte Schläge. Von Reize aus, wo der General, wie gesagt, sein Quartier genommen, sandte er den Obersten Hans Georg von Arnim, dem er im Januar das Infanterieregiment des zurückgetretenen Grafen Wratislaw übertragen hatte, am 14. Juni mit einem Truppencorps aus, um, wie Herzog Georg den unteren Lauf der Havel und den Strich zwischen Havel und Elbe, so jetzt den oberen Lauf dieses Flusses und das Land zwischen Havel und Oder zu besetzen und damit die Absperrungslinie zwischen den beiden dänischen Armeen auch auf dieser Seite zu ziehen.

Während Arnim diesen Auftrag mit Kühnheit und Geschick angriff, hielt dann Wallenstein den Zeitpunkt für gekommen, um das preisgegebene schlesische Feindesheer zu erdrücken. Noch im vergangenen März hatte diese Armee einen überraschenden Beweis ihrer Kraft gegeben, indem sie den Kaiserlichen die Oberfestung Kosel entriß; aber verhängnisvoll wurde es ihr, daß sie, festhaltend an dem Vertrauen auf den neuen Losbruch Bethlen Gabors, auf ihrem verlorenen Posten ausharrte, bis sie nunmehr rettungslos umstellt war. Der Punkt, wo Wallenstein sie zu fassen und ihre Kraft zu brechen suchte, war die Festung Kosel, denn hier hatte Mislaff den größten Teil seiner Streitkräfte vereinigt. Am 7. und 8. Juli erzwang der kaiserliche General sich unter siegreichen Gefechten gegen die feindliche Kavallerie den Zugang bis unter die Mauern der Festung; noch konnte darauf die Reiterei bis auf sechs Compagnien entweichen, aber die Hauptmasse des Fußvolkes, drei Regimenter, blieb in der Stadt, und bereits am 10. Juli mußte die ganze Besatzung sich ergeben. Nach diesem einen Erfolg waren zur Vollendung des Werkes nur noch zwei Aufgaben zu lösen: die Plätze, welche der Feind in Schlesien besetzt hatte, mußten zur Ergebung genötigt, und die dänische Kavallerie, die nunmehr auf dem rechten Oderufer, auf den Säumen des brandenburgischen und polnischen Gebietes, den Weg zur Ostseeküste zu gewinnen suchte, mußte in rastloser Verfolgung aufgerieben werden. Beides wurde mit sicherer Hand und ohne Verzug durchgeführt. Die Verfolgung unternahm mit einem besonders gebildeten Corps der Oberst Pechmann; auf der Flucht vor ihm waren die feindlichen Reiter bis nach Bernstein, nahe der pommerischen

Grenze, gekommen, als sie in der Nacht vom 2. zum 3. August von Pechmann überfallen und bis auf einige Compagnien der Regimenter Holt und Baudissin, die entkamen und nun durch Pommern und Mecklenburg ihren Weg nach Holstein fanden, teils niedergemacht, teils gefangen wurden.

Hierauf schickte sich Wallenstein zum zweiten Teil seiner Aufgabe, zur Niederwerfung Christians IV., an. Indem er in Schlesien und Mähren eine Abteilung zurückließ, die nach dem Sollbestand 15 000 Mann, in Wirklichkeit viel weniger zählte,<sup>1)</sup> ließ er gegen die Mitte des Monats August über 100 Compagnien Reiter unter dem Grafen Heinrich von Schlick, demselben, der auf dem Weißen Berg unter den böhmischen Rebellen so tapfer gekämpft (S. 108), dann aber seinen Frieden mit dem Kaiser gemacht und schon im Jahr 1625 ein Regiment in Wallensteins Herr angenommen hatte, vorangehen, um selber mit neun Fußregimentern zu nicht ganz 14 000 Mann zu folgen. Das Land, welches er nicht nur zum Durchzug, sondern auch zum festen Ausgangspunkt seiner weiteren Unternehmungen im Norden ersah, waren die brandenburgischen Marken. Wohl hatte sich hier, als im Oktober 1626 der Herzog Georg von Lüneburg in die Altmark eingebrochen war, der Regierung ein Gefühl von Ueberraschung und Empörung zugleich bemächtigt; aber inzwischen, unter der doppelten Einwirkung der Furcht vor dem Kaiser, der mit einer Abrechnung für die brandenburgischen Umtriebe von 1624/25 drohte, und der Erbitterung über die Könige von Dänemark und Schweden, welche ihm in seine Lande einbrachen, hatte Kurfürst Georg Wilhelm seine Verbindung mit dem Kaiser weitergeführt. Zuerst war es jener Dohna, der, als er im Mai diese Verbindung einleitete, bereits einen folgenschweren Auftrag des Kurfürsten an Wallenstein empfing: er hatte ihn um Beistand gegen die im Havelgebiet eingebrochenen Dänen zu bitten und ihm die Oeffnung der Marken mit Ausnahme der Residenz und der Festungen anzubieten. Dann, als Arnim in die Mittelmark einrückte, schloß dieser am 22. Juni mit der Regierung des Kurfürsten einen Vertrag, durch den ihm eine Anzahl von Städten, vor allem auch Frankfurt an der Oder, zur Besatzung eingeräumt wurde.

Der Ergebenheit Brandenburgs sicher, zumal sie durch die von Herzog Georg und von Arnim in so viele Städte gelegten Besatzungen verbürgt wurde, nahm nun Wallenstein seinen Zug von der Niederlausitz her durch die Mittelmark und die Priegnitz auf die mecklenburgische Grenze und die untere Elbe zu. Noch ehe seine Truppen bei Brandenburg die Havel überschritten, hatten die von Havelberg bis nach Zehdenitz vorgeschobenen dänischen Streitkräfte, deren Führung der Markgraf von Baden übernommen hatte, sich über die mecklenburgische Grenze zurückgezogen (16. August): die Nachricht von der Vernichtung der dänisch-schlesischen Armee und dem Anzug Arnims von Angermünde her gegen das östliche Mecklenburg scheuchte sie zurück nach den Küsten der Ostsee, die sie nördlich von Wismar, der Insel Pöl gegenüber, erreichten. So konnte denn das kaiserliche Heer ungehindert bis zur Elbe vorgehen und hier, als ersten

<sup>1)</sup> „Doch wann die Regimenter komplet wären!“ fügt er einschränkend hinzu. (An Colalto, 1627 Juli 31. Schlumbeck n. 95 S. 52.)

feindlichen Posten, die mecklenburgische Grenzfestung Dömitz am 31. August zur Uebergabe nötigen. Indem der Strom erreicht wurde, konnte Wallenstein aber auch bereits den verbündeten Streitkräften der Liga die Hand bieten.

Denn in den Tagen, da die kaiserlichen Truppen die Stadt Rosel einnahmen, wurde endlich auch Tilly zum Aufbruche fertig. Am 27. Juni hatte sein Oberst Fürstenberg die Stadt Nordheim an der Leine eingenommen; hierauf teilte Tilly seine Streitkräfte in der Weise, daß ein paar Regimente zur Umschließung Wolfenbüttels zurückblieben, eine andere Abteilung unter Anholt die dänischen Streitkräfte in Nienburg an der Weser und im Stift Bremen zu beschäftigen hatte, und mit einem dritten Corps — es konnten von den zwölf<sup>1)</sup> ligitischen Infanterieregimentern nur noch drei zu demselben geschlagen werden — nebst einigen kaiserlichen Hilfstruppen er selber am 15. Juli von Giffhorn geradeswegs auf die dänischen Stellungen bei den Elbübergängen von Lauenburg und Boizenburg losging. Nach der Zahl der Truppen dürfte der jenseits der Elbe stehende Feind dem Ligageneral eher überlegen gewesen sein; aber nichts gab es hier als Demoralisation und Unentschlossenheit. Christian selber, der in Lauenburg stand, wich alsbald ins Holsteinsche zurück, und die Streitkräfte, die er zur Verteidigung der Elbübergänge zurückließ, waren so ungenügend und schlaff, daß Tilly ohne ernstlichen Widerstand am 7. August oberhalb Boizenburgs eine Anzahl Truppen über die Elbe warf, dann in den drei folgenden Tagen den Feind aus Boizenburg und Lauenburg verjagen konnte. Hier blieb er stehen, um den am 1. September erfolgenden Einmarsch Wallensteins abzuwarten.

Zwischen beiden Generalen wurde nun der Plan des weiteren Feldzuges beraten, und das Ergebnis war abermals, daß der äußerlich ehrenvollste, übrigens von Kurfürst Maximilian nicht gebilligte Teil desselben, nämlich der Angriff Christians in seinen eignen Landen, dem kaiserlichen Feldhauptmann zufiel, während Tilly wider zu seinen zurückgelassenen Truppen zog, um die dänischen Stellungen links der Elbe zu erobern. Nun hatte Wallensteins Armee bei dem anstrengenden Zug von Schlessien her allerdings wieder ihre geringe Widerstandskraft bewährt: die Truppenkörper, sicher von Anfang an nicht vollzählig, waren kläglich zusammengeschmolzen, die Reitercompagnien bis auf und unter die Hälfte des normalen Bestandes. Allein durch die Aufnahme der Abteilung des Herzogs Georg von Lüneburg wurde das Heer verstärkt, und jedenfalls war es in unvergleichlich besserem Stande als die dänische Streitmacht. Denn diese hatte sichtlich alle Kraft verloren, dem andrängenden Gegner standzuhalten. Christian IV. selber gab für das unter seiner unmittelbaren Führung stehende Hauptheer das Zeichen zur Auflösung, indem er den Rest des Fußvolkes in die festen Plätze, vornehmlich in die Hauptfestungen Krempe, Glückstadt und Rendsburg, verteilte, die Reiterei aber erst auf Rendsburg, dann, bei Wallensteins Anmarsch, in fluchtartigem Rückzug weiter nach Norden zurückgehen ließ. Gleichzeitig vermochte auch der Markgraf von Baden sich mit seinen Truppen

<sup>1)</sup> Diese Zahl gibt Tilly, 1627 Okt. 15. (Gindely I S. 308.) Die Liste bei Heilmann II 2 S. 892 ergibt elf Regimente zu Fuß.

bei Pöl nicht zu halten. Bedroht durch den von Osten her anziehenden Arnim, entschloß er sich, zu Schiff nach dem östlichen Holstein überzusetzen, um von dort seinen Weg zu der königlichen Armee zu suchen. Aber diese Vereinigung wußte Wallenstein zu hindern, indem er mit einem Teil seiner Armee den tüchtigsten seiner Befehlshaber, den Grafen Schlick, nach dem östlichen Holstein aussandte (11. September), und selber gegen die zur Zeit bei Rendsburg befindliche Reiterei des Königs vorging.

In rascher Folge vollzog sich nun der völlige Zusammenbruch der dänischen Macht. Am 16. oder 17. September hatte der Markgraf Georg Friedrich mit der Ueberführung des größeren Theils seiner Truppen begonnen, ohne von dem Anzug Schlicks und seiner überlegenen Streitkräfte Kunde zu haben. Aber Schlick fand sich nun am 19. bereits in Cutin, und dann wußte er bis zum 24. die ihm ins Netz gegangenen Streitkräfte derart einzuzwängen, daß, abgesehen von den meisten hohen Offizieren, abgesehen ferner von einem Infanterie- und zwei Kavallerieregimentern, die wenigstens zum großen Teil zu Schiff nach Fünen entkamen, die übrigen 27 Infanterie- und 16 Kavalleriecompagnien sich ergeben mußten. Kaum hatte dann Schlick diese eine Aufgabe gelöst, als er den zweiten Auftrag erhielt, die Kavallerie Christians IV., die inzwischen vor den Scharen Wallensteins auf Flensburg zurückgewichen war, zu verfolgen. Schon am 11. Oktober hatte der energische Reiterführer diese Truppen über Kolding hinausgejagt, und wie sie nun von hier weiter getrieben wurden bis nach Alborg, wo Wasser und Sumpf den Weg sperrte, mußten auch sie am 20. Oktober sich ergeben: es waren etwa 3000 Reiter und zwei Fähnlein zu Fuß. Vier Tage vorher hatte Wallenstein die Festung Rendsburg zur Uebergabe genötigt, und drei Tage vorher hatten zwei zur Verteidigung Pöls zurückgelassene Regimenter sich nach Fünen geflüchtet. Es waren jetzt in Holstein nur noch die zwei wichtigsten Festungen, Glückstadt und Krempe, unbezwungen.

Gleichzeitig vollzog das Ligaher das Werk der Räumung in den linkselbischen Landen. Anholt brach nach der Mitte des September gegen die im Stift Bremen liegenden dänischen Streitkräfte vor, deren Kern aus den vier englischen Infanterieregimentern unter Morgan (S. 359) bestand. In einem zweimonatlichen Feldzug drängte er diese Truppen in die allein in den Stiftslanden noch behauptete Festung Stade zurück, der Reiterei aber bereitete er zum größeren Teil dasselbe Schicksal, welches Schlick den Streitkräften in Holstein und Jütland bereitet hatte. Am 12. November sodann wurde Nienburg vom Obersten Erwitte zur Uebergabe gezwungen, und am 24. Dezember krönte der von dem österreichischen Kriegsschauplatz herangezogene Pappenheim den Feldzug durch die Einnahme Wolfenbüttels, das fortan für die katholischen Streitkräfte einer der wichtigsten Waffenplätze in Norddeutschland wurde.

Abgesehen von den genannten drei Festungen, welche von den Truppen Christians IV. gehalten wurden, abgesehen ferner von den durch die Generalstaaten okkupierten Plätzen (S. 226) und einem nachher noch zu erwähnenden Eingriffe Frankreichs waren jetzt die Feinde des Kaisers allerwärts aus Deutschland verdrängt. Mit aller Wahrscheinlichkeit konnte man berechnen, daß der Krieg überhaupt im wesentlichen entschieden war. Denn nicht nur siegreich,

sondern auch in erdrückender Ueberlegenheit standen die katholischen Streitkräfte im Feld. Vor allem das Heer des Kaisers. Hier hatte Wallenstein während des ganzen Jahres die vom Kaiser eingeräumte Freiheit benützt, um Regimenter auf Regimenter zu errichten, bis er im Oktober 1627 auf den Stand von 28 Infanterie- und 38 Kavallerieregimentern gelangte.<sup>1)</sup> Allerdings tumultuarisch, wie dabei alles zugging, blieb in diesen Regimentern die durchschnittliche Zahl der Mannschaft tief unter dem normalen Satz; es gab Compagnien, die noch nicht ein Drittel ihres Sollbestandes erreichten, und nur vereinzelt waren die Obersten, welche, wie der Freiherr von Merode, kraft ihrer Meisterschaft im Werbegeschäft mit überzähligen Truppentörpern aufzogen. Allein wenn auch zweifelhaft bezüglich ihrer inneren Festigkeit, besaß diese Armee doch einstweilen, zusammen mit derjenigen Tillys, eine Macht, gegen die sich nicht aufkommen ließ. Den Druck dieser Uebermacht mußten jetzt aber, da es galt, die Truppen in die Winterquartiere zu verteilen und nach dem rasch zur Regel gewordenen Verfahren die gesamten Unterhaltungskosten aus den belegten Landen zu erpressen, die unterworfenen und die neutralen Reichsstände empfinden.

Zu dieser Tributpflicht wurden neben Jütland, Schleswig, Holstein und Mecklenburg vor allem die brandenburgischen Marken und das Herzogtum Pommern von dem allmächtigen Feldherrn ausersehen. Auf die Lande des Kurfürsten von Brandenburg, mit Ausnahme der für Tilly vorbehaltenen Altmark, wurden 22 Compagnien zu Pferd und 25 zu Fuß gelegt,<sup>2)</sup> und mehr als die doppelte Anzahl wurde dem Herzog Bogislaw von Pommern in seine Städte verteilt<sup>3)</sup>. Nach der Elbe, dem Harz und Thüringen hin schlossen sich sodann an die alten Quartiere in den Stiftern Magdeburg und Halberstadt neue in den Grafschaften Stolberg, Schwarzburg und Gleichen und in den Herzogtümern Koburg und Eisenach an, während Tilly seine Regimenter von der Altmark, dem Stift Bremen und dem Herzogtum Braunschweig über Oldenburg und Ostfriesland, von Hessen über die von Wallenstein geräumten Gegenden des Westerwaldes, der Wetterau und der Eifel ausbreitete. Da auch diese zum größten Teil bereits schwer mißhandelten Lande zur Unterhaltung der Truppen nicht genügten, so nahmen Wallenstein wie Tilly noch vor Ablauf des Jahres 1627 auch Süddeutschland, und zwar den fränkischen und schwäbischen Kreis, wetteifernd in ihren Verteilungsplan auf. Seit dem Januar 1628 erschienen hier die Ligaregimenter zu Pferd Schönberg, Cronberg und Courtenbach, während von Wallensteins Truppen nach und nach die drei- oder vierfache

<sup>1)</sup> Liste bei Opel III S. 445. Einige Veränderungen weist eine Liste vom Januar 1628 (Dresdener St. N. 9215, 76) auf, mit der Summe von 29 Infanterie- und 36 Kavallerieregimentern.

<sup>2)</sup> Nach den Angaben bei Gebauer, Brandenburg im Jahre 1627 S. 141 fg. Die Ziffer von 9700 Mann (S. 145) ist nach dem Sollbestand ausgerechnet, während doch z. B. das Kavallerieregiment Hebron statt 1000 nur 300 Mann zählte. (Förster I n. 192.) Am 17. Febr. 1628 Abkommen über Abführung der Kavallerie. (Gindely I S. 360.)

<sup>3)</sup> Vgl. die Liste in der Abhandlung Kubels, Baltische Studien XL S. 94. Nach dem Schreiben Kurfürstens vom 14. Februar 1628 waren es 13 Regimenter. (Rhevenhüller XI S. 89.) Nach der pommerischen Beschwerdeschrift an den Regensburger Kurfürstentag lagen fast drei Jahre lang über 100 Compagnien durchschnittlich im Land. (Rhevenhüller XI S. 1046/47.)



Anzahl ſich einfand. Vornehmlich waren es die Städte, die Grafen und die Ritterschaft, welche die Truppen aufzunehmen hatten oder durch ſchwere Zahlungen die Quartierlaſt abkauften. Aber ſchon mußte auch der proteſtantiſche Markgraf Friedrich von Baden-Durlach, der Sohn des vielgenannten Georg Friedrich, im Januar 1628 das Regiment Courtenbach aufnehmen, um dann, nach anderthalbjähriger Unterhaltung deſſelben, ſeine Aufwendungen auf rund 760 000 Gulden zu berechnen.<sup>1)</sup>

So im Reich als Herren ſhaltend, gingen die beiden Heere dem letzten Gang in dem Kampf mit Dänemark entgegen. Wie aber ſtand es in derſelben Zeit mit der Widerſtandskraft Chriſtians IV.? Im eignen Reiche ſah der von ſeinen Niederlagen zurückkehrende König die Unzufriedenheit des Reichsrats und der Reichsſtände höher und höher ſteigen. Im Kreiſe ſeiner Bundesgenoſſen hatte England ſeinen Doppelkrieg gegen Frankreich und Spanien im Jahr 1627 ſo unglücklich geführt, daß ein ruhmloſer Ausgang der unbedonnenen Waffenerhebung vorauszuſehen war. Nur die Generalſtaaten und Guſtav Adolf hatten Erfolge zu verzeichnen: erſtere, da ſie neben dem im vorigen Jahr gewonnenen Oldenzaal jetzt noch Grol eroberten und damit ihre Oſtgrenze ſchloſſen, letzterer, indem er in ſcharfen Gefechten mit den polniſchen Streitkräften ſeine in Oſt- und Weſtpreußen gewonnenen Stellungen behauptete. Aber die Unterſtützung, welche die Staaten Chriſtian IV. gewährten, war nach wie vor gering, und Guſtav Adolf, ſo ſehr er auch in dem Vordringen der katholiſchen Mächte gegen die Oſtſeeküſte eine Niederlage ſeiner eignen Sache erblickte, wurde doch durch den polniſchen Krieg ſowohl, wie die ſtets wache Eifersucht zwiſchen Schweden und Dänemark von dem ſo heiß erſehnten Eingreifen in den deutſchen Krieg abgehalten. Vollends war es ein ſchlechter Troſt für Chriſtian, daß Frankreich demnächſt nach Ueberwältigung ſeiner gegenwärtigen Feinde, die Hände für ſeine antiöſterreichiſche Politik wider frei bekommen werde; denn die gegenwärtigen Feinde, gegen die Richelieu ſeine mächtige Thatkraft richtete, waren eben Chriſtians Bundes- und Glaubensgenoſſen.

Halb überwunden, trat alſo der Dänenkönig in das neue Kriegsjahr ein. In der Natur der Sache lag es da, daß man neben dem Krieg auch den kommenden Frieden ins Auge faßte, und daß die kriegeriſchen Aktionen vor den Verhandlungen über die Friedensbedingungen zurückzutreten begannen.

<sup>1)</sup> Genau 759 570 fl. (Verzeichnis der Kriegſchäden der Markgraſſchaft Baden-Durlach, überſandt an den Kaiſer 1629 Juli 28. Münchener St.N. 4/4.)

#### Vierter Abschnitt.

### Die Epoche des Lübecker Friedens.

---

**U**nter den Triumphen des Jahres 1627 gingen der Kaiser und die Liga ans Werk, den Gewinn, den der seinem Ende sich zuneigende Krieg ihnen bringen sollte, zu berechnen und zu sichern. Es war natürlich, daß sie dabei die Frage stellten, was der Sieg des Gegners sie gekostet haben würde. Wie nun über den Unternehmungen Christians IV. und seiner Mitstreiter ein dreifaches Ziel gestanden hatte — die Sicherung und Vergrößerung des protestantischen Besitzes an geistlichen Stiftern, die Rückführung Friedrichs V. in die Pfalz, und eine neue Erhebung des protestantischen und ständischen Wesens in den kaiserlichen Erblanden —, so lautete der unbarmherzige Schluß der Sieger, daß fortan von allem dem das Gegenteil zu fordern und durchzuführen sei. Und der erste, der damit ans Werk ging, war der Kaiser in seinen Erblanden.

Die Siege der Jahre 1626 und 1627 waren für Ferdinand eine Aufforderung zur verstärkten Fortsetzung der in seinen Ländern begonnenen Restauration. Vorher hatte sich dieselbe in erster Linie gegen Böhmen gerichtet, jetzt trat neben Böhmen das neuerdings überwältigte Oberösterreich. Hier wie dort war man schon vorher zum Verbot protestantischen Gottesdienstes und Unterrichtes gekommen, aber die volle Rückführung aller, besonders auch der höchsten Klassen der Einwohner zum katholischen Bekenntnis stand noch aus. Da wurde denn in Oberösterreich, wie schon angedeutet (S. 344), die den alteingesessenen Edelleuten im Jahre 1625 noch zugestandene Gewissensfreiheit aufgehoben, und nach der Aufhebung, vom Jahre 1627 ab, ein gegen Edelleute und Bürger gerichtetes Reformationsverfahren landesherrlicher Kommissarien eröffnet, das im Laufe weniger Jahre mit dem Uebertritt der Mehrzahl, der Ausweisung der Standhaften und dem Durchschlüpfen einzelner endete. Die Bauern wurden, da man ihre Ausweisung, wie bemerkt, zu vermeiden wünschte, durch Strafen zum Besuch des katholischen Gottesdienstes und zur Uebergabe ihrer Kinder an den katholischen Unterricht genötigt.

Um dieselbe Zeit fiel denn auch in Böhmen gegen die bis dahin noch geschonten Adelsstände der letzte Schlag. Am 26. Juli 1627 wurden sie der

„Reformationskommission“ (S. 212), die im Februar neu besetzt war, zur Belehrung überwiesen, fünf Tage darauf kündigte ein weiterer Erlass des Kaisers ihnen an, daß binnen sechs Monaten die nicht zur katholischen Kirche Uebertretenden das Land zu verlassen hätten. Der Termin für Auswanderung und Verkauf der Güter wurde dann wiederholt hinausgeschoben; allein schon im Juni des folgenden Jahres konnte die kaiserliche Regierung darauf hinweisen, daß der größere Teil der Mitglieder des Herrenstandes übergetreten sei.

Noch ein anderes Werk, an dem die kaiserliche Regierung seit vier Jahren gearbeitet hatte (S. 179), wurde in diesen verhängnisvollen Tagen zum Abschluß gebracht: am 10. Mai 1627 sanktionierte Ferdinand II. durch seine Unterschrift die „verneuerte böhmische Landesordnung“, ein reichhaltiges Gesetzbuch zur Feststellung und Reform des öffentlichen und privaten Rechtes. Hier wurden mit einer Rücksichtslosigkeit, die auch manche königstreue Böhmen, wie den Kanzler Lobkowitz, erschreckte, alle seit Rudolf II. zwischen Ständen und König aufgegangenen Streitigkeiten, welche die Landesverfassung betrafen, entschieden. Zunächst die Frage des Erbrechtes des Herrscherhauses: jede Mitwirkung der Stände beim Eintritt des Nachfolgers, sei es durch Wahl, sei es durch Annahme, fällt weg. Dann die Zusammensetzung und Befugnisse des Landtags: als erster Stand werden in denselben der Erzbischof und die infulierten Aebte und Prioren, soweit sie landtäfeliche Güter besitzen, wieder eingeführt. Das Recht, die Gegenstände der Verhandlung zu bestimmen, wurde strengstens dem Könige gewahrt, und unter den Gegenständen gab es im regelmäßigen Gang der Regierung nur einen, der wirkliche Zustimmung der Stände erheischte, nämlich die Auflage von Steuern, wobei jedoch die Aufstellung „unbilliger“ Bedingungen und Forderung neuer Privilegien untersagt wurde. Handelte es sich statt der Steuern um neue Gesetze, so konnte, da jetzt das Recht der Gesetzgebung im weitesten Sinne dem König ausschließlich zugeschrieben wurde, nur ein Beirat der Stände eintreten. Indem es endlich als strafbar bezeichnet wurde, wenn innerhalb der Gesamtheit der Stände sich einzelne zu einem gemeinsamen Botum verbänden oder gemeinsame Anträge vorbrächten, wurde das ständische Parteiwesen in seinem Nerv getroffen. In demselben Sinne wurde die Unabhängigkeit der obersten Landesbeamten, die auf ihrer Doppelstellung als königliche Beauftragte und Vertreter des Landes beruhte, aufgehoben: in ihrem Eid wurde die Verpflichtung gegen das Land gestrichen und nur die gegen den König belassen, ihre Ernennung erfolgte ausschließlich durch den König und immer nur auf fünf Jahre. Endlich wurde die seit dem Husitentum begründete Alleinherrschaft der czechischen Sprache in Gericht, Verwaltung und Landtagsverhandlungen gestürzt: fortan sollten die czechische und die deutsche Sprache gleich berechtigt sein, und ein gerichtliches Verfahren in der Sprache durchgeführt werden, in der es eingeleitet war. — Im Gefolge dieser Neuordnungen verstand es sich fast von selbst, daß der König die Verleihung des Infolats, d. h. der Befähigung der Ausländer zum Erwerb landtäfelicher Güter, von der Zustimmung des Landtags befreite, daß er das Verbot der Konfiskation (S. 195/6) im Falle des Hochverrats aufhob, daß er das Recht, Truppen zu werben und durchs Land zu führen, der Krone allein vorbehielt und auf politische Bündnisse der Unterthanen die Strafe des Hochverrats setzte.

Auch die Alleingeltung der römisch-katholischen Religion, im Gegensatz gegen den Protestantismus sowohl, wie den Utraquismus, wurde in diesem Grundgesetz noch ausdrücklich bekräftigt.

Ein Jahr später erhielt auch Mähren eine ähnliche, nur in der Beschränkung der Landesfreiheiten nicht ganz so weit gehende neue Landesordnung, und daselbe Jahr 1628 war bezeichnet: für Innerösterreich durch Beseitigung der dem Adel bis dahin gelassenen persönlichen Gewissensfreiheit, für Unterösterreich durch Vernichtung der von Ferdinand noch selbst bestätigten (S. 101) Konzession Maximilians II., sodann durch eine Gegenreformation, die nur noch dem Adel persönliche Gewissensfreiheit, jedoch mit dem Verbot aller protestantisch gottesdienstlichen Handlungen, selbst außer Landes, beließ. Auch in Schlesien wurden die Zugeständnisse von 1621 (S. 120) beseitigt und ein Krieg gegen Protestantismus und ständische Selbstherrschaft eröffnet, der indes in dem vielgestaltigen, dem Deutschen Reich nicht angehörigen Lande sich zu verwickelt anließ, um hier näher dargelegt zu werden.

Im weitesten Umfange sicherte sich also der Kaiser die Früchte des Sieges in seinen Erblanden. Wettfeind mit ihm eine ähnliche Reaktion im Reich anzubahnen, dazu bot sich den katholischen Reichsständen eine erste Gelegenheit, als von jenen beiden Versammlungen, welche im Gegensatz gegeneinander der Kaiser und die katholischen Kurfürsten erstrebt hatten (S. 360), der vom Kaiser gewollte Deputationstag unter den Kriegstürmen abermals verschoben wurde, der Kurfürstentag aber, dank der Einwilligung Sachsens, am 18. Oktober in Mühlhausen eröffnet werden konnte. Was den Kurfürsten Johann Georg bewog, mit einem gewissen Eifer auf diese Versammlung einzugehen — wie er denn neben dem Mainzer allein in Person erschien —, war einerseits die mit seinen katholischen Kollegen ihm gemeinsame Erbitterung über Wallenstein und seine Armee, andererseits die Hoffnung, eine maßgebende Einwirkung auf die Eröffnung der zu erwartenden Friedensverhandlungen und die dabei zu stellenden Bedingungen zu erringen. Indes ein nicht günstiges Vorzeichen für derartige Hoffnungen war es schon, daß der Mainzer Kurfürst, Johann Schweikhard, der mit seinem sächsischen Kollegen in so vertrautem Verhältnis gestanden hatte, am 17. September 1626 gestorben war. Sein Nachfolger war der Bischof von Worms, Georg Friedrich von Greifenklau. Dieser und gleich ihm der im Jahre 1623 auf den Trierer erzbischöflichen Stuhl gelangte Speirer Bischof, Philipp von Sötern, brachten von ihren Bistümern, die sie übrigens behielten, ererbte Feindschaft gegen den gestürzten Pfälzer mit, und vor allem der letztere war den Protestanten gefährlich, als ein habgieriger und kampfeslustiger Prälat, der die Rückgewinnung der katholischen Stifter und Klöster schon längst zu seiner Aufgabe gemacht hatte (S. 192). Auch das war für die sächsischen Bestrebungen nicht günstig, daß der Kaiser seinen Widerwillen gegen die Versammlung der Kurfürsten überwand und einen besonderen Gesandten — es war der im Jahre 1624 nach dem Tode Ludwigs von Ulm zum Reichsvizekanzler erhobene Peter Heinrich von Stralendorf — zum Meinungsaustausch mit dem kurfürstlichen Kollegium abfertigte. Aber die größte Gefahr für die Absichten Johann Georgs lag in einem stillen Einvernehmen zwischen Maximilian von Baiern und dem Kaiser.

Seit dem Schluß des Regensburger Fürstentags hatte Maximilian dahin getrachtet, die Kurwürde, die nach dem Wortlaut der Belehnung ihm nur persönlich und unter Vorbehalt der Rechte der Agnaten übertragen war, ferner eine Vergrößerung seines Fürstentums, die ihm zunächst nur in Form eines Pfandbesitzes zu teil geworden, unwiderruflich für sein Geschlecht zu sichern. Nun war, was den letzteren Wunsch angeht, der Kaiser längst bereit, dem Kurfürsten das eine der beiden Pfandländer, nämlich die Oberpfalz, unbeschränkt zuzueignen, wenn dieser ihm dagegen Oberösterreich herausgeben und seine Schuldforderung als berichtigt ansehen wollte. Allein in der Oberpfalz sah Maximilian keinen genügenden Ersatz. Da also der Kaiser in seinem Angebot höher gehen mußte, was lag da näher, als jetzt, nach dem siegreich geführten Kriege, in dem Friedrich V. neue Schuld auf sich geladen hatte, die von Maximilian ohnehin besetzten Teile der Rheinpfalz hinzuzuschlagen? Und nicht minder nahe war auch schon die Entscheidung der Streitfragen über die Kur gelegt, allerdings nicht durch öffentliche Vorgänge, sondern durch ein Meisterstück hinterhältiger Staatskunst, das eben jetzt zur Sprache kam. Noch bei der Regensburger Tagssatzung nämlich hatte der Kaiser dem Kurfürsten eine „geheime Affekuration“ über „die Kontinuation der Kur in seinem Haus“ eingehändigt, und jetzt, einen Monat vor Eröffnung des Kurfürstentags, fand Maximilian Gelegenheit, den Kaiser an diese Zusage zu mahnen, nachdem er vorher noch seinen Dank erworben hatte durch die Bezeugung seines guten Willens, in der Versammlung der unzufriedenen Kurfürsten für die kaiserliche Autorität einzutreten.<sup>1)</sup>

Nach solchen Vorbereitungen entwickelten sich die Verhandlungen des Kurfürstentags ganz anders, als Sachsen oder gar Brandenburg gehofft hatten. Nach der Mainzer Proposition kamen ernstlich — da die von Mainz und dem Kaiser angeregte Frage einer Kriegshilfe für den letzteren natürlich auf die sämtlichen Reichsstände geschoben wurde — nur zwei Punkte zur Verhandlung: die Ausschreitungen der Wallensteinschen Armee und die Mittel zur Erlangung eines dauerhaften Friedens. Da nun ebenfalls in der vom kaiserlichen Gesandten am 23. Oktober vorgetragene Proposition die Bitte um ein Gutachten über die Friedensfrage den Kernpunkt abgab, so richteten sich die Verhandlungen innerhalb dieses letzteren Gegenstandes auf drei besondere Fragen: Bedingungen der Ausöhnung Friedrichs V., Friedensverhandlung mit Dänemark und dann, zur Befestigung des Friedens im Innern, die alte verhängnisvolle Frage der Entscheidung der auf Grund des Religionsfriedens schwebenden Beschwerden der Reichsstände. Das Ergebnis der Beratungen wurde dann als kurfürstliches Gutachten für den kaiserlichen Gesandten zusammengefaßt.

An den Verhandlungen über den Pfalzgrafen konnte Baiern, weil unmittelbar interessiert, keinen Anteil nehmen, aber in wie guten Händen seine Sache bei den geistlichen Kurfürsten war, das zeigte deren einhelliges Eintreten für drei

<sup>1)</sup> Maximilian an den Kurfürsten von Köln, 1627 Sept. 7, 28. (Münchener St. A. 41/3.) Handschreiben Maximilians und des Kaisers, 1627 Juli 8 bis Sept. 9 (a. a. O. 3/8). Vgl. die Angaben (ob zuverlässig?) bei Gindely IV, 446. — Bei Darstellung der Verhandlungen des Kurfürstentags folge ich hauptsächlich Akten des Münchener und Coblenzer Archivs.

Hauptbedingungen der Ausöhnung des Pfalzgrafen: Friedrich V. sollte auf „die Kur Pfalz“, d. h. im engeren Sinne auf die Kurwürde, im weiteren auf die Lande überhaupt, nicht nur für sich, sondern auch für seine Nachkommen verzichten; das Recht der übrigen Agnaten auf die Succession in der also freigewordenen Kurwürde sollte der Kaiser dahin regeln, daß allen voran das Successionsrecht der von Maximilians Vater Wilhelm abstammenden Linie gehe; von den pfälzischen Landen endlich sollte dem Pfalzgrafen nur „eine gewisse Portion“ zurückgegeben werden, das übrige zu des Kaisers Verfügung stehen. — Das waren Forderungen, vor denen Sachsen und Brandenburg wohl erschrecken mußten; aber sollten sie etwa zu ihrer früheren Anfechtung des Verfahrens gegen Friedrich V. zurückkehren? Die veränderten Zeiten machten sie so mutlos, daß sie bereit waren, sowohl den dem Pfalzgrafen auferlegten Verzicht, wie den Artikel über die Zerstückelung seiner Lande hinzunehmen, wenn nur die weiteren Anordnungen zu Ungunsten der Nachkommen und Agnaten weggelassen würden. Und nun schien es äußerlich, als ob auch die Katholiken mit dem so beschränkten Zugeständnisse sich zufrieden gegeben hätten. Das Gutachten für den Kaiser wurde mit Berücksichtigung der sächsisch-brandenburgischen Einwendungen verfaßt.

Scheinbar ebenso glatt verlief die Beratung über die dänische Friedensverhandlung. In der Zeit, da erst Tilly, dann Wallenstein in Lauenburg sich einfanden, boten ihnen Vermittlungsversuche, die der Herzog Friedrich von Holstein machte, die Gelegenheit zur vorläufigen Mitteilung von Friedensbedingungen, wie sie die kaiserliche Regierung unter dem Eindruck der voranschreitenden Erfolge sich ausmalte: Christian IV. sollte nicht nur für sich das Amt des Kreisobersten, für seine Söhne die in Bremen (S. 124), Verden (S. 239) und Schwerin (S. 339) errungenen Stellungen nebst allen Ansprüchen auf andere Reichsstifter aufgeben, er sollte auch den königlichen Anteil an Holstein dem Kaiser abtreten, die Kriegskosten und Schäden ersetzen und die Steigerungen des Sundzolls (II 414 A. 1) zurücknehmen. — Zu diesen Bedingungen hatten nun zunächst die Kurfürsten Stellung zu nehmen. Derjenige unter ihnen, auf den man zunächst sehen mußte, Kurfürst Maximilian, hatte noch in seiner Instruktion zum Kurfürstentag (2. September) an Forderungen, welche in die eigenen Lande Christians IV. eingriffen, nicht gedacht, ja er hatte den damals bevorstehenden Einbruch Wallensteins in diese Lande als ein zweifelhaftes Wagnis bezeichnet; sechs Wochen später (14. Oktober) hatte aber auch ihn der Rauch der Erfolge ergriffen, und er befahl seinem Gesandten, für jene kaiserlichen Bedingungen einzutreten. Darauf wiederholten sich in den Beratungen der Kurfürsten die Vorgänge, die man in der pfälzischen Angelegenheit erlebt hatte: Befürwortung der kaiserlichen Forderungen durch die katholischen, zaghafte Bekämpfung derselben durch die protestantischen Kurfürsten, endlich ein Ausgleich, nach dem die Aufstellung der Friedensbedingungen dem Kaiser anheimgegeben und die Zuziehung aller oder einzelner Kurfürsten zu den eventuellen Verhandlungen empfohlen wurde.

Aber in dem Augenblick, da man diese dänischen Verhältnisse berührte, sah man sich auch schon in die größte aller innerdeutschen Angelegenheiten, nämlich in die unter dem Namen der Religionsbeschwerden befaßten Machtstreitigkeiten zwischen katholischen und protestantischen Reichsständen hineingezogen.

Gleich zu Anfang des dänischen Krieges hatte die kaiserliche Regierung den Erwerb der Stifter Magdeburg und Halberstadt für den Prinzen Leopold Wilhelm ins Auge gefaßt (S. 299), vor Beginn des Feldzugs von 1627 rechnete sie bereits, daß wohl auch die übrigen niedersächsischen Bistümer für den Prinzen oder andere Katholiken gewonnen werden könnten, und als jetzt die katholischen Heere ganz Norddeutschland beherrschten, da sprach auch Maximilian von Baiern das große Wort aus, daß die Stunde zur Wiederaufrichtung und Sicherung der katholischen Religion im Deutschen Reiche gekommen sei, er befahl seinen Gesandten in Mühlhausen, mit den Vertretern der geistlichen Kurfürsten über die Wiedergewinnung der Reichsstifter zu Räte zu gehen (14. Oktober). Und nicht nur das! Schon konnte er in Folge einer zweiten von Süddeutschland ausgehenden Bewegung den Auftrag hinzufügen, die geistlichen Kurfürsten auch für die Wiedergewinnung landsässiger Stifter und Klöster zu kräftiger Verwendung beim Kaiser anzutreiben.

Im Frühjahr 1627 hatte nämlich der alte Feind der Protestanten, der Bischof von Augsburg, und neben ihm der Abt von Kaisheim, den Prozeßkrieg (S. 192), der unter den Stürmen des Jahres 1625 eingestellt war, wieder aufgenommen: beide wagten sich gegen zwei der angesehensten süddeutschen Fürsten, den Herzog von Württemberg und den Markgrafen von Ansbach, vor, indem sie dieselben auf Restitution von sieben nach dem Passauer Vertrag eingezogenen Klöstern verklagten. Im Bewußtsein der weiter reichenden Bedeutung dieses neuen Angriffes hatte darauf der Kaiser die katholischen Kurfürsten um ein Gutachten über das in derartigen Klagen einzuhaltende Verfahren gebeten, und erst einen Monat vor der Eröffnung des Kurfürstentags war dieses Gutachten verfaßt. Es erinnerte im Geiste lang ersehnter Vergeltung daran, wie die Unierten im Jahre 1619 jeden Ausgleich über die von ihnen gewonnenen Stifter und geistlichen Güter als unzulässig bezeichnet hatten (S. 70): darum sei es jetzt nicht mehr die Zeit der Vergleiche, sondern der rechtlichen Entscheidung; die aber sollte der Kaiser nicht nur in jenen besonderen Fällen erlassen, sondern allgemein anbahnen, indem er in den Beschwerden beider Religionsparteien den Ausschlag gebe.

Was man wollte, das war die Wiedergewinnung der gegen die katholische Auffassung des Religionsfriedens von den Protestanten errungenen Güter und Macht, und was das Werk der Herstellung vorbereiten sollte, das war eine kaiserliche Entscheidung, welche den siebenzig Jahre lang geführten Streitigkeiten über das gesetzlich der einen und anderen Partei zustehende Recht durch die Aufstellung klarer Normen ein Ende machen sollte. Die Fortführung dieser ganzen Bewegung, wie sie also einerseits aus der Unterwerfung der niedersächsischen Bistümer, andererseits aus den Klagen der oberdeutschen Prälaten entsprungen war, wies nun Kurfürst Maximilian, wie gesagt, der Mühlhausener Versammlung zu. Und auch diese Anregung traf zum Ziel. Als man in den Friedensberatungen zu der Frage nach Befestigung des Friedens im Innern kam, traten die Katholiken einhellig mit dem Vorschlag jener kaiserlichen Entscheidung hervor. Zum drittenmal sahen sich hiermit die protestantischen Kurfürsten von dem unerbittlich voranschreitenden Gegner in die Enge getrieben, und zum drittenmal suchten sie

darauf wieder das Schlimmste durch einen abschwächenden Antrag abzuwenden. Die kaiserliche Entscheidung, erklärten sie, dürfe nur insoweit eintreten, als sich die Betroffenen einer solchen „submittiert“ hätten. In der That setzten sie auch die Aufnahme dieser Klausel in das für den Kaiser bestimmte Gutachten durch.

Aber hier müssen wir fragen: welchen Wert hatte in dieser, wie auch vorher in der pfälzischen Angelegenheit die den Sachsen und Brandenburgern erwiesene Nachgiebigkeit? Die Antwort darauf geben Sonderverhandlungen, welche die katholischen Kurfürstengesandten unter sich und mit dem, wenigstens in der Restitutionsfrage zum besonderen Einvernehmen mit ihnen angewiesenen kaiserlichen Gesandten abhielten. Aus ihnen ging ein geheimes Separatvotum hervor, bestimmt, den Kaiser und die katholischen Kurfürsten in jenen beiden großen Angelegenheiten zu vereinigen. Hier wurden die in der pfälzischen Frage ausgeschiedenen Bestimmungen, verstärkt durch eine andere, welche die Sicherung der in der Pfalz vollzogenen Mainzer Erwerbungen (S. 191) und kirchlichen Restaurationen bezweckten, wieder eingesetzt, es wurde ferner in der Frage der Religionsbeschwerden mit der in diesen Dingen zur Gewohnheit gewordenen Sophistik bewiesen, daß die Bedingung der „Submission“, genau genommen, längst erfüllt sei, und die vom Kaiser zu treffende Entscheidung wurde schlechtweg — so sicher war man ihres Ausfalls — als Anordnung der Restitution der von den Protestanten seit 1552 gewonnenen geistlichen Güter und Fürstentümer aufgefaßt.

Am 12. November wurden mit diesem Sondergutachten die Verhandlungen des Kurfürstentags im wesentlichen beendet. Sofort aber schlossen sich an das Gutachten zwei Reihen von Verhandlungen vonseiten der kaiserlichen Regierung an: über die Entscheidung der Beschwerden und über die pfälzische Sache. Die ersteren Verhandlungen kosteten beinahe noch anderthalb Jahr, aber die letzteren führten schon am 22. Februar 1628 zu einem in München zwischen Maximilian und den Bevollmächtigten des Kaisers abgeschlossenen Vertrag. Kraft dieses Abkommens hatte Maximilian Oberösterreich an den Kaiser herauszugeben, der Kaiser dagegen ihm und der ganzen Wilhelmschen Linie als Ersatz für seine auf 13 Millionen Gulden gestiegene Schuldforderung die Oberpfalz nebst dem rechtsrheinischen Teil der Rheinpfalz zu überweisen und den Besitz auf dreißig Jahre zu garantieren, er hatte ihm ferner eine Lebensurkunde über die Kurwürde, welche gleichfalls das Erbrecht der gesamten Wilhelmschen Linie feststellte, zu gewähren. Eine der ersten Folgen dieser förmlichen Abtretung der Lande war, daß der Vernichtungskrieg gegen den Protestantismus, den Maximilian seit der ersten Besitznahme begonnen hatte, durch Ausweisungsedikte gegen die der Konversion Widerstrebenden ins letzte Stadium eintrat. In den beiden Hauptstädten der Lande, in Heidelberg und Amberg, erstanden den Jesuiten im Jahre 1629 neue Kollegien.

Kehren wir aber von diesen Umwälzungen noch einmal zu dem Kurfürstentag zurück, und zwar zu derjenigen Angelegenheit, mit welcher seine Verhandlungen eröffnet wurden, nämlich den Bedrückungen der Wallensteinschen Armee. Leicht einigten sich hier beide Parteien über den Entschluß, dem Kaiser die Schändlichkeiten, die in seinem Namen begangen wurden, in einem bitteren Schreiben vorzuhalten, bis zu dem Vorwurf, daß der ganze Rechtszustand des



Reiches angegriffen sei. Allerdings unter der Fülle der Gesetzwidrigkeiten, die man aufzählte, wurde doch wieder, ähnlich wie in der früheren Eingabe der Liga, und weil ihr besonderes Interesse es gebot (S. 357), nicht das Kontributionsystem Wallensteins an sich mit klaren Worten verworfen, sondern die damit verbundenen Anmaßungen der Obersten, die Räubereien aller Grade und die Einforderung der Kontribution bereits für die Kosten der Anwerbung, Sammlung und Musterung der Truppen. Ebenso wenig duldete das Interesse der Liga ein Einschreiten gegen die Einquartierungen der Truppen an sich; man mußte sich mit dem Verlangen begnügen, daß „gehorsame“ Stände, wie Mainz, Kurbrandenburg, Holstein, damit verschont würden. Erst da fanden sich katholische wie protestantische Kurfürsten wieder völlig einverstanden, wo es galt, dem Haß gegen Wallenstein Ausdruck zu geben; man ging dabei bis zu dem Antrag vor, der Kaiser möge in seiner Armee ein „Direktorium“ anordnen, das den Ständen Vertrauen, den Soldaten Respekt einflöße. Zugleich wurde eine einschneidende Umwandlung der kaiserlichen Armee durch Einstellung der neuen Werbungen, Verminderung der unter den Fahnen stehenden Truppen und Einführung besserer Ordnung bei den übrigen verlangt. Der drohende Hinweis auf die bei Fortgang der Bedrückungen nötig werdende Selbsthilfe der Kurfürsten, mit dem man schloß, enthüllte vollends die immer tiefer greifende Spaltung zwischen dem Kaiser und den Reichsständen beider Bekenntnisse.

Aber wer sollte nun dem schwachen Kaiser gegenüber sich als der Stärkere erweisen, Wallenstein oder die ihn verfolgenden Kurfürsten? Um die Mitte des Dezember 1627 erschien Wallenstein, von dem Feldzug zurückkehrend, vor Ferdinand II. in Brandeis bei Prag. Beide waren von dem stolzen Gefühl eben erlebter Triumphe durchdrungen. Der Kaiser, der seit dem 10. Oktober seine Residenz vorübergehend in Prag genommen, hatte kürzlich den ersten seit den Tagen des Aufstandes wieder versammelten böhmischen Landtag gehalten und dann (25. November) seinen ältesten Sohn, wie früher zum ungarischen (S. 315), so nunmehr zum böhmischen Könige krönen lassen, beides nach den Formen des neu begründeten monarchischen Rechtes. Wallenstein aber, im Genuß seiner dänischen Erfolge, trat vollends als der Mann auf, der sich mit seiner defekten Armee jeden Gegner des Hauses Oesterreich niederzuwerfen getraute. Dem König Christian IV., so ließ er sich vernehmen, soll man den Frieden gewähren, wenn er den gestellten Bedingungen sich unterwirft; zieht er den Krieg vor, so wird der kaiserliche General ihn im nächsten Jahre auf seinen Inseln auffuchen und ihm „den Rest geben“. Lange Zeit durfte aber der Abschluß dieses Friedens oder die Durchführung des zermalmenden Krieges nicht kosten; denn schon hatte der gewaltige Feldherr den Plan eines zweiten Krieges in Bereitschaft, der zur Zertrümmerung des Osmanenreiches in Europa führen sollte, und damit Spanien nicht leer ausgehe, wollte er zugleich das Seinige thun, um das Reich in den Krieg gegen die Holländer zu ziehen. Daneben erkannte er's als seine Aufgabe an, Gustav Adolf aus Preußen zu verjagen, und erließ einstweilen Befehl auf Befehl, dem König seine Flotte zu verbrennen, eine Anordnung, die freilich sein in Mecklenburg und Pommern kommandierender Oberst Arnim wegen der Unreichbarkeit der Schiffe nicht auszuführen vermochte.

Wie nun Wallenstein mit solchem Hochgefühl in die Kreise des kaiserlichen Hofes eintrat, fand er freilich nicht nur seine alten Gegner wieder, sondern auch in dem jungen König Ferdinand, dem die Allmacht des Feldherrn unerträglich war, ein mächtiges Haupt seiner Feinde. Aber was ihm bei Widersachern und Freunden entgegenkam, das war der auch hier entfesselte Drang nach ungeheuren Erfolgen. Eben damals wurden in einem Gutachten,<sup>1)</sup> welches von dem Reichsvizekanzler Stralendorf im Namen der hierfür „deputierten Räte“ am 21. und 22. Januar 1628 dem Kaiser, seinem Sohn und dem Fürsten Eggenberg vorgetragen und von den drei Machthabern gebilligt wurde, die Ziele der kaiserlichen Politik festgestellt. Christian IV., so heißt es hier, soll neben dem früher schon als Friedensbedingung Geforderten auch das Herzogtum Schleswig „zu des Kaisers Disposition“ abtreten. Im niedersächsischen Kreis sind die Lande derjenigen Fürsten, welchen in einem summarischen gerichtlichen Verfahren der Ungehorsam gegen die kaiserlichen Achtmandate von 1625 und 1626 (S. 338) nachgewiesen wird, für verfallen zu erklären, wie denn auch, fügen die Verfasser bei, „Euer Majestät albereit dergleichen Inquisition befohlen“ haben. Die Hansestädte sollen dem Kaiser „ihre erste Hansa“ zur Prüfung und Bestätigung vorlegen: eine Forderung, die auf der Annahme einer ursprünglichen Bundesurkunde und dem Grundsatz beruht, daß die Reichsstände sich ohne kaiserliche Genehmigung fortan weder bewaffnen (S. 290, 293) noch in Bündnissen vereinigen dürfen. Indem dann weiter im Anschluß an die Mühlhausener Verhandlungen auf die Entscheidung der Religionsbeschwerden im Sinne der katholischen Restitutionsforderungen gedrungen und im Anschluß an die maritimen Pläne auf die vorstehende Begründung einer „Seemacht auf der Ost- und Westsee“ hingewiesen wurde, faßten die Räte ihre Vorschläge in den stolzen Worten zusammen, daß das Kaisertum zu seiner vorigen Macht, die katholische Religion zu ihrer vorigen Blüte „abgemach wachsen möchte“. Dabei durfte aber noch eines nicht vergessen werden. Die Nachfolge des Sohnes des Kaisers war bis jetzt nur in den Erblanden gesichert: also, schlossen die Räte, ist die nächste, allem anderen vorausgehende Aufgabe, daß mit Hilfe der katholischen Kurfürsten schleunigst die Wahl Ferdinands III. zum römischen König bewirkt werde.

Leicht begreift man es nun, daß bei Verfolgung einer so umstürzenden Politik die Armee und die durchgreifende Faust Wallensteins unentbehrlich erschien; aber leicht begreift man es auch, daß Wallenstein diese Unentbehrlichkeit ausnützte. Mehr als fünf Monate, bis Anfang Juni 1628, weilte er fortan teils am kaiserlichen Hof, teils in seinem benachbarten Fürstentum Friedland, unausgesetzt in die großen Fragen des Krieges und der Politik hineingezogen. Unter den Angelegenheiten, die dabei wesentlich nach seinen Ratschlägen und Forderungen zu entscheiden waren, drängte sich aber zunächst ein zeitweilig zurückgeschobenes Unternehmen vor, nämlich der Plan, eine kaiserlich-spanische Seemacht in der Nord- und Ostsee zu gründen.

Es ist erzählt, wie von spanischer Seite dieses Projekt festgehalten war,

<sup>1)</sup> Wiener Archiv. Kriegsakten, Fascikel 79. Auszüge (3. L. mißverständlich) bei Oppl III S. 449. Hurter IX 538, 544. Hurter, Wallenstein S. 116.

wie auch Wallenstein den Spaniern noch vor Ablauf des Jahres 1626 seine Unterstützung zugesagt hatte (S. 354). Um nun den General beim Worte zu nehmen, war im September 1627, während seines Siegeslaufes, ein Gesandter der Infantin Isabella, Graf Ottavio Sforza, bei ihm erschienen, mit einem Antrage, welcher das Seeprojekt, zugleich aber auch die stets damit verbundene Absicht Spaniens, den Kaiser und die Liga in den Krieg mit den Staaten zu ziehen, der Verwirklichung näher führen sollte; nach Ostfriesland, so lautete er, sollten kaiserliche Truppen geworfen werden, um das Land und ein paar kleine Häfen zu besetzen und dann von dort den Staaten zu Wasser und Land entgegenzutreten. Wallenstein antwortete darauf, wie es seine Art war, mit Eröffnung ausschweifender Hoffnungen, und doch wieder mit schlauer Zurückhaltung. Für Deutschland, sagte er, gibt es keine Sicherheit, solange der niederländische Krieg währt, darum sollen Kaiser und Spanien gemeinsame Sache machen in der Führung ihrer Kriege und dem Abschluß eines künftigen Friedens: allein, daß nun der alte Widerwille der Liga und aller Reichsstände gegen eine derartige Verbindung überwunden werden könne, das vermochte Wallenstein nicht zu verbürgen. Im Fall der Fortsetzung des dänischen Krieges, so fuhr der General dann fort, muß der Kampf auf die See verlegt werden; also soll Spanien eine erste Flotte in die Nordsee schicken, Spanien und der Kaiser zusammen eine zweite in der Ostsee errichten, während Wallenstein zum Zweck der Verbindung beider Flotten einen Kanal quer durch Holstein bauen lassen wird: aber daß so gewaltige Unternehmungen aus dem Reich der Phantasie in die Wirklichkeit geführt werden sollten, dafür konnte Wallenstein einstweilen nur bescheidene Vorbereitungen treffen. Die wichtigste derselben sollte in der Besetzung der Ostseestädte und der Befestigung ihrer Häfen bestehen. In dieser Beziehung erreichte er es denn auch, daß Wismar im Oktober eine Besatzung von 1000 Mann aufnahm, wodurch er, zumal da bald die Besetzung der Insel Pöhl hinzukam, einen brauchbaren Kriegshafen gewann. Allein schon die andere mecklenburgische Hafenstadt, Rostock, mußte er einstweilen gegen eine Geldkontribution von der zugemuteten Besatzung frei geben, allerdings nicht ohne zu Anfang des Jahres 1628 durch Schanzen, die er bei Warnemünde aufwerfen ließ, ihre Ein- und Ausfahrt nach der See unter seine Herrschaft zu bringen; in Pommern sodann, so nachdrücklich er auch hier seinen Stellvertreter Arnim zur Besetzung aller Hafenplätze anwies, wurden doch Stettin und Wolgast durch Vertrag mit dem Landesherrn von der Einquartierung befreit, und in Stralsund ließ die erregte Bürgerschaft ihren Rat nicht einmal in den Verhandlungen über die zum Abkauf der Besatzung geforderte Geldkontribution vorwärts kommen.

Noch aber bewegte sich Wallenstein mitten in diesen Vorbereitungen, als gegen den 20. Oktober ein kaiserlicher Gesandter, Graf Ludwig von Schwarzenberg, bei ihm erschien, um ihm anzuzeigen, daß plötzlich auch die kaiserliche Regierung das Seeprojekt wieder aufgegriffen habe. Der Anlaß zu dieser neuen Phase der kaiserlichen Politik hatte sich aus dem oben (S. 354) angedeuteten Versuch der Spanier, eine Ostseeflotte unter Beihülfe Polens zusammenzubringen, ergeben. Da die Unzuverlässigkeit der polnischen Republik sich rasch herausstellte, so war einer der spanischen Sendlinge, der in Marinefachen als Autorität

geltende Gabriel de Roy, eigenmächtig auf den Gedanken zurückgekommen, daß die Hauptförderung des Unternehmens vom Kaiser herrühren müsse. Dem kaiserlichen Hof trug er demgemäß die Vorschläge von 1625 abermals vor: es sollte die Hanfa herangezogen werden durch das Angebot eines Handelsvertrages, der das Monopol des Seehandels zwischen Spanien und den Nord- und Ostseeländern geschlossenen spanischen und hanseatischen Handelscompagnien zuwandte; durch das Zusammenwirken Spaniens, Polens, der Hanfa und jener Genossenschaften sollte weiter eine Flotte in der Nord- und Ostsee errichtet werden, stark genug, um alle in das Monopol Einbrechenden, sowie alle Feinde der Verbündeten, an erster Stelle immer die Niederländer, zu bezwingen. Den Namen und die Autorität für alle Rüstungen und Unternehmungen hatte der Kaiser herzugeben; er sollte darum auch die Verhandlungen mit der Hanfa in seine Hand nehmen.

So plötzlich diese Vorschläge hervorkamen, so leicht wurden sie doch auch jetzt wieder von der kaiserlichen Regierung angenommen und vom spanischen König nachträglich genehmigt. Und so wurde denn der Graf von Schwarzenberg am 4. September abgefertigt, um der Stadt Lübeck, als Vorort der Hanfa, das Projekt zu eröffnen, vorher aber mit Wallenstein sich ins Einvernehmen zu setzen. Es war derselbe Mann, der im Jahre 1625 den Plan in erster Fassung von Spanien her überbracht hatte; jetzt kam er als Vertreter eines Kreises kaiserlicher Staatsmänner, die von den Erfolgen der katholischen Waffen berauscht waren: ihm waren jene hohen Friedensbedingungen, die Wallenstein und Tilly dem Herzog von Holstein eröffnet hatten, noch nicht hoch genug; erst die Erriingung der Herrschaft über den Sund erschien ihm als würdiger Preis des Krieges. — Wie nun dieser Mann nach Mitte Oktober sich mit Wallenstein beredete, schien es, als ob beide ihr Ziel als gemeinsames anerkannt hätten, und nun jeder mit verstärktem Eifer sich seiner besonderen Aufgabe widmete: Wallenstein, indem er nicht nur die Besetzung und Befestigung der Häfen anordnete, sondern auch selber Schiffe dadurch zusammenzubringen suchte, daß er die Stellung derselben verschiedenen Städten zumutete und die Kosten der Ausrüstung aus Beträgen seiner Kontributionen, die er am Unterhalt der Truppen absparte, zu bestreiten gedachte, Schwarzenberg, indem er am 8. November durch einen Vortrag vor dem Lübecker Rat die Verhandlung mit der Hanfa einleitete, worauf dann die Sache im Dezember an eine Versammlung der wendischen Städte, im Februar 1628 an einen sogenannten allgemeinen, allerdings nur von elf Städten durch eigene Gesandte, von acht anderen durch Beifügung ihrer Vollmacht beschickten Hanfsatag gelangte.

Aber wie diese sinkende Macht den Plan in die Hand bekam, begannen auch die Fehlschläge. In größerem Umfang waren in der Hanfa nur noch Hamburg, Lübeck und Danzig am spanischen Handel beteiligt, während andere in zweiter Linie Beteiligte, wie Bremen und Stralsund, sich mehr und mehr zurückzogen. Der Handel selbst war eine Quelle unausgesetzter Beschwerden über die rücksichtslose Gewalt, mit welcher in Spanien Kauf und Verkauf zum Vorteil des Fiskus und der einheimischen Handelsleute geregelt, die hansischen Schiffe für den Dienst des Königs in Beschlag genommen, das Verbot gegen Einfuhr

der in den spanischen Niederlanden produzierten Güter und gebauten Schiffe, das allerdings die Hanseaten in großem Maßstab umgingen, gehandhabt wurde. Einstweilen also reichte der Wert dieses Verkehrs bei weitem nicht an die Handelsbeziehungen zu den Nord- und Ostseestaaten heran. Sollte man also, das war die Frage für die Hanse, die letzteren Beziehungen verschmerzen um den zweifelhaften Preis eines engeren Anschlusses an Spanien? Denn daß die protestantischen Nachbarmächte einen solchen Anschluß als Kriegserklärung aufnehmen würden, das erhellte schon aus der Gewaltthätigkeit, mit der England und die Staaten, nachdem sie die Zuführung von Kriegsbedürfnissen nach Spanien, zu denen sie vor allem einen der wichtigsten hanseatischen Artikel, nämlich die Materialien für Bau und Ausrüstung der Schiffe, verboten hatten, seit 1625 den hanseatischen Handel überwachten und schädigten, bis zur Aussendung von Kreuzern, die einen großen Teil des Jahres hindurch die Elb- und Wesermündungen ausspähten. Es erhellte noch deutlicher aus der erregten Aufmerksamkeit, mit welcher die Nachbarmächte seit dem September 1627 die ihnen nicht verborgenen Anschläge Spaniens und des Kaisers auf die deutschen Meere verfolgten, und den drohenden Warnungen, welche seit dem Dezember dänische und staatliche, englische und schwedische Abgesandte gegen die Begünstigung dieser Anschläge an die Hansestädte richteten.

In dieser Stellung zwischen zwei Gegnern dachte die Hanse an alles eher als an eine thatkräftige Parteinahme. Eben damals lief ihr zwölfjähriges Bündnis mit den Generalstaaten (II 416) ab: sie ließ es stillschweigend zergehen. Schon im Jahre 1624 war das allgemein hanseatische Bündnis von 1604, das von zehn zu zehn Jahren lief, erloschen: es wurde jetzt bis zum Jahre 1634 erneuert; aber man erhielt damit nur einen Bund, dessen Verfassung für eine kräftige Aktion völlig ungeeignet war, und ob der Beschluß selber allgemein ratifiziert werden würde, war mehr als zweifelhaft. Als man dann nach langem Zögern zu der großen Frage des spanischen Handelsvertrags und der damit verbundenen Organisation kam, war der ausgesprochene Widerwille der Städte bereits außer Zweifel, nur in der Form suchte man ihn zu verdecken, indem man nach der bei hanseatischen Verhandlungen altbewährten Praxis die Sache auf eine andere Tagung verschob (8. April), worauf dann erst am 26. September die ablehnende Antwort erfolgte, und auch da wieder in solchen Wendungen, daß das unerbittliche Nein vermieden wurde.

Gleich bei jener dilatorischen Antwort war es klar, daß das Unternehmen, soweit es von dem Handelsvertrag und den im Gefolge desselben erwarteten kriegerischen Rüstungen der Handelscompagnien und der Hansestädte abhing, beim ersten Versuch gescheitert war. Allein ein Teil des Unternehmens hing nicht von diesen Bedingungen ab. In den Verhandlungen mit Polen, dann mit dem Kaiser hatte Spanien sich bereit erklärt, als seinen Anteil zur Bildung einer Ostseeflotte die Kosten für 24 voll ausgerüstete Schiffe zu erlegen, in der Weise, daß die Schiffe gegen die von Spanien zu leistende Zahlung der Miete von den Hansestädten, die kriegerische Bemannung gegen die wiederum auf Spanien fallende Zahlung des Soldes vom Kaiser hergeliehen werden sollten; und ebenso hatte Wallenstein die Anordnung getroffen, Schiffe, welche auch ihm die Städte

stellen sollten, aus eigenen Mitteln auszurüsten. Demgemäß richtete Schwarzenberg als besonderen Antrag sowohl an die Tagsatzung, wie an einzelne Städte das Ansinnen auf Herleihung von Schiffen. Indes gerade vor dieser Dienstleistung waren die Städte von den antikaiserlichen Mächten, so noch fast gleichzeitig mit den Anträgen der kaiserlichen Gesandtschaft durch den dänischen Agenten Joachim Kraß, unter schweren Drohungen gewarnt. Gerade hier also stieg die Furcht der Städte so hoch, daß sie alsbald, noch vor Ablauf des Monats Februar, mit einer ablehnenden Antwort hervortraten.

Was sollte nun, bei dieser Abweisung aller Anträge, der Kaiser thun? Schwarzenberg sah nur den einen Ausweg der Gewalt. In der leidenschaftlichen Stimmung eines Mannes, der seine Hoffnungen nicht als bodenlos anerkennen will, verlangte er, daß man, wie es in Spanien Sitte war, die Schiffe der Hanseaten ohne weitere Umstände in Beschlag nehme, daß man, wie bisher gegen pommerische und mecklenburgische Landstädte, also jetzt gegen Lübeck und Hamburg vorgehe und jener Stadt ihren Hafen in Travemünde, dieser die ihre Ausfahrt nach dem Meere beherrschende Insel Krautsand besetze.

Auf diesen Punkt gediehen die Verhandlungen eben in jener Zeit, da Wallenstein alle kriegerischen Beratschlagungen der kaiserlichen Regierung beherrschte. Welche Wege wußte nun er zu weisen? Es scheint, daß er es auch hier wieder verstand, allem anderen eine persönliche Frage vorzusetzen, die Frage nämlich, wer die Flotte, die erst zu schaffen war, befehligen solle. Und da war es denn ein neuer Triumph, daß er schon vor dem 12. Februar 1628 eine Zusage des Kaisers, die ihm den Oberbefehl sicherte, errungen hatte, worauf dann am 21. April seine förmliche Ernennung zum „General des oceanischen und baltischen Meeres“ erfolgte. Die Flotte freilich, die er also kommandieren sollte, mußte erst geschaffen werden, und wenn ihm die Befugnis zur Anweisung der für den Sold der Mannschaften, für Munition, Proviant u. dergl. nötigen Gelder zuerkannt wurde, so blieben die Quellen dieser Gelder ebenfalls im Verborgenen. Alles hing folglich davon ab, ob der Mann, der das Landheer geschaffen hatte, nun auch den Weg zur Gründung der Seemacht finden werde, ob er also vor allem anderen aus den Schwierigkeiten, in die man den Hansestädten gegenüber geraten war, hinaus Helfen könne. Indes, wie nun der Gedanke an ihn herantrat, gegen die Hanse im ganzen und ihre führenden Städte im besonderen mit Gewalt vorzugehen, hatte er mit einemmal nichts als Mahnungen zur Vorsicht: man darf mit ihnen einstweilen nur gütlich handeln — das war der Grundsatz, den er schon im Januar aussprach und an dem er festhielt in den folgenden Monaten. Schwarzenberg geriet darüber außer sich und argwohnte, daß zwischen Wallensteins großen Worten und wahren Absichten ein tiefer Unterschied sei, daß er besonders auch dem Dänenkönig einen Frieden mit ähnlicher Mäßigung seiner Forderungen zu gewähren bereit sei. Aber da ließ Wallenstein dem Kaiser sagen: wenn Schwarzenberg nicht abgerufen werde, so werde er sich nicht zur Armee begeben, und — man mußte ihm den Willen thun.

Hiermit war die eine Grundlage, auf die man den Flottenplan gebaut hatte, nämlich die Mitwirkung der Hanse, zusammengebrochen. Alles schien

jetzt davon abzuhängen, daß man wenigstens die Hülfe Spaniens festhalte. Von spanischer Seite nun erging, nachdem Wallenstein mit Ottavio Sforza, dem Gesandten Isabellas, um den Januar 1628 eine neue Konferenz mit noch stärker aufgetragener Uebertreibung seiner kriegerischen Macht und Absichten gehalten hatte, am 2. März 1628 eine Entschliebung Philipps IV. an seinen Gesandten beim Kaiser: zwei Jahre lang wollte er dem Kaiser je 400 000, der Liga je 200 000 und dazu für die Ausrüstung von 24 Schiffen in der Ostsee 200 000 Reichsthaler zahlen, — aber unter der Bedingung, daß Kaiser und Liga den Staaten den Krieg erklären und keinen Frieden schließen dürfen ohne gleichzeitigen Frieden zwischen Spanien und den vereinigten Niederlanden. Es war die Bedingung, welche Spanien schon bei den Brüsseler Konferenzen gestellt hatte; indem es aber jetzt dieselbe unerbittlich erneuerte, war bei dem unüberwindlichen Widerstand des bairischen Kurfürsten und der Liga auch die Unmöglichkeit einer Verständigung entschieden. Fortan beruhte die Verwirklichung des Flottenplanes nur noch auf dem Willen und der Thatkraft Wallensteins.

Wenn aber der eigenwillige Feldherr das Unternehmen allein durchführen sollte, mußte man ihm dann nicht eine fest gegründete Stellung an der Meeresküste schaffen? Dies war ein Gedanke, mit dem ein zweiter großer Plan zusammenhing, den Wallenstein am kaiserlichen Hofe betrieb. — Es ist erwähnt, daß der Kaiser eine auf Konfiskation zielende Untersuchung gegen diejenigen niedersächsischen Stände angeordnet hatte, welche seinen letzten Mandaten getrogt hatten, und ebenso ist schon bemerkt, weshalb diese Untersuchung sich vor allem gegen die beiden Herzöge von Mecklenburg kehren mußte (S. 339). In der Voraussicht solcher Maßregeln richtete nun Wallenstein seinen unersättlichen Ehrgeiz auf den Erwerb dieses Reichsfürstentums. Das Mittel, das dabei zum Ziele führen sollte, hatte er längst erprobt; es bestand in den immer höher anschwellenden Rechnungen seiner Ausgaben und Forderungen. Bereits im Mai 1627 hatte Ferdinand, um den drängenden Gläubiger vorläufig zu beschwichtigen, ihm die Abtretung des kleinen schlesischen Herzogtums Sagan bewilligen müssen; aber das war eine Zahlung auf Abschlag, und nur wenige Monate nachher, spätestens seit Anfang Oktober, hatte Wallenstein den Ersatz ausersehen, der ihm seiner würdig erschien: er begann damals an dem Sturz der beiden Mecklenburger Herzöge zu arbeiten. Lag es nun an einer Verbindung eigennütziger Interessen oder an jenem Rausch der Erfolge, der den kaiserlichen Staatsmännern die größten Wagnisse als selbstverständlich erscheinen ließ? — genug, der Fürst Eggenberg und der Hofkanzler Verda ließen sich für Wallensteins Absichten gewinnen, und so rasch wußten sie hinter dem Rücken der übrigen Räte den Kaiser einzunehmen, daß, als Wallenstein im Dezember 1627 vor Ferdinand erschien, die Uebertragung Mecklenburgs auf ihn, als Ersatz für seine Forderungen, im wesentlichen schon entschieden war. Und auch die Ausführung des Entschlusses wurde nun mit einer Ungeduld betrieben, die nicht einmal die Form eines rechtlichen Verfahrens gegen die Herzöge abzuwarten erlaubte. Am 1. Februar 1628 überraschte der Kaiser die mecklenburgischen Stände und Unterthanen mit der Ankündigung, daß er ihr Land dem Herzog von Friedland als Unterpfand für die vorgelegten Kriegskosten überwiesen habe,

so daß er und seine Erben es bis zum völligen Erfaß besitzen und nutzen sollten. Zur Rechtfertigung dieser Verfügung berief sich Ferdinand auf das Retentionsrecht, welches ihm an den im gegenwärtigen Krieg eroberten Landen bis zu völligem Schaden- und Kostenersaß zustehet; es schien also, daß den Herzogen ihr Land nicht unwiederbringlich, sondern nur pfandweise entzogen war. Aber schon war mit derselben Hinterlist, die sich in dem Handel über die pfälzische Beute erprobt hatte, durch einen insgeheim am 26. Januar 1628 ausgefertigten „Kaufbrief“ die dauernde Veräußerung des Herzogtums an Wallenstein vollzogen, und zwar mit allen Bestimmungen eines genauen Kaufvertrages: die herzogliche Würde nebst den öffentlichen Hoheitsrechten erhielt Wallenstein umsonst, der übrige Kapitalwert des Landes sollte nach Abzug der Landesschulden zur Deckung von Wallensteins Forderungen und zur Bestreitung eines kaiserlichen Gnadengeschenktes von 700 000 Gulden, endlich ein dann sich etwa noch ergebender Rest zur Bezahlung der kaiserlichen Armee dienen. Am selben Tag stellte der Kaiser auch die entsprechende Belehnungsurkunde aus. Am 8. April mußten dann die von kaiserlichen Kommissarien berufenen mecklenburgischen Landstände den Bevollmächtigten Wallensteins die Huldigung leisten, zunächst noch immer in seiner Eigenschaft als Pfandherr. Erst am 9. Juni 1629 gab der Kaiser den wahren Sachverhalt durch ein Manifest kund: die Herzöge, so las man hier, waren, indem sie gegen den Kaiser und die gehorsamen Stände Truppen aufbrachten und gebrauchten, thatsächlich in die Acht gefallen; der Kaiser aber hatte wieder seine Milde gezeigt, indem er, statt alle Konsequenzen der Acht zu ziehen, sich begnügte, das Herzogtum an Wallenstein zu vergeben. Natürlich mußten die Herzöge Adolf Friedrich und Johann Albert bei dem Herrscherwechsel das Land räumen, und wie auch der dänische Prinz Ulrich das Bistum Schwerin hatte aufgeben müssen, so wurden diese Stiftslande in der Form eines Unterpandes für eine fernere Schuld von 750 000 Gulden zu dem neuen Besitze Wallensteins hinzugeschlagen.

Am 21. April erfolgte noch ein letzter kaiserlicher Erlaß, durch den die über Wallenstein ausgeschütteten Gnaden gekrönt wurden: es war die schon gegen Ende 1626 ihm in Aussicht gestellte (S. 351) neue Bestallung. Er erhielt jetzt den Titel eines General-Obersten-Feldhauptmanns. Das Recht, für die höheren, über die Regimentsführung hinausgehenden Kommandos die Personen vorzuschlagen, wurde ihm ausdrücklich zugesprochen, und wie er schon beim Abschluß seines Feldzugs die Notwendigkeit erkannt hatte, seine über Nord- und Süd-deutschland ausgebreitete Armee in Abteilungen zu gliedern und an deren Spitze besondere Generale zu stellen, so mußte der Kaiser zugleich die Obersten Arnim, Schlick, Wolfgang von Mansfeld und Collalto zu Feldmarschällen erheben; letzterer, mit dem Wallenstein auf Grund einer neuen Interessengemeinschaft seinen Frieden gemacht hatte, erhielt dazu noch den höheren Rang eines Generalleutnants.

Was wurde, so müssen wir aber jetzt wieder fragen, unter solchen Vorgängen aus den Angriffen der Kurfürsten gegen Wallenstein und seine Armee? Eine Antwort, und zwar in dem Sinne, daß die kaiserliche Regierung sich über den Zorn der Kurfürsten hinwegsetzen zu können glaubte, lag im Grunde ge-



nommen in jedem von jenen kaiserlichen Gnadenerweisen gegen den Feldherrn. Aber nicht genug, daß die Kurfürsten mit ihren Beschwerden zur Geduld verwiesen wurden, man ging auch unmittelbar gegen sie vor. Im Februar 1628 verlangte Wallenstein am kaiserlichen Hof, daß der Verschonung des Kurfürsten von Sachsen mit Einquartierung, wenigstens soweit es die ihm verpfändeten Lausitzen angehe, ein Ende gemacht werde. Gerne hätten die geheimen Räte den daraus zu befürchtenden neuen Konflikt vermieden, allein schon am 16. Mai zeigte Johann Georg dem Kurfürsten Maximilian an, daß Wallenstein ihm vier Regimenter in die Ober- und Unterlausitz gelegt habe. Maximilian selber drängte damals am kaiserlichen Hof auf die Verschonung der schwäbischen Gebiete mit neuen Einlagerungen; die Antwort bestand in der umgekehrten Forderung, daß er zwei ins Fränkische und Schwäbische einquartierte Ligaregimenter abführen solle.

So schien jede Gegnerschaft gegen Wallenstein verstummen zu müssen, seine Widersacher am kaiserlichen Hofe sowohl, wie die Kurfürsten im Reich. Aber unter den Kurfürsten gab es einen, dessen Feindschaft am gefährlichsten wurde, wenn er zu verstummen schien: das war Maximilian von Baiern. Seit seinem ersten mißlungenen Vorgehen gegen Wallenstein hatte Maximilian nicht aufgehört, Stoff zu neuen Anklagen zu sammeln, und wie er nun bei der üblen Wendung, die der Kampf nahm, seine Anstrengungen verdoppelte, durfte unter seinen Zuträgern der allgegenwärtige Kapuziner Valeriano Magni (S. 355) wieder nicht fehlen. Im April und im Mai theilte dieser durch Vermittelung eines von München zu ihm nach Prag geschickten Ordensbruders dem Kurfürsten zwei Darlegungen mit, in denen unter dem Schein eindringender Menschen- und Geschäftskennntnis der Charakter und die Absichten Wallensteins zergliedert wurden. Neben der schon früher von ihm hervorgehobenen Bedeckung des Reiches mit Truppen, welche nicht zum Angriffe auswärtiger Feinde, sondern zur Entkräftung der Reichsstände, besonders auch der Liga, bestimmt seien, malte der Mönch jetzt die Sklaverei aus, in welche der Kaiser, der geheime und der Kriegsrat gegenüber Wallenstein geraten seien: auf diesen beiden Grundlagen arbeite der Ehrgeiz des Generals weiter und werde nicht eher befriedigt sein, als bis er nach Ferdinands Tode, der ja auch beschleunigt werden könne, erst durch das Heer, dann durch ganz Deutschland zum erblichen König erhoben sein werde. Alsdann werde für Deutschland der Tag der absoluten Monarchie gekommen sein. Furcht vor den Warnungen des Gewissens, so bemerkte gelegentlich der Mönch, kennt Wallenstein bei Verfolgung dieser Pläne nicht; aber unter den Menschen gibt es einen, den er vor allen anderen fürchtet, nämlich den Kurfürsten von Baiern, weil er der einzige ist, der ihm in den Weg zu treten vermag.

Dieser Aufruf an Maximilians Thatkraft zeigte, daß Valeriano mehr als bloßer Berichterstatter war. Und so grell er auch seine Farben aufstrug, es gelang ihm jetzt wie früher, den Glauben Maximilians gefangen zu nehmen und ihn zu einer durch äußerste Erregung bezeichneten Thätigkeit anzuspornen. Ohne einen Tag zu verlieren, setzte der Kurfürst sich einerseits mit dem Erzbischof von Mainz in Verbindung, um ein neues Einschreiten der Kurfürsten

bei dem Kaiser zu veranlassen, andererseits mit Tilly, um vorkommenden Falls das Ligaheer, statt gegen Dänemark, gegen Wallenstein bereit zu haben, endlich mit dem spanischen Gesandten am Kaiserhof, um neue Vorstellungen desselben bei seinem König und dem Kaiser zum Zweck der Absetzung Wallensteins zu erwirken, immer natürlich mit seiner gewohnten Vorsorge, daß er, als der Treiber, un-erkannt bleiben müsse. Und bei all diesen Bemühungen fand sich wenigstens ein Mittel, das seine Wirksamkeit auf den Kaiser nicht verfehlte. Ferdinand hatte den Gedanken, daß die unaufschiebbare Stunde für die Wahl seines Sohnes zum römischen König gekommen sei, mit allem Eifer aufgegriffen. Nun mußte er aber schon am 28. März vom Erzbischof von Mainz hören, es sei keinerlei Einwilligung der Kurfürsten in einen Wahltag zu hoffen, solange ihre hinsichtlich der kaiserlichen Armee gestellten Forderungen nicht befriedigt seien. Und fortan war es wieder Maximilian, der im stillen, aber unausgesetzt dazu half, die Kurfürsten bei ihrer Ablehnung festzuhalten. Diese Stimmung nun war es, welche doch endlich beim Kaiser Bedenken hervorrief und ihn bewog, wenigstens in einem Punkte den Anträgen der Kurfürsten nachträglich einige Rücksicht zu schenken. Der eine Punkt betraf die verlangte Verminderung von Wallensteins Armee. Am 22. April kündigte er dem Erzbischof von Mainz seine Bereitwilligkeit an, den Druck, mit dem das Heer auf dem Reich laste, nach Möglichkeit zu erleichtern. Es war das der erste Schatten, der auf Wallensteins Triumphe am kaiserlichen Hof fiel; fraglich blieb es dabei nur, wie weit der General sich dem kundgegebenen Willen des Kaisers fügen werde.

Blicken wir aber nunmehr auf den Verlauf der Dinge seit dem Mühlhaufener Kurfürstentag zurück, so ergibt sich, daß die Mächte, welche dem Dänenkönig als Sieger gegenüberstanden, unter sich selber in tiefen Entzweigungen auseinander zu gehen begannen. In dem Augenblicke, da es für sie galt, den aus ihren Kämpfen zu ziehenden Gewinn festzustellen, hatte sich ein neuer Krieg zwischen der katholischen und der protestantischen Partei im Reich angekündigt, es waren scharfe Gegensätze zwischen der vorsichtigen Politik der Liga und den übermütigen Entwürfen der kaiserlichen Regierung, zwischen den Interessen des Reichs und den Forderungen des spanischen Verbündeten hervorgetreten, und vollends über die Art der Kriegführung war ein Zwist entstanden, in dem ein gewaltfamer Zusammenstoß zwischen den Heeren Wallensteins und der Liga schon in den Bereich der Möglichkeit trat. Offenbar, wenn in diesem Gewirre entgegengesetzter Bestrebungen und bitterer Feindschaften der Feldherr, der zeitweilig den Kaiser und seine Räte sich dienstbar gemacht hatte, die Leitung der Dinge behaupten wollte, so mußte er vor allem in dem neuen Kriegsjahr seine hochtönenden Versprechungen wahr machen und jene gewaltigen Schläge führen, die dem Krieg sein glänzendes Ende bereiten sollten.

Rätselhaft war da aber von vornherein der geringe Nachdruck, mit dem Wallenstein den Feldzug des Jahres 1628 betrieb. Am 2. Juni befand er sich noch in seiner böhmischen Hauptstadt Gitschin; wohl an demselben Tag zog er dann in gewohnter Langsamkeit über Sagan und Frankfurt a. D. nach Prenzlau, anfangs noch unschlüssig, ob er sich nach Mecklenburg oder nach Pommern wenden sollte. Als ein Bote des Schreckens und neuer Um-

wälzungen war ihm freilich schon im April der Reichshofrat Johann von Hven vorausgegangen, mit dem kaiserlichen Auftrag, in Westfalen und Niedersachsen gegen reichsunmittelbare wie mittelbare Personen, welche durch ihre Beteiligung an dem Krieg und den Kriegsrüstungen den kaiserlichen Mandaten getrogt hatten, auf Konfiskation wegen Majestätsverbrechens zu verfahren. Aber daneben hatte Wallenstein selber doch auch einen friedlich lautenden Auftrag erhalten. Am 6. Februar nämlich war der Kaiser von dem dänischen Reichsrat um Eröffnung von Friedensverhandlungen zwischen seinen und des Königs Christian Bevollmächtigten angegangen. Schon die Thatsache dieses Gesuches bedeutete einen neuen Triumph des Kaisers, denn bei verschiedenen in den beiden vorausgehenden Jahren gemachten Friedensversuchen waren es Vermittler gewesen, welche sich anboten oder auch angegangen waren. Daß jetzt die im Unterliegen begriffene Partei es über sich brachte, den siegreichen Gegner zu unmittelbaren Friedenskonferenzen aufzufordern, war ein Anfang des Nachgebens, dem, wenn es zur Aufstellung der Friedensbedingungen kam, ein weiteres Zurückweichen von der einst in Braunschweig eingenommenen Haltung (S. 316) wohl noch folgen mußte. Bereitwillig erteilte daher die kaiserliche Regierung dem General Wallenstein, und neben ihm auch Tilly, den Auftrag zum Eintritt in Friedensverhandlungen. Allerdings blieb dabei die Hauptfrage der Bedingungen des Friedens offen, und wenn Wallensteins Auffassung zutraf, so hielt die kaiserliche Regierung noch immer an den überschweren Forderungen, wie sie in dem Januarbedenken aufgestellt waren, fest; allein gerade hier war es wieder ein Rätsel, ob der Feldherr selber nicht nachgiebiger gestimmt war, mit Gewißheit konnte man von ihm nur sagen, daß ihm unter allen Bedingungen eine unumgänglich erschien, nämlich die Sicherung seines mecklenburgischen Erwerbs.

Noch eine zweite Verhandlung, die friedliche Hoffnungen erwecken konnte, wurde damals von Wallenstein vorgenommen. Er hielt, um dem Verlangen des Kaisers nach einer Verminderung der Armee nachzukommen, nach seinem Aufbruch von Gitschin mit Collalto oder mit Questenberg, als dessen Stellvertreter, eine Konferenz zu Reichenberg.<sup>1)</sup> Abgemacht wurde hier, daß von der Kavallerie 4000 Mann entlassen oder in andere unvollständige Regimenter untergesteckt werden sollten: eine Konzession, die freilich den unzufriedenen Kurfürsten unmöglich genügen konnte, und das um so weniger, da man sich nach Wallensteins eigener Ueberzeugung mit der Errichtung neuer Kavallerieregimenter übernommen hatte, und da vollends die Verminderung dieses Teils der Armee durch gleichzeitige Neuwerbung von Fußtruppen aufgewogen werden sollte. Immerhin war es der Anfang oder doch der Schein eines Entgegenkommens.

Wie es nun aber auch mit diesen friedlichen Bezeugungen bewandt sein mochte, jedenfalls kam es jetzt zunächst darauf an, dem Krieg durch kräftige

<sup>1)</sup> „Wie wir zu Reichenberg abgeredet haben,“ schreibt Wallenstein bezüglich der Ab dankungen an Collalto. (Juli 10. Chlumetz n. 135 S. 76.) Durch Reichenberg kam Wallenstein, bevor er am 4. Juni in Friedland (n. 131 S. 74) eintraf. Nach Reichenberg hatte er denn auch auf den 3. Juni den Questenberg beschieden (n. 127, 128). Ob nun unversehens auch Collalto erschien, oder die Abrede mit Questenberg als eine mit Collalto getroffene galt, lasse ich dahingestellt sein.

Schläge ein Ende zu machen. Vom Kriege hatte Wallenstein gesagt, daß derselbe fortan zur See werde zu führen sein. Aber da war es ein neues Rätsel, daß der Ernst dieses Wortes nur vom Feinde ergriffen zu sein schien. Während Wallenstein sich noch in den Intriguen des kaiserlichen Hofes bewegte, hatte Christian — ein Zeichen seiner den Widerwillen der Stände und Reichsräte noch immer bezwingenden Thatkraft — es fertig gebracht, im März mit einer Flotte, die angeblich zwanzig Compagnien Soldaten trug, gegen die vom Feinde besetzten Küsten auszuziehen. Wenn er dabei die Insel Fehmarn wieder gewann und bei einem Anfall auf Eckernförde die kleine dortige Besatzung vernichtete, so waren das keine großen Thaten, aber was sich dabei herausstellte, war die völlige Unfähigkeit Wallensteins, zur See aufzukommen. Die kleinen Schiffe, die er zusammengebracht hatte, kamen für kriegerische Aktionen nicht in Betracht — sieben derselben, die im Hafen von Greifswald lagen, wurden z. B. am 24. April von vier dänischen Kriegsschiffen mit leichter Mühe genommen und verbrannt — und ein Gesuch, welches er an die Infantin Isabella um zwölf Dünkirchener Schiffe gestellt hatte, wurde unter dem Vorwand mangelnder Ausrüstung, in Wahrheit wohl aus Verdruß über die gescheiterte Verständigung mit Spanien, abgelehnt.<sup>1)</sup>

Genötigt also, die See dem Feind zu überlassen, mußten die katholischen Heere sich auf den Landkrieg beschränken, das will sagen, auf die Eroberung der allein vom Feind noch gehaltenen Festungen Stade, Glückstadt und Krempe. Aber wiederum war es nicht Wallenstein, sondern Tilly, der zeitig auf dem Plage war. Bereits den Winter über hatte Tilly die Festung Stade mit vier unter schweren Unbilden eingelagerten Regimentern umstellt, im März schritt er zur förmlichen Belagerung, und am 5. Mai mußte dieser letzte westlich von der Elbe noch in dänischer Macht befindliche Platz sich ergeben. Was hatte nun das Ligaheer weiter zu thun? Da die Elbe die Grenzscheide zwischen Tillys und Wallensteins Operationsgebiet bildete, so hätten jenseits des Stromes ligistische Streitkräfte nur als Hülfstruppen unter Wallensteinschen Befehlshabern dienen können; daran aber war um so weniger zu denken, da die neueste Sorge Maximilians, daß Tillys Heer vielleicht zum Schutze der Liga gegen Wallenstein verwandt und hierfür in Bereitschaft gehalten werden müsse, auch von Mainz geteilt und von beiden Bundeshäuptern während der folgenden Monate festgehalten wurde. Der Zwiespalt zwischen den Vorkämpfern der katholischen Sache verurteilte also das eine ihrer Heere zur Unthätigkeit.

Während dessen begnügten sich die Wallensteinschen Regimenter in Holstein mit einer losen Einschließung von Glückstadt und Krempe. Wohl hätte man nach Pappenheims einige Monate später gefälltem Urtheil erstere Stadt bei nachdrücklicher Verwendung der vorhandenen Streitkräfte bezwingen können; allein es schien, als ob nur eine kriegerische Aufgabe Wallenstein ernstlich beschäftigte: das war die Bezwingung Stralsunds.

Bei Austeilung der pommerschen Quartiere hatten sich in dieser Stadt — sie gehörte zur Hanse und war nächst Stettin die vornehmste des Herzogtums —

<sup>1)</sup> Isabella an Philipp IV., 1628 Mai 31. (Brüssel. Secrét. d'Espagne n. 23/24.)

wie schon bemerkt, Schwierigkeiten ergeben. Der wahre Grund lag darin, daß die Erregung, welche infolge der Triumphe der katholischen Waffen so viele protestantische Städte durchzog, bei den Stralsundern mit besonderer Heftigkeit hervorbrach. Die dortige Bürgerschaft hatte ihrem Rat gegenüber in jüngst vergangenen Verfassungskämpfen (1612—16) eine eingreifende, durch das Organ der Hundertmänner ausgeübte Mitwirkung in der städtischen Regierung gewonnen; auch gegen ihren Landesfürsten hatte sie in Konflikten, die sich mit jenen Kämpfen verbanden, ihre Freiheiten eifervüchtig gewahrt. Noch gewöhnt an ein bewegtes öffentliches Leben, durchdrang sie sich nun mit dem Gefühl, daß die Scharen Wallensteins herankamen, um ihre städtischen und kirchlichen Freiheiten zu vernichten, und daß es gelte, für diese Güter alles einzusetzen. Der Magistrat, wenngleich seine Vorsicht dem Ungeßüm der Einwohner oftmals kleinmütig oder selbst verdächtig erschien, teilte doch im Grunde diese Empfindungen, besonders auch der in den vorigen Kämpfen erprobte Bürgermeister Lambert Steinwich. Beide Teile waren also im wesentlichen darüber einig, daß man sich gegen die von Wallenstein zu gewärtigenden Forderungen, mochten sie geradeswegs auf die Einnahme von Truppen oder zunächst auf andere schwere Dienste gehen, zu wehren habe. Zeitig nahm denn auch der Magistrat die Verstärkung der Festungswerke in Angriff; zeitig setzte er die Bürger, die sich auf 2400 Wehrfähige stellten, in Kriegsbereitschaft und nahm Söldner in die Stadt, deren Zahl bis Ende 1627 auf 500 stieg und in den folgenden Monaten gar auf das Doppelte wuchs.

Wohl mit Rücksicht auf diese bedrohliche Stimmung hatte der im Namen Wallensteins handelnde Oberst Arnim sich denn auch anfangs bereit erklärt, die Abkaufung der Einquartierung gegen die Summe von 150 000 Reichsthalern bei dem General zu erwirken. Vielleicht wäre auch dieser Versuch, den Zusammenstoß abzuwenden, gelungen, wenn nicht die Loskaufsumme gar so hoch gespannt gewesen wäre und dadurch dem Magistrat Anlaß gegeben hätte, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, wenn ferner nicht Wallenstein bei aller Nachgiebigkeit, die er damals den Hansestädten gegenüber bewies, doch den festen Vorsatz gefaßt hätte, die Häfen der mecklenburgischen und pommerschen Landstädte und mit den Häfen ihre Schiffe in seine Gewalt zu bekommen. Gerade Stralsund mußte ihm um so wichtiger erscheinen, da von dort die gleichfalls von ihm besetzte Insel Rügen beherrscht werden konnte. Mindestens den Hafen der Stadt wollte er also in seiner Gewalt haben. Freilich schien es ihm hierbei anfangs nicht unbedingt nötig, eine Besatzung ins Innere der Stadt zu legen; er war in dieser Beziehung nicht abgeneigt, auf das von Arnim vorgeschlagene Geldgeschäft einzugehen. Aber seiner günstigen Stimmung machten wieder die Winkelzüge und der immer deutlicher hervortretende Widerwille der Stadt ein rasches Ende: am 6. Februar 1628 befahl er, noch mit dem Zusatz „wo möglich“, am 27. Februar aber ohne Einschränkung, die Einlagerung einer starken Besatzung ins Innere der Stadt mit Güte oder Zwang zu bewirken.

Diese Forderung, wenn der Stadt vorgelegt, würde wohl schon zur Vereitelung des Ausgleichs genügt haben; aber noch hatte Arnim sie nicht stellen können, als er bereits einen anderen, noch verhängnisvolleren Handstreich gewagt

hatte. Ausgehend von jener Ansicht Wallensteins, daß unter allen Umständen die Herrschaft über den Hafen gewonnen werden müsse, hatte er am 14. Februar die kleine, eine halbe Stunde südöstlich von dem Hafen gelegene Insel Dänholm unversehens von Rügen her besetzt, eine Position, von der allerdings nicht nur der Hafen, sondern auch der schmale, die Insel Rügen vom Festland trennende Strelasund beherrscht werden konnte. Man kann sagen, daß von diesem Augenblick ab das Mißtrauen der Bürger bis auf einen Grad gereizt war, der eine Verständigung nicht mehr zuließ. Nicht daß die Ausgleichsverhandlungen zwischen Arnim, der Stadt und dem ebenfalls eingreifenden Landesherrn abgebrochen wären, im Gegenteil, unter Zustimmung Wallensteins wurden sie durch den Gedanken belebt, daß die aufzunehmende Besatzung vom Landesfürsten gestellt werden und dann etwa gleichzeitig zum Schutz der Rechte der Stadt und zur Verfechtung der Politik des Kaisers verpflichtet werden könnte; aber wie alle diese Versuche an den entgegengesetzten Absichten — dem Vorsatz Wallensteins, das Geld, die Schiffe und den Hafen der Stadt seinen Zwecken dienstbar zu machen, dem Entschluß der Bürgerschaft, solche Dienstbarkeit abzuwehren — scheiterten, so wurde der Fortgang der Dinge im wesentlichen durch die jetzt rasch folgenden thatsächlichen Zugriffe bestimmt, mit denen beide Teile die Verhandlungen begleiteten und zu entscheiden suchten.

Der Stadt kam zunächst wieder die Ohnmacht Wallensteins zur See zu gute. Indem sie ihre Schiffe ausfandte, schnitt sie alsbald die Verbindung des Dänholms mit den gegenüberliegenden Küsten ab, und bis zum 15. April hatte sie die Besatzung durch Verhinderung der Zufuhr bereits derart bedrängt, daß sie gegen freien Abzug die Insel übergab. Nun war es Ehrensache Arnims, für diesen Schimpf Genugthuung zu schaffen. Von Wallenstein bereits am 27. Februar ermächtigt, aus den in Brandenburg und Holstein lagernden Regimentern nötigenfalls Verstärkungen heranzuziehen, vermutlich auch auf die für die Verteidigung der Stadt nicht zureichende Anzahl ihrer Mannschaft rechnend, glaubte er, mit Anwendung der Gewalt nicht länger zögern zu dürfen. Schon im März begann er, die Zufuhr nach Stralsund zu erschweren; am 23. Mai war er mit seiner Truppensammlung so weit gekommen, daß er den Anfang der förmlichen Belagerung machen konnte, und drei Tage darauf eröffnete er einen heftigen, zehn Tage lang fortgesetzten Angriff gegen die Außenwerke der Stadt.

Mit raschem Entschluß war damit die schwierigste Belagerung, an die man sich in dem ganzen Kriege noch herangewagt hatte, unternommen: schwierig, weil die Stadt, bei ihrer Lage zwischen der See und einem sie vom Festland scheidenden Binnenwasser, auf der einen Seite für den Belagerer gar nicht, auf der anderen Seite nur auf schmalen, durch Außenwerke geschützten Dämmen, hinter denen die Stadtmauern aufstiegen, zugänglich war, schwieriger noch infolge der grimmigen Entschlossenheit der Bürger, die am 22. April sich eidlich mit dem Rat verbanden, für die Augsburger Konfession und die Freiheit der Stadt bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen und jede fremde Besatzung abzuwehren, vollends schwierig, da bereits die Nachbarmächte ihre Aufmerksamkeit auf die bedrängte Stadt gerichtet hatten, und eine Verstärkung ihrer ungenügenden Besatzung von zwei Seiten her bevorstand. Gleichwohl ließ sich der Anfang nicht

ungünstig für den Angreifer an. Es gelang ihm, auf dem zum Knieper Thor führenden Damm die Jürgenschanze einzunehmen, eine Stellung, von welcher er bereits den weiteren Sturm gegen die eigentliche Stadtmauer in Aussicht nehmen konnte. Aber da erfolgte plötzlich die Zwischenkunft, die er fürchten mußte: am 4. Juni landeten von der offenen See her vier Compagnien Fußtruppen, die König Christian IV. gesandt hatte, und in den nächsten Tagen folgten von derselben Seite vier weitere Compagnien, und dann noch eine Schar von 200 Mann. Diese Verstärkung des Feindes, daneben die Ermattung der eigenen Truppen bewog Arnim, das Stürmen einzustellen; eine Zeitlang blieb jetzt die Belagerung auf den Ausbau der Schanzen und Laufgräben beschränkt. Lange jedoch konnte dieser Stillstand nicht dauern, denn in rascher Folge machte sich jetzt das Eingreifen zwei anderer Mächte geltend: Wallensteins und Gustav Adolfs.

Wallenstein hatte anfangs, da er von Böhmen ausbrach, die Wichtigkeit des Stralsunder Konfliktes wohl noch nicht erkannt; er war ja noch ungewiß, ob er sich nach Pommern oder nach Mecklenburg wenden sollte. Aber rasch wurde ihm bei seinem Fortzuge klar, daß die nächste große Aufgabe des diesjährigen Feldzugs in Stralsund liege. So begann er denn schon von Frankfurt aus, neue Truppen, schließlich bis zu sechs Regimentern, nach Stralsund zu dirigieren; dann, am 6. Juli, traf er, um die Führung selber zu ergreifen, in dem Lager vor der Stadt ein. Als er kam, hatte sich aber auch soeben die andere Wendung, welche die verhängnisvollste war, vollzogen, nämlich das Eingreifen Gustav Adolfs.

Das alte Verlangen Gustav Adolfs nach dem Eintritt in den deutschen Krieg war, wie schon bemerkt, unter den Siegen Wallensteins noch gewachsen; es wurde auch durch neue Hilfsgesuche, die Christian IV. seit dem September 1627 an ihn richtete, unmittelbar gereizt. Aber andererseits waren die Verhältnisse, unter denen Gustav Adolfs Einmischung hätte erfolgen müssen, seit den Verhandlungen von 1624/25 nicht günstiger, sondern ungünstiger geworden. Was ihn damals zurückhielt, nämlich der polnische Krieg, war ihm auch jetzt noch im Wege; was dagegen seinen Mut gehoben hatte, nämlich die Aussicht auf ein großes Bündnis, das ihm als dem Bundesfeldherrn Geld und Soldaten liefern und dabei seine eigenen Machtinteressen fördern sollte, war einstweilen völlig zergangen. Wollte er sich jetzt in den Krieg hineinwagen, so mußte er's lediglich mit eigenen Mitteln thun; er mußte ferner, da ein Lohn ihm nirgends entgegengetragen wurde, sich mit der großmütigen Rolle eines Schützers der Bedrängten zufrieden geben. Gerade das letztere aber konnte seiner Eroberernatur am wenigsten genügen. Und so blieb es auch jetzt noch immer beim Verlangen; es war ein Zustand des Schwankens, dem nur ein Anstoß von außergewöhnlicher Stärke ein Ende machen konnte. Aber konnten bei dem immer gewaltsameren Gang, den die Dinge nahmen, solche Anstöße ausbleiben? Zuerst schien die Entscheidung heranzukommen, als im November 1627 bei dem Vordringen Wallensteins der Fortbestand des dänischen Staates geradezu in Frage gestellt wurde. Damals faßte Gustav Adolf in der That in seiner blitzschnellen Weise den Entschluß, in den Krieg einzutreten, er begann bereits mit den Vorbereitungen der Ausführung. Allein auch diesmal noch war die Erregung

vorübergehend. Bald zeigte sich's, daß Dänemark sich doch selber zu schützen vermochte, und daraufhin nahm Gustav Adolf seinen kriegerischen Entschluß zurück, während die Verhandlungen, die er dann über ein schwedisch-dänisches Bündnis führte, sich in gewohnter Weise an der alten Eifersucht stießen: Schweden wollte weder die Anschläge Dänemarks auf den niedersächsischen Kreis, noch Dänemark die gegen Polen, Danzig und die Ostsee gerichtete Machterweiterung Schwedens (S. 353) unterstützen.

Indes, kaum war diese eine Aufwallung beruhigt, als der Verzweiflungskampf der Stadt Stralsund begann. Wir wissen, daß der schwedische König eben damals durch die Pläne zur Begründung einer kaiserlich-spanischen Seemacht in der Ostsee, deren Verwirklichung er einer ungeheuren Niederlage seiner Politik gleichsetzte, tief erregt war. Da trat denn diese Stralsunder Verwicklung sofort in Zusammenhang mit jenen maritimen Entwürfen. Denn welche Hansestadt, so mußte er rechnen, konnte, wenn an Stralsund ein furchtbares Exempel statuiert war, die Einräumung ihres Hafens und die Lieferung ihrer Schiffe dem kaiserlichen Feldherrn noch verweigern! Unter diesen Erwägungen befreundete er sich seit den ersten Anfängen jener Verwicklung mit dem Gedanken, der Stadt zur Hülfe zu kommen; und als dann der Streit gewaltsame Formen annahm, und es ihm zur Kunde kam, daß Stralsund sich an Danzig mit der Bitte um eine Pulverlieferung gewandt habe, da that er den entscheidenden Schritt und kam der Stadt mit dem Angebot seiner Hülfe entgegen (15. Mai). Freilich, sich als ein Helfer anzutragen, den man nach überstandener Not wieder heim-schickt, war damals so wenig, wie zu irgend einer Zeit, seine Meinung. In seiner großartigen Weise ergriff er vielmehr sofort den Gedanken, die Stadt durch ein dauerndes Schutzbündnis sich dienstbar zu machen und also einen Waffenplatz für größere kriegerische Unternehmungen zu gewinnen, welche die nächste Zukunft bringen konnte.<sup>1)</sup>

Natürlich konnte der Stadt Stralsund die Antwort auf ein unter solchen Bedingungen gemachtes Anerbieten nicht leicht fallen. Fürs erste suchte sie den Beistand zu erhalten, ohne doch auf ihre Selbstbestimmung zu verzichten. Aber wie nun das erbetene Hülfscorps — es waren 600 Mann — ohne Zögern abging und am 30. Juni ankam, durfte es nicht eher ausgeschifft werden, als bis ein die Soldaten begleitender Gesandter ein Bündnis zwischen der Krone Schweden und der Stadt errungen hatte. Statt auf alle Zeit, wurde dieser Bund immerhin auf zwanzig Jahre gesetzt; er war defensiv, besonders zur Verteidigung der Stadt und ihres Hafens: allein, so hieß es weiter, wenn der König durch seinen Beistand in Krieg verwickelt wird, so leistet die Stadt ihm jede mögliche Hülfe, besonders muß sie seinen Heeren offen stehen zum Vormarsch wie zum Rückzug. In Verhandlung und Vertrag mit dem Feinde darf sie ohne Zustimmung des Bundesgenossen nicht eintreten.

Am 3. Juli wurde dieser Vertrag geschlossen, drei Tage vor Wallensteins Eintreffen. Vor allem die letzte Bestimmung desselben machte von vornherein jedes Abkommen der Stadt mit Wallenstein, das dem General nur irgendwie

<sup>1)</sup> Vgl. meine Bemerkungen in den Göttinger Gelehrten Anzeigen, 1901 S. 74 fg.



hätte genehm sein können, unmöglich. Und welche Ausichten gar wurden eröffnet, da Gustav Adolf mit dem ihm eigenen Ungestüm sich wenige Tage nachher bereits mit dem Gedanken trug, selber an der Spitze von neun Regimentern heranzuziehen, um sich persönlich dem kaiserlichen Belagerungsheer entgegenzuwerfen! Sehr begreiflich ist es da, wenn Wallenstein die Empfindung hatte, daß kein Tag in der Unterwerfung der Stadt versäumt werden dürfe. In der Nacht, die seiner Ankunft folgte, eröffnete er denn auch einen drei Tage lang mit aller Kraft fortgesetzten Angriff; nach der dritten Nacht hatte er, wie früher Arnim die vor dem nördlichen, dem Knieper Thor, so jetzt die vor dem südlichen, dem Frankenthor gebaute Schanze gewonnen und stand auch hier vor der inneren Befestigung. Jetzt, so berichtete er einige Tagen später an den Kaiser,<sup>1)</sup> hatte er's in der Hand, sich innerhalb vierzehn Tage der Stadt zu bemächtigen. — Es fragt sich, ob diese Aussage auf Wahrheit oder auf Prahlerei beruht. Wenn das erstere der Fall ist, so ist das nunmehr eintretende Verhalten Wallensteins kaum begreiflich; denn mit einemmale stellte er die heftigen Angriffe ein und nahm neue von der Stadt erbetene, nachher unter Vermittelung des Landesfürsten fortgeführte Ausgleichsverhandlungen an. Es war, als ob seine Thatkraft, als sie im besten Zuge war, plötzlich versagt hätte, wie vor zwei Jahren bei Lewentz (S. 346).

Gewiß wurde er bei dieser raschen Wendung zum guten Teil durch die Furcht vor der unabsehbaren Entwicklung, die der Stralsunder Konflikt zu nehmen drohte, bestimmt, gewiß durfte er auch zeitweilig auf eine nachgiebige Gesinnung des Stadtrates zählen, weil derselbe auf der einen Seite vor der Erstürmung der Stadt, auf der andern Seite vor den Herrschergelüsten seiner übermächtigen Verbündeten hangte; aber trotzdem waren die Verhandlungen, wie sie nun auf Grund des schon früher aufgebrachten Vorschlags einer dem Kaiser, der Stadt und dem Landesherrn zugleich zu verpflichtenden Besatzung geführt wurden, von Anfang an ein aussichtsloses Beginnen, denn von Anfang an stießen sie auf den Einspruch des dänischen und vornehmlich des schwedischen Truppenführers, dem die Masse der Bürgerschaft schließlich folgte. Nur ein Umstand hätte wohl diesem Einspruch sein Gewicht entziehen können, nämlich der durch die letzten Gefechte verursachte starke Rückgang der Zahl und Kraft der Hülfsstruppen; allein gerade dieses Verhältnis verkehrte sich bald ins Gegentheil, da am 12. und 19. Juli ein starker Nachschub dänischer Truppen, am 26. Juli eins von den bewährten Regimentern Gustav Adolfs eintraf. Und nicht nur das! Am 22. Juli erschien Christian IV. plötzlich mit einer ansehnlichen Flotte vor Rügen und machte einige, freilich nicht von dauerhaftem Erfolge begleitete Landungsversuche.

Hierdurch wurde die Lage völlig verändert, und Wallenstein mußte einsehen, daß die günstige Stunde zur Einnahme Stralsunds verpaßt war. In rascher Wendung faßte er denn auch seinen Entschluß. Am 25. Juli verließ er für seine Person das Lager und begab sich in sein neu gewonnenes Herzogtum nach Güstrow; Arnim, dem er den Oberbefehl überlassen hatte, hielt noch sechs Tage aus, dann begann auch er die Vorbereitungen zum Abzug, den er am

<sup>1)</sup> Am 15. Juli. (Gindely, Wallstein II S. 82.)

3. August glücklich vollendete. Bei Brandshagen, eine Meile südlich von Stralsund, nahm er zunächst Stellung, um durch die Aufführung zweier großer und stark besetzter Schanzen an der festländischen und der gegenüberliegenden rügenischen Küste die enge Durchfahrt zu sperren. Für die ganze rückläufige Bewegung führte dann Wallenstein in einem Bericht an den Kaiser zwei Hauptgründe an: einmal die ungenügende Leistungsfähigkeit der von ihm herangezogenen, zum größten Teil aus jungen Truppen bestehenden Regimenter gegenüber den hohen an ihre Ausdayer gestellten Forderungen — sie schmolzen dem Feldherrn, wie er es ja auch sonst zu erleben pflegte, unter der Hand zusammen —; sodann die Notwendigkeit, die weit ausgedehnte Küste gegen unversehene dänische, vielleicht auch schwedische Landungen zu schützen — einem so beweglichen Feind gegenüber durfte man nicht einen großen Teil der Armee an einem Ort dauernd festlegen —. Das war wohl sehr richtig, aber es zeigte auch die Schwäche der Wallensteinschen Armee und enthielt das Eingeständnis einer schlimmen Niederlage. Bei dieser Lage war es für Wallenstein ein wahres Glück, daß der dänische König ihm gleich nachher die Gelegenheit bot, seine Niederlage einigermaßen wett zu machen.

Noch nicht lange nämlich hatte Wallenstein in Güstrow seinen Sitz genommen, als er hörte, daß Christian IV. die längst drohende Landung am 11. August auf der Insel Usedom vollführt habe: er hatte eine Truppe, über deren Stärke die Angaben zwischen 5000 und 7—8000 Mann schwanken, ausgesetzt, überschritt sodann die Peene und bemächtigte sich mit leichter Mühe am 14. und 15. August der von herzoglich-pommerschen Truppen besetzten Stadt Wolgast nebst dem dortigen festen Schlosse. Gleich die ersten von diesen Nachrichten wirkten wie ein Weckruf auf Wallensteins Thatkraft. Schon am 15. August war er von Güstrow auf dem Marsch und hatte gesorgt, daß ihm gleichzeitig Arnim von Osten her entgegentam; am 22. August hatte er vier unvollständige Fußregimenter im Betrag von angeblich 6000 Mann nebst 20 Compagnien Reiter gesammelt und rückte gegen Wolgast vor. Hier, eine halbe Meile vor der Stadt, that Christian ihm den Gefallen, sich in einer durch einen vorliegenden Morast geschützten Position zur Schlacht zu stellen. Der rasche Verlauf des sofort beginnenden Treffens zeigte abermals die schon vor einem Jahr hervorgetretene Auflösung der dänischen Armee. Daß ein paar hundert Mann durch eine glückliche Umgehung dem dänischen Fußvolk in die Flanke kamen, genügte, um daselbe zum Weichen zu bringen. Ein kräftiger Stoß gegen die Front des Feindes, den hierauf Wallensteins Infanterie unternahm, und den die Reiterei fortführte, vollendete die Niederlage der Dänen. Noch vermochte Christian einen Teil der geschlagenen Truppen unter dem Schutze der Nacht auf seine Schiffe zu retten; aber 500 Mann wurden in der Schlacht gefangen genommen, 600 mußten sich einige Tage darauf mit dem Schloß übergeben, und bedeutend war außerdem die Zahl der Gefallenen und Versprengten.

Gehoben durch diesen Erfolg, richtete jetzt Wallenstein für den Schluß des Feldzugs sein Augenmerk noch auf Holstein. Die dortigen Festungen Glückstadt und Krempe hatten sich gegen die sie umschließenden kaiserlichen Truppen den Sommer über gehalten; aber während Glückstadt, ähnlich wie Stralsund, des freien Seeverkehrs genoß, gingen in Krempe die Unterhaltsmittel auf die Neige.

Gegen diese letztere Stadt wandte sich nun Wallenstein, um ihren Fall zu beschleunigen. Auf dem Wege — gleichsam als Entschädigung für das Mißlingen vor Stralsund und als Beweis, daß er an der Absicht, die Seeplätze sich zu unterwerfen, festhielt — nötigte er noch Klostock, auf die Befreiung von kaiserlicher Besatzung zu verzichten (27. Oktober). Als er dann vor Krempe eintraf, kostete es ihn weiter keinen ernsthaften Kampf, am 10. November einen Uebergabevertrag zu erlangen, der den noch übrigen 1100 Verteidigern freien Abzug gewährte.

Diese nachträglichen Erfolge befestigten wieder die Stellung Wallensteins; ihre größte Bedeutung aber bestand darin, daß sie auf die weitere Haltung Christians IV. nach zwei Seiten hin bestimmend einwirkten. Zunächst dem Kaiser gegenüber. Die mit dem Kaiser zu Anfang des Jahres begonnenen Vorverhandlungen über einen Frieden (S. 385) hatten in schleppendem Fortgang bis zum Ausgang des Jahres dahin geführt, daß Christian IV. und Wallenstein über die Anstellung einer Friedenskonferenz nach Lübeck auf den 16. Januar 1629 übereinkamen. Am 19. Dezember 1628 bevollmächtigte demgemäß der Kaiser die Generale Wallenstein und Tilly als seine Kommissarien für die Friedensverhandlungen, und um dieselbe Zeit wurden auch Christians Gesandte bestimmt. Die große Frage war es jetzt, ob einerseits der Kaiser an den maßlosen in den Bestand der Erblande Christians IV. eingreifenden Forderungen festhalten werde, ob andererseits Dänemark mit seinen Ansprüchen über seine Erblande hinausgreifen und in alter Weise auch im niederländischen Kreis die frühere Machtstellung seiner Söhne und seiner Glaubensgenossen zu erhalten suchen werde. Ueber das erstere ließ sich bei der Haltlosigkeit der kaiserlichen Regierung und der Unberechenbarkeit des sie beherrschenden Generals nicht leicht etwas Sicheres vorhersehen, aber in Bezug auf Christian IV. und seine Reichsräte geht man schwerlich irre, wenn man annimmt, daß sie gegen Rettung der Erblande ihre im niederländischen Kreis bisher verfolgten Interessen preiszugeben geneigt waren. Sie waren des Krieges mit dem Kaiser überdrüssig.

Diese Stimmung war nun aber auch entscheidend für Christians Verhältnis zu Gustav Adolf. Als der schwedische König sich noch in den vorbereitenden Erwägungen über die Hülfe für Stralsund befand (April 1628), meinte er, mit seinen eigenen verfügbaren Kräften dem Unternehmen nicht gewachsen zu sein; die Mitwirkung Dänemarks war ihm daher sehr erwünscht. Aber diese Stimmung änderte sich, sobald der Vertrag vom 3. Juli geschlossen war. Als damals der König seine erste Hülfsarmee in die Stadt geworfen hatte und sofort einen weiteren Zuzug in großartigem Maßstab plante, kamen ihm die neuen Sendungen dänischer Truppen höchst unwillkommen; sein Plan war eben rasch dahin gereift, die Stadt, die er zu beschützen kam, auch zu beherrschen und diese Herrschaft mit keinem andern zu teilen. Daß er im Lauf der nächsten Wochen infolge der Schwierigkeiten des polnischen Krieges und des Fortschrittes der Jahreszeit den Gedanken des persönlichen Zugs nach Stralsund wieder fallen ließ, änderte seine Stimmung nicht; denn dieser Gedanke war nicht aufgegeben, sondern seine Ausführung nur aufs nächste Jahr verschoben, und darum bestand er jetzt auf der Absicht, erstens die dänische Besatzung zu verdrängen, sodann Stralsund zu einem

festen Waffenplatz dadurch zu machen, daß er die schwedische Besatzung verstärkte und sowohl die militärische wie die politische Herrschaft über die Stadt an sich brächte. Hier nun war es, wo ihm der Ueberdruß Christians IV. an dem deutschen Krieg und das Bedürfnis, den Rest seiner Truppen im eigenen Reiche zusammenzuhalten, entgegenkam. Am 27. September ließ sich Christian zu einem Abkommen mit Schweden herbei, kraft dessen die dänischen Truppen bis auf 300 Mann zurückgezogen wurden. Einige Tage später kamen dann auch die Verhandlungen Gustav Adolfs mit Stralsund zu einem Abschluß, bei dem er zwar noch nicht die erstrebte, durch förmliche Huldigung zu sichernde Herrschaft über die Stadt, wohl aber das militärische Kommando gewann: die Stadt sollte fortan mit zwei schwedischen und einem städtischen Regiment besetzt, der Oberbefehl über die sämtlichen Streitkräfte aber, mit Einschluß der Schiffe, dem vom König ernannten Befehlshaber erteilt werden.

Zunehmende Ermattung Dänemarks auf der einen Seite, drohendes Uebergreifen der schwedischen Streitkräfte und der schwedischen Kriegspläne vom polnischen auf den deutschen Kriegsschauplatz auf der anderen Seite, — das war also für den Kaiser das Ergebnis, welches sich am Schluß des Feldzugs von 1628 herausstellte. Gewiß stand dieser Ausgang in einem grellen Gegensatz zu den stolzen Erwartungen, welche Wallenstein vor einem Jahre erregt hatte, und gewiß war er geeignet, die damalige Triumphesstimmung des kaiserlichen Hofes zu dämpfen. Dies um so mehr, da der Kaiser, wenn er über den Bereich der nächsten kriegerischen Aktionen hinausblickte, sich noch von zwei anderen Verwickelungen umgeben sah, welche alle seine Erfolge hemmten: einer alten, die aus dem Zerwürfnis mit der Liga entsprang, einer neuen, die er seinen engen Beziehungen zu Spanien verdankte.

Die Entzweiung zwischen Kaiser und Liga hatte ihren letzten Ausdruck in drei schweren Forderungen des katholischen Bundes gefunden: sie gingen auf Milderung der Kriegsbedrängnisse, Verminderung der kaiserlichen Armee und Entlassung Wallensteins. Verstärkt war dann der Nachdruck dieser Forderungen dadurch, daß zur Betreibung derselben die dem Bund angehörigen Kurfürsten seit dem Mühlhausener Tage auch ihre beiden protestantischen Kollegen an sich gezogen hatten. Umgekehrt war der Kaiser in eine schwierige Lage gedrängt, da er die Wahl eines römischen Königs zu den dringendsten Aufgaben seiner Politik rechnete, von den Kurfürsten aber die Bewilligung eines Wahltags, wenn überhaupt, so doch jedenfalls nur nach Erfüllung jener Forderungen zu erwarten hatte. Hier war es nun wieder der Kurfürst von Baiern, der mit ebenso fester wie verborgener Hand den stillen Krieg weiterführte. Auf sein Betreiben mußte der Mainzer Erzbischof eine zu Bingen am 29. Juni 1628 eröffnete Konferenz der katholischen Kurfürsten anberaumen, und da faßte man denn alles Ernstes die eventuelle Verwendung der Bundesarmee gegen Wallensteins Kriegsbedrängnisse und seine angeblichen gegen die Reichsverfassung gerichteten Umsturzpläne ins Auge: die Anordnung der Bundeshilfe für den Fall des Bedürfnisses wurde den Kurfürsten von Baiern und Mainz anheimgestellt, dem Kaiser aber sollte unter Erneuerung der früheren Forderungen dieser Entschluß eröffnet, und zur Mitwirkung, sowohl bei den Anträgen an den Kaiser, als auch bei den eventuellen

Verteidigungsanstalten, die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg eingeladen werden.

Zur Ausführung dieser feindseligen Beschlüsse kam es nun freilich nicht, vor allem deshalb nicht, weil dem Mainzer hinterher vor den Folgen bangte. Aber so viel erfuhr doch der Kaiser von jenen Bewegungen, und so gefährlich kamen sie ihm vor, daß er sich dazu aufraffte, in die wenig ernsthaften Absichten Wallensteins auf Verminderung seiner Armee (S. 385) mit einer nachdrücklichen Verfügung einzugreifen. Zur Ausführung jener Absichten hatte Collalto bereits im August in Schweinfurt sein Quartier aufgeschlagen, war aber, entsprechend den Weisungen des Generals, nur zögernd<sup>1)</sup> an seine Aufgabe herantreten; jetzt, am 5. September, ließ Ferdinand durch den Kriegsrat Duestenberg dem Feldhauptmann erklären, daß seine Heeresaufstellung über das Maß des Zweckmäßigen hinausgegangen sei: er sollte also eine ernsthafte Verminderung seiner Truppen vornehmen, in Oberdeutschland bis auf einen Rest von etwa 5000 Mann zu Fuß und 3000 Reitern. Gleichzeitig richtete er an Collalto die Weisung, solche Abdankungen durchzuführen, selbst gegen widersprechende Befehle seines vorgesetzten Generals. Diesem Ernste beugte sich der Feldherr und sein Generalleutnant, und jetzt endlich, im November und Dezember 1628, schritt man zu einer tiefergreifenden Verminderung der Armee, vornehmlich der übermäßig angewachsenen Kavallerie.

Das Verfahren ging hauptsächlich darauf hinaus, daß man innerhalb der Regimenter trümmerhafte Compagnien zusammenlegte, wodurch denn die Regimenter vielfach auf eine kleine Zahl von Truppenkörpern, etwa auf fünf, selbst drei Compagnien, zurückgeführt wurden. Eine große Zahl von Compagnien ging infolge dieser Verschmelzung ein; daneben aber traf das Geschick der völligen Auflösung doch auch eine nicht geringe Anzahl — in der Kavallerie mehr als ein Duzend — der bestehenden Regimenter.<sup>2)</sup> Da mit der Auflösung eines Truppenkörpers die Entlassung der Befehlshaber, der sogenannten Regiments- und Compagniestäbe, verbunden war, so wurde das Heer immerhin von einer stattlichen Anzahl zum Teil hoch besoldeter Stellen entlastet, wobei denn die Obersten für ihre nach Abzug der Kontributionen noch zu liquidierenden Forde-

<sup>1)</sup> Wallenstein an Collalto, 1628 Aug. 15, 17. Collalto an Wallenstein, Aug. 25. (Chlumecky n. 137, 138 S. 77, 78; n. 18 S. 325.) Zu widersprechen scheint dem der Bericht Collaltos an Sachsen bei Gindely, Waldstein II S. 64. (Als Datum gibt Gindely den 20. Sept., Hurter, Wallenstein S. 298 A. 26, den 29. Sept.) Aber dieses Schreiben würde eine besondere Untersuchung erfordern: 1. ob die aus den beigelegten beiden Verzeichnissen sich ergebenden Truppenentlassungen wirklich erfolgt, oder nur in Aussicht genommen waren; 2. nach welchem Maßstab die Ziffern für die von Collalto angeblich vorgefundenen und dann von ihm reduzierten Bestände ausgerechnet sind. — Einstweilen wird man auf dem Bericht nicht fußen können.

<sup>2)</sup> Nach den dem Schreiben Collaltos an Kursachsen beigelegten Verzeichnissen gingen ein die Regimenter Boissy, Fernamont, Verdugo, Flow, Mgr. Johann Georg, Kraß, Hebron (2), Leon (de' Medici). Von diesen kam aber das Regiment Hebron an den F. Ernst von Anhalt (Chlumecky S. 77 n. 137), und das Reg. Flow bestand noch am 17. Nov. (a. a. O. S. 327 n. 21). Am 21. Dez. wurde die Abdankung der Regimenter Dampierre, Grandin, G. Franz Albert und Hydou angeordnet (S. 87 n. 156). Daneben wurden die Kroatenregimenter Draghi, Strozzi und Lucas (Prastovasky) aufgelöst (n. 187 Beil. S. 87; n. 144 S. 81).

rungen mit Schuldscheinen abgefunden wurden. Im übrigen dürfte der eigentliche Mannschaftsbestand, da das Ganze nicht so sehr auf eine Abdankung, als eine sogenannte Reformation (S. 139/40) hinausging, hauptsächlich nur durch Ausscheidung unbrauchbarer Elemente<sup>1)</sup> vermindert worden sein. Zu gute kam die Verminderung des Heeres und die damit verbundene Erleichterung der Quartiere vornehmlich den schwäbisch-fränkischen Gebieten, ferner der Lausitz, durch deren Räumung man den Kurfürsten von Sachsen beruhigen mußte, und den thüringischen Landen, in denen wieder vor allem die sächsischen Herzöge Schonung erheischten. Im übrigen Norddeutschland war in den brandenburgischen Marken seit Februar 1628 die Masse der einquartierten Truppen nur gemindert, nicht entfernt, während sich nach Westen hin Wallensteins Quartiere mit denen der Liga in Hessen und in den Westerwälder Grafschaften mischten, um von da auch schon in das Zülicher und bergische Land einzugreifen. Am schwersten blieben nach wie vor die dänisch-holsteinschen und die pommerschen Lande bedrückt; hier in den rechtselbischen Küstenlanden gab es nur eines, dem eine nachhaltige Erleichterung widerfuhr: das war das Herzogtum Mecklenburg. Als neuer Landesherr wollte Wallenstein hier dieselbe Begünstigung genießen, wie sie etwa die Kurfürsten von Baiern oder Sachsen für ihre Lande beanspruchten. Die Besatzungen also, die noch nicht zu entbehren waren, zogen ihre Kontributionen aus anderen Bezirken, aus Brandenburg, Schwarzburg u. s. w., und was die Stände an neuen Steuern bewilligten, wurde für die Festungsbauten, besonders bei Rostock und Wismar, bestimmt.

Blicken wir nochmals auf die Gesamtheit dieser Maßregeln zurück, so könnte es nun freilich scheinen, als ob durch die Entlassung untauglicher Mannschaften und die Zusammenlegung verstümmelter Truppenkörper, zumal ein zeitweiliges schärferes Anziehen der Disziplin damit Hand in Hand ging, eine innere Kräftigung des Heeres erzielt wäre. Allein wie es nun einmal in der Natur von Wallensteins Armee lag, durch ihre Massen zu imponieren, so erschien die Veränderung doch wesentlich im Licht einer durch die Liga und die kurfürstliche Opposition erzwungenen partiellen Entwaffnung des Kaisers, eine Maßregel, die bedenklich war für Wallenstein, weil sich darin der Rückgang seines Einflusses am kaiserlichen Hof aussprach, vollends bedenklich aber für den Kaiser, weil es eine Konzession war, die ihr Ziel verfehlte.

Denn was anderes hatte den Kaiser bestimmt, vor den Kurfürsten zurückzuweichen, als die Hoffnung, ihre Zustimmung zur Vornahme einer römischen Königswahl zu gewinnen? War er nun aber auch nur so weit gekommen, daß die Kurfürsten ihre grundsätzliche Geneigtheit zur Sicherung der Nachfolge im Kaisertum für das Haus Oesterreich ausgesprochen hätten? Jedenfalls ließ sich das nicht vom Kurfürsten von Sachsen behaupten. Der beharrte auf die von Mainz ihm mitgeteilten kaiserlichen Wünsche dabei, daß ihm die fortgesetzte Bedrängnis des Reichs durch kaiserliche und ligistische Truppen die nähere Pflicht auflege, über der Sicherheit seiner Lande zu wachen, und ihm folglich den Besuch

<sup>1)</sup> Z. B. Entfernung derjenigen, die nicht von der „Crabatischen Raza“ waren, aus Strozzi's Compagnien. (S. 81 n. 144.)

eines Kurfürstentags unmöglich mache. Daß aber auch die Stimmung der Liga keine viel günstigere war, das zeigte sich, als zu Anfang Februar 1629 ein neuer Ligatag zu Heidelberg gehalten wurde, und nun der Kaiser mit dem offen ausgesprochenen Wunsch eines Kurfürstentags zur Vornahme der römischen Königswahl an die vier katholischen Kurfürsten herantrat. Die Entschliebung, welche die Kurfürsten darauf faßten, besagte, daß allerdings ein Kurfürstentag nötig sei, und zwar ein persönlich von den Kurfürsten sowohl, wie vom Kaiser zu beschühender; die Aufgabe dieser Versammlung aber sollte die Stiftung, mindestens die Vorbereitung eines „Universalfriedens“ sein, d. h. sowohl des Friedens mit Dänemark und anderen Nachbarmächten, als der Eintracht und gesetzmäßigen Ordnung im Innern des Reichs. Ueber die Nachfolge, so meinten die Kurfürsten, könne dort vorbereitend gehandelt werden, aber einer Wahl müsse die Sicherung des Friedens vorangehen. — Der Sinn dieser Beschlüsse war, daß man die Anstellung des Kurfürstentags dem Kaiser aus der Hand zu winden suchte, um dann die Regelung der Nachfolge hinauszuschieben und die Ordnung der Verhältnisse im Reich im Sinne der kurfürstlichen Opposition in Angriff zu nehmen.

So war in dem Verhältnis des Kaisers zur Liga und zu den Kurfürsten keine Klärung, sondern eine fortschreitende Trübung zu verzeichnen. Doppelt verhängnisvoll war es da für Ferdinand, daß die Verkettung seiner Politik ihn eben jetzt in ein neues Wagnis hineintrief, durch welches diese Entzweiungen nicht nur geschärft wurden, sondern auch mit neuen auswärtigen Verwickelungen sich verflochten.

Seit dem Beginn des großen Kriegs verdankte der Kaiser einen guten Teil seiner Erfolge dem engen Zusammenschluß der spanischen und der deutschen Linie des Hauses Oesterreich. Aber für die von ihm geleisteten Dienste hatte Spanien auch seit dem Jahr 1625 (S. 328) mit wachsender Ungeduld große Gegendienste verlangt, und zwar in erster Linie nichts Geringeres, als den Eintritt des Kaisers und Reichs in den Krieg gegen die Generalstaaten. Bei aller Bereitwilligkeit hatte Ferdinand diese Forderung vor dem unbedingten Widerspruch katholischer wie protestantischer Fürsten nicht erfüllen können; leichter jedoch und wohlfeiler schien es ihm, in Italien den spanischen Vergrößerungsabsichten entgegenzukommen. Hier hatte er ein schon im Jahr 1617 gegebenes Versprechen (II 432) eingelöst, indem er dem spanischen König die Belehnung mit Finale und Piombino am 8. November 1621 erteilte, und hier dem verwandten Hause weitere Gefälligkeiten zu erweisen, fühlte er sich um so mehr getrieben, da der andere Teil der Zusagen von 1617, der sich auf die Abtretungen im Elsaß bezog, bei der im Reich gegen spanische Uebergriffe herrschenden Stimmung unmöglich erfüllt werden konnte. Eine Gelegenheit nun für Ansprüche an kaiserliche Gefälligkeiten außerordentlichster Art bot sich mit Ausgang des Jahres 1627 in jenem Herzogtum Mantua, das schon fünfzehn Jahre früher die Ruhe Italiens gestört hatte (II 449).

Als dort in der Nacht des 25. Dezember der Herzog Vincenz, der letzte von drei aufeinander folgenden Brüdern starb, und damit die direkte männliche Descendenz des herzoglichen Hauses erlosch, traten dem nächsten Agnaten, dem

Herzog Karl von Nevers, eine Reihe von Prätendenten in den Weg; der Rechtsstreit aber wurde ein politischer, da sich mit ihm, ganz wie man es in dem Jülicher Erbfolgestreit erlebt hatte, der Gegensatz der Machtbestrebungen Frankreichs und Spaniens verflocht. Karl von Nevers wußte längst, daß Spanien seiner Nachfolge in den mantuanischen Landen aus dem doppelten Grunde widerstrebte, weil er ein Vasall des französischen Königs war, und weil ein Teil der mantuanischen Lande, nämlich das Herzogtum Montferrat, das sich am oberen Po wie ein Keil zwischen die Herzogtümer Mailand und Piemont schob, die Vergrößerungsbegierde sowohl Spaniens wie des savoyischen Herzogs unwiderstehlich reizte. Er wußte aber auch, daß die Feindseligkeit Spaniens ihm die Unterstützung des französischen Königs sichere. Und in dieser Rechnung suchte er, wie einst Brandenburg und Neuburg in den Jülicher Landen, mit rascher Besitzergreifung allen Gegnern zuvorzukommen.

Zwei Monate vor Vincenz' Tode ließ er seinen Sohn, Herzog Karl von Rethel, bei dem viel umworbene Erblasser eintreffen. Dessen erster Erfolg war die Zustimmung Vincenz' zu seiner Vermählung mit Maria, der aus der Ehe von Vincenz' Bruder, Herzog Franz II., mit der Tochter des Herzogs von Savoyen hervorgegangenen Prinzessin, welche nach der Behauptung, daß sich Montferrat in weiblicher Linie vererbe, auf dieses Herzogtum Anspruch erheben konnte. Die Vermählung selber wurde dann auch, sobald Vincenz die Augen geschlossen hatte, vollzogen. Der zweite Erfolg war, daß der sterbende Herzog den Karl von Nevers in seinem Testament zu seinem Nachfolger ernannte, worauf, sobald der Tod erfolgt war, der Herzog von Rethel die Huldigung unverzüglich für seinen Vater einnahm, dann dieser selber, gefolgt von nicht unansehnlichen Streitkräften, erschien. Ein Vorsprung war damit den Gegnern abgewonnen. Diesen aber wieder einzuholen, dazu machten sich alsbald, nicht zwar die gravitatische Regierung in Madrid, aber doch der Statthalter von Mailand, Gonzalo de Corduba, und der Herzog Karl Emanuel von Savoyen auf. Am 25. Dezember verbanden sich beide, den Herzog von Nevers in Montferrat nicht eindringen zu lassen, vielmehr jeder das ihm zunächst liegende Stück dieses Landes zu besetzen, alles im Namen des Reichs. Drei Monate darauf brachen savoyische und spanische Truppen in das zur Beute ausersehene Land ein.

Das war ein Entschluß von schwersten Folgen. Um so bezeichnender war die Haltung, welche bei der Fassung desselben die spanische Regierung einnahm. Gewiß ist, daß Gonzalo den Vertrag mit Karl Emanuel auf eigene Hand abschloß. Dies Vorgehen rechtfertigte er ein Jahr später mit der Bemerkung: lediglich die Rücksicht auf die ihm bekannten Wünsche des Königs Philipp und des Herzogs Olivares habe ihn in das Unternehmen hineingeführt. Olivares dagegen sagte schon nach einem halben Jahr: wenn man die Verlegenheiten, die aus diesem Handel entsprungen seien, vorhergesehen hätte, so würde man sich nicht eingelassen haben.<sup>1)</sup> In schwankendem Vorgehen zögerte denn auch Philipps IV. Regierung mit der förmlichen Ratifikation des Vertrags bis zum 20. Dezember 1628,

<sup>1)</sup> Corduba, 1629 Jan. 7. (Documentos inéditos 54 S. 377 Z. 1 fg.) Monti, 1629 Juli 12. (Kiewning, Nunciaturberichte Pallottos I S. 159 A. 2.)



während sie doch andererseits sofort darnach handelte, und zwar zunächst, noch bevor der Einbruch in Montferrat erfolgt war, beim Kaiser.

In seiner Eigenschaft als Oberlehnherr sah sich Ferdinand II. gleich nach Eröffnung der Erbschaft in den Mittelpunkt der Streitigkeiten gezogen. Der Herzog von Nevers richtete sofort nach der Besitzergreifung das Gesuch an ihn um Erteilung der Belehnung. Mit entgegengesetzten Anträgen kam der Herzog Ferdinand von Guastella, ebenfalls ein Agnat des mantuanischen Hauses, der allerdings dem Erblasser um einen Grad ferner stand, aber um Gründe für ein näheres Anrecht an die Erbschaft nicht verlegen war. Keiner jedoch wußte so zu drängen, wie der spanische Gesandte: der Kaiser, das war der kurze Sinn seiner Forderung, sollte entweder über das Fürstentum den Sequester verhängen, oder zusehen, wie der Mailänder Statthalter und der Herzog von Savoyen sich Montferrats mit Gewalt bemächtigen würden. Als Grund mußte dabei einfach das spanische Machtinteresse dienen: Italien, hieß es, sei das Herz der spanischen Macht. — Und was that nun der Kaiser? Am 8. März 1628 belehrte ihn der Reichshofrat: die Verhängung des Sequesters über ein umstrittenes Reichslehen dürfe und solle unter zwei Voraussetzungen erfolgen, daß nämlich ohne denselben ein schwerer Krieg hereinbrechen werde, durch denselben aber zu vermeiden sei. Beide Voraussetzungen, das war der Sinn der weiteren Darlegungen, waren gegeben durch die Haltung Spaniens; denn den Krieg kündigte diese Macht ja an, falls der Sequester nicht verhängt würde, und auf ihren Beistand zur Durchführung desselben konnte man rechnen, sobald er angeordnet war. — Es war wohl schwer, die Unterwerfung der kaiserlichen Autorität unter das Gebot der spanischen Gewaltpolitik unumwundener zu befürworten, als es hier geschah. Und doch wurde die Leistung des Reichshofrats noch übertroffen durch die Leichtigkeit, mit welcher die geheimen Räte ihre Zustimmung erteilten. Am 1. April 1628 wurde der kaiserliche Sequester über Mantua und Montferrat verkündigt, am 2. Mai erschien, als kaiserlicher Kommissar, der vor einigen Jahren zur katholischen Kirche übergetretene Graf Johann von Nassau-Siegen vor Karl von Nevers, mit der Aufforderung, ihm die Verwaltung der Lande zu überlassen.

Aber in welches Wirrsal sah sich alsbald dieser Kommissar gezogen! Auf der einen Seite hatten der Mailänder Statthalter und der savoyische Herzog inzwischen jenen bewaffneten Einbruch in Montferrat vollführt, und ihnen fiel es nicht ein, dem kaiserlichen Ordnungstifter zulieb von dem Eroberungskrieg abzustehen; auf der anderen Seite versagte der Herzog Karl der kaiserlichen Anordnung mit desto besserem Grunde den Gehorsam, da er fordern konnte, daß erst der Friedensbruch der beiden Machthaber rückgängig gemacht werde, und ihm kam nun wieder innerhalb und außerhalb Italiens eine mächtig empor-schwellende Bewegung zur Hülfe. Daß das brutale Zufahren der Spanier ein neuer Versuch sei, die Kette ihrer Fremdherrschaft noch fester zu schmieden, das war eine Empfindung, welche in Italien nicht nur, wie vorauszusehen, die Regenten von Venedig durchdrang, sondern jetzt auch am päpstlichen Stuhle herrschend wurde. Hier hatte im Jahr 1623 Urban VIII. den Papst Gregor XV. abgelöst. Es war ein Kirchenfürst, in dessen Bestrebungen neben den allgemeinen Angelegenheiten der Kirche die besonderen Machtverhältnisse des italienischen Staaten-

systems und die Einwirkung, welche dem Haupte des Kirchenstaates auf die letzteren zustand, einen weiteren Raum einnahmen, als es bei seinen Vorgängern der Fall gewesen war. Von Anfang an in mancherlei Mißhelligkeiten mit dem spanischen und deutschen Zweig des Hauses Oesterreich geraten, betrachtete er das neueste Vorgehen des spanischen Königs und des deutschen Kaisers als einen unerträglichen Einbruch in den Frieden und die Rechtsordnung Italiens. Freilich, nun etwa, wie ein zweiter Paul IV., gegen die spanische Gwalttherrschaft mit den Waffen einzutreten, war nicht in seinem Sinn: er ist, meinte der französische Gesandte, gleich im Anfang der Verwickelung, tapferer im Deklamieren als im Handeln.<sup>1)</sup> Aber daß in dieser verhängnisvollen Frage der Papst gegen Spanien und den Kaiser so bestimmt Partei ergriff, war doch an sich von großer Bedeutung. — Und nun kam zu dem allen, als das eigentlich Entscheidende, noch die Handbietung Frankreichs gegenüber den italienischen Mächten hinzu.

Für Frankreich stand in diesem mantuanischen Streit noch mehr auf dem Spiel, als früher in dem Veltliner Handel. Denn wenn der gemeinsame Raubkrieg Spaniens und Savoyens gegen Montferrat gelang, so wurde der savoyische Herzog, der seit Heinrich IV. dazu ausersehen schien, dem französischen Einfluß und den französischen Heeren den Weg nach Italien offen zu halten, fester als je mit Spanien verbunden. Und wenn der Herzog von Nevers in dem ganzen Streit um sein Erbe unterlag, wer sollte dann in Italien noch auf die Hülfe des französischen Königs bauen? So konnte denn Herzog Karl schon am 27. Februar 1628 dem König Ludwig XIII. sagen lassen: seine Feinde seien auch des Königs Feinde; und so richtete Ludwig selber an den Papst und Venedig am 25. Mai die Botschaft: er gedenke nach Lyon und dem Dauphiné zu gehen, um, falls der Papst und die Republik ihre Truppen zu den seinigen stoßen lassen wollten, eine Armee nach Italien zu werfen zur Verteidigung des Herzogs von Mantua. Vorbedingung sei nur, daß der entscheidende Schlag, den er zunächst gegen die Hugenotten durch die Einnahme von La Rochelle zu führen im Werke war, gelungen sei.

Allerdings, mit dieser Vorbedingung war zugleich das größte Hindernis, das der gegen Kaiser und Spanien gerichteten Bewegung entgegenstand, ausgesprochen: es war die Bindung der Kräfte Frankreichs durch den Hugenottenkrieg und den gleichzeitigen Krieg mit England, ein Hemmnis, das um so stärker war, da am königlichen Hof auch eine Faktion nicht fehlte, welche unter Führung der Königin-Mutter überhaupt von einer Gefährdung des vor zwei Jahren erst mit Spanien geschlossenen Friedens nichts wissen wollte. Hieraus entstanden doch fürs erste Schwankungen, die dem Nuntius in Paris so bedenklich erschienen, daß er im April dem Herzog von Nevers den Rat erteilte, ohne Rechnung auf französische Hülfe sich mit Spanien abzufinden. Noch also durfte man annehmen, daß, wenn der Kaiser und neben ihm Spanien den Kampf gegen Nevers so kräftig durchzuführen vermochten, wie sie ihn leicht hin begonnen hatten, die Hülfe der italienischen und außeritalienischen Freunde des Herzogs zu spät kommen werde. Aber das Jahr 1628 ging dahin, ohne daß man in Wien oder Madrid

<sup>1)</sup> Bethunes (nach Avoaur' Bericht vom 28. März 1628?), Siri VI 370.

diese Kraft fand. Dem Kaiser Ferdinand machten damals Ausgleichsverhandlungen zwischen Nevers und seinen Gegnern, die zum Teil an seinem Hofe angestellt wurden, und in denen Spanien seine Absicht, das Land Montserrat an sich zu reißen, ohne Scheu bekannte, den wahren Grund des Streites vollends klar, und die Beschuldigung, daß er seine Autorität in den Dienst einer Politik des Raubes stelle, traf ihn um so schwerer, da sie doch auch in seiner nächsten Umgebung — schonend von seiner eigenen Gemahlin Eleonore, einer Schwester der verstorbenen Herzöge, derber von seinem Beichtvater Lamormain — ihm vorgehalten wurde. So schritt er denn gegen den Herzog von Nevers wegen Zurückweisung des kaiserlichen Sequesters wohl mit Monitorien und der Androhung der Acht ein, aber die Acht wirklich zu erklären, wagte er nicht. Gleichzeitig wurde auch die Kriegführung seines spanischen Verbündeten durch den kläglichsten Geldmangel und das Ungeschick Cordubas gelähmt. Konzentriert hatte sich dieser Krieg auf die Belagerung Casales. Dort aber wußte sich die von Nevers zeitig eingeführte Besatzung mit unerwarteter Fähigkeit zu verteidigen, so lange, daß dadurch Zeit gewonnen wurde für die große Wendung der Dinge in Frankreich. — Hier, in Frankreich, hatte sich inzwischen der Hugenottenkrieg, ähnlich wie man es in Deutschland erlebt hatte, auf die Belagerung einer Stadt konzentriert. Aber hier führte die großartige Energie des Angreifers zum Sieg: am 1. November zog Ludwig XIII. mit dem Kardinal Richelieu, dem wahren Sieger, in La Rochelle ein. Durch diesen Erfolg wurde der französische Religionskrieg und die Vernichtung der militärisch-politischen Sondermacht der Hugenotten zwar noch nicht völlig zu Ende geführt, aber doch im wesentlichen entschieden, ebenso wie auch der Friede mit England nur noch bis zum April des folgenden Jahres auf sich warten ließ. Frankreich bekam jetzt freie Hand.

Wohl trat nun am Hofe Ludwigs XIII. die den Spaniern zuneigende Faktion für die Befestigung des unter so schweren Opfern und Gefahren erkaufte Friedens ein; aber umgekehrt sah der unerbittliche Mann, der die Geschicke Frankreichs lenkte, jetzt erst recht die Zeit für die höchsten Anstrengungen herankommen: ihm galt es, nunmehr den Streit von Mantua zu benutzen, um das politische Vermächtnis Heinrichs IV., das die Epigonen verleugnet hatten, zu vollstrecken und Frankreich zum „Schiedsrichter der Christenheit“ zu machen. Immer hatte er gesprochen als der Mann, der die entfesselten Kräfte eines sturmerfüllten Staatswesens sich zu händigen vermüßte, aber nie hatte er so gebieterisch, und so kühn der Zukunft vorgehend, die Forderungen aufgestellt, die er für den französischen Staat und für seine Person zu erheben hatte, wie jetzt, im Januar 1629. Dem König hielt er seinen Mangel an Stetigkeit und Herrscherkraft vor und sagte ihm ins Angesicht, daß er die Leitung der Regierung einem Mann übergeben müsse, der beide Eigenschaften besitze. Für Frankreich verlangte er, daß es in einer Art von Klientel alle durch Spaniens Uebergriffe bedrohten Mächte um sich sammle und zur Sicherung seines Einflusses sich den Eingang in ihr Gebiet durch die Besetzung fester Plätze offen halte: in Deutschland sollte ein solches Einfallsthor erst Metz, dann Straßburg werden, hinsichtlich Italiens dachte er an Saluzzo, bezüglich der Schweiz unter anderem an Genf. Später

konnte dann in offenem Krieg eine größere Abrundung des Staatsgebietes auf Kosten Spaniens erfolgen, am leichtesten etwa durch Eroberung der Franche Comté und des spanischen Navarra.

So die Aufgaben der nächsten Zukunft entwickelnd, riß der Kardinal den König zu dem Beschlusse fort, mitten im Winter, am 15. Januar 1629, nach der piemontesischen Grenze aufzubrechen, um dann, die Alpen überschreitend, den Besitz des Herzogs von Mantua gegen den Kaiser und Spanien ebenso zu schützen, wie einst Heinrich IV. den Besitz von Brandenburg und Neuburg in den Jülicher Landen geschützt hatte. Schon hatte auch Venedig sich bereit erklärt, beim Erscheinen französischer Truppen an der italienischen Grenze seinerseits Streitkräfte zur Verstärkung des Herzogs von Mantua zu senden. Von zwei Seiten stand also der Angriff, der Spanien und den Kaiser zugleich treffen sollte, bevor. Konnte man nun etwa am kaiserlichen Hof sich damit trösten, daß der feindliche Stoß doch nicht dem deutschen Reich, sondern nur den italienischen Außenwerken desselben gelte? Diese Beruhigung hatte die Politik Richelieus, die darauf ausging, seinem Staate Einfallsthore gegen die Nachbarmächte zu verschaffen, ebenfalls schon abgeschnitten.

Ein alter Gedanke der französischen Politik wies auf die Ausbildung der französischen Schutzherrlichkeit über die Stifter Metz, Toul und Verdun zur vollen Landeshoheit (I 94). An diesen Gedanken nun wurde Richelieu gleich beim Antritt seiner Staatsverwaltung um so nachdrücklicher erinnert, da sich ein unerwarteter Widerstand dagegen erhoben hatte. Der im Jahr 1622 zur Regierung gelangte Bischof Franz von Verdun, ein aus einer Seitenlinie des Hauses Lothringen hervorgegangener Prinz, der niemals die geistlichen Weihen empfing und von dem Drange, sich in das Kriegsgetümmel der Zeit zu stürzen, erfaßt war, bezeichnete seine Besitzergreifung des Stiftes dadurch, daß er von der Genehmigung des königlichen Schutzherrn Abstand nahm und nur, wie er sich in einer späteren Rechtfertigung ausdrückte, sein „Absehen auf das Reich richtete“. Dagegen fühlte sich Richelieu alsbald zum Einschreiten berufen. Wie er durch eine im Juni 1625 niedergesetzte Kommission die Rechte der französischen Krone an die drei lothringischen Bistümer überhaupt untersuchen ließ, so ging er gegen Verdun insbesondere schon seit 1624 mit rasch aufeinander folgenden Schlägen vor: in der Reichsstadt Verdun ließ er den Bau einer Citadelle betreiben; gegen das Gericht des Bischofs wurde ein im Jahr 1611 erlassenes Verbot der Appellation an die deutschen Reichsgerichte erneuert; dem bischöflichen Kapitel endlich wurde im Februar 1627 befohlen, künftig nicht mehr für „Ludwig unseren Schutzherrn“, sondern für „Ludwig unseren König“ zu beten. Der Bischof suchte sich wider zu wehren, indem er u. a. die an dem Citadellenbau Beteiligten unter dem Vorwand der Verletzung kirchlichen Eigentums mit dem Bann bedrohte; aber wie darauf das königliche Gericht mit einem Haftbefehl gegen den Bischof und mit der Beschlagnahme seiner Güter antwortete, entstand in dem Stiftsland ein kleiner Krieg, und in diesen griff nun plötzlich der Kaiser ein, indem er im Januar 1628 ein Fürschreiben für den Bischof an Ludwig XIII. richtete und die gegen ihn ergriffenen Maßregeln als Verletzung der Rechte des Reichs behandelte. Auch Wallenstein schien sich der

Sache annehmen zu wollen, da er in demselben Jahr den kriegerisch gesinnten geistlichen Herrn unter die Zahl seiner Regimentsobersten aufnahm.

Neben diesem einen Konflikt entstand in nächster Nachbarschaft und aus ähnlich widerspruchsvollen Verhältnissen ein zweiter noch größerer. Die Herzöge von Lothringen waren, in ihrer Eigenschaft als Herzöge von Bar, Lehensleute der französischen Krone, vermöge ihres Stammlandes dagegen gehörten sie in den allerdings nur noch losen (II 36) Verband des deutschen Reiches, und bei der Lage ihrer sämtlichen Gebiete waren sie längst in den Machtkreis der französischen Politik gezogen. Im Jahre 1624 trug ein Nachfolgestreit in diese schwierigen Verhältnisse eine gewaltsame Bewegung hinein. Erbin des damals verstorbenen Herzogs Heinrich war im Sinne der letztwilligen Anordnung des Verstorbenen seine älteste Tochter Nikoläa, und nur auf Grund der Vermählung mit ihr gewann Heinrichs Brudersohn Karl IV. die Regierung. Noch nicht lange war dieser aber im Besitz der Macht, als er das ausschließliche Erbrecht des Mannesstammes verfocht und demgemäß seinen Vater als den nächst berechtigten, dann, nach einer von diesem ausgestellten Abdankung, sich als den allein befugten Nachfolger hinstellte und diese neue Ordnung durch die den Landständen abgerungene Zustimmung befestigte. Hierbei jedoch trat ihm König Ludwig XIII. entgegen: er weigerte sich, den Herzog Karl als allein berechtigten Erben mit dem Herzogtum Bar zu belehnen. Schon hierdurch wurde das Verhältnis zwischen Frankreich und Lothringen in der nächsten Zeit, besonders im Jahr 1627, sehr gespannt;<sup>1)</sup> noch gespannter aber wurde es seit Ende desselben Jahres durch den Mantuaner Erbfolgestreit. Als älteste Schwester des Herzogs Vincenz trat nämlich Karls verwitwete Schwiegermutter mit dem Anspruch auf das als Weiberlehen angesehene Herzogtum Montferrat hervor; und so wenig auch Herzog Karl bei seinem ehelichen Zerwürfnis mit Nikoläa der Prätendentin persönliche Teilnahme entgegenbrachte, so nahm er doch diesen Länderanspruch auf. Wie er aber hier wiederum Frankreich für den Herzog von Nevers eintreten sah, betrachtete er dies als eine neue Feindseligkeit und trat nun dem Gedanken immer näher, in den großen Kämpfen der Zeit auf der Seite des Kaisers und Spaniens offen Partei zu ergreifen. Er wußte, daß er im Falle solcher Parteinahme sein Land aufs Spiel setzte. Aber auch er gehörte zu den Männern, die von der Begierde ergriffen waren, sich in das Gewühl diplomatischer Intriguen und kriegerischer Kämpfe hineinzustürzen, um für phantastischen Gewinn das Erbteil ihrer Väter einzusetzen. Und so, im Frühjahr 1629, war er schon weit genug, um einem von der spanisch-niederländischen Regentin ihm geschickten Agenten, Franz Zapata, seine Bereitwilligkeit zu einem Offensiv- und Defensivbündnis mit Spanien, das dann mit dem Kaiser zusammengehen sollte, zu erklären.<sup>2)</sup>

Das war also die Lage zwischen Frankreich und dem Kaiser: über Lothringen drohte ein Zerwürfnis in nächster Zukunft, über Verdun war ein kleiner

<sup>1)</sup> Vgl. u. a. Richelieu, Lettres II S. 443 Anm. 1, S. 698, 771.

<sup>2)</sup> Isabella an Philipp IV., 1629 April 29. (Brüsseler Archiv. Secrétairerie d'Espagne n. 25.)

Konflikt bereits ausgebrochen, und in Oberitalien wurde ein größerer Zusammenstoß zwischen den Streitkräften Frankreichs und denen des Kaisers und Spaniens eben vorbereitet.

Daß dieser größere Zusammenstoß unverzüglich eintreten werde, wollte man nun doch weder in Spanien noch am kaiserlichen Hofe glauben; man beeilte sich daher von dieser Seite nicht, dem Angriff der Franzosen zuvorzukommen. Aber Richelieu wußte inzwischen alle Hindernisse zu überwinden. Am 22. Februar 1629 fand er sich mit seinem König an der Spitze einer bei Grenoble gesammelten Armee und brach nun zu einem Feldzuge auf, der kurz in seinem Verlauf, aber entscheidend in seinen Folgen war: am 1. März langten die französischen Truppen auf der Pashöhe des Mont Genevre an, am 18. mußten vor ihrem Anzug die spanischen Streitkräfte die Belagerung von Casale aufheben, und nicht lange nachher erhielt diese Hauptfestung des Montferrat eine französische Besatzung. Dann jedoch, wie Casale entsetzt war, stand die kriegerische Bewegung still: nicht ohne Enttäuschung für diejenigen, welche als Ziel des Unternehmens vor allem die Sicherung des Mantuaner Besitzes des Herzogs von Nevers erwarteten, aber im Sinne Richelieus ein erster Abschnitt auf dem Wege zu großen Erfolgen.

Gleich beim Eintritt in Italien hatte er in die Stadt Susa eine französische Besatzung geworfen. Damit war, Italien gegenüber, der Anfang zur Verwirklichung der Theorie von den Einfallsthoren gemacht. Gleichzeitig, am 11. und 31. März, wurde der von Spanien im Stich gelassene Herzog Karl Emanuel zu widerwillig angenommenen und widerwillig gehaltenen Verträgen genötigt. Gegen den Erwerb eines kleinen Stückes von Montferrat, den Frankreich, als Entschädigung für die auch von ihm entdeckten Ansprüche auf jenes Land, beim Herzog von Nevers zu erwirken versprach, mußte Karl Emanuel sich verpflichten, seine Lande für die jetzt und künftig zum Schutz Montferrats heranrückenden französischen Truppen offen zu halten, ja, im Fall weiterer Anfechtungen des Besitzes Karls von Nevers, seine Streitkräfte mit denen Frankreichs zur Verteidigung des Angegriffenen zu verbinden. Diese Verträge waren noch nicht geschlossen, als sich über sie hinaus, wie von selber, der alte Gedanke eines Bündnisses zwischen Frankreich und den italienischen Nationalstaaten, den Papst eingeschlossen, wieder erhob. Und so viel wurde auch in dieser Richtung wenigstens erreicht, daß Venedig am 8. April ein sechsjähriges Defensivbündnis mit Frankreich schloß, welchem dann bereitwillig der Herzog von Mantua-Nevers, widerwillig der Herzog Karl Emanuel beitraten. In denselben Tagen endlich errang die französische Diplomatie den Triumph, daß der längst in Aussicht stehende (S. 367) Friede mit England zu stande kam (4. April): Frankreich gab sich in demselben zufrieden, daß von seinem früheren Eintreten für die katholische Sache in England (S. 313) nur noch mittelst einer allgemein gehaltenen Bestätigung des englisch-französischen Heiratsvertrags der Schein gerettet wurde, England dagegen gab die Hugenotten den Waffen des französischen Königs vollends preis. Die nächste Aufgabe, welche jetzt noch Richelieus wartete, war die völlige Niederwerfung der Hugenotten, und auch dieses Werk griff er gleich nach Beendigung des italienischen Zuges an und vollendete es im Lauf von drei

Monaten. Wie er sich's vorgesezt hatte, wurden die kirchlichen Rechte der Reformierten geschützt, ihre politisch-militärische Verfassung aber zerstört.

Damit hatte denn Frankreich seine Stellung in der europäischen Politik fest und klar ergriffen: die Feinde, welche seine Kräfte abgelenkt hatten, waren zur Ruhe gebracht, und der spanischen Monarchie sowie dem deutschen Haus Oesterreich war die Herausforderung zum Wiederbeginn des alten Machtkampfes zugestellt. Wenden wir uns nun von hier aus zum Kaiser und seiner Politik zurück, so müssen wir fragen, wie sich dieser neue von Frankreich ihm bereitere Widerstand mit all seinen anderen Gegensätzen gegen Dänemark und Schweden, die Liga und die Kurfürsten verflocht, und wie er all diese Schwierigkeiten zu überwinden gedachte.

Den Kaiser überraschte der französische Einbruch in Italien zu einer Zeit, da die erforderlichen Gegenanstalten noch zwischen seinen Staatsmännern und dem spanischen Gesandten erwogen wurden. Man handelte dabei wieder mit der gewohnten Schwerfälligkeit und dem gewohnten Uebermut.<sup>1)</sup> Nicht eine, sondern gleich zwei kriegerische Unternehmungen wurden für nötig befunden: von der einen Seite nämlich sollte eine spanische Armee, verstärkt durch 14 000 Mann kaiserlicher Hilfstruppen, den Herzog von Mantua zur Unterwerfung unter die kaiserlichen Anordnungen zwingen, auf der anderen Seite, nach dem Grundsatz, daß der nächst Frankreich böswilligste Feind die Republik Venedig sei, sollte eine kaiserliche Armee ins Venetianische einbrechen und hier einen förmlichen Eroberungskrieg versuchen. Die größere Zuversicht war bei diesen Entwürfen auf seiten der kaiserlichen Regierung, während der spanische König, wenn er auch dem Vorgehen gegen den Herzog von Nevers sich nicht entziehen mochte, doch vor dem Gedanken eines venetianischen Krieges zurückschrak. Was ihn aber schließlich auch auf dieses Projekt eingehen ließ, das war eine Aussicht, die ihm seit dem Sommer 1628 aus der schwankenden Politik der Generalstaaten entgegentrat, die Möglichkeit nämlich, über einen langen, etwa 30—40 Jahre dauernden Waffenstillstand mit ihnen in dem Falle einig zu werden, daß er auf Errungenschaften, die über den Vertrag von 1609 hinausgingen, verzichtete. Unter der Voraussezung, daß sich diese Hoffnung verwirklichen werde, ließ sich Philipp IV. auch den zweiten Teil der italienischen Entwürfe gefallen.

Es war im Monat Januar 1629, daß am kaiserlichen Hof diese Pläne feste Gestalt gewonnen hatten. Zugleich aber hatten sie, da die beiden höchsten Offiziere des Kaisers, Wallenstein und Collalto, in die Verhandlungen hineingezogen waren, eine erstaunliche Erweiterung erfahren, hervorgegangen aus der sich nachgerade befestigenden Anschauung, daß der Krieg ein Glückspiel der Generale, und Länder und Fürstentümer der ihnen zukommende Gewinn seien. Collalto hatte noch kein Fürstentum gewonnen, und Wallenstein war ferne davon, sich mit seinem dreifachen Erwerb in Friedland, Sagan und Mecklenburg zufrieden zu geben. So erwachte denn in beiden Männern die Begierde, den Krieg gegen Venedig zu einem Raubkrieg zu machen: Collalto, so scheint

<sup>1)</sup> Für das folgende vgl. meine Abhandlung „Wallensteins Eroberungspläne gegen Venedig“. *Histor. Zeitschrift* Bd. 93.

es, wollte regierender Herr im Paduanischen, Wallenstein im Veronesischen werden; daß der Kaiser sich hinsichtlich der Belehnung ebenso gefällig erweisen werde, wie in Mecklenburg, wurde dabei als selbstverständlich angenommen.

Nun war das Mißliche dieser verwegenen Entwürfe, daß sie durch den französischen Einbruch in Italien überholt wurden. Indes dieser Schlag wirkte doch zunächst, soweit wenigstens der Kaiser und seine Räte in Betracht kamen, nicht abschreckend, sondern vorantreibend. Man kann sogar sagen, daß sich infolge der französischen Einmischung das Wesen des ganzen Streites veränderte. Anfangs war die eigentlich treibende Ursache desselben die Absicht der Spanier, das Mailänder Gebiet abzurunden. Jetzt ließ Spanien sein Projekt des Länder-tausches, wenigstens vorläufig, fallen, und jetzt wurde dafür der Anspruch des Kaisers auf die Durchführung des Sequesters, auf die Anerkennung seiner gerichtlichen Entscheidung über den Successionsstreit und die Zurückweisung jeder fremden, vor allem der französischen Einmischung nicht nur scheinbar, sondern wirklich der Hauptgegenstand des Streites. Wenn sich Revers diesen Forderungen unterwarf, so durfte er auf eine gefällige Handhabung der kaiserlichen Justiz, auch auf eine Anordnung des Sequesters, bei der ihm die Verwaltung des Mantuaner Landes verblieb, rechnen; aber die nun mit aller Schärfe gestellte Frage, ob in den Successionsstreitigkeiten der italienischen Reichsvasallen der Kaiser oder Frankreich den Ausschlag geben sollte, mußte zu Gunsten der kaiserlichen Hoheit entschieden werden. Daß Spanien auch in dieser Wendung des Kampfes auf der Seite des Kaisers blieb, versteht man leicht; aber ebenso selbstverständlich war es, daß der Krieg, den man im kleinen begonnen hatte, fortan im großen Stil gegen Frankreich geführt werden mußte. Am kaiserlichen Hof nahm man auch diese Folgerung ohne sonderliche Bedenken hin, ja man trug sich gleich noch mit einem zweiten Projekt, indem man auf ein wohl noch vor der Nachricht von der französischen Invasion gestelltes Verlangen Spaniens, der Kaiser möge die lothringischen Wirren benutzen und ein Vorgehen Frankreichs gegen Italien durch einen Einbruch in die Champagne vergelten, ernsthaft einging. Thatsächlich freilich hielt man mit der Ausführung dieses letzteren Unternehmens zurück; aber ohne Zögern griff man zu dem italienischen Abenteuer. Bereits im April 1629 mußten, dem ausgesprochenen Willen des Kaisers folgend, Wallenstein und Collalto die nötigen Anordnungen treffen, um ganz wie im Jahr 1621 (S. 231) durch unerwartete Besetzung der Bündener Pässe den Eingang nach Italien frei zu machen. Einen Monat später (25. Mai) brach dann unter der Oberleitung des Obersten Gallas der Graf von Merode wirklich gegen das Bündener Land vor; am 27. Mai, als er bereits in der Nähe von Chur war, ließ er ein kaiserliches Schreiben übergeben, in dem die Republik um Einräumung der Pässe ersucht wurde, und dann, ohne sich lange aufzuhalten, besetzte er die weiteren Uebergänge bis Chiavenna. — Wir folgen der ferneren Entwicklung dieser Vorgänge einstweilen nicht. Aber fragen müssen wir jetzt: wenn so die Einmischung Frankreichs in die italienischen Dinge nur noch kühnere Entwürfe der kaiserlichen Regierung im Gefolge hatte, wie gestaltete sich dann die Rückwirkung dieser Vorgänge auf die anderen Aufgaben der kaiserlichen Politik, besonders auf die noch alles beherrschende Frage des



großen Krieges mit Dänemark? Um hierauf zu antworten, muß die Erzählung zu dem Gang der dänischen Verwickelungen zurückkehren.

Als mit 1629 das fünfte Jahr des dänischen Krieges anbrach, waren, wie oben erzählt ist, die Bemühungen der kriegsführenden Mächte schon weniger auf den Krieg als auf die Friedensverhandlungen gerichtet, zu deren Führung der Kaiser die beiden Generale Wallenstein und Tilly erst im allgemeinen beauftragt (S. 385), dann in aller Form bevollmächtigt hatte (S. 393).<sup>1)</sup> Zu dem bestimmten Termin, im Januar 1629, trafen die von Christian IV. abgefertigten Gesandten einerseits und für Wallenstein und Tilly die von ihnen ernannten Subdelegierten anderseits in Lübeck zusammen. Wer nun aber erwartet hatte, daß die neuen Verwickelungen die Regierung Ferdinands II. in ihren Forderungen nachgiebiger gestimmt hätte, sah sich — fürs erste wenigstens — enttäuscht. Auch jetzt zeigte die kaiserliche Politik wieder ihre gewöhnlichen Züge: Maßlosigkeit im Fordern und Schlassheit im Handeln. Statt einer klaren Instruktion richtete sie an den einen ihrer Bevollmächtigten, an Tilly, überhaupt gar keine näheren Mitteilungen, an Wallenstein aber sandte sie lediglich ein Verzeichnis von Friedensbedingungen, das allerdings, da es die im September 1627 zu Lüneburg (S. 372) und im Januar 1628 am kaiserlichen Hof (S. 376) aufgestellten Forderungen wiederholte, an Kühnheit der Ansprüche nichts vermissen ließ. Da sollte Christian aus dem Reich herausgewiesen werden, indem er auf das Amt des niedersächsischen Kreisobersten sowohl, wie auf die von seinen Söhnen teils erworbenen, teils umworbenen Bistümer verzichtete und sich jeder Einmischung in Reichssachen, besonders in die Fragen des Religionsfriedens oder der Herstellung Friedrichs V. und der Mecklenburger Herzöge, enthielt. Er sollte weiter unter dem Titel eines Pfandes für den Ersatz der Kriegskosten seinen ganzen festländischen Besitz abtreten, und zwar den königlichen Anteil von Holstein und Schleswig an den Kaiser, das ganze Jütland aber an den sächsischen Kurfürsten, der dafür die Lausitzen an den Kaiser zurückgeben und mit seiner Schuldforderung vom Kaiser an den König von Dänemark gewiesen werden sollte; endlich in Bezug auf den Sund wurde im Interesse der noch immer festgehaltenen maritimen Entwürfe zu der vorigen Forderung der Herabsetzung der Zölle das neue Begehren gefügt, daß er den Feinden des Kaisers, seines Hauses und des Reichs zu sperren, den Freunden des Kaisers dagegen und den gehorsamen Reichsständen offen zu halten sei.

So maßlos wie diese Forderungen, so selbstherrlich war auch das Vorgehen des Kaisers in der Unterhandlung selbst. In Mühlhausen hatten die Kurfürsten den Anspruch auf Teilnahme an der Friedensverhandlung erhoben (S. 372), und der Kaiser wäre wohl auch bereit gewesen, ihren Anspruch zu erfüllen, wenn sie zugleich zu der Wahl seines Sohnes zum römischen König hätten zusammentreten wollen. Da aber dieses verweigert wurde, so suchte der Kaiser die unbequemen Ratgeber zu trennen. Er wies den Kurfürsten Maximilian auf die auch in der Frage des Friedens vorhandenen Gegensätze zwischen

<sup>1)</sup> Für das weitere verweise ich auf Wilmanns, Die Lübecker Friedensverhandlung. Bonner Doktor-dissertation 1904.

den katholischen und protestantischen Kurfürsten und versuchte dann die ersteren zu beschwichtigen, indem er eben Tilly, den General der Liga, als den einen seiner Bevollmächtigten erwählte, auch gelegentlich den Kurfürsten Maximilian um seinen Rat befragte; aber in Wahrheit übten auch die katholischen Kurfürsten keinen weiteren Einfluß aus, als daß die Forderung des Kosten- und Schadenersatzes auf die dem Kaiser „assistierenden“ Stände, d. h. die Liga, ausgedehnt wurde.

Die kaiserliche Regierung schien sich also noch stark genug zu fühlen, um vor keinem ihrer Gegner zurückzuweichen. Aber da traten ihr gleich an der Schwelle der Friedensverhandlungen die Zeichen der fortschreitenden Gegenwirkung und des drohenden Zusammenschlusses der Widersacher mit erschreckendem Ernste entgegen.

Vom französischen König gesandt, erschien im März 1629 am Hofe Maximilians von Baiern Herkule de Charnacé. Er hatte den Auftrag, die früheren Versuche der Begründung eines näheren Verständnisses zwischen Frankreich und Baiern (S. 329, 358) wieder aufzunehmen, aber sie in einer Weise aufzunehmen, die der völlig veränderten Lage entsprach. Vor allem hatte er damit zu rechnen, daß das längst getrübtte Verhältnis des Kurfürsten zum Kaiser inzwischen noch stärker getrübt war, und zwar in erster Linie, wie schon erzählt, durch die Kriegführung und die Entwürfe Wallensteins, an zweiter Stelle aber auch durch die fortgehenden, vom Kaiser begünstigten Eingriffe Spaniens in die Angelegenheiten des Reichs. Jene früheren Bemühungen Spaniens, den Kaiser und die Liga in den Krieg mit den Staaten zu ziehen, die Maximilian in den Tagen des Brüsseler Kongresses erregt hatten, waren nämlich inzwischen nicht nur beharrlich und mit steigendem Nachdruck fortgesetzt, es war auch der wesentlich dem spanischen Einfluß zu verdankende mantuanische Krieg hinzugekommen. Von Anfang an sah Maximilian in dem letzteren eine schwere Gefährdung des Reichs für fremdartige Zwecke und hatte dabei gegen den Kaiser noch den besonderen Vorwurf zu erheben, daß er das Reich in kriegerische Verwickelungen zog, ohne die Kurfürsten zu befragen. In dieser gereizten Stimmung kam er auf den alten Plan, durch Anschluß an Frankreich sich sowohl gegen eine Vergewaltigung vonseiten des Kaisers und Spaniens, wie gegen die Folgen eines Konfliktes zwischen Frankreich und dem Hause Oesterreich zu decken. Dabei aber war es ein merkwürdiges Zeichen des Umschwungs der politischen Verhältnisse, daß er für die Verwirklichung dieser Absicht keinen geringeren Vermittler fand, als die päpstliche Regierung. Mit Bagni, dem päpstlichen Nuncius in Paris, war er schon im Juni 1628 in Korrespondenz, an den Geschäftsführer der päpstlichen Politik, den Cardinal Barberini, wandte er sich im Dezember desselben Jahres mit dem unmittelbaren Gesuch um Vermittelung einer französisch-bairischen Allianz, und eben unter der Fürsprache dieser mächtigen Gönner war jetzt die Sendung Charnacés ins Werk gesetzt.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Kievnig, Nunciaturberichte I S. 148 Anm., II S. 24 Anm. 1, S. 63 Anm. 1. Ueber Charnacés Gesandtschaft nach Baiern vor allem Siri VII 156, 153, 161. Richelieu, Mémoires (Petitot) V S. 109 fg., 113 fg. Fagniez, Père Joseph I S. 275 fg.

In der immer ins Weite gehenden Art, in der Richelieu die Geschäfte anzugreifen liebte, ließ er, fordernd und bietend, dem Kurfürsten fast all die großen Fragen, die im Reich zu entscheiden waren, vorführen. Im Hinblick auf Mantua forderte der Gesandte, daß ligistische Truppen weder gegen Nevers noch gegen den König von Frankreich verwandt würden: eine Forderung, die Maximilian dem Nuntius Bagni schon im voraus unter der Bedingung zugestanden hatte, daß Frankreich auch seine, des Kurfürsten, Feinde nicht unterstütze. In Bezug auf die römische Königswahl wurde verlangt Verschiebung, so lange die kaiserlichen Heere im Reiche ständen, und angeboten die Unterstützung der Wahl Maximilians; worauf Maximilian zu dem Verlangen bereits die Zustimmung der Kurfürsten im allgemeinen erklären konnte, dem Angebot aber seine gewöhnliche Verschlossenheit entgegensetzte. Nachdem dann weiter in der Frage der pfälzischen Kur der französische König das doppelte Entgegenkommen gewährt hatte, daß er Maximilian förmlich als Kurfürsten titulierte und ihm zur Befriedigung seiner Ansprüche die französische Verwendung versprach, kam der Gesandte zu dem Kern seiner Aufträge, nämlich zu dem Frieden mit Dänemark. Eben um dieses Friedens willen war er nicht nur an Baiern, sondern auch an König Christian IV. und an Gustav Adolf abgefertigt. Seine Hauptaufgabe war, den dänischen König zu weitgehenden Forderungen, unter anderem, wie es scheint, zu der Bedingung der Restitution der Herzöge von Mecklenburg,<sup>1)</sup> zu ermutigen und ihm dann für den Fall, daß der Friede scheiterte, vonseiten Frankreichs eine Jahressubsidie von 500 000 Livres, vonseiten der Liga einen Separatfrieden anzubieten. Für letzteren suchte er nun im voraus Maximilians Zustimmung zu gewinnen. Hier jedoch traf der Gesandte auf die Grenze von Maximilians Gefälligkeit. Wohl mochten diesem die gegen das Königreich Dänemark gerichteten Anschläge des Kaisers, wenn er sie auch zeitweilig billigte (S. 372), nicht eben am Herzen liegen; aber die Macht dieses protestantischen Staates in Deutschland zu brechen, erschien ihm ebenso notwendig wie dem Kaiser. Wohl versagte er gleich den anderen Kurfürsten der Uebertragung Mecklenburgs an Wallenstein seine Zustimmung; aber für die einfache Herstellung protestantischer Fürsten einzutreten und dann etwa auch den Bistumsadministratoren zur Restitution zu verhelfen, war nicht nach seinem Sinne. Dem Versuche also, ihn von einer wohlumgrenzten Verbindung mit Frankreich zu einer folgenschweren Annäherung an die protestantischen Mächte zu führen, wußte er durch Ausflüchte zu entgehen.

Weniger abgeneigt zeigte er sich schließlich einem letzten Vorschlag, der auf nichts Geringeres zielte, als ein Schutz- und Trugbündnis zwischen Baiern und Frankreich. Wenn er auch hier vor einer bindenden Antwort sich hütete, so ließ er doch die Möglichkeit eines Defensivbündnisses nicht aus der Hand, und eine politische Korrespondenz, die zwischen seinem geheimen Rat Jocher und dem Pariser Nuntius Bagni geführt wurde, sollte den Weg dazu freihalten.

Nach solchen Erfolgen reiste Charnacé weiter und erschien gegen Ende April auf dänischem Boden. Hier freilich fand er die Friedensverhandlungen

<sup>1)</sup> Richelieu, Mémoires V S. 110 B. 3 fg., B. 12.

schon zu weit fortgeschritten, um den günstigen Ausgang derselben noch durchkreuzen zu können. Allein wenn nun die kaiserlichen Staatsmänner auf diese Umtriebe der französischen Politik in Deutschland und Scandinavien sahen, so mußte ihnen die Gefahr neuer feindlicher Verbindungen doch in die Augen leuchten. Noch drohender stieg diese Gefahr vor ihnen auf, wenn sie weiter den Schritten des schwedischen Königs folgten.

Thatsächlich war Gustav Adolf durch die Besetzung Stralsunds in den Krieg gegen den Kaiser eingetreten. Und die Stimmung, in der er sich befand, entsprach dieser Lage. Obgleich seine Politik seit sechs Jahren sich in den Plänen eines vernichtenden Angriffs gegen den Kaiser und seine Verbündeten bewegte, lebte er doch ganz in dem Gedanken, daß er der Angegriffene, und das Haus Oesterreich und der Papst mit den Versuchen, ihre Herrschaft nach dem Festlande und den Gewässern des Nordens auszudehnen, die wahren Angreifer seien. In seinem aufs höchste gestiegenen Selbstgefühl empfand er die im Jahr 1627 nach Polen geschickte kleine Truppenhülfe des Kaisers, dann den Sturz seiner norddeutschen fürstlichen Freunde, endlich das Vorgehen gegen Stralsund als Schläge gegen seine königliche Ehre, die nach Vergeltung schrien. Wie er sich nun in solcher Stimmung zu Anfang des Jahres 1629 mit dem Kriegsplan des kommenden Frühlings beschäftigte, war es ihm von vornherein klar, daß er gegen zwei Feinde, gegen Polen und den Kaiser, und auf zwei Schauplätzen, in Preußen und in Deutschland, die Waffen zu führen habe, und zwar an der einen Stelle offensiv, an der anderen defensiv; nur darüber schwankte er noch, wo er den Offensivstoß führen sollte; er neigte aber, im Gegensatz gegen den vorsichtigen Kanzler Oxenstierna, zu einem von Stralsund aus gegen den Kaiser und seine Verbündeten zu unternehmenden Angriffskrieg. Zur Vorbereitung dieses Krieges sollten ihm unter anderem zwei Unterhandlungen dienen, von denen er die erste als ungerufener Teilnehmer am Lübecker Kongreß zu führen gedachte. Den Anspruch auf Teilnahme gründete er auf seiner durch den Kampf um Stralsund herbeigeführten Verwickelung in die kriegerischen Händel, die Instruktion aber, die er seiner nach Lübeck bestimmten Gesandtschaft am 5. Februar 1629 erteilte, verfolgte natürlich nicht den Zweck, den Frieden zu fördern, sondern ihn durch das Ansinnen auf Zurückziehung der kaiserlichen und ligistischen Streitkräfte aus beiden sächsischen Kreisen und auf Herstellung des vor dem Krieg gewesenen Zustandes unmöglich zu machen. Wallenstein war denn auch energisch genug, durch Nichtzulassung der schwedischen Unterhändler diesem Versuch einer Durchkreuzung der Friedensverhandlungen zuvorzukommen, wodurch freilich dem schwedischen König ein neuer Anlaß, Genugthuung zu fordern, geboten ward. Noch war jedoch diese Entwicklung der Sache nicht abgeschlossen, als die zweite Unterhandlung Gustav Adolfs vor sich ging, zu der Christian IV. den Anlaß bot.

Christian IV. war, wie erwähnt, des Krieges müde; vermutlich war er, und in viel höherem Grade noch der dänische Reichsrat, bereit, den Frieden durch Preisgabe der deutschen Bundesgenossen, durch Verzicht auf die im Reich gewonnene Machtstellung zu erkaufen. Aber daneben war er entschlossen, seine ererbten Lande ungeschmälert zu behaupten, die Zahlung von Kriegskosten zu

verweigern und vor allem seine Herrschaft im Sund nicht schmälern zu lassen. Um nun in diesen Punkten seine Widersacher gefügig zu machen, gedachte er, ihnen das Schreckbild eines dänisch-schwedischen Bündnisses vorzuhalten, und schlug zu diesem Zweck im Winter 1628/29 dem König Gustav Adolf eine persönliche Zusammenkunft vor. Gustav Adolf beeilte sich, den Vorschlag anzunehmen, allerdings in anderem Sinne, als er gemacht war. Sanguinisch wie immer, hoffte er, den König Christian zu einem neuen gemeinsamen Angriff gegen den Kaiser fortzureißen; er selber wollte dabei den dreifachen Betrag der von Dänemark verlangten Streitkräfte ins Feld stellen, nur daß dafür auch ihm die Leitung des Unternehmens überlassen werde. Als jedoch die Besprechung wirklich am 4. März zu stande kam — in Ulfsbäck, an der Südgrenze des schwedischen Gebiets —, trat der Gegensatz zwischen dem Krieg, den Gustav Adolf, und der bloßen Demonstration, die Christian bezweckte, rasch zu Tage. „Was haben Euer Majestät in Deutschland zu thun?“ In diesen Worten, die dem dänischen König während der Konferenzen entchlüpfen, blitzte die alte Eifersucht gegen Gustav Adolfs Einmischung wieder auf. „Ich vermute, daß der König betrunken war, als er den Auftrag hinsichtlich der Zusammenkunft gab.“ Diese Worte, die Gustav Adolf nach der Unterredung niederschrieb, bezeugten die alte Abneigung, die als Folge des fehlgeschlagenen Versuches sich wieder geltend machte. Indes was Christian wirklich mit dieser Besprechung bezweckte, wurde doch erreicht: die kaiserlichen Staatsmänner sahen sich auf die Gefahr eines Wiederausbruchs des Krieges und der Verdoppelung ihrer Feinde hingewiesen.

Blieben sie nun, so müssen wir wieder fragen, auch diesen Sturmzeichen gegenüber, sei es vor, sei es gleich nach der Aufstellung ihrer ausschweifenden Forderungen unerschütterter? Jedenfalls gab es einen unter ihnen, bei dem dies nicht der Fall war: das war Wallenstein. Schon die früheren bis in den Januar 1628 zurückgehenden Aeußerungen Wallensteins, wie er einerseits die gegen den dänischen Staat gerichteten Forderungen des Kaisers nur mit dem Zusatz entgegennahm, daß Dänemark sie verwerfen, und ein langer Krieg daraus entstehen werde, andererseits aber einen beschleunigten Frieden für nötig erklärte und seinen Gegensatz gegen die Kriegspartei im kaiserlichen Rat betonte, konnten, wie das ja auch bei dem Grafen Schwarzenberg der Fall war (S. 380), den Argwohn erwecken, daß es dem unergründlichen Mann mit seinen Prahlereien über Krieg und Eroberung kein Ernst war, daß er vielmehr im stillen auf viel mildere Bedingungen sein Absehen richtete. Jedenfalls, nachdem er im Lauf des Jahres die fortgesetzte Ohnmacht zur See, dann die Niederlage von Stralsund und das Heranrücken des schwedischen Angriffes erfahren hatte, und er sich daneben dann sagte, daß die neuen auf Italien gerichteten Entwürfe freie Hand nach der nördlichen Seite erforderten, trat er in einen, wenn auch noch verdeckten, so doch bestimmten Gegensatz gegen die vom Kaiser an Dänemark gestellten Forderungen. Vielleicht stand er dabei auch nicht allein. Vielleicht hegten auch die geheimen Räte des Kaisers bei Aufstellung ihrer schroffen Bedingungen schon den Hintergedanken, daß vieles abgehandelt werden könne. Aber sicherlich war Wallenstein zur Nachgiebigkeit gestimmt; und da sollte man denn bald erfahren, daß er dieselbe Verbindung von schlauer Hinterhältigkeit und zu-

fahrender Eigenmacht, die seine Kriegsführung bezeichnete, nun auch in der politischen Verhandlung zu bewähren wußte.

Zunächst ließ er die Dänen mit ihren Bedingungen hervorkommen. Wie diese aber (10. Februar) die Methode befolgten, ihre Forderungen für den Anfang aufs höchste zu spannen — verlangten sie doch unter anderem Sicherung des Religionsfriedens für die niedersächsischen Stände, Schutz der von des Königs Söhnen an die Reichsstifter gewonnenen Rechte und Amnestie für die niedersächsischen Stände, welche sich neben dem König in Kriegsverfassung gesetzt hatten —, da ließ auch er (12. März) die kaiserlichen Forderungen in der schroffsten Fassung vortragen. Der biedere Tilly machte ihm dabei keine Schwierigkeiten; der meinte, diese Bedingungen entsprächen der Lage. Aber noch waren sie nicht überreicht, als Wallenstein sich im stillen mit einem besonderen Gutachten an den Kaiser wandte (26. Februar). Der dänische König, so setzte er hier auseinander, wird durch seine Reichsräte, gegen seine eigene Neigung, zum Frieden gedrängt; wenn man ihm unerschwingliche Bedingungen stellt, so wird er nicht nur den Krieg wieder aufnehmen, sondern auch die Hülfe Frankreichs und Schwedens, Englands und der Generalstaaten, die ihm mit Eifer angetragen wird, finden. Alsdann werden aber die kaiserlichen Streitkräfte in der schlimmen Lage sein, daß sie zur See nicht aufkommen und in den ausgezehrten Landen sich nicht lange mehr erhalten können. Solchen Gefahren gegenüber gibt es nur einen sicheren Ausweg: man lasse die auf die Auflösung des dänischen Staats gerichteten Forderungen fallen und halte nur die auf das deutsche Reich bezüglichen fest.

Als dieses Schreiben eintraf, war man, wie schon bemerkt, am kaiserlichen Hof vielleicht schon an der eingebildeten Allmacht irre geworden; ein Gefühl der Unsicherheit hatte bereits in einem Bescheid, der am 2. März auf die eingesandten dänischen Friedensvorschläge den Bevollmächtigten zugestellt wurde, seinen Ausdruck gefunden. Jedenfalls hatte das schneidende Urteil des Feldherrn eine erstaunliche Wirkung. Mit einemmal fiel das stolze Selbstgefühl zu Boden, und man fand, daß im Grunde die eine Hälfte der Forderungen, die Wallenstein festhielt, doch diejenigen Errungenschaften, auf die es vor allem ankam, in sich schließe. Aber wiederum, bevor eine dementsprechende kaiserliche Antwort den General erreichte, ging dieser auf eigene Hand weiter. Während die Dänen auf die kaiserlichen Bedingungen am 19. März eine scharf ablehnende Antwort einreichten, dann die Kaiserlichen am 31. März eine Replik übergaben, in der ein Zurückweichen in einzelnen Punkten schon zu bemerken war, näherte Wallenstein sich in tiefstem Geheimnis zwei Mitgliedern der dänischen Gesandtschaft, dem Hofkanzler Christoph Fries und dem Reichsrat Abrecht Schel, mit Eröffnungen, welche auf jene Scheidung zwischen dänischen und deutschen Interessen zielten. Nach der Stellung, die der dänische Reichsrat von vornherein genommen hatte, versteht man es leicht, daß beide Männer diese Andeutungen eifrig ergriffen. Die Verhandlungen wurden dadurch, während sie in Lübeck stockten, auf den Weg der Sonderbesprechungen geführt: zunächst in Güstrow, wo Wallenstein als Herzog von Mecklenburg seit dem Winter residierte und jetzt den holsteinischen Kanzler Aegidius von der Lancken, den Generalwachtmeister Schauenburg, dann auch seinen Mitkommisfar Tilly, den er ohne sonderliche Mühe von der Richtig-

feit des neuen Standpunktes überzeugte, empfing; ferner in Nakskow auf Laa-land, wo die beiden ins Vertrauen gezogenen dänischen Bevollmächtigten am 22. April ihrem König über Wallensteins Vorschläge Bericht erstatteten, endlich in München, wo an demselben Tag der Abt von Kremsmünster dem erstaunten Kurfürsten Maximilian des Kaisers veränderte Absichten vortrug.

Die wichtigsten Entscheidungen fielen infolge dieser Vorbesprechungen in den ersten Tagen des Mai. Am 5. Mai übergaben die dänischen Gesandten einen neuen Friedensentwurf, in dem die gegen den dänischen Staat gerichteten Forderungen, sowie der Ersatz der Kriegskosten und Schäden gestrichen, dagegen die Angelegenheiten des Reichs im allgemeinen und der geistlichen Stifter im besonderen dem Kaiser preisgegeben und jeder über die Führung der holsteinischen Fürstenstimme hinausgehenden Einwirkung des dänischen Königs entzogen wurden. Am 6. Mai sodann ging bei Tilly ein Schreiben Maximilians ein, in dem sich der Kurfürst mit dem Friedensschluß auf der neuen Grundlage einverstanden erklärte. Indem nun die kaiserlichen Bevollmächtigten die dänischen Bedingungen im wesentlichen annahmen, blieb nur noch der Ausgleich über Einzelheiten übrig. Wenig Umstände machte in dieser Beziehung der vom Kurfürsten Maximilian ausgesprochene Wunsch, daß man noch einen letzten Versuch machen möge, für Kaiser und Liga einen Kostenersatz zu erwirken, und daß eine ausdrückliche, selbst die Nachfolger Christians bindende Verpflichtung, sich der Unterstützung Friedrichs V. und anderer „erklärter Aechter“ zu enthalten, in den Vertrag aufgenommen werden solle. Maximilian mußte sich damit zufrieden geben, daß der von ihm gefürchteten Unterstützung sowohl durch den dänischen Verzicht auf fernere Einwirkung in Reichsachen, wie auch durch den förmlichen Einschuß der dem Kaiser befreundeten Mächte, besonders Baierns und der „gehorsamen“ Reichsstände in den Frieden genügend vorgebaut sei, daß es ihm ferner hinsichtlich seiner und der Liga aufgewandten Kriegskosten unbenommen sei, die Rechnung statt dem König Christian, dem Kaiser Ferdinand zu präsentieren. Ernster war der Antrag der kaiserlichen Kommissarien, daß der Verzicht des Königs und seiner beiden Söhne auf ihre an deutsche Bistümer erworbenen Rechte und erhobenen Ansprüche nicht nur deutlicher ausgedrückt, sondern auch dadurch gesichert werden sollte, daß die Friedensurkunde neben dem König auch von den Prinzen unterzeichnet würde. Indem schließlich die Dänen eine Wortfassung zuließen, welche einen wirklichen Verzicht, ausgesprochen vom König in seinem und seiner Söhne Namen, enthielt, auf die Unterzeichnung der Prinzen dagegen verzichtet wurde, kam man auch hierin überein.

Und so kam denn die Friedensurkunde am 22. Mai zu stande, worauf am 7. Juni, nachdem die Unterschrift der beiderseitigen Bevollmächtigten erteilt war, durch die Publikation des Vertrages dem Krieg ein Ende gemacht wurde. Blicken wir auf die Friedensbedingungen noch einmal zurück, so muß ein Mangel in denselben auffallen: während Christian IV. seinen Fuß vom Boden des Reiches zurückzog, wurde über die auf die Beherrschung des Meeres bezüglichen Streitfragen nichts entschieden. Dies lag nicht etwa an einem stillschweigenden Austrag des Streitigen. Denn eben jetzt hielt Christian IV. seinen Anspruch auf die „Hoheit auf der Ostsee“ scharf im Auge: er habe, bemerkte er Gustav Adolf, es nicht für zweckmäßig gehalten, ihn jetzt anzuregen, werde ihn aber zur ge-

eigneten Stunde zu vertreten wissen. Daß auch andererseits Spanien und der Kaiser ihr voriges Ziel nicht außer acht ließen, zeigten Vorgänge aus derselben Zeit. Am 16. März 1628 war im Namen Philipps IV. ein Edikt ergangen, welches nochmals alle Waren, die den Rebellen, d. h. den Holländern, oder den Feinden, d. h. besonders den Engländern, gehörten, oder in ihren Landen hergestellt oder veredelt waren, oder auch nur in ihren Häfen Zoll bezahlt hatten, desgleichen alle Schiffe, die denselben gehörten oder auch nur „auf die holländische Art gebaut“ waren, der Konfiskation unterwarf. Um nun Schiffe und Waren sowohl der gehorsamen Niederlande als der Hansestädte vor dem gleichen Geschick zu bewahren, sollen die Ursprungszeugnisse nicht mehr, wie bisher, von der einheimischen Obrigkeit, sondern von besonderen in den Handelsplätzen vom König angestellten Kommissarien erteilt werden. Mit diesem Edikt erschien der schon genannte Gabriel de Roy im Herbst 1628 bei dem Hansatage und stellte sich vor als den für die Hansestädte ernannten Kommissar. Die Hansestädte suchten in erregten Verhandlungen dieses Eindringen eines spanischen Aufpassers abzuwehren, aber da erschien am 24. April 1629 ein nicht minder überraschendes kaiserliches Patent: derselbe Gabriel de Roy wurde dem Herzog von Wallenstein, in dessen Eigenschaft als General der Ost- und Nordsee, als kaiserlicher Generalkommissar unterstellt, um die Ausrüstung und Verwendung der zu schaffenden kaiserlichen Flotte in die Hand zu nehmen. In Wismar, wo Wallenstein an die dreizehn Schiffe — die meisten jedenfalls für Kriegszwecke nicht zu gebrauchen — zusammengebracht haben wollte, nahm er seinen Sitz, als spanischer und kaiserlicher Gewaltshaber zugleich.

Natürlich mußten diese Anordnungen, wenn sie auch zunächst gegen die Staaten England und Schweden gerichtet waren, doch auch Dänemarks Eifersucht erregen. Ganz unmittelbar war aber Christian IV. durch einen anderen Erlaß des Kaisers getroffen, den die Stadt Hamburg zur Belohnung ihrer Bemühungen für die Freihaltung der unteren Elbe am 3. Juni 1628 errang: bis zur Mündung der Elbe und fünf Meilen aufwärts von Hamburg dürfen, so verfügte der Kaiser, keinerlei Befestigungen angelegt werden, und keine anderen Kriegsschiffe gehalten werden als die der Stadt Hamburg. Auch sind alle Elbzölle von Hamburg bis zur See verboten. Es wird sich zeigen, daß Dänemark nicht gesonnen war, sich solchen Verboten zu fügen. Schon jetzt aber lag am Tage, daß die Ziele der kaiserlichen Politik selbst dem gedemüthigten Dänemark gegenüber weit über die Schranken des Lübecker Friedens hinausgingen.

Und wie weit erschien vollends diese Politik von der Möglichkeit eines allgemeinen Friedens entfernt, wenn man ihre übrigen Verwickelungen ins Auge faßte! Mit Gustav Adolf war es dahin gekommen, daß der Einbruch desselben ins Reich nur noch durch einen anderweitigen Angriff gegen ihn verhindert werden konnte. In Italien trieben die Konsequenzen des kaiserlichen Vorgehens in einen Krieg mit Mantua, Frankreich und Venedig zugleich. In Deutschland endlich sollte die lang vorbereitete Verdrängung der Protestanten aus den geistlichen Fürstentümern und Herrschaften ins Werk gesetzt werden. So schlossen sich denn in rastlos unerbittlichem Fortgang an den einen Krieg, der beendet wurde, alsbald andere Kämpfe an, die begonnen wurden.